

Niedersächsischer Landtag

Stenographischer Bericht

3. Sitzung

Hannover, den 13. Mai 1998

Inhalt:

Tagesordnungspunkt 1:

Aktuelle Stunde 90

a) DVU-Verbot: Glogowski klopft leere Sprüche – Schröder auf Tauchstation - Antrag der Fraktion der CDU - Drs 14/29 90
 Eveslage (CDU) 90
 Frau Harms (GRÜNE) 91
 Gabriel (SPD) 93, 95
 Wulff (Osnabrück) (CDU) 94
 Glogowski, Innenminister 95

b) Rechtsradikalismus ernst nehmen: Keine parteipolitische Instrumentalisierung für Wahlkämpfe - Antrag der Fraktion der SPD - Drs 14/32 98
 Gabriel (SPD) 98, 100, 103
 Möllring (CDU) 100
 Gansäuer (CDU) 100
 Schröder (Bad Münden) (GRÜNE) 102
 Glogowski, Innenminister 104
 Frau Harms (GRÜNE) 106

c) Generation in Gefahr: Wie diese Gesellschaft ihre Jugend verliert – Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen – Drs 14/33 107
 Frau Janßen-Kucz (GRÜNE) 107
 Frau Vockert (CDU) 108
 Wernstedt (SPD) 109

Tagesordnungspunkt 2:

Dringliche Anfragen 110

a) SPD-Wahlkampf auf Kosten der Steuerzahler? - Antrag der Fraktion der CDU - Drs 14/31 110
 Möllring (CDU) 110, 115, 116

Alm-Merk, Sozialministerin 111, 112, 113, 114, 115, 116, 117
Dr. Schneider (CDU) 112
Hagenah (GRÜNE) 113
Dr. Biester (CDU) 113
Stratmann (CDU) 114
Frau Jahns (CDU) 115
Frau Ortgies (CDU) 116
Frau Körtner (CDU) 117

b) Neonazi Heise: Kronzeuge der Anklage im Göttinger "Mackenrode-Prozeß" - Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs 14/34 117
 Schröder (Bad Münden) (GRÜNE) 117, 121, 122
 Glogowski, Innenminister 118, 121, 122, 123, 124
 Wenzel (GRÜNE) 121, 122
 Frau Stokar von Neuforn (GRÜNE) 121, 123
 Schwarzenholz (GRÜNE) 123
 Frau Pothmer (GRÜNE) 123
 Hagenah (GRÜNE) 124

Tagesordnungspunkt 3:

Übersicht über Beschlüßempfehlungen der ständigen Ausschüsse zu Eingaben – Drs 14/16 - Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen – Drs 14/35 124
Beschluß 124

Tagesordnungspunkt 4:

Erste Beratung:

Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Haushaltsgesetzes 1997/1998 (Zweites Nachtrags- haushaltsgesetz 1998) - Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs 14/20 125
 Aller, Finanzminister: 125
 Möllring (CDU) 134

Golibruch (GRÜNE)	143
Wegner (SPD)	148
<i>Ausschußüberweisung</i>	150

Tagesordnungspunkt 5:

Zweite Beratung:

Niedersächsisches Forstamt Winnefeld: hier:
Verkauf des Forstortes Kahlberg - Antrag der Landesregierung - Drs 14/8 - Beschlußempfehlung des Ausschusses für Haushalt und Finanzen - Drs 14/26.151
Beschluß 151
 (Vorwegüberwiesen am 15.4.1998)

Tagesordnungspunkt 6:

Zweite Beratung:

Veräußerung domänenfiskalischer Flächen in den Gemarkungen Groß Hutbergen und Döhlbergen, Landkreis Verden, an die Nieders. Landgesellschaft mbH (NLG) – Antrag der Landesregierung - Drs 14/9 – Beschlußempfehlung des Ausschusses für Haushalt und Finanzen - Drs 14/27 151
Beschluß 151
 (Vorwegüberwiesen am 15.4.1998)

Tagesordnungspunkt 7:

Zweite Beratung:

Veräußerung domänenfiskalischen Streubesitzes in der Stadt Hardegsen, Landkreis Northeim; hier: Verkauf des sogenannten Baugebietes "Vogelfleck" an die Niedersächsische Landgesellschaft mbH (NLG) - Antrag der Landesregierung - Drs 14/11 - Beschlußempfehlung des Ausschusses für Haushalt und Finanzen - Drs 14/28 151
Beschluß 151
 (Vorwegüberwiesen am 20.4.1998)

Tagesordnungspunkt 8:

Wahl von 7 Vertrauensleuten und 7 Vertretern für den Ausschuß zur Wahl der ehrenamtlichen Richter bei dem Niedersächsischen Finanzgericht Hannover – Wahlvorschlag – Drs 14/21 151

Tagesordnungspunkt 9:

Erste Beratung:

Förderung des Sportstättenbaus in Niedersachsen - Antrag der Fraktion der CDU - Drs 14/17 152
Pörtner (CDU) 152
Frau Lau (SPD) 154
Frau Janßen-Kucz (GRÜNE) 156
Ausschußüberweisung 157

Tagesordnungspunkt 10:

Erste Beratung:

"Bildungspolitisches Leitbild" der Landesregierung - Antrag der Fraktion der CDU - Drs 14/18 158
Busemann (CDU) 158
Jürgens-Pieper, Kultusministerin 161
Frau Seeler (SPD) 163
Frau Litfin (GRÜNE) 164
Frau Körtner (CDU) 165
Ausschußüberweisung 165

Tagesordnungspunkt 11:

Erste Beratung:

Ingenieure braucht das Land – Zukunft durch technischen Fortschritt sichern, Grundlagen in Schulen und Hochschulen legen - Antrag der Fraktion der CDU - Drs 14/19 166
Frau Mundlos (CDU) 166, 174
Dr. Domröse (SPD) 168
Frau Steiner (GRÜNE) 170
Jürgens-Pieper, Kultusministerin 172
Ausschußüberweisung 174

Vom Präsidium:

Präsident	Wernstedt (SPD)
Vizepräsident	Gansäuer (CDU)
Vizepräsidentin	Goede (SPD)
Vizepräsident	Jahn (CDU)
Vizepräsidentin	Litfin (GRÜNE)
Schriftführer	Biel (SPD)
Schriftführerin	Hansen (CDU)
Schriftführerin	Jahn (SPD)
Schriftführer	Lanclée (SPD)
Schriftführerin	Saalmann (SPD)
Schriftführerin	Schliepack (CDU)
Schriftführer	Sehrt (CDU)
Schriftführerin	Vogelsang (CDU)
Schriftführer	Wolf (SPD)
Schriftführer	Wolf (Oldenburg) (SPD)

Auf der Regierungsbank:

Ministerpräsident Schröder (SPD)	Staatssekretär Dr. Steinmeier, Staatskanzlei
Innenminister Glogowski (SPD)	Staatssekretär Schapper, Niedersächsisches Innenministerium
Finanzminister Aller (SPD)	Staatssekretär Ebisch, Niedersächsisches Finanzministerium
Sozialministerin Alm-Merk (SPD)	Staatssekretärin Zypries, Niedersächsisches Sozialministerium
Kultusministerin Jürgens-Pieper (SPD)	Staatssekretär Dr. Lemme, Niedersächsisches Kultusministerium
Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr Dr. Fischer (SPD)	
Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten Funke (SPD)	Staatssekretär Bartels, Niedersächsisches Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten
Minister der Justiz und für Europaangelegenheiten Dr. Weber (SPD)	Staatssekretär Dr. Litten, Niedersächsisches Ministerium der Justiz und für Europaangelegenheiten
Minister für Wissenschaft und Kultur Oppermann (SPD)	Staatssekretär Dr. Reinhardt, Niedersächsisches Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Umweltminister Jüttner (SPD)	Staatssekretär Schulz, Niedersächsisches Umweltministerium

Beginn: 10.31 Uhr.

Präsident Wernstedt:

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich eröffne die 3. Sitzung im 2. Tagungsabschnitt des Niedersächsischen Landtags der 14. Wahlperiode. Ich möchte Sie zu Beginn bitten, sich von Ihren Plätzen zu erheben.

Am 16. April 1998 ist der ehemalige Abgeordnete Wilhelm Hinsche im Alter von 83 Jahren verstorben. Herr Hinsche war von 1959 bis 1978 Mitglied der SPD-Fraktion des Niedersächsischen Landtages. Er war in verschiedenen Ausschüssen tätig und gehörte von 1970 bis 1978 dem Präsidium als Schriftführer an. 1972 wurde Herr Hinsche des Verdienstkreuz Erster Klasse des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland und 1978 das Große Verdienstkreuz des Niedersächsischen Verdienstordens verliehen. Herr Hinsche war über 20 Jahre Landrat des Landkreises Alfeld; er war ein Mann von beeindruckender Autorität und Durchsetzungskraft in seiner Heimat.

Am 28. April 1998 verstarb der ehemalige Abgeordnete Hans Striefler im Alter von 90 Jahren. Herr Striefler gehörte dem Niedersächsischen Landtag von 1951 bis 1974 als Mitglied der SPD-Fraktion an. Er arbeitete in verschiedenen Ausschüssen des Landtages mit und war von 1955 bis 1974 Mitglied des Ältestenrates. Für sein langjähriges öffentliches Wirken wurde Hans Striefler mit dem Großen Verdienstkreuz des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland und mit der Niedersächsischen Landesmedaille geehrt. Hans Striefler war einer der letzten noch lebenden ehemaligen Abgeordneten, der noch Erfahrungen aus dem Widerstand gegen das Naziregime hatte. Sein Einfluß auf die Landespolitik zwischen 1950 und 1974 war genauso legendär wie seine Schweigsamkeit und Geradlinigkeit. Seine Wirksamkeit beruhte u. a. auch darauf, trotz mannigfacher Angebote nie einen Ämterehrgeiz entwickelt zu haben.

Beiden Verstorbenen gebührt eine lange Erinnerung des Landtages. – Ich danke Ihnen.

Ich kann jetzt die Beschlußfähigkeit des Hauses feststellen.

Geburtstag hat heute der Abgeordnete Lücht. Er wird 50 Jahre alt.

(Beifall)

Die Tagesordnung für diesen Tagungsabschnitt liegt Ihnen gedruckt vor. Zum Ablauf des Tagungsabschnitts ist Ihnen alles Wesentliche in der Einladung mitgeteilt worden. Für die Aktuelle Stunde liegen drei Beratungsgegenstände vor. Es sind zwei Dringliche Anfragen eingegangen. Diese werden nach der Aktuellen Stunde beantwortet werden.

Im Ältestenrat sind für die Beratung einzelner Punkte bestimmte Redezeiten gemäß § 71 unserer Geschäftsordnung vereinbart worden. Diese pauschalen Redezeiten sind den Fraktionen und den Abgeordneten bekannt; sie werden nach dem im Ältestenrat vereinbarten Verteilerschlüssel aufgeteilt. Ich gehe davon aus, daß die vom Ältestenrat vorgeschlagenen Regelungen für die Beratungen verbindlich sind und darüber nicht mehr bei jedem Punkt abgestimmt wird. – Ich stelle fest, daß das Haus mit diesem Verfahren einverstanden ist.

Die heute Sitzung soll gegen 19.05 Uhr enden.

Ich möchte noch auf zwei Ausstellungen hinweisen: In der Wandelhalle wird bis zum 15. Mai – also bis morgen – die Ausstellung „Hörschädigung – Ursachen, Probleme und Hilfsmöglichkeiten zu deren Bewältigung“ gezeigt, die in der Verantwortung der Arbeitsgemeinschaft der Hörgeschädigten im Großraum Hannover e. V. entstanden ist, und in der Portikushalle sehen Sie bis zum 22. Mai die prämierten Arbeiten – Broschüren und Plakate – des landesweiten Wettbewerbs „Schüler informieren Schüler über Hepatitis B“, der unter der Federführung des Niedersächsischen Landesgesundheitsamtes, des Niedersächsischen Sozialministeriums und des Niedersächsischen Kultusministeriums ausgeschrieben wurde. Ich empfehle beide Ausstellungen Ihrer Aufmerksamkeit.

An die rechtzeitige Rückgabe der Reden an den Stenographischen Dienst bis spätestens morgen mittag, 12 Uhr, wird erinnert.

Es folgen geschäftliche Mitteilungen durch die Schriftführerin.

Schriftführerin Hansen:

Es haben sich entschuldigt von der Landesregierung Ministerpräsident Schröder ab der Mittagspause und von der SPD Herr Mientus.

Präsident Wernstedt:

Meine Damen und Herren, wir kommen jetzt zu

Tagesordnungspunkt 1:

Aktuelle Stunde

Dazu liegen drei Beratungsgegenstände vor: a) DVU-Verbot: Glogowski klopft leere Sprüche – Schröder auf Tauchstation – Antrag der Fraktion der CDU – Drs 14/29 -, b) Rechtsradikalismus ernst nehmen: Keine parteipolitische Instrumentalisierung für Wahlkämpfe – Antrag der Fraktion der SPD – Drs 14/32 – und c) Generation in Gefahr: Wie diese Gesellschaft ihre Jugend verliert – Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen – Drs 14/33.

Für die Fraktionen stehen insgesamt 60 Minuten zur Verfügung, die gleichmäßig aufzuteilen sind. Das heißt, jede Fraktion kann über höchstens 20 Minuten verfügen. Wenn wie heute mehrere Themen zur Aktuellen Stunde vorliegen, bleibt es jeder Fraktion überlassen, wie sie ihre 20 Minuten für die einzelnen Themen verwendet.

Jeder Redebeitrag, auch von Mitgliedern der Landesregierung, darf höchstens fünf Minuten dauern. Nach vier Minuten Redezeit werde ich durch ein Klingelzeichen darauf hinweisen, daß die letzte Minute der Redezeit läuft. Erklärungen und Reden dürfen nicht verlesen werden.

Ich rufe nunmehr auf:

a) DVU-Verbot: Glogowski klopft leere Sprüche – Schröder auf Tauchstation - Antrag der Fraktion der CDU - Drs 14/29

Gibt es hierzu Wortmeldungen? – Zunächst Frau Kollegin Harms. – Oder?

(Frau Harms [GRÜNE]: Ich bringe doch nicht den Antrag der CDU-Fraktion ein!)

Also erteile ich das Wort dem Abgeordneten Eveslage.

Eveslage (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Bei der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt hat die DVU 12,9 % der Stimmen, d. h. die Stimmen von 192.000 Wählerinnen und Wählern, bekommen. Damit hat diese rechtsextremistische Partei ein so starkes parlamentarisches Forum, wie es noch nie zuvor eine solche Partei in der Bundes-

republik Deutschland gehabt hat. Das muß alle demokratischen Parteien bestürzen und Anlaß sein, die Ursachen zu erforschen, die politische Aufklärung und Auseinandersetzung zu forcieren und den politischen Extremismus mit allen politischen Mitteln zu bekämpfen.

(Beifall bei der CDU)

Dies hat die CDU in Sachsen-Anhalt der dortigen SPD angeboten. Die SPD hat dieses Angebot aber ausgeschlagen. Herr Höppner hat vielmehr versucht, sozusagen die Pest mit der Cholera zu heilen, indem er die CDU in eine wiederbelebte „Nationale Front“ mit der früheren SED, der PDS, zwingen wollte.

Meine Damen und Herren, notwendig ist vielmehr ein überlegtes und auf langfristigen Erfolg angelegtes gemeinsames Handeln der demokratischen Parteien nicht nur in Sachsen-Anhalt. Zu den demokratischen, auf dem Boden der Verfassung stehenden Parteien gehört die neue SED zumindest in großen Teilen nicht.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, wer sich mit dem Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland auseinandersetzt, darf dabei auch Überlegungen anstellen, die zu einem Verbot von extremistischen Parteien führen könnten. Doch dazu ist es notwendig, das aufgeregte, von Profilierungssucht getriebene Geschwätz des Niedersächsischen Innenministers einmal genau zu überdenken.

Das erste, was ihm nämlich zum DVU-Erfolg in Sachsen-Anhalt einfiel, war die Forderung nach einem sofortigen Verbot dieser Partei. Herr Glogowski, es ist nicht so sehr diese Partei, die uns auch, aber nicht in erster Linie beunruhigen muß; vielmehr ist es die Entscheidung der Wähler für diese Partei, die uns umtreibt. Diese 192.000 Menschen in Sachsen-Anhalt sind es, um deren Sorgen wir uns kümmern müssen. Diese kriegen wir nicht mit dem Verbot einer Partei weg, sondern mit einer vernünftigen Politik, die diesem Land in den letzten vier Jahren anscheinend gefehlt hat.

(Beifall bei der CDU)

Das Parteienverbot nach Artikel 21 Abs. 2 GG ist das äußerste Mittel politischer Auseinandersetzung, wenn es um extremistische Parteien geht. Voraussetzung ist eine genaue Beobachtung durch die zuständigen Organe, etwa des Verfassungsschutzes.

Da ist der Vorstoß aus Niedersachsen bemerkenswert; denn gerade in diesem Land hat es doch dieser Innenminister mit diesem Ministerpräsidenten in der Koalition mit Herrn Trittin geschafft, den niedersächsischen Verfassungsschutz so an die Kette zu legen, personell und rechtlich so zu schwächen, daß dieser Verfassungsschutz nicht einmal die Republikaner in Niedersachsen beobachten konnte.

(Beifall bei der CDU)

Insofern ist der Vorstoß des Innenministers aus Niedersachsen das Dümme, was man zu diesem Zeitpunkt machen konnte.

Wenige Tage nach seiner Verbotsforderung hat der Innenminister eine Kehrtwendung vollzogen. Die neue Meldung aus dem Hause Glogowski hieß dann: „Nun kein Verbot der DVU mehr; jetzt eine Überprüfung des Parteienstatus.“ Als ob die Landeswahlleiter bei der Zulassung dieser Partei zu den Landtagswahlen das nicht schon im einzelnen geprüft hätten!

Da blubbert eine Sprechblase nach der anderen aus dem Innenministerium durch die Medienlandschaft, und der angebliche Chef der Ringe, der Ministerpräsident, schweigt dazu. Dabei waren es doch die markigen Sprüche des Niedersächsischen Ministerpräsidenten aus dem Sommer 1997 zur Ausländerpolitik, die auf den Wahlplakaten der DVU in Magdeburg zum Wahlerfolg dieser Partei beigetragen haben.

Für den Bundestagswahlkampf ist eine ähnliche Strategie angekündigt worden. Rechtsextremisten wollen mit den Sprüchen des Herrn Schröder werben. Wann, Herr Ministerpräsident, haben Sie sich von dieser Anbiederung der DVU distanziert?

Wann haben Sie sich von dem Aufruf des Herrn Frey vom 19. Februar 1998 distanziert, in dem er seine Anhänger über Direkt-Mailing mehrtausendfach in Niedersachsen aufgefordert hat, bei der Landtagswahl die SPD und den Ministerpräsidenten Schröder zu unterstützen?

(Zurufe von der CDU: Unerhört!)

Wir haben es hier; Sie können es gerne nachlesen.

Wir, die CDU-Landtagsfraktion, erwarten – ich glaube, das kann der gesamte Landtag des Landes Niedersachsen erwarten – von diesem Ministerpräsidenten Aufklärung darüber, wann und wo er sich von diesen Anbiederungen der DVU distanziert hat.

(Zuruf von Frau Pawelski [CDU]:
Wahlhilfe von rechts!)

Wir erwarten auch, daß er ein klares Wort zu seinem Verhältnis zu der anderen extremistischen Partei in Deutschland, der PDS, sagt, mit der er Herrn Höppner in Magdeburg 1994 eine Koalition empfohlen hat und im Hinblick auf die er neuerdings angeblich vor einer Koalition warnt. - Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Wernstedt:

Frau Kollegin Harms, jetzt sind Sie dran.

Frau Harms (GRÜNE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Eveslage, wenn ich gewußt hätte, daß Sie am eigentlichen Problem so vorbeireden würden, ich weiß nicht, ob ich Ihnen den Vortritt gelassen hätte.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der
SPD)

Was das DVU-Verbot betrifft, so sind wir da möglicherweise in der Sache – wenn auch nicht in der Argumentation – einig. Aus meiner Sicht haben diejenigen, die, wenn 13 % in einem Bundesland DVU gewählt haben, mit der Keule des Verbots kommen, einerseits ein falsches Verständnis von Demokratie und andererseits möglicherweise kein wirklich treffendes Gespür für das, was dazu geführt hat, daß 13 % in einem Bundesland DVU gewählt haben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Was ist eigentlich los in Deutschland? Wie ist die Lage dieser DVU-Wähler? Ich möchte darüber reden, ohne mißverstanden zu werden. Ich halte dieses Nachdenken darüber nicht für eine Rechtfertigung für eine Entwicklung zum Rechtsextremismus. Ich halte es auch nicht für eine hundertprozentige Erklärung im Sinne einer Entschuldigung. Ich halte aber das Nachdenken über die Lage für eine Voraussetzung dafür, daß politisch etwas gegen Rechts getan werden kann.

Jugendarbeitslosigkeit: Seit 1990 hat sich die Jugendarbeitslosigkeit verdoppelt. 10 bis 12 % der Jugendlichen im Westen sind arbeitslos und ohne Chance, 16 bis 20 % der Jugendlichen im Osten; in

einigen Städten bzw. Vorstädten in Sachsen-Anhalt sind es 50 %. Kinder und Jugendliche – so konnten wir gestern lesen – werden immer ärmer. Immer mehr Kinder werden unter den Bedingungen der Sozialhilfe groß. Die Hälfte dieser auf Sozialhilfe angewiesenen Kinder lebt bei alleinerziehenden Müttern. Das sind 100.000 Kinder in Niedersachsen. Je jünger diese Kinder sind, desto höher ist das Sozialhilfeniveau. Kinder in diesen Verhältnissen werden sogar krank wegen falscher Ernährung, wegen schlechter Ernährung, wegen Hunger, und das in der Bundesrepublik Deutschland!

10 % der Arbeitnehmer – nicht der Arbeitslosen – in der Bundesrepublik leben unter der Armutsgrenze, und das bei 7 Millionen Arbeitslosen, von denen wir alle wissen.

Wer in der Bundesrepublik Deutschland länger als ein Jahr arbeitslos ist, der gehört inzwischen zu einer neuen Kaste, zu der Kaste der nicht Wiedereingliederbaren. Immer jünger und immer zahlreicher werden diejenigen, denen der Lebensweg fehlt, und das in einem Land, das doch zu arbeiten vorschreibt, das aber gleichzeitig zuläßt, daß Arbeit verschwindet, daß Arbeitsplätze konsequent eigentlich nur ab- und nicht aufgebaut werden.

Gewalt und Kriminalität – auch das konnten wir in den letzten Tagen lesen – gerade unter Kindern und Jugendlichen nimmt zu. Es geht unter Kindern und Jugendlichen in diesem Land immer härter zu. Die Zahl der 18- bis 24-jährigen, die eines Gewaltverbrechens verdächtig waren, hat seit 1984 um 84 % zugenommen. Da will ich Ihnen, Herr Eveslage, angesichts Ihrer merkwürdigen Analyse für diese Rechtstrends in der Bundesrepublik und in Sachsen-Anhalt einmal folgendes sagen: Das sind Ihre blühenden Landschaften, die blühenden Landschaften von Kohl!

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Das, was wir da in Sachsen-Anhalt präsentiert bekommen haben, ist das Ergebnis von fast zehn Jahren Wiedervereinigung. Sie sollten jetzt vielleicht schon einmal überlegen, wie Sie mit dieser Quittung umgehen werden.

Ich meine, daß unsere Gesellschaft insgesamt auf der schiefen Bahn ist. Nicht die Jugendlichen sind auf der schiefen Bahn, sondern unsere Gesellschaft ist es.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Zum Verständnis: Die Gruppe derjenigen, die in diesem Land einfach nicht mehr gebraucht werden, wird immer größer. Immer mehr Menschen werden einfach überflüssig gemacht. Wundert es uns eigentlich noch, wenn diejenigen, die überflüssig sind, die nicht mehr gebraucht werden, sich nicht mehr an die Spielregeln derjenigen halten, die sie rausschmeißen, die sie nicht mehr brauchen? - Mich wundert das nicht.

Ich glaube nicht, daß Armut, Verelendung und Ausgrenzung insgesamt eine Rechtfertigung für Rechtsextremismus sind. Ich habe schon gesagt: Wir müssen gegen Rechtsextremismus arbeiten. Ich glaube aber, daß Armut, Verelendung und Ausgrenzung in diesem Land konsequent bekämpft werden müssen, damit wir diesen Rechtstrend stoppen können.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Was erleben wir statt dessen? - Da muß ich natürlich auch wieder die Herren auf der Regierungsbank ganz ernsthaft ansprechen. Statt dessen erleben wir eine völlig ritualisierte Aufregung über Rechts und auch über Links.

Die SPD, die Erfinderin der neuen Mitte, fürchtet offensichtlich – wenn ich mir Sachsen-Anhalt und das, was die Bundes-SPD dazu erklärt, angucke – gar nicht so sehr die DVU. Die SPD fürchtet am meisten die olle Rote-Socken-Kampagne von Herrn Hintze. Ich muß mit meinen Ratschlägen vorsichtig sein, weil meine Partei nicht gerade im Aufwind ist.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Aber ich muß doch sagen, Herr Schröder: Ich hätte mir an dieser Stelle Gelassenheit und Souveränität im Umgang mit den Verhältnissen in Sachsen-Anhalt und Auseinandersetzungen mit den eigentlichen Problemen und nicht mit der PDS und mit den roten Socken des Herrn Hintze gewünscht. – Danke.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsident Wernstedt:

Jetzt hat sich der Kollege Gabriel zu Wort gemeldet.

Gabriel (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es ist schade, daß es uns nicht gelungen ist, mit dem Ansatz, den Frau Harms hier eben vertreten hat, die drei Themen der Aktuellen Stunde zusammenzufassen. Wir bedauern sehr, daß die CDU-Fraktion diesem Wunsch nicht gefolgt ist. Ich will oder muß mich am Anfang dafür entschuldigen, daß nichts anderes übrigbleibt, als auf den Redebeitrag von Herrn Eveslage in der ersten Runde einzugehen.

(Zurufe von der CDU)

Ich will Ihnen ein Kompliment machen. Man kann sich auf Sie verlassen, man kann sich wirklich auf Sie verlassen: Was Sie hier vorgetragen haben, macht deutlich, daß Ihnen die tatsächliche Entwicklung in Sachsen-Anhalt oder in Deutschland völlig egal ist.

(Beifall bei der SPD)

Ich meine das, was ich jetzt sage, sehr ernst, Herr Eveslage. Ihnen und Leuten, die dieses Thema so behandeln, muß man den schlimmsten Vorwurf machen, den man einem deutschen Nachkriegspolitiker nach dem Zweiten Weltkrieg machen kann. Wissen Sie, wie der lautet? - Sie haben zu Rechtsradikalen kein grundsätzliches, sondern ein taktisches Verhältnis. Das ist das, was Sie hier eben gezeigt haben.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der CDU)

Herr Eveslage, Ihnen wird bei dem Redebeitrag des Innenministers zu diesem Thema Hören und Sehen vergehen. Ich will alle, die hier zuhören, auffordern, besonders aufmerksam zuzuhören, wenn es um das Flugblatt von Herrn Frey im Landtagswahlkampf geht. Ich will das nicht vorwegnehmen, ich will nur große Aufmerksamkeit empfehlen; die CDU hat hier ja nicht zitiert, und das aus guten Gründen.

Ich will nur fragen: Was hat dieses Thema, so wie es die CDU gestellt hat, eigentlich mit Niedersachsen zu tun? - Bei der letzten Landtagswahl in Niedersachsen haben die rechtsradikalen Parteien 2,8 % bekommen. 2,8 % zuviel, keine Frage. Aber das macht doch auch deutlich, daß es in unserem Bundesland offenbar nur relativ wenig Menschen gibt, die so hoffnungslos und so wütend sind, daß sie aus Protest nur noch rechtsradikal wählen können.

(Beifall bei der SPD)

Wenn Sie hier von der Tatenlosigkeit des Ministerpräsidenten reden, will ich Ihnen sagen, wie die Taten lauten. Die Taten sind symbolisiert durch Lemwerder, Preussag Stahl und viele andere Dinge. Da sollten Sie sich einmal fragen, was Sie eigentlich getan haben, um den Leuten in diesem Land ihre Angst vor Arbeitslosigkeit und Perspektivlosigkeit zu nehmen. Sie haben nichts unternommen!

(Beifall bei der SPD)

Ihre Auseinandersetzung mit dem Rechtsradikalismus findet in Pressemitteilungen und Redebeiträgen à la Eveslage statt. Das ist das Niveau, auf dem die CDU heute leider angekommen ist.

(Beifall bei der SPD)

Ich habe als Parlamentsneuling 1990 in meiner ersten Periode hier einen völlig anderen Umgang der CDU mit Rechtsradikalismus erlebt. Ich war – das muß ich offen sagen – außerordentlich interessiert und sehr froh darüber, daß Ihre Partei mit diesem Thema damals völlig anders umgegangen ist, und zwar inhaltsbezogen, klar und konsequent und nicht taktisch. Das war die CDU damals. Heute hat sie Herr Eveslage hier präsentiert.

Das zweite, was ich Ihnen sagen will, bezieht sich auf den Innenminister. Sie scheinen alles, aber auch wirklich alles zu vergessen, dem Sie hier einmal zugestimmt haben. Dem Innenminister leere Sprüche vorzuwerfen, das ist doch unglaublich, wenn Sie sich vorstellen, womit das hier begonnen hat: Wir haben Polacek in Mackenrode ausgewiesen – unter Ihrer Regierung lange Jahre der rechtsradikale Heerführer in Südostniedersachsen. Wir haben Hentendorf angegangen, die Wikingjugend und diesen Kameradschaftsbund in Wilhelmshaven. Und dieser Landtag hat einmal einstimmig beschlossen, das FAP-Verbot zu fordern, obwohl wir natürlich wußten, wie schwierig ein Parteienverbot durchzusetzen ist. Wir haben am Ende dadurch Erfolg gehabt, daß das Bundesverfassungsgericht festgestellt hat, daß die FAP gar keine Partei ist. Wenn es einen Innenminister gibt, der konsequent – ich will zugeben, mit den rechtsstaatlichen Mitteln, die wir haben; das ist auch sein Job als Innenminister – versucht hat, den Volksverhetzern keinen Quadratmeter Boden in Niedersachsen preiszugeben, dann ist es Gerhard Glogowski gewesen. Es ist unglaublich, was Sie hier aufführen!

(Beifall bei der SPD)

Frau Harms hat recht, wenn sie sagt, das ist nicht zuzusagen das zentrale Mittel, um den Rechtsradikalismus einzudämmen, wir müssen den Menschen Arbeit und Perspektiven geben. Aber die Kombination aus beidem sitzt eben da links auf der Regierungsbank.

Ich sage Ihnen: Mit der SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag wird es keinen Quadratzentimeter für die Volksverhetzer, für die Auschwitz-Leugner und für die Aufwiegler zum Rassenhaß in diesem Land geben. Wir werden das nicht mitmachen. Wir werden damit anders umgehen als Sie mit Ihren seltsamen Themen zum ersten Teil dieser Aktuellen Stunde.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Wernstedt:

Zu Tagesordnungspunkt 1 a hat sich noch der Kollege Wulff gemeldet.

Wulff (Osnabrück) (CDU):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn eines den Extremisten von links und rechts nützt, dann ist es, wenn sich die Demokraten in der politischen Mitte über die Erfolge der Extremisten zerstreiten.

(Beifall bei der CDU – Bartling [SPD]: Dann müssen Sie nicht solche Tagesordnungspunkte beantragen! Unverschämtheit! Wer beantragt denn hier solche Tagesordnungspunkte? – Beifall und Zurufe von der SPD)

Ich sage das bewußt an den Vorsitzenden der SPD-Fraktion gerichtet, der gerade den Versuch unternommen hat, das Thema durch Angriffe auf die Union als vermeintliche Verursacherin von Rechts extremismus parteipolitisch für sich nutzbar zu machen.

(Beifall bei der CDU)

Ich sage das in aller Deutlichkeit, weil es für die Union in Deutschland keine Zusammenarbeit, keine Tolerierung, keine Duldung mit rechts oder links gibt. Hätte sich die CDU in Baden-Württemberg von den rechtsextremistischen Republikanern als Minderheitsregierung tolerieren lassen, hätte ich der Partei CDU den Rücken gekehrt. Es hat die Zusammenarbeit in Baden-Württemberg nicht gegeben, es gibt sie nirgendwo sonst, und es sollte sie

auch von gestandenen Sozialdemokraten weder mit links noch mit rechts geben.

(Beifall bei der CDU)

Herr Höppner geht jetzt in dem Nachbarland Sachsen-Anhalt, das wir 1990 gewissermaßen als Patenland von Niedersachsen verstanden haben, das Risiko ein, sich von DVU und/oder PDS zum Ministerpräsidenten wählen zu lassen, weil er gerade nicht die demokratische Mitte im dortigen Parlament zu stärken versucht.

Meine Damen und Herren, wenn eine Erfahrung aus dem Niedergang der Weimarer Republik in Deutschland gemacht werden kann, und zwar insgesamt in Deutschland - - -

(Zuruf)

- Es ist doch geradezu billig zu sagen, das sei ein Problem von Sachsen-Anhalt, das gehöre nicht hier in den Landtag. Natürlich gehört es hier in den Landtag, wenn irgendwo in Deutschland nicht die politische Mitte, die demokratische Mitte, gestärkt wird, sondern die Ränder links oder/und rechts gestärkt werden. Das ist der Skandal, der uns hier bedrückt.

(Beifall bei der CDU)

In der Weimarer Republik haben die Demokraten nicht gegen links und rechts zusammengestanden, sondern haben sich gegenseitig zerstritten.

Anlaß für den Antrag der CDU-Fraktion in dieser Aktuellen Stunde ist, daß hier in Niedersachsen in den letzten Tagen durch den Niedersächsischen Innenminister und Stellvertretenden Ministerpräsidenten ein Eiertanz vollzogen wurde. Erst hat er gesagt, man müsse die sofort verbieten. „Wenn ich Bundesinnenminister wäre, hätte ich sie sofort verboten.“ Dann hat man ihm gesagt, daß er insofern nicht die ausreichenden Kenntnisse hat, weil der Bundesinnenminister nämlich gar nicht verbieten kann, sondern nach Beratungen des Bundesinnenministers und der Innenministerkonferenz das Bundesverfassungsgericht verbieten muß. Daraufhin hat er erklärt, „ich stelle keinen Antrag in der Innenministerkonferenz, es ist wohl doch falsch, die zu verbieten“, und das Thema des Verbots sollte nicht weiter verfolgt werden. - Meine Damen und Herren, es ist eben fahrlässig, zu einem solchen Thema so rumzuschwätzen - wie es Herr Eveslage gerade gesagt hat -, wie es uns durch Herrn Innenminister Glogowski in den letzten Tagen dargeboten wurde.

(Beifall bei der CDU)

Wir sind der Meinung, daß ständig und jederzeit Extremisten durch den Verfassungsschutz zu beobachten sind, daß jederzeit die Bundesinnenminister und Landesinnenminister in Deutschland zu prüfen haben, ob die Voraussetzungen für ein Parteienverbot vorliegen, und daß dann, wenn die Voraussetzungen vorliegen - wenn man entsprechend ermittelt hat und zu dem Ergebnis kommt, man müsse verbieten wegen Rassenhetze und anderer Dinge, die zum Verbot führen müssen -, dann müssen das Parlament, der Innenausschuß, die beteiligten demokratischen Parteien mit dieser Frage befaßt werden. Aber das Rumschwätzen zu einem solchen Thema hilft uns überhaupt nicht.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Wernstedt:

Noch einmal Herr Kollege Gabriel!

Gabriel (SPD):

Herr Kollege Wulff, wir werden Sie für Ihre eigene Themenstellung und für Ihren Aufschlag zur aktuellen Stunde nicht aus der Verantwortung entlassen. Ich werde mir von Ihnen nicht unterstellen lassen, ich hätte Ihnen die Schuld für die DVU-Ergebnisse oder für den Rechtsradikalismus gegeben. Exakt dies habe ich nicht getan, sondern ich habe Ihren Umgang mit diesem Thema kritisiert, Ihre Instrumentalisierung für Wahlkämpfe. Das ist die Kritik.

(Zustimmung bei der SPD)

Ihr Feldprediger Hintze hat in der ersten Stunde der Hochrechnungen in Sachsen-Anhalt nichts besseres zu tun gehabt, als Rot-Grün für den Erfolg der Rechtsradikalen verantwortlich zu machen. Wenn jemand bei parteipolitischen Schuldzuweisungen für die Entwicklung von Rechtsradikalismus das Wasser nicht halten konnte, dann sind es Ihre Feldprediger. Man kann nur froh sein, daß der Herr in der Politik gelandet ist. Welchen Schaden könnte er auf der Kanzel anrichten!

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

Ihre Leute in Bayern und in der CDU haben sofort nach der Wahl erklärt, jetzt müßten die CDU und die CSU beim Thema Ausländer nach rechts rücken, um da keinen Platz zu lassen. Wissen Sie, was das zu Ende gedacht bedeutet? – Das heißt, wir brauchen dann die DVU nicht mehr, und Herr Frey

wird sich freuen, weil seine Inhalte bei formal demokratischen Parteien im Landtag und in der Staatsregierung vertreten sind. Das ist Ihre Position!

(Beifall bei der SPD)

Ich will Ihnen noch etwas zum Thema Sprüche klopfen sagen.

(Eveslage [CDU]: Schröder-Sprüche stehen auf dem DVU-Plakat!)

Sie haben sich hier mit diesem Thema gemeldet. Sie haben nicht beantragt, der Niedersächsische Landtag möge sich mit dem Rechtsradikalismus auseinandersetzen. Das haben die Fraktionen der Grünen und der SPD beantragt. Ich werde nachher zu diesem Thema auch etwas sagen. Sie haben beantragt: „DVU-Verbot: Glogowski klopft leere Sprüche – Schröder auf Tauchstation“.

(Zuruf von der CDU: Das stimmt doch auch! – Frau Pawelski [CDU]: Was war denn nach diesem Brief, den 80.000 Leute bekommen haben?)

- Frau Pawelski, er wird gleich etwas sagen. Dann werden Sie ganz flach atmen. Da bin ich mir ganz sicher.

(Heiterkeit und Zustimmung bei der SPD)

Wir setzen uns in den ersten 15 Minuten dieser Landtagssitzung derzeit in der Tat nicht mit der DVU auseinander, sondern mit Ihrem Verhältnis zu diesem Problem. Das ist das Thema hier.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Wernstedt:

Das Wort hat der Herr Innenminister.

(Möllring [CDU]: Das ist der Beweis: Schröder auf Tauchstation!)

Glogowski, Innenminister:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist falsch, Herr Kollege Eveslage, daß mir nach dem Wahlergebnis in Sachsen-Anhalt zuvörderst die Frage des Verbots eingefallen sei. Zuvörderst ist mir eingefallen – ich habe das abends bei Herrn Böhme auch öffentlich sagen können -, daß – da stimme ich mit Frau Harms völ-

lig überein – die verfehlte soziale Politik, die hohe Arbeitslosigkeit, die Ausgrenzung vieler Menschen, die Chancenlosigkeit der jungen Menschen, die Perspektivlosigkeit der jungen Menschen, die sie empfinden, dazu geführt haben, daß sie zu einem fatalen Mittel gegriffen haben, nämlich die DVU zu wählen. Die Ursachen liegen in einer verfehlten sozialen Politik in der Bundesrepublik Deutschland – damit das völlig zweifelsfrei ist.

(Beifall bei der SPD und Zustimmung bei den GRÜNEN)

Das habe ich in dem Interview gesagt. Das habe ich auch bei Herrn Böhme gesagt. Zu dieser Aussage stehe ich auch vollinhaltlich. Das ist also das Problem. Es ist aber nicht erst in Sachsen-Anhalt entstanden. In Hamburg haben wir Glück gehabt. Wenn die DVU 190 Stimmen mehr gehabt hätte, wäre sie in der Bürgerschaft gewesen. In Baden-Württemberg sind die Republikaner mit 9,1 % im Landtag. Sie hatten 1992 10,9 %. Dort drüben sind es zwei Prozentpunkte mehr. Man kann das nicht mit dem Argument abtun, daß einige irregeleitete junge Menschen das bewirkt haben, sondern wir haben in der Bundesrepublik Deutschland einen latenten Rechtsradikalismus, den es permanent zu bekämpfen gilt. Seitdem die NPD 1969 in den Niedersächsischen Landtag eingezogen ist, ist dies eine Aufgabe, die wir dauerhaft haben werden. Es wird immer wieder die Bildung von Parteien und Gruppierungen geben, die wir bekämpfen müssen, um in Deutschland nicht in die Situation zu kommen, mit solchen Parteien leben zu müssen. Ich bekenne mich ausdrücklich dazu. Ich würde lieber in Deutschland leben, wenn es solche Parteien wie die DVU nicht geben würde. Das ist nun mal die Situation. Das ist mein Lebensempfinden.

(Beifall bei der SPD)

Nun ist es auch so, daß die Verfassung in der Bundesrepublik Deutschland zu Recht die Parteien in besonderer Weise schützt. Dieser Landtag hat einstimmig beschlossen, darauf hinzuwirken, die Partei FAP zu verbieten. Der Innenminister des Landes Niedersachsen hat immer wieder darauf gedrungen. Wir haben das in den Bundesrat eingebracht. Der Bundesrat hat es dann auf unsere Initiative hin beschlossen. Die Bundesregierung hat das gemacht. Dann ist vom Verfassungsgericht gesagt worden: Das ist keine Partei, also könnt ihr sie ohne weiteres verbieten.

Wir können die Diskussion über die Frage, ob eine Partei verfassungswidrig ist oder nicht, nicht erst dann führen, wenn sie Erfolge hat. Die Verbotsdebatte ist eine Verfassungsdebatte, die wir permanent führen müssen. Wir müssen ständig die Verfassung an die Partei anlegen. Das gilt auch für die DVU.

Das heißt, wir müssen die Ursachen beseitigen – da hat Frau Harms recht; das möchte ich ausdrücklich sagen -, aber wir müssen uns auch mit dieser Partei beschäftigen. Es reicht nicht aus, wenn der Bundesinnenminister jedes Jahr eine Pressekonferenz gibt und sagt „Wir müssen uns mit dem Rechtsradikalismus auseinandersetzen“, sich danach ins Auto setzt und zum Kaffeetrinken fährt, sondern diese Auseinandersetzung muß permanent geführt werden.

Von daher fordere ich dazu auf, sich das Organisationsspektrum von Herrn Frey anzusehen, nämlich die Frage des Verfassungsschutzes: Ist dies überhaupt eine Partei, die von Herrn Frey von oben sozusagen selbtherrlich geführt wird, deren Landesverbände im wesentlichen nichts zu sagen haben, bei der Mitgliederversammlungen im wesentlichen nicht stattfinden, jedenfalls nicht in der Offenheit, wie es das Parteiengesetz vorschreibt? Wenn selbst die Rechtsradikalen sagen, daß er im wesentlichen ein NS-Propaganda-Händler ist, meine Damen und Herren, dann gehe ich von dieser Situation aus und dann müssen wir uns diese Organisation sehr genau ansehen.

Herr Frey hat am 23. September 1997 gesagt: „Ich bin tatsächlich der einzige Parteivorsitzende seit Gründung der Bundesrepublik, der seine Partei finanziert.“ Diese Partei ist auch noch völlig von ihm abhängig. Man sagt, mit 7,3 Millionen DM ist die Partei bei ihm verschuldet. Das heißt, sie ist wirtschaftlich und politisch von ihm abhängig. Also ist die Frage erlaubt, ob wir uns dieser Partei nicht auch einmal unter diesem Gesichtspunkt nähern und sie näher durchleuchten, um dann festzustellen, was wir dagegen zu tun haben.

Ich sage es hier noch einmal: Sobald sich die Möglichkeit bietet, d. h. die rechtlichen Voraussetzungen gegeben sind, werde ich alles tun, was ich tun kann, damit diese Partei verboten wird – damit das völlig klar ist und damit hier bei niemandem ein Irrtum besteht -, weil ich der Meinung bin: Wir müssen mit allen rechtlichen und allen inhaltlichen Auseinandersetzungen diese Partei, aber nicht nur

diese Partei, sondern die Rechtsradikalen generell, bekämpfen.

(Beifall bei der SPD)

Die Bundesregierung hat ja Herrn Frey 1969 die bürgerlichen Ehrenrechte aberkennen lassen wollen. Das Bundesverfassungsgericht hat damals sinngemäß folgendes festgestellt: Sollte sich an der Sachlage, daß die Rechtsradikalen keine Gefahr für die Bundesrepublik Deutschland darstellen, etwas ändern und dem Antragsgegner wiederum ein Mißbrauch der Grundrechte zum Kampf gegen die freiheitlich demokratische Grundordnung vorgeworfen werden, so kann in einem neuen Verfahren nach Artikel 18 Grundgesetz auch auf die Vorgänge zurückgegriffen werden, die dem derzeitigen Verfahren zugrunde liegen. – Das Bundesverfassungsgericht hat 1974 gesagt: Man muß sozusagen permanent die Frage der Verfassungsmäßigkeit dieser Partei und auch des Vorsitzenden dieser Partei prüfen. Diesem Verfassungsbefehl müssen wir nach meiner Auffassung nachgehen.

Zielsetzungen der DVU sind: Schüren von Fremdenhaß, Fremdenfeindlichkeit, Verbreitung unterschwelliger Antisemitismus, Entlastung des nationalsozialistischen Regimes, systematische Angriffe gegen Institutionen und führende Repräsentanten des demokratischen Rechtsstaates. Wenn man sich einmal dieses Flugblatt und die Anzeige „Sachsen-Anhalt: Immer mehr korrupte Politiker, Asylbetrüger, Kriminelle, Diätenfresser, EU-Bonzen, ausländische Banditen“ ansieht, so ist das ein unerträglicher Umgang in dieser unserer Demokratie, den wir uns nicht gefallen lassen dürfen. Dann ist doch nicht die Diskussion darüber zu führen „Parteienverbot, ja oder nein?“ – die Guten sagen dann ja und die Schlechten nein -, sondern die Diskussion ist darüber zu führen: Wo bitteschön haben wir vor Sachsen-Anhalt die inhaltliche Auseinandersetzung mit dieser so schlimmen Partei geführt? Wo sind die Argumente gewesen? – Da sage ich, meine sehr verehrten Damen und Herren: Wir müssen in dieser Frage, was die Parteieneigenschaft und auch den Rechtsradikalismus angeht, deutlicher werden und deutlicher sprechen.

Wenn selbst die Bundestagsverwaltung, die ja zu prüfen hat, ob die Geld nach dem Parteiengesetz bekommen können, zu der Auffassung kommt, daß die Vermutung naheliegt, daß der Parteivorsitzende die Partei ohne innerparteiliche demokratische Kontrolle beliebig in seine Privatgeschäfte einbindet, wenn das selbst in einem Bericht des Bundes

steht, dann frage ich mich: Warum hat man denn keine Konsequenzen gezogen?

Nun kann man natürlich sagen: Warum habt ihr diese Konsequenzen nicht gezogen? – Da kann ich sagen: Weil die DVU in Niedersachsen nicht angetreten ist. In Niedersachsen ist die DVU nicht angetreten. Seit 1996 haben die Rechtsradikalen in Niedersachsen die geringste Stimmenanzahl in der ganzen Bundesrepublik Deutschland bekommen.

In diesem Zusammenhang muß ich aber mit einer Legende aufräumen, Herr Eveslage. Ich meine, daß Sie sich dann ein bißchen genieren müßten.

(Wulff (Osnabrück) [CDU]: Die Presseerklärung der DVU, warum sie nicht kandidiert!)

- Ich will Ihnen das jetzt vorlesen. Sie haben beim Verfassungsschutz zu Recht den Brief von Herrn Frey angefordert. Obwohl Sie ihn kennen, haben Sie hier heute wieder behauptet – ohne zu sagen, wie es weitergeht -, daß Herr Frey aufgerufen habe, Herrn Schröder zu wählen.

(Eveslage [CDU]: Das habe ich gesagt?)

- Herrn Schröder zu wählen, das haben Sie hier gesagt. Jetzt möchte ich Ihnen einmal sagen, was Herr Frey wirklich beabsichtigt hat. Ich lese Ihnen das einmal vor, obwohl es schlimm genug ist. Aber das ist ja öffentlich. Herr Frey hat geschrieben:

„Bei den niedersächsischen Landtagswahlen geht es in erster Linie darum, den wegen seiner in allen Bereichen gescheiterten Politik abgehalfterten Kanzler Kohl zum Rücktritt zu zwingen und zugleich einen SPD-Kanzlerkandidaten Lafontaine zu verhindern. Der „Westentaschen-Kohl“ Lafontaine wird nur bei einem klaren Sieg Schröders am 1. März auf seine Kandidatur verzichten und Schröder den Vorrang lassen. Daraufhin dürfte der gegen Schröder chancenlose Kohl endlich das Handtuch werfen und Schäuble statt seiner in den Kampf um die Kanzlerschaft treten.“

Das heißt, es war das Ziel von Frey, mit einem solchen Aufruf Kohl zu stürzen.

(Lindhorst [CDU]: Trotzdem hat er für Sie geworben!)

Er führt weiter aus:

„Kohl ist der Hauptschuldige am galoppierenden Zusammenbruch unserer Wirtschaft,“

(Eveslage [CDU]: Das ist aber weit hergeholt!)

„der irrwitzigsten Währungsreform der Weltgeschichte, einer immer mehr ausufernden Masseneinwanderung“

und so weiter.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es geht mir dabei nur um folgendes.

(Zuruf von der CDU: Nein, nein!)

Wissen Sie, was ich nicht in Ordnung finde, Herr Eveslage? - Daß Sie, obwohl Sie wissen, welche unappetitliche Meinung dieser Herr über den Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland hat – ich weise das im übrigen zurück, ich finde den Umgang des Herrn Frey mit Kohl nicht in Ordnung – und was er beabsichtigt, heute wieder den Eindruck zu erwecken versucht haben, als ob er aufgerufen hätte, Schröder zu wählen, weil er Schröders Politik will. – Er hat aufgerufen, Schröder zu wählen, weil er die Wahl von Kohl verhindern und Schäuble als Kanzlerkandidat haben wollte.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte eines deutlich machen.

(Zurufe von der CDU)

Präsident Wernstedt:

Meine Damen und Herren, lassen Sie den Minister weiterreden!

Glogowski, Innenminister:

Ich möchte eines deutlich machen:

(Eveslage [CDU]: Hat er nun aufgerufen, Schröder zu wählen oder nicht?)

Die demokratischen Parteien in der Bundesrepublik Deutschland sollten nach meiner festen Überzeugung der Versuchung widerstehen, mit Herrn Frey und seinen Argumenten innerdeutsche Politik zu machen. Dieser Herr gehört aus der Politik ausgesondert.

(Beifall bei der SPD)

Wer dann auch noch mit halben Zitaten von Herr Frey Politik zu machen versucht, meine sehr verehrten Damen und Herren, der muß sich ernsthaft überlegen,

(Wulff (Osnabrück) [CDU]: Weisen Sie doch die Unterstellung zurück!)

ob die Gemeinsamkeit der Demokraten dadurch nicht gefährdet wird.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Wernstedt:

Meine Damen und Herren, für den Tagesordnungspunkt 1 a liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen zu

b) Rechtsradikalismus ernst nehmen: Keine parteipolitische Instrumentalisierung für Wahlkämpfe - Antrag der Fraktion der SPD - Drs 14/ 32

Dazu hat sich der Kollege Gabriel gemeldet. Im Anschluß spricht Kollege Gansäuer.

Gabriel (SPD):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Das Wahlverhalten der sachsen-anhaltinischen Wählerinnen und Wähler für die DVU war – entgegen der öffentlichen Empörung – bei genauerem Hinsehen ein durchaus rationales Wahlverhalten. Rational deshalb, weil sich dort Menschen fragen, wie sie ihrer Ohnmacht gegenüber ihrer eigenen Perspektivlosigkeit besser Ausdruck verleihen können als durch die Wahl einer Partei, die im Westen diese Empörung hervorruft.

(Busemann [CDU]: Sie hätten doch Herrn Höppner wählen können!)

Das Ergebnis, daß sich CDU und SPD im Niedersächsischen Landtag und im Bundestag über die DVU und die PDS streiten und eine Riesenaufregung entsteht, daß sie aber nicht über Massenarbeitslosigkeit reden, gibt den Protestwählerinnen und Protestwählern der DVU leider Gottes recht.

(Möllring [CDU]: Aber das ist doch Höppner völlig egal! Sonst würde er eine Koalition der Mitte machen!)

Das ist die eine Rationalität. – Herr Möllring, ich habe folgende Bitte. Wir haben den Streit nun hier geführt, lassen Sie uns jetzt den Versuch unternehmen, ernsthaft und sachlich über Rechtsradikalismus - - -

(Widerspruch bei der CDU)

- Frau Harms, wir versuchen es gemeinsam; es hat mit denen wenig Sinn.

Ein zweiter Punkt. Wer aus den zwanziger Jahren Maria Jahoda „Die Arbeitslosen von Mariental“, die nach wenigen Wochen in einer bestimmten Weise reagiert haben, gelesen hat, der fragt sich: Wen soll es überraschen, wenn unter den Menschen, die nunmehr fast zehn Jahre Arbeitslosigkeit in der Höhe von bis zu 40 % und mehr in den Dörfern und Städten erleben – 6 Millionen in Deutschland – und denen blühende Landschaften versprochen wurden, auch welche sind, die sagen: Wir wählen jetzt rechtsradikal. Wen wundert das?

(Zuruf von der CDU: Nach vier Jahren rot-grüner Regierung in Sachsen-Anhalt!)

Ich finde, die Aufregung um dieses Wahlergebnis ist eigentlich auch das Eingeständnis der eigenen Schuld - ich sage, der gesamtdeutschen Schuld aller Parteien -, daß wir es nicht geschafft haben, Massenarbeitslosigkeit und Perspektivlosigkeit besser in den Griff zu bekommen.

Rechtsradikalismus ist aber kein Problem des Ostens. Das zeigen die Wahlergebnisse in Baden-Württemberg oder Bayern.

(Eveslage, CDU: Hamburg!)

- Hamburg und andere; kein Problem. – Rechtsradikalismus ist kein Problem der Ränder unserer Gesellschaft. Wenn sich ein Drittel der Erstwähler entscheidet, rechtsradikal zu wählen, wenn in Leipzig zigtausend junge Leute vor dem Völkerschlachtdenkmal für die NPD demonstrieren, dann ist das ein Kernproblem der Gesellschaft und nicht eines der Ränder. Frau Harms hat darauf hingewiesen; ich gebe ihr ausdrücklich recht.

Aber Rechtsradikalismus ist auch kein Problem des Jahres 1998. Im Jahr 1980 hat der damalige Bundeskanzler Helmut Schmidt die Sinus-Studie in Auftrag gegeben, deren wesentliche Ergebnisse zwei Zahlen waren. Die Überschrift war – 1980! - „Fünf Millionen Deutsche wollen wieder einen Führer“, und das rechtsextreme Wählerpotential –

man höre und staune – in Westdeutschland liege bei 13 %. Das waren die Ergebnisse im Jahr 1980. Wir mußten zur Kenntnis nehmen, daß wir in einer Industriegesellschaft leben, die so viele Brüche, Widersprüche und Ohnmacht produziert, daß es natürlich auch immer einen Teil der Bevölkerung gibt – in ganz Europa, in allen Industriestaaten -, der diesen Leitmustern und Orientierungsmustern anhängt. Die Frage ist aber: Warum und zu welchem Zeitpunkt wandelt sich das in tatsächliches Wahlverhalten und gefährdet damit natürlich mittelfristig eine demokratische Willensbildung in unseren Parlamenten?

Ich glaube, neben den Problemen, die Frau Harms angesprochen hat – Massenarbeitslosigkeit und andere Probleme –, gibt es auch etwas, was mit dem politischen Klima im Land, in der ganzen Republik zusammenhängt, um das wir uns genauso kümmern müssen wie um das Thema „Massenarbeitslosigkeit“ oder „Verbot rechtsradikaler Aufmärsche“. Zu diesem Klima gehören natürlich Hoffnungslosigkeit und Bedrohungsängste von Menschen, die keine Arbeit und keinen Lohn finden, dazu gehört aber auch in Ostdeutschland das Gefühl der Westokkupation. Die Art und Weise, wie wir die Debatte um die PDS führen, trägt dazu bei, daß dieses Gefühl der Westokkupation eher verstärkt als verringert wird.

Ich sage ausdrücklich: Ich halte eine Koalition oder eine Mehrheitsbildung mit der PDS für katastrophal. Ich halte das nicht für in Ordnung.

(Eveslage [CDU]: Ihr Ministerpräsident aber nicht! – Jahn [CDU]: Auf dich hört ja keiner!)

Ich bin auch nicht der Auffassung, daß man die gesellschaftsfähig machen muß. Aber das ist die Westsicht, und das muß man auch sagen. Es ist die Westsicht!

(Zurufe von der CDU)

- Sie haben kein Interesse an einer inhaltlichen Debatte, ich merke es. – Die PDS ist leider Gottes auch Teil der deutschen Einheit. Aber zum Klima gehört noch mehr, die Art und Weise der Auseinandersetzung in der Ausländerdebatte übrigens auch, auch dort, wo wir sie tabuisieren, zum Beispiel beim Thema „Ausländerkriminalität“. Die Tabuisierung solcher Themen bringt auch Probleme im politischen Klima.

(Oestmann [CDU]: Wie wahr, wie wahr!)

Die Art und Weise übrigens, wie sich Spitzenvertreter der Wirtschaft und der Politik mit den verfassungsmäßigen Grundlagen unseres Staates auseinandersetzen, wenn jemand wie Henkel und andere, ohne eine Ächtung fürchten zu müssen, das Sozialstaatsprinzip und die Tarifvertragstreue und alles andere, was Bestandteil der freiheitlich demokratischen Grundordnung ist, öffentlich aufs Spiel setzen können, wenn das durch Kommentare honoriert wird, wenn Politiker solche Äußerungen nicht gesellschaftlich und politisch ächten, dann müssen Leute den Eindruck haben, sie lebten hier wirklich ausschließlich in der Wolfsgesellschaft. Auch das gehört zum politischen Klima.

(Beifall bei der SPD)

Ich finde, wir müssen auch darüber sprechen, wie wir uns, wenn es um deutsche Geschichte geht, als Demokraten bezüglich dieses Themas verhalten.

(Wulff (Osnabrück) [CDU]: Wo ist denn der Ministerpräsident?)

Für mich war es bezüglich des politischen Klimas erschreckend, daß sich bei der Wehrmachtsausstellung, bei der es wirklich um historische Fakten ging, Politiker von verschiedenen Parteien öffentlich an die Seiten der Leugner der Kriegsschuld, von Auschwitz und vielen anderen Dingen gestellt haben.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Auch das gehört zum politischen Klima.

(Frau Pawelski [CDU]: Wo ist denn der Ministerpräsident?)

Ich hoffe, daß wir heute in den letzten beiden Teilen über die Frage „Soziale Situation der Menschen - Perspektive der Menschen“ sprechen und darüber, daß wir das politische Klima, das wir miteinander auch durch die Art und Weise gestalten, Frau Pawelski, wie Sie heute den Tagesordnungspunkt 1 besetzt haben, ändern müssen. Ich hoffe, daß es uns nach diesem Geplänkel, - - -

Präsident Wernstedt:

Herr Kollege Gabriel, bitte kommen Sie zum Schluß!

Gabriel (SPD):

- das offensichtlich viel mehr mit der Rote-Socken-Kampagne zum 27. September zu tun hat als mit den Sorgen - - -

Präsident Wernstedt:

Herr Kollege Gabriel, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Möllring?

Gabriel (SPD):

Eine Frage von Herrn Möllring gestatte ich gerne.

Möllring (CDU):

Herr Kollege Gabriel, der Ministerpräsident hält so viel von Symbolik, wie man sieht, daß er sogar Kinderzimmer im Kanzleramt besichtigt. Halten Sie es für richtig, daß er als Kanzlerkandidat der SPD bei der Diskussion über diese grundsätzliche Frage nicht anwesend ist?

(Beifall bei der CDU – Widerspruch bei der SPD)

Gabriel (SPD):

Herr Kollege, die stärkste Symbolik haben die Redner Ihrer Fraktion heute hier im Landtag geliefert.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Wernstedt:

Das Wort hat der Kollege Gansäuer!

Gansäuer (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte Herrn Gabriel, was die CDU angeht, nur darauf hinweisen, daß die CDU in Berlin drei Monate nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges gegründet worden ist. Es waren 35 Frauen und Männer, unter ihnen sehr viele aus der kirchlichen und aus der Gewerkschaftsbewegung. 16 von ihnen kamen aus dem KZ. Zwei saßen in Plötzensee und wären, wenn die Alliierten nicht einmarschiert wären, wenige Stunden später aufgehängt worden. Die CDU braucht keinen Nachhilfeunterricht in Angelegenheiten des Rechtsradikalismus.

(Beifall bei der CDU)

Herr Kollege Gabriel, ich möchte Sie auch ganz freundlich darum bitten, einmal darüber nachzudenken, ob sich nicht auch dieser und jener in der Landesregierung bei dem Thema „Ausländer“ so eingelassen hat, daß dies vielleicht der DVU und anderen durchaus in den Kram gepaßt hat.

(Beifall bei der CDU)

Frau Harms, Sie haben recht mit vielem von dem, was Sie im sozialen Bereich angeschnitten haben. Das treibt auch mich persönlich sehr um. Allerdings: Empörung reicht nicht. Jetzt müssen Konzepte her, die ich bei den Grünen aber nicht sehen kann.

Was die Gewaltfrage betrifft, so haben Sie auch recht. Es geht aber nicht an, daß Sie, wenn Menschen, die Ihnen politisch nahestehen und Gewalt anwenden, Gewalt verharmlosen,

(Frau Pawelski [CDU]: Ja!)

während Sie, wenn Gewalt von Menschen angewendet wird, die Ihnen nicht nahestehen, sich hier hinstellen und sich empören. Wenn, dann bitte immer!

(Lebhafter Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren! Demokratie ist in Wahrheit, wenn wir es ernst nehmen, für Demokraten jedenfalls ein Wert an sich, den es unabhängig auch von parteipolitischen Überzeugungen zu bewahren gilt. Das ergibt sich im übrigen zwingend aus der deutschen Geschichte. Ich könnte an vieles erinnern: an die Proteste der jungen Menschen 1832 auf dem Hambacher Schloß. Ich könnte erinnern an die Revolution von 1848. Ich könnte erinnern an das, was Ferdinand Lassalle mit seiner Arbeiterbewegung getan hat. Ich vermute, Sie kennen das. Immer ging es um Demokratie und Freiheit.

Ich erinnere in diesem Zusammenhang an die großartige Rede des SPD-Fraktionsvorsitzenden Otto Wels, die mich immer wieder fasziniert, die er gegen das Ermächtigungsgesetz für Hitler gehalten hat. Er sagte damals:

„Wir Sozialdemokraten bekennen uns feierlich zu den Grundsätzen der Menschlichkeit, Freiheit und Gerechtigkeit.“

Auf deutschem Boden, meine Damen und Herren, wurden in diesem Jahrhundert verschiedentlich Menschlichkeit, Freiheit und Gerechtigkeit mit

Füßen getreten; zum einen – ich denke, das ist unstrittig – durch die NSDAP und zum anderen durch die SED, deren Nachfolgerin die PDS ist, die auch nicht bestreitet, dies zu sein, insbesondere wenn es um vermögensrechtliche Auseinandersetzungen geht.

Unter denen, die das SED-Regime terrorisierte – ich will daran erinnern –, waren Hunderte von Sozialdemokraten. Der Sozialdemokrat Paul Berg wurde durch SED-Gerichte zum Tode verurteilt. Der Sozialdemokrat Wilfried Arnold wurde zu lebenslangem Zuchthaus verurteilt. Der Sozialdemokrat Arno Haufe wurde zu 25 Jahren Zwangsarbeit verurteilt. Die Liste könnte ich fortsetzen. Wenn Sie sie haben wollen, Herr Gabriel: Auf ihr stehen etwa 200 Namen sozialdemokratischer Parteimitglieder. Nicht zuletzt erinnere ich an die vielen Opfer von Mauer und Stacheldraht – zumeist junge Menschen wie Peter Fechtner, die durch die SED-Diktatur ihr Leben gelassen haben.

Politiker von heute begehen, wie ich meine, in Wahrheit und zu Ende gedacht vor dem Hintergrund unserer gemeinsamen deutschen Geschichte Verrat an allen diesen Menschen, wenn sie um des Machterwerbs oder des Machterhaltes willen bereit sind, mit den geistigen Nachfolgern Hitlers oder Ulbrichts zusammenzuarbeiten, und zwar auch dann, wenn man diese Zusammenarbeit verklausuriert „Tolerierung“ nennt.

(Starker Beifall bei der CDU)

Präsident Wernstedt:

Herr Kollege Gansäuer, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Hagenah?

Gansäuer (CDU):

Nein! - Ich füge hinzu - ich habe mich lange damit beschäftigt -: Ich bin mir ziemlich sicher, Männer wie Kurt Schumacher und Carlo Schmid hätten sich im Grabe umgedreht, wenn sie noch hätten registrieren können, was sich Herr Höppner in den letzten vier Jahren an Kumpanei mit der PDS erlaubt hat.

(Beifall bei der CDU)

Es ist wahr: Unter den Nazis gab es auch einige nette Menschen, wie es wahr ist, daß es auch unter den PDS-Mitgliedern einige nette, sympathische Menschen gibt. Aber das kann doch noch lange kein Grund dafür sein, mit solchen Parteien ge-

meinsame Sache zu machen, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der CDU - Senff [SPD]:
Das ist pharisäerhaft! – Glocke des
Präsidenten)

Was wir selbstkritisch zu beachten haben, ist die Notwendigkeit, uns um die Wähler von PDS und DVU zu kümmern

(Senff [SPD]: Und der Ost-CDU!)

und ihre Sorgen ernst zu nehmen. Wenn aber schon Politik für Wahlverhalten zuständig ist, was ich nicht bestreite, dann ist es die Bundesregierung - darüber müssen wir selbstkritisch nachdenken; das sage ich ganz ausdrücklich -, aber dann, meine Damen und Herren, sind es natürlich auch Landesregierungen, zum Beispiel die von Sachsen-Anhalt, die in den letzten vier Jahren regiert hat und an der die Grünen beteiligt waren.

(Lebhafter Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, wenn nun Herr Höppner die CDU auffordert, gemeinsam mit der PDS gegen die DVU vorzugehen,

(Frau Goede [SPD]: Was ist mit der
Ost-CDU?)

dann könnte er von uns auch verlangen, den Teufel mit Beelzebub auszutreiben.

(Senff [SPD]: Die haben 40 Jahre zu-
sammengearbeitet!)

Die Vorstellung ist doch geradezu absurd, daß sich die Demokraten mit Linksradikalen verbünden sollen, um Rechtsradikale zu bekämpfen. Das ist doch absurd, meine Damen und Herren!

(Lebhafter Beifall bei der CDU)

Ich werde nicht den Fehler begehen, DVU und PDS über einen Kamm zu scheren. Es gibt sehr wohl Differenzierungen. Das weiß auch ich. Um sie jetzt zu diskutieren, ist leider nicht die Zeit. Der Kampf von Demokraten gegen Radikale jedweder Couleur ergibt sich für uns zwingend aus der deutschen Geschichte, aus den Leiden unzähliger Menschen, auch von Sozialdemokraten. Zum Beispiel ergibt sich dies aber auch aus der Selbstachtung von demokratischen Politikern. Entweder man hat sie, oder man hat sie nicht!

Herr Höppner, meine Damen und Herren - - -

Präsident Wernstedt:

Herr Kollege, kommen Sie bitte zum Schluß!

Gansäuer (CDU):

- hat die westdeutschen Politiker aufgefordert, sich aus der Diskussion um die PDS herauszuhalten. Das habe ich gestern abend von ihm gehört. Um es mit dem Werbeslogan einer Automarke zu sagen: Ich habe begriffen. – Wenn es um Geld geht, sind wir ein Volk. Wenn es um die Nachfolger der Mauerschützen von gestern geht, haben wir uns herauszuhalten. Das machen wir nicht mit, meine Damen und Herren!

(Starker Beifall bei der CDU)

Herr Höppner ist für mich das Paradebeispiel eines Politikers, der weder die Geschichte der Deutschen noch die Geschichte der SPD und schon gar nicht, meine Damen und Herren, den Charakter unserer Demokratie begriffen hat. Schade, daß er wieder Ministerpräsident – mit Hilfe der PDS – werden soll.

(Starker, anhaltender Beifall bei der
CDU)

Präsident Wernstedt:

Das Wort hat der Abgeordnete Schröder (Bad Münden).

Schröder (Bad Münden) (GRÜNE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es war eigentlich zu erwarten: Zunächst ignoriert der Kollege Eveslage jeden Zusammenhang des größten Wahlerfolgs der deutschen Nachkriegsfaschisten mit der Politik dieser Bundesregierung. Er redet über das rot-grüne Verfassungsschutzgesetz von 1990, aber nicht über die Ausländer-, Sozial- und Beschäftigungspolitik dieser Bundesregierung.

(Eveslage [CDU]: Das war nicht mein
Thema! Gucken Sie einmal auf die
Tagesordnung!)

Herr Kollege Gansäuer hat – auch das habe ich so erwartet – die PDS als mit der DVU nahezu gleichwertiges Feindbild aufgebaut. Sie wollen sich damit, meine Damen und Herren, eine Ausgangsposition schaffen, damit Pastor Hintze wieder mit dem Thema „Rote Socken“ in den Wahlkampf ziehen kann. Wie schon Herr Kohl sagte, verbindet PDS und DVU, daß sie unterschiedliche Motive

haben, aber zum gleichen Ergebnis führen. Es wird jeder qualitative Unterschied geleugnet. Auch hier ist wieder von Pest und Cholera gesprochen worden. Was machen Sie damit?

Es war Hannah Arendt, die darauf hingewiesen hat, daß dem Mordsystem der Nazis, der systematischen, fabrikmäßigen Ermordung ganzer Bevölkerungsteile auf deutschem Boden, nichts Vergleichbares gefolgt ist. Auch die SED-Diktatur entzieht sich derartigen Kategorien und derartiger Gleichsetzung. Das Zuchthaus in Bautzen ist nicht mit Dachau vergleichbar, und die Stasi-Spitzelei nicht mit der Gestapo. Mit Ihrer Gleichsetzung, mit Ihrer wiederholten Lüge von einem Gleichgewicht der Schuld werten Sie den Geschichtsrevisionismus von Frey und Konsorten auf. Bei den Menschen, die in ihrer eigenen Biographie die DDR in ihrer Widersprüchlichkeit und in ihrer Unterdrückung von Grundfreiheiten erlebt haben und die in der PDS die legitime Nachfolgerin der DDR sehen, erwecken Sie mit dieser unmöglichen Gleichsetzung von DVU und PDS den Eindruck, unter den Nazis sei ja alles nur halb so schlimm gewesen. Diese Gleichsetzung führt zur Verharmlosung und zur Aufwertung rechtsradikalen braunen Gedankenguts.

(Beifall bei den GRÜNEN – Widerspruch bei der CDU – Frau Pawelski [CDU]: Es ist schlimm, was Sie hier machen! Wie viele tausend Menschen sind da drüben ermordet worden! – Weitere Zurufe von der CDU)

Von daher ist wohl der Begriff „wahltaktisches Ablenkungsmanöver“ hierfür gut gewählt.

Ich will aber auch, meine Damen und Herren, einige Worte zur SPD sagen. Herr Kollege Glogowski, wir hatten in den vergangenen Monaten in der Innenpolitik manchen Streit auszufechten. Sie wissen das. Sie fanden uns aber an Ihrer Seite, als es um das Verbot der gemeingefährlichen Sekte FAP, um die Ausweisung von Polacek ging. Sie fanden uns an Ihrer Seite, als es endlich um die Unterbindung dieser unsäglichen Hetendorfer Tagungswoche ging. Sie finden uns auch an Ihrer Seite, wenn es um die verstärkte Verfolgung und Ahndung rechtsradikaler Gewalt geht.

Aber die Hauptfrage für uns ist doch: Wie schützen wir die Republik vor derartigen Feinden wie die DVU, die NPD oder die Republikaner, ohne uns in Widerspruch zu der Freiheitsidee zu setzen? - Da

ist das Parteienverbot aus unserer Sicht ein fragwürdiges und schwieriges Instrument. Eine Einrichtung wie die DVU ist eben sehr viel mehr Partei – wenn auch undemokratische Partei – als die Politsekte FAP. Hier wird Beherrschbarkeit und Machbarkeit teilweise nur suggeriert. Sie sind in den letzten Tagen an diesem Punkt ein wenig zurückgerudert. Aber wir alle wissen doch: Sie können Organisationen verbieten - rechtsradikales Denken können Sie nicht verbieten. Hier muß der Kampf politisch geführt werden.

Ich bin überzeugt, daß die DVU im Parlament von Sachsen-Anhalt sehr schnell den Nachweis führen wird, daß sie inkompetent ist, daß sie politikunfähig ist und daß sie in geradezu krimineller Weise mit öffentlichen Geldern umgeht.

Wir haben aber auch die Aufgabe, sehr sorgfältig darauf zu achten, wie wir diese Auseinandersetzung führen. In der Vergangenheit, nach den Morden von Rostock und Solingen, hat der Ministerpräsident einmal hier ausgeführt: Wir müssen klare Grenzen ziehen, wir müssen jedes unserer Worte in diesem Bereich auf die Goldwaage legen und prüfen, ob es als Zustimmung zu rassistischen Vorurteilen mißverstanden werden könnte. Wir haben allen Grund, aufgrund der Debatte, die wir im letzten Jahr geführt haben, und aufgrund der Tatsache, daß flächenweise die Worte „kriminelle Ausländer raus“ plakatiert wurden, an diesen wichtigen Satz von Ihnen, Herr Schröder, zu erinnern. - Schönen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsident Wernstedt:

Das Wort zu diesem Tagesordnungspunkt hat noch einmal der Kollege Gabriel. Insgesamt hat die SPD-Fraktion noch 5,5 Minuten Redezeit. Die Fraktion der Grünen hat noch neun Minuten, und die CDU-Fraktion hat noch zwei Minuten Redezeit.

Gabriel (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Gansäuer, ich weiß, daß nicht nur Ihr Engagement gegen Rechte, sondern auch gegen Leute, die von links die Demokratie gefährden, ernst gemeint ist und inhaltlich trägt. Aber Ihr Plädoyer wäre glaubhafter gewesen, wenn Sie zwei Bemerkungen hinzugefügt hätten, nämlich erstens, daß Sie sich dagegen wehren, daß die CDU in den ostdeutschen Bundesländern gemeinsam mit der PDS Oberbürgermeister wählt, z. B. in Halle, wie ich

gehört habe. Zweitens hätten Sie hinzufügen sollen, daß Sie es ablehnen, sich von der PDS in den kommunalen Parlamenten unterstützen zu lassen.

Ich habe vorhin in meiner Rede gesagt, was ich von der PDS halte. Aber wenn Sie derart mit der Sozialdemokratie umgehen und behaupten - wie Sie es vorhin getan haben -, daß sich die PDS nur aus wirtschaftlichen Gründen dazu entschieden habe zur Nachfolgeorganisation der SED zu werden, dann will ich Ihnen gerne einmal ein paar Sachen vorlesen - auch das gehört zur Glaubwürdigkeit -:

„Was die Mauer betrifft, so lassen wir uns nicht deren Schutzfunktion ausreden. Ganz einfach, weil wir den Schutz spüren, was hinter der Mauer jetzt an brauner Pest wuchert.“

Das war kein SED-Mann, sondern Ulrich Jungmanns, früher Berliner Bezirkschef der Demokratischen Bauernpartei Deutschland, heute CDU-Bundestagsabgeordneter.

„Ein untauglicher Platz für jedes Gespräch ist die Straße, ist die öffentliche Demonstration. Dafür haben wir alle erforderlichen Formen und Foren der sozialistischen Demokratie.“

Eufrau, früher CDU-Bezirkschef in Leipzig, jetzt CDU-Bundestagsabgeordneter.

Wir hätten noch etwas zu bieten. Viel schöner ist:

„Wir wollen allen Bürgern durch unser Beispiel und unsere Überzeugungsarbeit bewußt machen, daß wir nur im Schoße der sozialistischen Staatengemeinschaft an der Seite der UdSSR unser Aufbauwerk beenden können.“

Ingo Liberot, ehemaliger CDU-Funktionär der DDR und in Zukunft CDU-Bundestagsabgeordneter. Das könnte ich so fortsetzen.

(Bartling [SPD]: Guck mal einer hin! – Weitere Zurufe von der SPD – Gegenrufe von der CDU)

Sie haben vorhin gesagt, daß Sie es schlimm finden, daß sich Herr Höppner von der PDS wiederwählen läßt.

(Zuruf von der CDU)

- Er hat vorhin gesagt: Schade, daß das so ist. - Ich sage: Schade, daß sich Ihr Bundeskanzler von derartigen Blockflöten und Antidemokraten zum Kanzler der Bundesrepublik Deutschland hat wählen lassen.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Wernstedt:

Der Innenminister hat noch einmal um das Wort gebeten.

Glogowski, Innenminister:

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich rate Ihnen, die PDS-Debatte und die Debatte über den Rechtsradikalismus voneinander zu trennen,

(Unruhe bei der CDU)

auch wenn man der Versuchung nicht widerstehen kann. Rechtsradikalismus ist keine Erfindung, die wir jetzt faktisch in Sachsen-Anhalt haben, sondern er ist in der Bundesrepublik Deutschland schon seit der Deutschen Reichspartei und anderen latent vorhanden gewesen. Dies ist mal mehr und mal weniger geworden.

(Gansäuer [CDU]: Leider auch in anderen europäischen Staaten!)

- Ja, auch in anderen europäischen Staaten. - Das ist ein Problem, das wir miteinander bekämpfen müssen. Wir sollten der Versuchung widerstehen, das Existieren dieser Partei den demokratischen Parteien unisono vorzuwerfen. Es gibt ja derartige Äußerungen. Das ist nach meiner Auffassung alles monokausal und letztlich keine Erklärung für den Rechtsradikalismus.

Daß er soziale Wurzeln hat, haben wir immer wieder festgestellt. Er hat aber auch organisierte Erscheinungsformen. Herr Schröder, Sie haben ja einige organisierte Erscheinungsformen aufgeführt, die wir alle sehen müssen. Nun kann man natürlich miteinander darüber diskutieren, ob diese Parteien verboten werden sollen oder nicht. Das ist für mich eine Debattenfrage. Wer die Debatte über die DVU darauf verkürzt, ob sie verboten werden soll oder nicht, der versündigt sich an der Auseinandersetzung mit dem Rechtsradikalismus. Für mich ist es ein Mittel, den Rechtsradikalismus zu bekämpfen. Ich rudere weder nach vorne noch nach hinten. Auch wenn ich der einzige in der Bundesrepublik Deutschland wäre, der das fordert, würde ich dabei

bleiben, weil ich eine festgefügte Auffassung zur Bekämpfung des Rechtsradikalismus habe. Das ist nicht immer nach dem Geschmack einiger Leute, die das mehr liebenswürdig diskutieren wollen. Für mich ist das eine Auseinandersetzung, der ich mich jederzeit stellen werde. Dessen ungeachtet müssen wir aber die Ursachen des Rechtsradikalismus sehr wohl bekämpfen.

Ich komme nun zur PDS. Sie ist natürlich das Ergebnis der Einheit Deutschlands.

(Busemann [CDU]: Sie ist doch ein Relikt der Teilung)

- Das muß man einfach feststellen. Wir können machen, was wir wollen. Damals hat im Westen doch kein Mensch daran geglaubt, daß die SED – wenn auch als PDS - die DDR überstehen würde. Ich war 1990/1991 der Meinung, daß dies eine kurzfristige Sache sei. Einige andere waren der Meinung, daß es etwas längerfristigeres ist. Die anderen haben leider recht behalten. Nur, Herr Gansäuer, wir sollten auch vorsichtig sein - das ist hier gerade von Herrn Gabriel deutlich gemacht worden -, die Parteien in der Bundesrepublik Deutschland sozusagen unisono für das, was dort drüben politisch geschieht, verantwortlich zu machen. Das halte ich für falsch.

(Möllring [CDU]: Aber auch umgekehrt!)

- Auch umgekehrt, richtig. - Es ist richtig, daß sich die Menschen dort drüben auch selber finden müssen und sich auch in der Bundesrepublik Deutschland finden müssen, weil sie, auch aufgrund der langen Teilung, durch das, was dort verbogen worden ist, in der Situation sind, daß sie sich in der Bundesrepublik Deutschland nicht so aufgehoben fühlen, wie wir alle uns das wünschen würden. Die Einheit Deutschlands ist in der Tat ein Geschenk, aber die Probleme der Einheit Deutschlands sind eben so, daß ein Teil der Menschen dort das Heil in einer solchen Partei sieht.

Wären die sozialen und politischen Bedingungen in den neuen Ländern so, wie wir sie im Westen haben, dann würde es auch nicht die PDS in diesem Umfang geben. Davon bin ich fest überzeugt. Sie ist also auch das Ergebnis der Verwerfungen, die ich gar keinem einzelnen vorwerfe. Ich kann das weder Herrn Kohl noch einem anderen einzelnen vorwerfen. Ich kann ihm schon vorwerfen, daß er als Kanzler eine besondere Verantwortung dafür hat; die hat er nach meiner Auffassung in der Tat.

Aber die Politik und die Zusammenarbeit mit den Leuten dort ist so gewesen.

Wir haben 1987 eine Partnerschaft mit Magdeburg gehabt. Ich habe doch die ganzen Reden der Leute der SED und der Blockparteien gehört, wenn wir dort jeweils zusammenkamen. Die habe ich hinterher alle wiedergetroffen. Ich kenne heute noch einige, die in der CDU sind, die damals solche Reden gehalten haben, von denen ich gar nicht wußte, ob sie in der SED oder in der Ost-CDU sind. Das konnte man anhand der Reden gar nicht unterscheiden.

(Möllring [CDU]: Gucken Sie sich einmal die früheren Schröder-Reden an!)

Wir haben dort also eine Situation, in der auch die CDU zur Kenntnis nehmen muß, daß sie damit ein Problem hat. Wer jetzt versucht, das Problem zu einem Problem der SPD zu machen, der verkürzt es nach meiner Auffassung.

(Zuruf von Eveslage [CDU])

Ich sage für mich ganz deutlich, ohne Wenn und Aber: Ich habe viele Freunde, die während der DDR-Zeit gesessen haben, mit denen ich heute noch befreundet bin, die mit 17 Jahren, weil sie ein Flugblatt verteilt haben, sieben Jahre Bautzen gekriegt und die das abgesessen haben: Ich habe überhaupt keine Probleme damit, wenn es darum geht, eine vernünftige Auffassung über den Kommunismus zu haben. Dabei liegen wir, Herr Gansäuer, wahrscheinlich nicht auseinander. Ich persönlich würde niemals in einer Regierung sitzen, die von diesen Leuten toleriert wird. Das ist mit meinem Politikverständnis nicht vereinbar.

(Zuruf von der CDU: Hat Höpner auch schon mal gesagt!)

Nur, daß wir den Leuten in den neuen Ländern unsere politische Moral auch noch sozusagen überstülpen können, nachdem wir ihnen schon das Wirtschaftssystem übergestülpt haben, und sie heute daran verzweifeln,

(Eveslage [CDU]: Trittin war auch schon ein Kommunist!)

ist nach meiner Auffassung nicht möglich. Wir müssen dies politisch abarbeiten und nicht in der Form, wie Herr Hintze das mit den roten Socken macht. Ich sage Ihnen: Sie werden im Osten scheitern.

Was für mich das Schlimme ist – jetzt komme ich zum Schluß -: Mit dieser „Rote-Socken-Kampagne“ und mit dem, was Sie, Herr Gansäuer, auch hier heute gemacht haben, vertiefen Sie die Teilung Deutschlands wieder. Lassen Sie Ost und West zusammenwachsen,

(Eveslage [CDU]: Sie können ja wieder einmal etwas verbieten!)

und lassen Sie uns nicht aus politischem Kalkül die Einheit Deutschlands noch einmal in Frage stellen.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Wernstedt:

Herr Kollege Gansäuer, Sie haben zu diesem Punkt noch zwei Minuten Redezeit. Möchten Sie sie wahrnehmen? Sonst rufe ich Tagesordnungspunkt 1 c auf. - Frau Harms war eher dran, und dann kommen Sie. - Frau Harms, Sie haben zu diesem Punkt zwei Minuten Redezeit.

Frau Harms (GRÜNE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Gansäuer, Sie wissen ja, daß ich Ihre Art, sich tiefer auseinanderzusetzen, in den letzten vier Jahren durchaus schätzengelernt habe. Ich möchte Ihnen an dieser Stelle aber doch sagen, daß es ein bißchen kurz gegriffen ist, wie Sie Ihre Abgrenzung gegenüber Links und Rechts formulieren, wo wir doch hier in Hannover in den letzten Monaten die Erfahrung haben machen können, daß sich die CDU im Landkreis Hannover durch eine permanente Tolerierung durch die Republikaner die Mehrheit verschaffen kann.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dann sollte vielleicht auch einmal darüber nachgedacht werden.

(Zurufe von der CDU – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Ansonsten meine ich, daß ich nach dem Verlauf dieser Debatte im Grunde dort weitermachen kann, wo ich vorhin aufgehört habe. Ich hatte an Herrn Schröder appelliert, in dieser Auseinandersetzung um Rechts und Links souveräner vorzugehen. Diesen Appell könnte ich an das ganze Haus richten; denn teilweise ist ja die Debatte doch in ein klein-kariertes Gehacke abgestürzt, das dem Problem überhaupt nicht gerecht wird, sondern sich weit

jenseits dieses Problems ereignet, nämlich in dieser Abschottung von parlamentarischen Sälen, die mit dem, was im Lande Wirklichkeit ist, nichts mehr zu tun haben.

Ich meine, daß es natürlich notwendig ist, daß eine ganz klare Abgrenzung gegenüber Rechts stattfindet. Da haben Sie mit der CSU eine Menge an den Hacken, auch mit einigen CDU-Abgeordneten, die meinen, es sollte möglichst kein Neo-Nazi, kein Rechter, den rechten Parteien zugeführt werden, sondern die wollen sie alle für sich selber behalten.

Aber Schluß mit dem Nachbeten dieser rechten Parolen muß natürlich auch bei der SPD sein. Ich muß hier wirklich nicht betonen, daß sich auch Gerhard Schröder schon im Hamburg-Wahlkampf einen Namen gemacht hat; und an das Lob, das er von Herrn Frey gekriegt hat, kann ich mich auch erinnern.

Gegen solche rechtsradikale Hetze, gegen die Verhetzung von rechts – es ist eine Verhetzung – können wir uns nur durchsetzen, wenn wir die wirklichen Ursachen für Arbeitslosigkeit und Armut in der politischen Debatte nennen. Die Bundesrepublik Deutschland ist doch ein super Standort. Anders, als das viele behaupten – Herr Henkel ist ja schon genannt worden -, können sich die Unternehmen in diesem Land eine goldene Nase verdienen. Trotzdem ist es so, daß in den letzten Jahren jegliche soziale Verantwortung über den Deister gegangen ist. Der Werteverlust, der Wertewandel wird in diesem Land so oft beklagt. Aber wo hat denn dieser Wertewandel angefangen? - Der hat doch nicht bei den Leuten, die jetzt DVU gewählt haben, angefangen. Dieser Wertewandel hat da angefangen, wo sich – dazu gehören dann auch Vertreter der SPD und der CDU – diese Gesellschaft von den demokratischen Grundwerten – die heißen Solidarität, Gerechtigkeit, Verantwortung für das Ganze – zugunsten eines Egoismus verabschiedet haben, ohne den es moderne Zeiten in der Bundesrepublik nach ihrer Meinung offensichtlich nicht geben kann.

Also sind nicht die DVU-Wähler diejenigen, die sich von den demokratischen Spielregeln, von den Grundlagen dieses Staates verabschiedet haben, sondern diejenigen, die das Sagen in diesem Land haben.

(Möllring [CDU]: Das war aber Rot-Grün in Sachsen-Anhalt!)

Ich finde es ganz gut, daß mein Kollege Herr Gabriel den Ministerpräsidenten auch aufgefordert hat, solche Leute wie Herrn Henkel, die diesen Wertewandel, diese Abkehr von der Solidarität auch noch offensiv propagieren, geradezu zu ächten. Da kann ich auch nur an das anschließen, was er gesagt hat, daß bei Herrn Schröder, der so heftig um die neue Mitte kämpft, an dieser Stelle die Angebote für diejenigen, die jenseits der Mitte am rechten Rand und außerhalb dieser Gesellschaft stehen, fehlen. Auch wenn Herr Gansäuer meint, wir Grünen hätten da nichts zu bieten: Unser Programm muß sich an dieser Stelle nicht verstecken. Aber die SPD läßt ganz bewußt zugunsten eben derjenigen, die da Henkel, Stiehl und anders heißen, Löcher.

(Inselmann [SPD]: Henkel gehört nicht zur Mitte!)

Präsident Wernstedt:

Kommen Sie bitte zum Schluß, Frau Kollegin.

Frau Harms (GRÜNE):

Ich mache dann an dieser Stelle Schluß und überlasse in unserer Aktuellen Stunde meiner Kollegin Frau Janßen-Kucz das Wort.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsident Wernstedt:

Wir kommen damit zum Punkt

c) Generation in Gefahr: Wie diese Gesellschaft ihre Jugend verliert – Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen – Drs 14/33

Frau Janßen-Kucz wird den Antrag einbringen. Die verbleibende Redezeit beträgt für die CDU noch zwei Minuten und neun Sekunden, für die Grünen vier Minuten und 50 Sekunden, für die SPD drei Minuten und 15 Sekunden.

Frau Janßen-Kucz (GRÜNE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Damit hier keine Irrtümer entstehen: Mein Name ist Janßen-Kucz, ganz einfach. Als Neuling muß ich mir jetzt einfach etwas herausnehmen: Ich bin erschrocken, erschrocken über das Niveau der Debatte hier in diesem Haus.

(Unruhe)

Bitte grölen Sie jetzt nicht weiter. Wir sollten doch auf den Boden der Tatsachen und der Fakten zurückkommen. Ich habe im Moment den Eindruck, daß die große Gefahr in diesem Lande von der Politik ausgeht, weil wir ohne Ende dabattieren. Genau das ist in der letzten Stunde passiert.

(Biel [SPD]: Das Ende kommt in drei Minuten!)

- Das Ende kommt in drei Minuten. - Dann möchte ich noch etwas zu der Arroganz sagen: Die Arroganz derjenigen, die meinen, sie hätten den Durchblick, wird sich irgendwann und eines Tages rächen, meine Herren und Damen.

(Ehlen [CDU]: Auch bei den Grünen!)

- Ich danke für die Zwischenrufe. – Wir sollten doch zu den Tatsachen zurückkommen.

Es geht doch nicht um die 12 % der Wähler in Sachsen-Anhalt, die DVU gewählt haben. Es geht uns um die 30 % junger Menschen unter 30 Jahren, die in Sachsen-Anhalt DVU gewählt haben. Sie ist damit die stärkste Partei in dieser Altersgruppe. Das sollten wir uns vergegenwärtigen. Auch die von Herrn Gabriel zitierten 2,8 % in Niedersachsen sind zuviel. Sie sind eine Gefahr für die junge Generation, und sie sind eine Gefahr für unsere Demokratie.

Wir brauchen keinen wiederholenden blinden Aktionismus, den ich allerorten erlebe, und wir brauchen auch keine neuen Diskussionen über Verbote. In meinen Augen ist diese wiederkehrende Aufregung Ausdruck des Wunsches nach Verdrängung und des Wunsches, die Realität nicht zur Kenntnis nehmen zu müssen. Die Realität sieht laut Leipziger Jugendstudie so aus: 40 % empfinden Ausländer als störend, 25 % - also jeder Vierte - sind der Meinung „Ausländer raus“, und 20 % - jeder Fünfte - meinen, diesem Empfinden könne man ja auch mit Aktionen nachhelfen. Diese Zahlen sind erschreckend, und man sollte sie sich wirklich verinnerlichen.

(Möllring [CDU]: Das war bei den CASTOR-Transporten auch so!)

- Hören Sie bitte auf mit Ihren unqualifizierten Zwischenrufen. – Immer mehr Jugendliche haben in unserer Gesellschaft keine Perspektive auf gesellschaftliche Teilhabe und suchen nach neuen Wegen, um ihren Protest deutlich zu machen. Alle Jugendstudien, die in den letzten Jahren auf den

Markt gekommen sind, haben nichts anderes bewirkt als ein flüchtiges Interesse. Und jetzt, zu Wahlkampfzeiten, werden sie wieder zitiert.

Aus dem Grunde will ich noch einmal Zahlen verdeutlichen. Eine Million Kinder leben in Armut, leben von Sozialhilfe. Jetzt möchte ich auch keine Legenden hören über das gute Leben eines Sozialhilfeempfängers oder einer Sozialhilfeempfängerin. Die Jugendarbeitslosigkeit hat sich in den 90er Jahren verdoppelt. Und die Gruppe der jungen Menschen, die nach einem Jahr immer noch keinen Job haben, das ist die Gruppe der ewig Hoffnungslosen, das sind die Haupt- und Sonderschüler, die Schulabgänger, die keine Chance haben. Für sie sind Worte wie „solidarisches Handeln“ Fremdwörter, und mißtrauisch beäugen sie eine Gesellschaft, aus der sie ausgegrenzt werden, in der sie keinen Zugang zur Normalbiographie haben. Diese jungen Menschen haben unserem System Demokratie nämlich „ade“ gesagt. Sie gehen nicht zur Wahl, sie reagieren mit Protest oder, was noch schlimmer ist, mit Aggression, Gewaltbereitschaft und Kriminalität. Die Übergänge sind fließend, das kann ich Ihnen nach zehn Jahren Berufstätigkeit in dem Bereich nur erzählen.

(Zuruf von der [CDU]: Wo?)

Wir müssen endlich die Sorgen und Ängste der jungen Generation ernst nehmen und endlich auch die großen Probleme anpacken. Unsere Jugend ist nämlich die erste Generation, die in ihrer Zukunft mit großer Wahrscheinlichkeit eine schlechtere soziale, berufliche und materielle Situation vorfindet als wir. Das sollten wir uns verdeutlichen.

(Vizepräsident Gansäuer übernimmt den Vorsitz)

Wir brauchen einen fairen Ausgleich zwischen den Generationen, eine Ausbildungsplatzgarantie und Arbeit. Gemeinsam müssen wir hier im Haus der Jugend signalisieren: Ihr gehört dazu. Wir brauchen euch. Wir brauchen euch für die Gestaltung unserer gemeinsamen Zukunft.

Ich will noch etwas zu den Rezepten sagen. Es gibt keine Patentrezepte. Wir sollten aufhören zu debattieren und konkrete Maßnahmen auf den Weg bringen. Das wollten wir mit der Aktuellen Stunde bezwecken. – Danke schön.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zustimmung von Abgeordneten der SPD)

Vizepräsident Gansäuer:

Meine Damen und Herren, die Redezeiten haben sich erschöpft bis auf die Redezeit von Frau Vockert, die noch zwei Minuten Redezeit hat.

Frau Vockert (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Janßen-Kucz, das Thema Ihrer Aktuellen Stunde macht deutlich, wie oberflächlich Sie sich mit dem Gesamtthema Jugendpolitik auseinandersetzen.

(Zustimmung bei der CDU – Zuruf von Frau Goede [SPD] - Bartling [SPD]: Es gibt noch eine Steigerung von Niveaulosigkeit, und die heißt Vockert!)

- Frau Goede, vielleicht sollten auch Sie einmal darüber nachdenken: Eine Gesellschaft verliert nicht die Jugend, die Jugend wird immer ein Teil unserer Gesellschaft sein und bleiben. Die Frage, die Sie mit dieser Aktuellen Stunde verbinden, lautet: Gefällt uns die Richtung, in die die Jugendlichen gehen? Die Frage, die sich dahinter verbirgt, heißt: Müssen wir bei 30 % Jugendlichen, die in Sachsen-Anhalt DVU gewählt haben, nicht schnellstens reagieren?

Frau Janßen-Kucz, Sie haben im Abschlusssatz auch nur global Maßnahmen eingefordert, aber keinen einzigen Punkt konkret benannt. Wir müssen uns die Frage stellen, wie es in Niedersachsen weitergeht.

Sie haben dankenswerterweise die erschreckende Jugendarbeitslosigkeit angesprochen. Wenn wir uns die Situation in der gesamten Bundesrepublik einmal anschauen, lassen sich schon sehr gut und sehr deutlich unterschiedliche Situationen in Bayern, in Niedersachsen und in Sachsen-Anhalt feststellen. Auch das ist ein Grund, in landespolitischer Verantwortung nicht nur in Sachsen-Anhalt, sondern auch hier in Niedersachsen mit dem Thema umzugehen.

(Beifall bei der CDU)

In Bayern zum Beispiel haben wir eine Jugendarbeitslosigkeit von 8 %, in Sachsen-Anhalt sind es 21,7 %. Daß der Anteil der extremen Gruppierungen so groß ist, hängt auch damit zusammen.

Frau Harms, einen Punkt haben Sie wirklich vergessen zu erwähnen: Das war der Kümmeraspekt. Unter der ehemaligen SED-Diktatur sind den jun-

gen Menschen Hoffnungen gemacht worden, und man hat sich immer schön gekümmert. Nach der Grenzöffnung hat zum Beispiel auch in Sachsen-Anhalt die SPD in Zusammenarbeit mit der Nachfolgepartei der SED den Menschen sehr deutlich weiterhin Hoffnungen und Versprechungen gemacht, die sie nicht umsetzen und erfüllen konnte.

(Schröder (Bad Münder) [GRÜNE]:
Nach der Grenzöffnung hat die CDU regiert, Frau Vockert! – Gabriel [SPD]: Wer hat denn die blühenden Landschaften versprochen? – Gegenruf von Möllring [CDU]: Fahren Sie mal rüber! Dann sehen Sie, was da alles blüht!)

Mit genau dieser Politik, Herr Gabriel, ist den extremen Gruppen der Zugang so erleichtert worden. Hier sind wir also alle gefordert.

Vizepräsident Gansäuer:

Frau Kollegin, Sie müssen zum Ende kommen.

Frau Vockert (CDU):

Ich denke, daß wir auch in Niedersachsen nicht darum herumkommen, Herr Glogowski. Ganz allgemein zu sagen, wir müßten das politisch abarbeiten, reicht nicht. Bei einer Kürzung im Bereich der Jugendsozialarbeit in Niedersachsen, bei einer Streichung oder Nichtwiederauflage des APN-Projektes in Niedersachsen, bei einer Streichung der ambulanten Maßnahmen für junge Leute und bei Streichungen im Bereich der Mittelansätze für Jugendsozialarbeit sollten Sie sich nicht hier hinstellen und sagen: Es gilt, das insgesamt politisch abzuarbeiten. Sie sind in Niedersachsen verantwortlich, und wir entlassen Sie auch nicht aus dieser Pflicht.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Gansäuer:

Für etwas über drei Minuten hat der Kollege Wernstedt noch das Wort.

Wernstedt (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir alle wissen, daß die Angst, nach der Schule keine Ausbildung oder keine Arbeit zu bekommen, das vorherrschende Gefühl der Jugendlichen in Deutschland und auch in Niedersachsen ist.

Das konnten wir vor wenigen Tagen lesen. Dies ist die Voraussetzung, unter der wir über andere Maßnahmen beraten müssen, die mit dem Geist, mit den Köpfen und mit den Ideen zu tun haben.

Ich will das Problem der Arbeitslosigkeit und der drängenden Ausbildungssituation jetzt nicht in drei Minuten abhandeln, ich will aber sagen: Das ist die Voraussetzung, das müssen wir lösen. Für die gesamte Jugend - das trifft auch für Sachsen-Anhalt zu - besteht ein extremes Glaubwürdigkeitsproblem der Gesellschaft den Jugendlichen gegenüber. Ein solches extremes Glaubwürdigkeitsproblem besteht zum Beispiel in den Fragen: Wie ist das mit der Sicherheit der Zukunft? Wie ist das mit den Aussagen von Politikern? - Wenn man wie 1989/90 gläubig in den demokratischen Staat kommt und dann nur mit taktischen Geschichten abgespeist wird, darf man sich nicht wundern, daß die Leute, auch junge Leute in Sachsen-Anhalt, das nicht einordnen können.

Wir haben in Westdeutschland Jahrzehnte gebraucht, um auch extreme wirtschaftliche Schwierigkeiten sozusagen geistig einzufangen. Deswegen warne ich davor, dieses Glaubwürdigkeitsproblem zu unterschätzen. Außerdem ist der taktische Umgang mit diesem Thema von fast allen Seiten so offensichtlich, daß er zum Problem wird.

Herr Gansäuer, ich kann das gut nachvollziehen. Ich habe die DDR mit 18 Jahren verlassen, so daß ich weiß, was die Einschränkung von Freiheit durch Kommunisten heißt. Insoweit benötige ich keinen Nachhilfeunterricht. Aber man weiß auch in der DDR – das weiß ich von meinen Schulfreunden, von Verwandten und anderen -, daß, Herr Eveslage, jedenfalls in den 80er Jahren und Anfang der 90er Jahre nicht die SPD in der Nationalen Front war. In der Nationale Front war vielmehr die alte Blockpartei CDU. Deren Mitglieder sind heute noch Mitglied der CDU.

(Beifall bei der SPD)

Ich mache Ihnen keinen Vorwurf, Herr Eveslage, aber bitte beachten Sie das folgende Argument: Wenn man sozusagen eine Massentaufe der Mitglieder der alten Blockparteien vornimmt, ohne ein Reuebekenntnis zu verlangen, wie es durch die pauschale Aufnahme geschehen ist, dann kann man von den Leuten, die drüben leben, nicht verlangen, daß alle die kleinen SED-Leute, die Mütter und Väter, die Angst um ihre Studienplätze hatten,

noch härter behandelt werden als diejenigen, die jetzt noch Funktionen wahrnehmen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Ole von Beust hat vorgestern abend im Fernsehen zu Recht gesagt, daß das, was die DVU auszeichnet - Ausländerfeindlichkeit, Haß auf Fremde, Haß auf den gesamten politischen Systemapparat, den auch wir repräsentieren -, ein klassisches faschistisches Programm ist. Da darf es kein Geeiere geben. Es ist überhaupt keine Frage, daß wir dazu nein und nochmals nein sagen müssen. Die Auseinandersetzung mit der PDS und den Nachfolgeorganisationen und den vielen Menschen, die sich mitunter schuldig gemacht haben, verlangt wahrscheinlich andere Methoden als nur die Gleichsetzung. Die pauschale und mechanische Gleichsetzung von Rechts und Links verhindert den Kampf sowohl gegen Rechts als auch gegen Links. Deshalb sollten wir uns verändern.

(Starker Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Gansäuer:

Vielen Dank, Herr Kollege. – Ein spannendes Thema, das man, wenn ich mir die Bemerkung erlauben darf, eigentlich einmal umfassender, mit besseren technischen Instrumentarien einer Tagesordnung behandeln müßte. Vielleicht reden wir einmal darüber.

(Gabriel [SPD]: Herr Vizepräsident, wir haben es versucht!)

Meine Damen und Herren, die Redezeiten sind jetzt verbraucht, und wir können den Tagesordnungspunkt abschließen.

Wir kommen jetzt zu

Tagesordnungspunkt 2: **Dringliche Anfragen**

Ich rufe die erste Dringliche Anfrage auf:

a) SPD-Wahlkampf auf Kosten der Steuerzahler? - Antrag der Fraktion der CDU - Drs 14/31

Die Anfrage wird vom Kollegen Möllring gestellt, dem ich das Wort erteile.

Möllring (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! In der Zeitschrift „Garten und Familie“ (Ausgabe Januar 1998) erschien ein Wahlauf Ruf des Vorstandes des Bezirksverbandes Hannover der Kleingärtner zugunsten Gerhard Schröders und der SPD. Der Wahlauf Ruf war u. a. vom ersten Vorsitzenden Karl-Heinz Rädercker unterzeichnet.

Laut schriftlichem Protokoll der Vorstandssitzung des Bezirksverbandes Hannover der Kleingärtner am 25. März 1998 erklärte der erste Vorsitzende Karl-Heinz Rädercker vor mehr als hundert Personen hierzu:

„Die Landesregierung hatte noch eine Forderung von 400.000,- DM an den alten Landesverband. Durch Gespräche mit der Landesregierung und die versprochene Wahlunterstützung durch uns konnte ein neuer schuldenfreier Niedersächsischer Landesverband der Gartenfreunde gegründet werden.“

Der erste Vorsitzende hat das Protokoll rechtsverbindlich unterzeichnet.

Diese Tatsachen belegen, daß Mitglieder oder Vertreter der Landesregierung mit Mitgliedern des Vorstandes der Kleingärtner rechtswidrige, die SPD begünstigende Absprachen auf Landeskosten getroffen haben.

Fest steht, daß der Niedersächsische Landesrechnungshof bereits in der vorletzten Legislaturperiode in seinem Rechnungshofbericht (Drs 12/6240) ermittelt hatte, daß bei der Förderung der Kleingärtner haushaltsrechtliche Bestimmungen mißachtet, Haushaltsmittel verschwendet wurden und gegen die für das Antrags- und Bewilligungsverfahren geltenden Bestimmungen erheblich verstoßen wurde. Die Prüfung des Landesrechnungshofes hat darüber hinaus ergeben, daß sich das Sozialministerium sogar über die von den Bezirksregierungen geäußerten rechtlichen Bedenken hinweggesetzt hat.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Seit wann ist der Landesregierung bekannt, daß der Landesverband der Kleingärtner Zuwendungen des Landes zweck- und rechtswidrig verwandt hat?
2. Wann hat die Landesregierung die zweckwidrig verwandten Zuwendungen zurückgefordert?
3. Warum hat die Landesregierung trotz Kenntnis der zweck- und rechtswidrigen Mittelverwendung weiterhin Zuwendungen an den Landesverband der Kleingärtner bewilligt?

(Beifall bei der CDU – Bartling [SPD]: Das war eine richtige Leistung!)

Vizepräsident Gansäuer:

Bitte schön, Frau Ministerin!

Alm-Merk, Sozialministerin:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich weise den Vorwurf, der in der Dringlichen Anfrage gegenüber der Landesregierung erhoben wird, ganz entschieden zurück. Sie werden gleich hören, warum Sie wieder einmal auf etwas hereinfliegen und eine Anfrage stellen, obwohl Sie bereits einen anderen Sachverhalt kennen.

(Beifall bei der SPD)

Es gibt einen Zusammenhang weder zwischen einem Wahlaufuf und Rückzahlungsforderungen des Landes, noch gibt es irgendwelche Absprachen. Eine Richtigstellung durch den Bezirksverband Hannover der Kleingärtner ist in der Öffentlichkeit und in den Zeitungen inzwischen erfolgt und war Ihnen bereits bekannt. Erst danach haben Sie Ihre Anfrage gestellt. Das zeichnet diese Art der Politik auch aus.

(Möllring [CDU]: Vielleicht haben Sie ja unrecht!)

Meine Damen und Herren, die CDU-Fraktion folgt mit ihrer Anfrage den Ausführungen eines Artikels der „Hannoverschen Allgemeinen Zeitung“ vom 29. April 1998, wonach sich die Landes-SPD Wahlhilfe erkaufen haben soll. Darin wird aus einem nicht genehmigten

(Möllring [CDU]: Aber unterschrieben!)

Protokoll der erweiterten Vorstandssitzung des Bezirksverbandes Hannover der Kleingärtner e. V. vom 25. März 1998 zitiert. Der in dieser Fassung des Protokoll und in dem Zeitungsartikel hergestellte Zusammenhang zwischen der Kleingartenförderung des Landes und dem Wahlaufuf des Bezirksverbandes in seiner Zeitschrift „Garten und Familie“ ist unrichtig. Das hat der Vorsitzende des Bezirksverbandes am 30. April 1998 ausdrücklich mit Bedauern festgestellt. Er hat im Kern folgendes geschrieben:

„Ich kann Ihnen versichern, daß die Darstellung der Vorgänge im Protokoll nicht der Wahrheit entspricht.“

(Frau Pawelski [CDU]: Dummerweise hat er das aber gesagt!)

Auch über dieses Schreiben und die darin enthaltene Richtigstellung ist in der Presse berichtet worden, und zwar, wie ich bereits sagte, schon vor dem Einbringen Ihrer Dringlichen Anfrage.

Der Eindruck eines Zusammenhanges zwischen dem Wahlaufuf und der Rückzahlungsforderung an den alten Landesverband der Kleingärtner ist lediglich durch die falsche Darstellung im Protokoll, nicht aber, wie Sie in Ihrer Anfrage behaupten und schlankweg feststellen, auch durch tatsächliches Handeln entstanden.

(Möllring [CDU]: Es gibt fast 130 Zeugen! Die können wir ja alle mal hören!)

Meine Damen und Herren, der frühere Landesverband der Kleingärtner, gegen den Rückzahlungsforderungen des Landes bestehen, befindet sich seit dem 24. Januar 1996 im Konkursverfahren. Die Forderungen des Landes sind Bestandteil dieses Konkursverfahrens. Der am 3. Februar 1996 gegründete Landesverband Niedersächsischer Gartenfreunde e. V., dem inzwischen auch der Bezirksverband Hannover der Kleingärtner e. V. angehört, ist nicht Rechtsnachfolger des früheren Landesverbandes.

Zu den einzelnen Fragen nehme ich nunmehr wie folgt Stellung:

Zu 1: Der Landesrechnungshof hat am 25. Oktober 1993 in seinen Mitteilungen über die Prüfung der Förderung des Kleingartenwesens in den Haushaltsjahren 1990 und 1991 Inhalt und Umfang der Förderung des Kleingartenwesens beanstandet.

Dieser Bericht wurde im Unterausschuß „Prüfung der Haushaltsrechnungen“ des Ausschusses für Haushalt und Finanzen mehrfach beraten. Das Ergebnis dürfte deshalb durchaus auch der CDU-Fraktion bekannt sein; sie war dabei.

Die Landesregierung hat aufgrund der Beanstandungen die Konsequenzen gezogen und u. a. die Förderrichtlinien mit Wirkung vom 1. Januar 1994 geändert. Förderungsumfang und Förderungsgegenstände wurden deutlich reduziert. Im übrigen darf ich darauf hinweisen, daß in der u. a. vom damaligen Landesverband Niedersachsen der Kleingärtner herausgegebenen Verbandszeitschrift aus dem März 1994 alle vier seinerzeit im Landtag vertretenen Fraktionen die Förderung durch entsprechende Artikel unterstützt haben, die ich, wenn es gewünscht wird, vorlesen kann. Für die CDU-Fraktion schrieb der damalige Fraktionsvorsitzende Jürgen Gansäuer folgendes:

„Die CDU-Landtagsfraktion hat sich daher in der Vergangenheit für einen Ausbau ihrer Förderung eingesetzt und wird dies auch in der Zukunft tun.“

Zu 2: Die Bezirksregierung Hannover als zuständige Bewilligungsbehörde hat für die Haushaltsjahre 1990, 1991, 1992 und 1993 mit vier Rücknahmebescheiden in der Zeit vom 22. Dezember 1995 bis zum 19. August 1996 einen Gesamtbetrag in Höhe von 548.062 DM vom Landesverband Niedersachsen der Kleingärtner e. V. zurückgefordert.

Zu 3: Die letzte Bewilligung an den Landesverband Niedersachsen der Kleingärtner erfolgte nicht, wie in der Dringlichen Anfrage angedeutet wird, trotz Kenntnis der zweck- und rechtswidrigen Mittelverwendung, sondern weil das Sozialministerium und der damit befaßte Ausschuß für Haushalt und Finanzen die Förderung für sachlich angemessen und rechtlich zulässig erachteten. Die Bewilligung aufgrund des Beschlusses des Ausschusses für Haushalt und Finanzen wurde dann am 27. Februar 1995 erteilt, nachdem der Ausschuß für Haushalt und Finanzen in seiner Sitzung am 2. Februar 1995 der vorzeitigen Freigabe von 100.000 DM zugestimmt hatte.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Gansäuer:

Vielen Dank, Frau Ministerin. – Zu einer Zusatzfrage hat sich der Kollege Dr. Schneider gemeldet.

Dr. Schneider (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Landesrechnungshof hat seinerzeit festgestellt, daß die Verwendung der Gelder zweck- und rechtswidrig erfolgte. Ich frage die Landesregierung, welches genau die Gründe für die Zweck- und Rechtswidrigkeit waren. Ich frage ferner, ob die Landesregierung die Gelder inzwischen nicht nur eingefordert hat, sondern ob sie auch zurückgezahlt worden sind.

Vizepräsident Gansäuer:

Frau Ministerin, bitte schön!

Alm-Merk, Sozialministerin:

Herr Abgeordneter, der Landesrechnungshof - auch das ist den Ausschüssen bekannt und hier im Parlament mehrfach erörtert worden - hat sich in den vergangenen Jahren immer wieder mit der Frage auseinandergesetzt, ob die Förderung einer Verbandszeitschrift den öffentlichen Interessen dient oder nicht. Diese Frage hat die Mehrheit des Landtags dahin gehend beantwortet, daß eine solche Förderung sehr wohl den öffentlichen Interessen dient. Das war ein langer Streit, der sich über mehrere Jahre hingezogen hat. Auch Sie haben über die Jahre hinweg - dessen bin ich mir ganz sicher, weil die Aktenvorgänge dies sehr ausführlich darlegen - das besondere öffentliche Interesse an der Förderung des Kleingartenverbandes und seiner Zeitschrift immer wieder zum Ausdruck gebracht und auch durch Artikel in dieser Zeitschrift manifestiert.

Die Frage, die sich immer wieder stellt, ist die, ob der Landesrechnungshof die im Landtag mehrheitlich vertretenen Meinungen einfach so beiseite legen kann, wie er dies immer wieder getan hat. Der Landtag hat dann aber immer wieder die gegenteilige Auffassung mit Mehrheit deutlich gemacht. – Das ist der eine Grund.

Der andere Grund für die Rückforderung des Landesrechnungshofs war der, daß er sagte: Es ist nicht im öffentlichen Interesse. Es ging darüber hinaus aber auch um ungenaue Abrechnungen aufgrund einer sehr schwierigen Förderungsregelung, die später durch Richtlinien präzisiert worden ist.

Es gibt aber noch einige Gründe mehr, meine Damen und Herren. Ich habe mich erst in den Aktenberg einarbeiten müssen. Damit Sie hier von mir nicht unpräzise oder ungenaue Auskünfte bekommen, empfehle ich Ihnen, dieses Thema einmal auf

die Tagesordnung des zuständigen Ausschusses zu setzen, damit Ihnen die Abteilung jedes Datum detailliert liefern kann. Der in Rede stehende Vorgang geht ja auf das Jahr 1990 zurück.

(Widerspruch bei der CDU)

Wenn Sie sagen, das gibt es nicht, muß ich Ihnen entgegen, daß es das doch gibt. Es ist gerade sechs Wochen her, daß ich ein großes Ressort übernommen habe und mit einem zweiten Ressort zusammenschließen mußte. Das Kernthema sind nicht nur die Kleingärten. Im übrigen ist Ihre Anfrage erst vor kurzem gestellt worden. Außerdem gibt es zahlreiche Aktenberge, so daß ich mir gestatte, Ihnen diesen Hinweis zu geben. Das ist in der Tat der bessere Weg, um sich zu informieren. Ich könnte Ihnen jetzt auf die Fragen, die ich nicht kenne, nur oberflächliche Auskünfte geben. Ich meine, das wäre der sauberere Weg für diese Debatte.

(Beifall bei der SPD – Widerspruch bei der CDU)

Vizepräsident Gansäuer:

Herr Kollege Hagenah hat jetzt das Wort.

Hagenah (GRÜNE):

Ich frage die Landesregierung: Ist es rechtlich sehr umstritten, daß ein Verband, der praktisch personen- und inhaltsidentisch ist, nicht die Rechtsnachfolge eines in Konkurs gegangenen Verbandes annimmt, der ein Schuldenkonto gegenüber dem Land Niedersachsen in Höhe von 400.000 DM hat?

Ich frage die Landesregierung ferner, ob es vor oder während der Gründung dieses neuen Landesverbandes - personen- und inhaltsidentisch - die rechtliche Möglichkeit gegeben hätte, dieses Geld dem neuen Verband gegenüber einzuklagen.

Vizepräsident Gansäuer:

Das waren zwei Fragen, Herr Kollege. – Bitte schön, Frau Ministerin!

Alm-Merk, Sozialministerin:

Ich möchte zunächst noch einmal auf die zweite Frage von vorhin eingehen, um Ihnen noch einmal zu sagen, was ich bereits gesagt habe. Der Verband ist in Konkurs gegangen. Sie sind Anwalt genug, um zu wissen, was das heißt. Das Konkursverfahren ist noch nicht abgeschlossen. Es wird erst in

absehbarer Zeit abgeschlossen sein. Das zuständige Amtsgericht ist jedenfalls mitten drin. Es ist ein Konkursverwalter bestellt worden. Die Forderung steht noch im Raum. Sie richtet sich an den alten Landesverband, der inzwischen jedoch nicht mehr existiert. Sie wissen von anderen Firmenzusammenbrüchen und Konkursen, daß es außerordentlich schwierig ist, sich daraus zu bedienen. – Das ist eine sehr vorläufige Antwort. Sie wissen aber wohl, was ich damit meine.

Zu der Frage nach der Identität oder der rechtlichen Beurteilung der Frage, ob es für den alten Landesverband einen Nachfolger gibt, kann ich Ihnen sagen: Die Prüfung hat ergeben, daß der alte Landesverband aufgelöst und ein neuer Landesverband gegründet worden sind. Insoweit ist eine Rechtsnachfolge nicht gegeben.

Vizepräsident Gansäuer:

Vielen Dank. – Zu einer Zusatzfrage hat sich nun der Kollege Dr. Biester gemeldet.

Dr. Biester (CDU):

Ich möchte gern an die eben gestellte Frage anschließen und möchte gern wissen, ob die Landesregierung im Zusammenhang mit der Beurteilung der Rechtslage im Hinblick auf eine mögliche Rechtsnachfolge auch bedacht hat, daß ein Arbeitsrechtsstreit stattgefunden hat und wie dieser ausgegangen ist.

Ich möchte ferner wissen, ob der Frage nachgegangen worden ist, ob eine Inanspruchnahme eventuell auch von Organen des alten Landesvorstandes in Betracht gezogen werden kann.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Gansäuer:

Vielen Dank. – Frau Ministerin, bitte schön!

Alm-Merk, Sozialministerin:

Die Fragen, die Sie eben gestellt haben, lassen sich wie folgt beantworten: Das Ganze befindet sich in einem Konkursverfahren. Von daher können diese Fragen an den Konkursverwalter gerichtet werden. Wie er sich diesbezüglich verhalten und entscheiden wird, kann ich Ihnen nicht sagen. Sie müßten einmal ins Konkursrecht hineingucken. Dann wüßten Sie, daß die Landesregierung in einem Konkursverfahren derzeit keine solchen Überprüfungen

vornehmen kann. Statt dessen hat der Konkursverwalter die Fragen zu stellen. Das gilt auch für die Frage, inwieweit Rückgriff genommen werden kann. Diese Frage kann ich Ihnen derzeit nicht beantworten, weil auch der Konkursverwalter sie bislang noch nicht beantwortet hat.

(Frau Pawelski [CDU]: Das stimmt doch alles nicht!)

Vizepräsident Gansäuer:

Zu einer Zusatzfrage hat sich der Kollege Stratmann gemeldet. Bitte schön!

Stratmann (CDU):

Herr Präsident, um meine Frage stellen zu können, müßte ich zunächst etwas aus der hier in Rede stehenden Zeitung „Garten und Familie“ zitieren. Ich hoffe, daß Sie mir das erlauben.

Vizepräsident Gansäuer:

Seit geraumer Zeit muß das nicht mehr erlaubt werden.

Stratmann (CDU):

In diesem Wahlauf Ruf heißt es:

„Der Vorstand des Bezirksverbandes der Kleingärtner Hannover unterstützt Ministerpräsident Gerhard Schröder zur Niedersachsenwahl. Die Zusammenarbeit zwischen der Landesregierung und den niedersächsischen Kleingärtnern und im speziellen den hannoverschen Kleingärtnern war in den letzten Jahren hervorragend. Hierzu haben nicht zuletzt die hannoverschen Landtagsabgeordneten Heidi Alm-Merk, Wolfgang Jüttner und Axel Plaue beigetragen. Ganz besonderer Dank gilt unserem Ehrenmitglied Herbert Schmalstieg, der sich über das normale Maß hinaus immer wieder für die Belange der hannoverschen Kleingärtner eingesetzt hat.“

(Beifall bei der CDU – Bartling [SPD]: Gute Abgeordnete haben wir!)

- Dazu kann man Sie wirklich nur beglückwünschen. - Nun kann ich die eben genannten Kollegen nicht alle fragen.

(Plaue [SPD]: Machen Sie doch mal! Sie kriegen eine Antwort!)

Aber auch die Frau Ministerin wird hier zitiert. Deshalb möchte ich die Landesregierung - vertreten durch die Frau Ministerin - fragen, wie sie sich in besonderer Weise eingesetzt hat. Ferner möchte ich wissen, ob ihr der hier in Rede stehende Vorgang bekannt war, bevor sie in ihr jetziges Amt gekommen ist.

Vizepräsident Gansäuer:

Frau Ministerin, bitte schön!

Alm-Merk, Sozialministerin:

Herr Abgeordneter, daß Sie nicht wissen, daß ein ganz, ganz großer Teil der Bevölkerung in Hannover Kleingärten hat, wundert mich nicht. Was mich aber sehr verwundert, ist, daß Sie als Abgeordneter an einen Abgeordneten bzw. eine Abgeordnete die Frage richten, in welcher Weise sie sich für die Kleingärtner eingesetzt hätten. Es ist so, wie ich mich und meine Kollegen sich als Abgeordnete verstehen: Wir sind diejenigen, die mit Menschen aus den unterschiedlichsten Bevölkerungskreisen sowie aus den verschiedensten Berufs- und Lebenssituationen Kontakte pflegen. Das ist auch gut so. Insoweit fühlen sich Kleingärtner bei den Sozialdemokraten sehr gut vertreten. Daß Sie es jetzt nur noch für die SPD reklamieren, daß sie sich gut vertreten gefühlt haben, ist für mich überraschend. Das finde ich schon interessant, wenn ich daran denke, daß im März 1994 - da haben Sie sich nie über diese Fragen aufgeregt - ein Riesenartikel erschienen ist: Die Kleingärtnerorganisationen in Niedersachsen - Aussage der vier im Niedersächsischen Landtag vertretenen Parteien. - Soll ich Ihnen vorlesen, wie stark Sie sich für diese Kleingärtnerinnen und Kleingärtner eingesetzt haben und wie dankbar sie ihnen waren? Soll ich Ihnen das vorlesen?

(Wulff (Osnabrück) [CDU]: Aber doch nicht mit 400.000 DM Steuergeldern!
- Weitere Zurufe von der CDU)

- Daß Sie das nicht hören wollen, verstehe ich. - Es ist schon interessant, daß laut der neuen Verbandszeitschrift aus dem März 1998 eine an die Fraktion der CDU gerichtete Frage der Kleingärtner wie folgt beantwortet worden ist, und zwar von Ihrem Fraktionsvorsitzenden, Herrn Wulff:

„Die CDU-Landtagsfraktion ist für eine weitere Förderung des Kleingartenwesens in Niedersachsen.“

(Eveslage [CDU]: Im Rahmen des rechtlich Erlaubten auf jeden Fall!)

„Aus der o. a. Bedeutung des Kleingartenwesens geht meines Erachtens auch die Förderungswürdigkeit“

- über die Sie sich gerade mokieren -

„dieser wichtigen Arbeit hervor. Für die CDU ist die Förderung des Kleingartenwesens hingegen wichtiger Bestandteil auch der Städtebauförderungspolitik.“

(Frau Pawelski [CDU]: Richtig! Bravo! Dazu stehen wir auch heute noch! – Zuruf von der SPD: Scheinheilig!)

- Sie haben Fragen gestellt, und dann lassen Sie es sich auch gefallen, daß Sie Antworten bekommen. Daß Ihnen diese Antworten nicht gefallen, kann ich mir sehr gut vorstellen.

Herr Abgeordneter, ich sage noch einmal: Sie glauben doch nicht im Ernst, daß eine Abgeordnete, die zu dem Zeitpunkt ein ganz anderes Ressort, nämlich das Justizressort, vertreten hat - das war Ihre zweite Frage - - -

(Wulff (Osnabrück) [CDU]: Herr Weber ist doch weggelaufen! – Weitere Zurufe von der CDU)

- Wollen Sie die Antwort hören oder nicht? – Dann bitte ich Sie zuzuhören. Ich werde die Antwort nicht geben, solange so geschrien wird.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Gansäuer:

Die Landesregierung hat nach unserer Verfassung zu antworten – Punkt, Ende. Wie sie antwortet, ist ihre Sache.

Zu einer Zusatzfrage hat sich die Kollegin Frau Jahns gemeldet.

Frau Jahns (CDU):

Frau Ministerin, ich hätte gern gewußt, wann und mit welchem Ergebnis es letztmalig eine Prüfung der Verwendungsnachweise des Landesverbandes

der Kleingärtner durch den Landesrechnungshof gegeben hat.

Vizepräsident Gansäuer:

Frau Ministerin, bitte schön!

Alm-Merk, Sozialministerin:

Die Prüfungen der Nachweise finden laufend durch die Bezirksregierungen des Landes statt.

(Möllring [CDU]: Wir haben nach dem Landesrechnungshof gefragt!)

- Ich kann Ihnen im Moment nicht sagen, wann der Landesrechnungshof zuletzt geprüft hat.

(Wulff (Osnabrück) [CDU]: Das hätten Sie im Vorfeld klären müssen!)

Der neue Verband der Kleingärtner ist, so schätze ich, etwa ein gutes Jahr alt. Ich vermute, daß die Unterlagen ganz normal beim Landesrechnungshof geprüft werden. Das hat er vorher getan; das tut er jetzt auch.

(Möllring [CDU] meldet sich zur Geschäftsordnung)

Vizepräsident Gansäuer:

Herr Kollege Möllring, Sie sind sowieso dran.

(Möllring [CDU]: Zur Geschäftsordnung!)

- Gut, dann haben Sie zur Geschäftsordnung das Wort.

Möllring (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Präsident hat eben darauf hingewiesen, daß die Landesregierung nach der Verfassung zu antworten hat.

(Zuruf von der SPD: Das hat sie getan!)

Es steht in dem von Ihnen zitierten „HAZ“-Artikel, daß Herr Räderer gesagt hat: Der Landesrechnungshof war bei uns und ist ohne Ergebnis wieder weggegangen.

(Zuruf von der SPD: Was hat denn das mit der Geschäftsordnung zu tun?)

Wenn sie dieses kennt, dann hat sie sich gefälligst auch darauf vorzubereiten. Das hat der Staatsgerichtshof im Verfahren gegen Frau Griefahn so festgestellt.

(Beifall bei der CDU)

Wenn Frau Alm-Merk es nicht kann, weil sie sich aus nachvollziehbaren oder aus anderen Gründen in sechs Wochen in ihr Ressort nicht einarbeiten kann, dann muß sich der Justizminister hier hinstellen, der dieses Ressort vier Jahre lang verwaltet hat.

(Beifall bei der CDU – Eveslage [CDU]: Er hat fluchtartig den Raum verlassen!)

Vizepräsident Gansäuer:

Herr Möllring, möchten Sie jetzt Ihre Frage stellen? – Es gibt keine Wortmeldungen zu den Ausführungen zur Geschäftsordnung.

(Zuruf von Plaue [SPD]) – Gegenruf von Mölling [CDU]: Herr Plaue, Sie sollten sich schon fragen, ob wir hier die Verfassung noch hochhalten oder ob es Ihnen so peinlich ist, daß Herr Weber wegläuft, anstatt hier die Antwort zu geben! - Bartling [SPD]: Zu solch einem Unfug kann man sich auch nicht äußern!)

Meine Damen und Herren, jetzt will ich einmal klar sagen: Wenn die Ministerin nicht antwortet, werde ich sie daran erinnern, was nach der Verfassung notwendig ist und - das ist gar keine Frage - für sie gilt. Wenn das nicht umfassend geschieht, dann haben die Fraktionen die Möglichkeit, das zu kritisieren. Aber es gibt bestimmte Grenzen; wir können es nicht erzwingen. Wenn das nicht zufriedenstellend ist, dann kann das auf dem Wege, den wir kennen, nämlich durch Anträge und anderes, nachgearbeitet werden. Mehr Möglichkeiten hat das Präsidium nicht.

Jetzt kommt, so vermute ich, die Frage von Herrn Möllring, die er sowieso stellen wollte. Bitte schön!

Möllring (CDU):

Frau Ministerin, können Sie ausschließen, daß das Arbeitsgerichtsverfahren - Aktenzeichen 16 ASA 127/97 - zwischen dem ehemaligen Geschäftsführer und dem ehemaligen Landesverband der niedersächsischen Gartenfreunde e. V. durch Zahlungen

des neuen Landesverbandes in Form einer Vergleichssumme von 30.000 DM beendet worden ist?

Vizepräsident Gansäuer:

Frau Ministerin, bitte schön!

Alm-Merk, Sozialministerin:

Auch der Abteilungsleiter, den ich eben befragt habe, kann Ihnen nur zur Auskunft geben - das mache ich hiermit -: Wir kennen kein solches Arbeitsgerichtsverfahren.

(Frau Pawelski [CDU]: Sie haben sich gar nicht vorbereitet!)

Vizepräsident Gansäuer:

Zu einer Zusatzfrage hat sich die Kollegin Frau Ortgies gemeldet.

Frau Ortgies (CDU):

Frau Ministerin, ich frage Sie: Welche Gespräche welchen Inhalts haben seitens der Landesregierung mit dem Landesvorstand der Kleingärtner stattgefunden?

Vizepräsident Gansäuer:

Frau Ministerin!

Alm-Merk, Sozialministerin:

Frau Abgeordnete, in den Akten habe ich Protokollnotizen über solche Gespräche nicht gefunden. Deshalb kann ich Ihnen auch keine Auskunft dazu erteilen.

(Möllring [CDU]: Sie können Ihre Mitarbeiter befragen!)

Vizepräsident Gansäuer:

Zu einer zweiten und damit letzten Zusatzfrage hat sich der Kollege Möllring gemeldet.

Möllring (CDU):

Frau Ministerin, wie würden Sie und Ihr Abteilungsleiter, d. h. Ihr Haus, es denn bewerten, wenn der neue Landesverband in Arbeitsgerichtsprozessen des alten Landesverbandes Abfindungen zahlt, die letztendlich vielleicht auch zu Lasten der Förderung durch das Land Niedersachsen gehen? Sind

Sie bereit, dem nachzugehen und gegebenenfalls die Förderung in dieser Höhe zurückzuziehen?

Vizepräsident Gansäuer:

Frau Ministerin, bitte schön!

Alm-Merk, Sozialministerin:

Herr Abgeordneter, soweit öffentliche Mittel davon betroffen sind, ist es unsere Aufgabe, der Frage nachzugehen, ob sie zweckentsprechend verwendet worden sind. Was die, wie Sie hier behaupten, Zahlung von Abfindungen betrifft, so kann ich das nicht nachvollziehen, weil ich das Verfahren nicht kenne.

(Möllring [CDU]: Ich habe Sie ja gefragt!)

Das ist offensichtlich ein Verfahren zwischen dem Verband und irgendeinem Kollegen, der dort mitgearbeitet hat. Darüber hat die Landesregierung weder zu befinden, noch muß sie das wissen. Soweit öffentliche Mittel für eine Abfindung eingesetzt werden, muß das selbstverständlich überprüft werden. Soweit aber aus anderen Mitteln Abfindungen gezahlt werden - Sie wissen, es werden auch Mitgliedsbeiträge gezahlt -, ist es keine Angelegenheit, die das Land zu interessieren hat.

Vizepräsident Gansäuer:

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor.

(Möllring [CDU]: Frau Körtner hat sich schon dreimal gemeldet!)

- Ich habe Frau Körtner nicht zur Kenntnis genommen, was eine schwere Unterlassung ist. Das passiert mir das erstmal in meinem Leben. Selbstverständlich haben Sie Gelegenheit zu einer Zusatzfrage. Bitte schön!

Frau Körtner (CDU):

Frau Ministerin, nachdem es bei Ihnen zur guten Ordnung gehört, daß Sie auf Fragen, die wir gestellt haben, nicht antworten und daß Sie uns statt dessen andere Antworten geben, möchte ich einfach noch einmal konkret nachfassen: Haben Vertreter des Landes zu irgendeinem Zeitpunkt einen Verzicht auf Rückforderungen gegenüber dem Landesverband der Kleingärtner in Aussicht gestellt? Darauf hätten wir gern einmal eine konkrete Antwort.

Vizepräsident Gansäuer:

Vielen Dank. – Bitte schön, Frau Ministerin!

Alm-Merk, Sozialministerin:

Frau Abgeordnete, ein ganz klares Nein.

Vizepräsident Gansäuer:

Vielen Dank. – Jetzt gibt es tatsächlich keine Wortmeldungen mehr. Damit können wir die Behandlung dieser Dringlichen Anfrage abschließen.

Ich rufe die nächste Dringliche Anfrage auf:

b) Neonazi Heise: Kronzeuge der Anklage im Göttinger „Mackenrode-Prozeß“ - Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs 14/34

Wer bringt sie ein? - Bitte schön, Herr Kollege!

Schröder (Bad Münder) (GRÜNE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Das Landgericht Göttingen hat am 7. Mai 1998 die fünf Angeklagten des Mackenrode-Prozesses vom Vorwurf des Landfriedensbruchs und des versuchten Totschlags freigesprochen. Zuvor hatten Belastungszeugen aus der Neonazi-Szene, darunter der ehemalige FAP-Landesvorsitzende Thorsten Heise, mit Hilfe von Polizeifotos die fünf Angeklagten „identifiziert“ und u. a. den Angeklagten Michael F. beschuldigt, bei einem Angriff auf das FAP-Schulungszentrum am 26. Oktober 1991 mit einer Zwillie geschossen zu haben.

Die angebliche Identifizierung der Angeklagten erfolgte im wesentlichen anhand einer von der Sonderkommission 606 des Landeskriminalamtes angelegten Lichtbildmappe mit Fotos von 65 mutmaßlichen Mitgliedern der linken Göttinger Szene. Dabei reichte es offenbar für die Aufnahme in die Lichtbildmappe aus, mit Verdächtigen im gleichen Hause zu wohnen. Die Verteidiger der Angeklagten sahen zudem Anzeichen für eine Zusammenarbeit zwischen Polizei und Neonazis.

Nach einem Kommentar des „Göttinger Tagesblattes“ vom 8. Mai 1998 haben die Angeklagten mit dem Prozeß vorgeführt, „daß Rechtsextreme wie Thorsten Heise und Co. so weit gehen, durch Falschaussagen unschuldige politische Gegner des

versuchten Totschlags zu bezichtigen. Daß die auf die Verfolgung Autonomer fixierten Sonderermittler bereit waren, unter Mißachtung rechtsstaatlicher Regeln diesen Zeugen zu glauben und Falschidentifizierungen Vorschub zu leisten. Daß die Staatsanwaltschaft bereit war, auf dieser dünnen Grundlage anzuklagen, um politisch motivierter Gewalt zu wehren.“

Wir fragen die Landesregierung:

1. Tritt es zu, daß es sich bei der Lichtbildmappe des LKA ausschließlich um eine „Lichtbildsammlung der üblichen Verdächtigen“ handelte, jedes „Wiedererkennen“ durch einen der rechtsradikalen Zeugen also ein „Treffer“ für die ermittelnden Staatsschutzbeamten gewesen ist?

2. Wie bewertet die Landesregierung die Tatsache, daß Beamte der SoKo 606 des Landeskriminalamtes offensichtlich nicht wissen, nach welchen rechtlichen Maßstäben Lichtbildmappen zur Identifizierung von Tatverdächtigen erstellt werden müssen?

3. Wie beurteilt die Landesregierung die Tatsache, daß die Staatsanwaltschaft Göttingen ihre Anklage wegen versuchten Totschlages ausschließlich auf die Angaben des Neonazi-Führers Thorsten Heise und seiner Gefolgschaft stützte?

Vizepräsident Gansäuer:

Vielen Dank. - Herr Minister Glogowski, Sie haben das Wort.

Glogowski, Innenminister:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Gestatten Sie mir einige Vorbemerkungen. Das reicht ja bis ins Jahr 1991 zurück. Es ist also erforderlich, die Situation in der damaligen Zeit zu veranschaulichen, um das einordnen zu können.

Ende der 80er/Anfang der 90er Jahre kam es im südniedersächsischen Bereich - und hier insbesondere im Raum Göttingen - zu einer Vielzahl von politisch motivierten Straftaten, die von Linksextremisten begangen wurden. Im Zusammenhang mit fünf von unbekanntem Angehörigen der linksextremistischen autonomen Szene in der Zeit vom Oktober 1990 bis zum März 1991 verübten Brandanschlägen, darunter dem Brandanschlag auf den Neubau des Polizeidienstgebäudes in Bad Lauterberg am 11. Dezember 1990 mit einer Schadenshöhe von 200.000 DM sowie dem Brandanschlag auf das Juristische Seminar der Universität Göttingen

am 10. Februar 1991 mit einer Schadenshöhe von 300.000 DM, wurden durch den Generalbundesanwalt jeweils Ermittlungsverfahren gemäß § 129 a StGB eingeleitet und später an die Generalstaatsanwaltschaft in Celle abgegeben. Nachdem von dort das Landeskriminalamt mit den Ermittlungen beauftragt worden war, wurde mit den notwendigen intensiven Ermittlungsmaßnahmen begonnen. Aufgrund der Vorfälle in Mackenrode wurde wiederum ein § 129 a-Verfahren eingeleitet.

Folgendes hatte sich damals abgespielt: Am 26. Oktober 1991 kam es vor dem Wohnobjekt des bekannten Rechtsextremisten Karl Polacek, der dort anlässlich des österreichischen Nationalfeiertages mit rund 25 Teilnehmern der FAP ein Treffen abhielt, in Mackenrode zu einer 30minütigen offenen Straßenschlacht zwischen 50 vermummten Autonomen und Anhängern der FAP. Im Verlaufe der Auseinandersetzungen warfen Autonome Molotowcocktails auf das Dach des Holzhauses von Karl Polacek und versuchten, die vor dem Objekt geparkten Kraftfahrzeuge der rechtsextremistischen Versammlungsteilnehmer anzuzünden. Die FAP-Anhänger wurden mit Zwillen beschossen. Als Geschosse dienten u. a. Stahlmuttern und Stahlkugeln. Ein FAP-Anhänger erlitt dabei eine Schädelfraktur unterhalb des linken Auges. Die Angehörigen der rechtsextremistischen Szene sagten später aus, einem festgefügt „schwarzen Block“ gegenübergestanden zu haben. Die in der ersten Reihe des „schwarzen Blocks“ befindlichen Personen hätten mittels Zwillen Stahlmuttern verschossen. Die Aktivitäten seien durch zwei abgesetzt stehende Personen koordiniert worden.

Im Anschluß zogen sich die Linksextremisten zu ihren Fahrzeugen zurück und fuhren in Kolonne nach Göttingen. Eine von der Polizei eingerichtete Straßensperre wurde von den meisten Fahrzeugen trotz eindeutiger Haltezeichen der Polizeibeamten umfahren. Ein Beamter mußte sich mit einem Sprung in Sicherheit bringen, um nicht überfahren zu werden.

Am 27. Oktober 1991 ging bei den örtlichen Medien ein Selbstbeichtigungsschreiben ein, in dem „Autonome Antifaschisten und Antifaschistinnen“ die Verantwortung für diese Ereignisse in Mackenrode übernahmen. – So weit die Schilderung des Sachverhalts.

Dieses Ermittlungsverfahren aus Mackenrode sowie fünf weitere im November 1991 begangene Brandanschläge führten abermals zur Einleitung

eines § 129 a-Verfahren durch den Generalbundesanwalt.

Der am schwersten wiegende Brandanschlag war bereits wenige Tage nach den Ereignissen in Mackenrode begangen worden, nämlich am 2. November 1991 in Göttingen. Damals hatten unbekannte Täter nachts gegen 2.30 Uhr versucht, das Gebäude einer Burschenschaft in Brand zu setzen. Zur Tatzeit schliefen in dem Gebäude zwölf Studenten, die glücklicherweise das Feuer noch rechtzeitig entdecken und löschen konnten. Diese besonders schlimme Straftat unterscheidet sich in nichts von den Brandanschlägen, die wir von der rechten Szene kennen. - Ich will nicht den Eindruck erwecken, daß sei speziell nur dieses Spektrum. Das andere Spektrum benimmt sich nicht erfreulicher.

Zur Aufklärung sämtlicher zuvor genannten Straftaten wurde daraufhin die Soko 606 im LKA Niedersachsen eingerichtet. Im Zusammenhang mit den Ereignissen in Mackenrode hatten die nun folgenden Ermittlungen des Landeskriminalamtes das Ziel, die Angehörigen der in dem Selbstbeziehungsschreiben genannten Gruppe „Autonome Antifaschisten und Antifaschistinnen“ zu identifizieren und zu prüfen, ob sie für die anderen in Rede stehenden Straftaten in Betracht kommen. Die Lichtbildmappe entstand vor diesem Gesamthintergrund nach den Straftaten in Mackenrode.

In Mackenrode ist nach der Verfahrensübernahme durch die Soko 606 im nachhinein versucht worden, auch neutrale Zeugen zu den in Rede stehenden Straftaten zu finden. Dies ist, bezogen auf die angeklagten Straftaten im Mackenrode-Prozeß, nicht gelungen. Die Beschuldigten hatten während des gesamten Verfahrens bis zum Schluß im Rahmen des rechtlichen Gehörs die Möglichkeit, sich zu der Sache einzulassen. Sie haben davon während des gesamten Verfahrens keinen Gebrauch gemacht, was ihr Recht ist. Von daher lief der Prozeß natürlich auch immer weiter. Hätten sie sich vorher eingelassen, wäre dieses Verfahren unter Umständen anders verlaufen.

(Zuruf von Frau Stokar von Neuforn
[GRÜNE])

- Ich will es ja nur sagen.

Es gehört zu den gesetzmäßigen Pflichten der Polizei, in einem Strafverfahren alle in Frage kommenden Zugen zu ermitteln und zu vernehmen. Dies gilt auch bei gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen linken und rechten Extremisten. Die am

Wohnhaus Polacek angegriffenen Personen konnten als Geschädigte nur zum Teil ermittelt werden. Soweit sie festgestellt worden sind, waren sie entsprechend den Vorschriften der Strafprozeßordnung wie alle anderen Zeugen zu behandeln.

Wie ich bereits erwähnt habe, waren die Beamten besonders bemüht, neutrale Zeugen zu finden, die an der Auseinandersetzung nicht beteiligt waren. So wurden von Angehörigen der Sonderkommission die Anwohner aufgesucht und zu den Feststellungen vernommen und auch eingesetzte Polizeibeamte zeugenschaftlich befragt. Die Akten geben im übrigen Aufschluß über die Art der Zeugen und stellen damit auch die Grundlage für die Bewertung dar, die nicht von der Polizei vorzunehmen ist. Aktenkundig ist auch, daß die Ermittlungsbeamten des Landeskriminalamtes an den belastenden Aussagen der Rechtsextremisten selbst Zweifel hatten. Dies ist in der Ermittlungsakte im übrigen schriftlich niedergelegt.

Die Durchführung strafprozessualer Maßnahmen war von dem Bemühen getragen, diese gravierenden Straftaten vollständig aufzuklären. Die dazu notwendigen Kontakte zu Rechtsextremisten sind rechtlich geboten und stellen keine Zusammenarbeit dar. Sie sind vielmehr Ausdruck einer neutralen Amtsführung.

Abschließend ist anzumerken, daß der in Rede stehende Prozeß nur einen kleinen Teil des in der Soko 606 bearbeiteten Gesamtverfahrens darstellt. Die Ermittlungen im § 129 a-Verfahren haben zur Identifizierung von Angehörigen der „Autonomen Antifa (M)“ geführt.

Ich habe zu Beginn meiner Ausführungen die Straftaten der Linksextremisten aufgeführt, weil sie zum Gesamtkomplex gehören, der dieser Anfrage zugrunde liegt. Zur Vollständigkeit der Darstellung gehört aber auch, daß die Rechtsextremisten widerwärtige Straftaten und Gesetzesverletzungen begangen haben. Hiergegen schreiten Polizei, Staatsschutz und Innenministerium entschieden ein. Ich nenne in diesem Zusammenhang beispielhaft die Maßnahmen in Mackenrode - die Ausweisung Polaceks - und alle anderen Verfahren: FAP-Verbot, Wiking-Jugend, Hetendorf etc. Die niedersächsische Polizei ist in all diesen Fällen jeweils tätig geworden. Ich sage das nur, um das Gesamtbild darzustellen. Dies alles belegt, daß auch gegen Rechtsextreme erfolgreich vorgegangen wird.

Nun zu den Fragen:

Zu Frage 1: Nein. Die Lichtbildmappe enthielt Personen, die nach §§ 163 i. V. m. 152 StPO aus den Kreisen der Autonomen als Täter für die SoKo 606, bezogen auf das § 129 a-Verfahren, in Betracht zu ziehen waren.

Zu Frage 2: Auf Befragen hat der im Prozeß als Zeuge aufgetretene Beamte des Landeskriminalamtes erklärt, er sei vom Sitzungsvertreter der Staatsanwaltschaft nach polizeilichen Richtlinien und Regeln für das Anlegen von Lichtbildmappen gefragt worden. Er hat dazu erklärt, daß er solche nicht kennt. Die Aussage ist nicht zu beanstanden. Es gibt keine speziellen Rechtsgrundlagen für die Erstellung und Nutzung von Lichtbildmappen zur Suche nach bisher unbekanntem Tätern.

Das Auflisten solcher Personen, auch das Beschaffen von Lichtbildern und das Anlegen von entsprechenden Lichtbildmappen zur Unterstützung der Ermittlungshandlungen fällt unter den Auftrag für die Polizei, Straftaten zu erforschen und alle keinen Aufschub gestattenden Anordnungen zu treffen, um die Verdunkelung der Sache zu verhüten. Die Lichtbildmappe bezog sich nicht ausschließlich auf die Taten in Mackenrode, sondern auf mögliche Mitglieder der Gruppierung „Autonome Antifaschisten und Antifaschistinnen“.

Soweit in der Presse der Anschein erweckt worden ist, daß das Zustandekommen der Lichtbildmappe nicht in Ordnung sei, ist dies inhaltlich unzutreffend.

Zu Frage 3: Die Staatsanwaltschaft Göttingen hat am 25. Februar 1994 Anklage gegen insgesamt fünf Personen erhoben, denen sie gemeinschaftlichen schweren Landfriedensbruch in Tateinheit mit versuchter schwerer Brandstiftung und Sachbeschädigung im Zusammenhang mit Übergriffen gegen Angehörige der inzwischen verbotenen FAP am 26. Oktober 1991 in Mackenrode vorwarf. Darüber hinaus war einem der Angeschuldigten versuchter Totschlag und zwei weiteren Körperverletzung zur Last gelegt worden.

Zur Anklageerhebung war die Staatsanwaltschaft Göttingen nach § 170 Abs. 1 der Strafprozeßordnung rechtlich verpflichtet, weil sie nach Abschluß der Ermittlungen auf der Grundlage der damals gegebenen Beweislage davon ausgehen konnte, daß eine Verurteilung mit Wahrscheinlichkeit zu erwarten war. Dabei bedurfte es nicht etwa der vollen Überzeugung von der Täterschaft oder der Existenz anderer unmittelbar entscheidungsrelevanter Tatsa-

chen, wie sie nach § 261 StPO Voraussetzung für die Verurteilung durch ein Gericht ist. Bei der Entscheidung über die Anklageerhebung nimmt die Staatsanwaltschaft lediglich eine vorläufige Tatbewertung vor und trifft auf dieser Grundlage eine vorläufige Prognose über den Ausgang des Prozesses. In diesem Stadium des Verfahrens findet der Grundsatz „Im Zweifel für den Angeklagten“ nach ständiger höchstrichterlicher Rechtsprechung keine Anwendung, weil es lediglich um eine vorläufige Prognose und nicht um eine abschließende Würdigung aller Beweise geht. Die Aufklärung von Widersprüchen zwischen den Angaben des Beschuldigten und anderen Beweismitteln oder verschiedener Zeugen untereinander darf vielmehr der Hauptverhandlung überlassen bleiben.

An diesen rechtlichen Maßstäben hat sich die Staatsanwaltschaft Göttingen orientiert. Die Anklage stützt sich zwar im wesentlichen auf die Angaben der die Angeklagten belastenden Zeugen, u. a. des Thorsten Heise. Den Zeugen war nicht von vornherein jede Glaubwürdigkeit in dieser Angelegenheit abzuspochen. Ihre Angaben wurden auch nicht durch das übrige Beweisergebnis widerlegt. Sie waren vielmehr mit diesem vereinbar.

Die Beschuldigten hatten sich bis zur Anklageerhebung nicht zur Sache eingelassen. Bei diesem Sachstand mußte sich die Staatsanwaltschaft zwangsläufig darauf beschränken, die Angaben der Hauptbelastungszeugen auf innere Schlüssigkeit und Vereinbarkeit mit den übrigen vorhandenen Beweismitteln - elf weitere Zeugen, ein sachverständiger Zeuge, ein Sachverständiger, ein gerichtsmedizinisches Gutachten und diverse Augenscheinsgegenstände - zu überprüfen, und die abschließende Beweiswürdigung der Hauptverhandlung vorbehalten. Dabei konnte die Staatsanwaltschaft zudem nicht außer acht lassen, daß sich die führenden Angehörigen der autonomen Szene in Göttingen und der rechten Szene um den Zeugen Heise durchaus untereinander kannten und die Beschuldigten im übrigen aufgrund von Lichtbildern identifiziert sowie zum Teil sogar mit Namen benannt worden waren. Hinzu kam, daß die Verletzungen ärztlicherseits attestiert worden sind.

Im übrigen ist darauf hinzuweisen, daß ein unabhängiges Kollegialgericht nach eigenständiger Überprüfung der Sach- und Rechtslage die Anklage zur Hauptverhandlung zugelassen und das Hauptverfahren eröffnet hat, also der Rechtsweg hier einwandfrei war.

Der Freispruch beruhte dann im wesentlichen darauf, daß sich die Aussagen der Belastungszeugen in der Hauptverhandlung als widersprüchlich und letztendlich nicht glaubhaft darstellten. Die Staatsanwaltschaft Göttingen hat die nunmehr zutage getretenen Widersprüche zum Anlaß genommen, Ermittlungsverfahren u. a. wegen des Verdachts der uneidlichen Falschaussage einzuleiten.

(Zustimmung bei der SPD)

Vizepräsident Gansäuer:

Vielen Dank, Herr Minister. - Das Wort zu einer Zusatzfrage hat der Herr Kollege Wenzel. Danach der Herr Kollege Schröder. Bitte schön!

Wenzel (GRÜNE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Glogowski, man kann selbst in schlechten Krimis sehen, wie man eine solche Wahllichtbildmappe anlegt. Offensichtlich gibt es entsprechende Richtlinien bei der Polizei nicht. Meine Frage ist: Welche personellen Konsequenzen werden Sie aus der Tatsache ziehen, daß Beamte der Soko 606 des Landeskriminalamts offensichtlich nicht in der Lage sind, eine rechtsstaatlich einwandfreie Wahllichtbildmappe zur Identifizierung von Tatverdächtigen anzulegen?

Vizepräsident Gansäuer:

Bitte schön, Herr Minister!

Glogowski, Innenminister:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das war keine Wahllichtbildmappe, sondern eine Lichtbildmappe. Nach Auffassung der Fachleute meines Hauses ist das auf einwandfreier Rechtsgrundlage geschehen.

Vizepräsident Gansäuer:

Herr Kollege Schröder, bitte schön, Sie stellen eine Zusatzfrage.

Schröder (Bad Münder) (GRÜNE):

Herr Glogowski, nachdem Sie bestätigt haben, daß in diese Lichtbildmappe ausschließlich Fotos von Personen aufgenommen wurden, die mehr oder minder der autonomen Szene angehörten, und Sie bestätigt haben, daß sich der Tatvorwurf im wesentlichen auf die angeblich nicht sehr glaubhaften

Bekundungen dieser Neonazis stützte, hätte es nicht den Regeln kriminalistischer Kunst entsprochen, hier nach den entsprechenden Vorschriften über eine Gegenüberstellung - § 58 Strafprozeßordnung - eine Wahllichtbildmappe zu wählen, gerade um die, wie sich im Ergebnis zeigt, berechtigten Zweifel an der Glaubwürdigkeit dieser Zeugen auszuräumen, also Verdächtige und absolut Unverdächtige mit aufzunehmen?

Vizepräsident Gansäuer:

Vielen Dank. - Bitte schön, Herr Minister!

Glogowski, Innenminister:

Herr Schröder, dazu hätte es eines Tatverdächtigen bedurft. Es ist aber das Verfahren gewählt worden, um den überhaupt erst zu ermitteln.

Vizepräsident Gansäuer:

Vielen Dank, Herr Minister. - Zu einer Zusatzfrage hat sich jetzt Frau Stokar von Neuforn gemeldet.

Frau Stokar von Neuforn (GRÜNE):

Ich frage die Landesregierung: Wie bewerten Sie die Tatsache, daß es im Landeskriminalamt und auch außerhalb des Landeskriminalamts mehrstündige Vorgespräche mit diesen Neonazi-Zeugen gegeben hat, über die keine Aktenvermerke gefertigt wurden, wobei das Landeskriminalamt in durchaus kumpelhafter Manie gemeinsam mit den Neonazis die Erkenntnisse, die sie über die Antifa-Szene in Göttingen haben, ausgetauscht hat, und daß erst nach diesen inoffiziellen Vernehmungen den Neonazis die Lichtbildmappe vorgelegt worden ist? Die Anwälte haben dies als „Hinführen auf die gewünschten Verdächtigen“ bezeichnet.

Vizepräsident Gansäuer:

Vielen Dank. - Herr Minister!

Glogowski, Innenminister:

Soweit ich weiß, ist es nicht nachher vorgelegt worden.

Zu der Sache selber: In dem Verfahren hat ja die Frage eine Rolle gespielt, ob die Polizei Kontakte mit Zeugen in der Eigenschaft als Zeugen aufgenommen hat.

(Frau Stokar von Neuforn [GRÜNE]:
Über das übliche Maß hinaus!)

- Ja, über das übliche Maß hinaus. - Dies ist nach den Informationen, die mir vorliegen, falsch. Das will ich deutlich sagen. Richtig ist, daß von der Staatsschutzabteilung des LKA Niedersachsen gegen diesen besagten Belastungszeugen im wesentlichen sowie gegen einen Mittäter ein Ermittlungsverfahren wegen eines Verstoßes gegen das Waffengesetz anhängig war. Nachdem gegen die beiden Beschuldigten Durchsuchungsbeschlüsse erwirkt worden waren, wurden zur Vollstreckung der Beschlüsse auch Kräfte des SEK und des MEK angefordert. Da sich der in Rede stehende Beschuldigte nicht in seiner Wohnung aufhielt, aber sichergestellt werden mußte, daß er zu Beginn der Durchsuchung anwesend war, wurde er dann von Kräften des MEK und von LKA-Beamten gesucht und auf der Arbeitsstätte gefunden. Bei den anschließenden Durchsuchungen wurde im übrigen auch eine scharfe Schußwaffe gefunden. In dem Verfahren wurde am 4. März 1998 eine weitere Wohnungsdurchsuchung bei einem weiteren Mittäter durch Kräfte des LKA Niedersachsen erfolgreich durchgeführt. Auch hier konnte eine scharfe Schußwaffe gefunden und sichergestellt werden. Das heißt, zu diesen Kontaktaufnahmen, die in diesen Fällen geschehen sind, ist es nicht aus dem Verfahren heraus gekommen, sondern sind geschehen, um dem Hinweis nachzugehen, den die Polizei erlangt hatte, daß dieser im Besitz einer scharfen Waffe war. Dieser Hinweis erwies sich als richtig. Die Waffen wurden gefunden und sichergestellt.

Vizepräsident Gansäuer:

Vielen Dank. – Zu seiner zweiten und letzten Zusatzfrage hat sich der Herr Kollege Schröder gemeldet. Danach stellt der Herr Kollege Wenzel seine zweite und letzte Zusatzfrage.

Schröder (Bad Münder) (GRÜNE):

Herr Minister, Sie haben eben erklärt, daß derartige Lichtbildmappen rechtlich nicht geregelt sind und daß sich gegen die dort aufgenommenen Personen noch keinerlei Tatverdacht richtete. Verstehe ich Sie insofern richtig? Können Sie die polizeirechtliche oder strafprozessuale Vorschrift benennen, die es der Polizei gestattet, über bestimmte Personengruppen aus der Stadt Göttingen Fotosammlungen anzulegen?

Vizepräsident Gansäuer:

Woher soll er auch alles im Detail wissen? Es ist schwierig. - Herr Minister!

Glogowski, Innenminister:

Selbst die Juristen dieses Hauses würden bei der Frage, was in § 163 StPO steht, das sicherlich nicht aus dem Kopf mit Kommentar darstellen können. Aber ein Minister kann natürlich alles erfahren. Von daher kann er auch alles sagen, und von daher werde ich das jetzt auch tun.

Ich habe gesagt, daß diese Lichtbildmappen gesetzlich geregelt sind. Sie sind jedoch nicht spezialgesetzlich geregelt und daher auch hinsichtlich ihrer Form nicht in besonderer Weise gebunden. Deshalb hat die Polizei entsprechend den rechtlichen Bedingungen der Strafprozeßordnung, jedenfalls nach dem, was unser Haus geprüft hat, rechtlich einwandfrei gehandelt.

Vizepräsident Gansäuer:

Zu seiner zweiten und letzten Zusatzfrage hat der Kollege Wenzel das Wort. Bitte schön!

Wenzel (GRÜNE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Glogowski, diese Auseinandersetzung hat bereits einmal den Landtag beschäftigt, und zwar in der Form einer Kleinen Anfrage. Seinerzeit hat die Landesregierung lediglich ausgeführt, daß es zu Auseinandersetzungen vor dem Haus des FAP-Funktionärs gekommen sei. Jetzt haben Sie diese Situation wesentlich deutlicher beschrieben als damals in der Antwort auf die Kleine Anfrage. Offensichtlich gibt es aber nur rechtsradikale Zeugen.

Vizepräsident Gansäuer:

Sie müssen bitte fragen, es hilft nichts, Herr Wenzel.

Wenzel (GRÜNE):

Die Frage kommt jetzt: Basieren Ihre Einschätzung und Ihre Beschreibung der Situation und der Auseinandersetzung, so wie Sie es vorhin ausgeführt haben, wiederum ausschließlich auf den Beschreibungen der Zeugen aus der rechtsextremen Szene?

Vizepräsident Gansäuer:

Vielen Dank. – Herr Minister, bitte schön!

Glogowski, Innenminister:

Nein, diese Erkenntnisse rühren aus dem gesamten Ermittlungsverfahren her.

Vizepräsident Gansäuer:

Vielen Dank. – Herr Kollege Schwarzenholz, Sie stellen jetzt eine Frage.

Schwarzenholz (GRÜNE):

Herr Minister, Sie haben dargestellt, daß es keine spezialgesetzliche Regelung dafür gibt, wie diese Lichtbildmappen zusammengestellt werden sollen. Ich frage Sie deshalb: Müssen Bürgerinnen und Bürger in Niedersachsen damit rechnen, daß in vergleichbaren Verfahren ihre Fotos - aus welchen Gründen auch immer sie dort hineingekommen sind - von der Polizei verwandt werden und daß sie dazu benutzt werden, z. B. von rechtsradikalen Zeugen zur Identifikation mit begutachtet zu werden?

Vizepräsident Gansäuer:

Vielen Dank. – Herr Minister!

Glogowski, Innenminister:

Herr Kollege Schwarzenholz, es gehört zu der Arbeit der Polizei, bei Ermittlungstätigkeiten regelmäßig natürlich auch Bilder den Zeugen vorzulegen, um dadurch den Sachverhalt aufzuklären.

Vizepräsident Gansäuer:

Vielen Dank. – Bitte schön, Frau Pothmer, Sie haben noch eine Zusatzfrage.

Frau Pothmer (GRÜNE):

Herr Minister, ich frage Sie: Ist es eigentlich richtig, daß die Fotos, die dort vorgelegt worden sind, zum erheblichen Teil aus der illegalen Durchsichtung des Jugendzentrums stammten?

Vizepräsident Gansäuer:

Herr Minister, bitte schön!

Glogowski, Innenminister:

Nein.

Vizepräsident Gansäuer:

Frau Stokar von Neuforn stellt Ihre zweite und damit letzte Zusatzfrage.

Frau Stokar von Neuforn (GRÜNE):

Herr Minister, sind Sie bei der Beantwortung unserer heutigen Fragen ganz sicher, daß das Landeskriminalamt Sie über Art und Umfang sowohl der Vorgespräche zwischen LKA und Neonazis als über die Zeugenvernehmungen umfassend und wahrheitsgemäß informiert hat?

Vizepräsident Gansäuer:

Herr Minister!

Glogowski, Innenminister:

Frau Kollegin, was soll ich Ihnen darauf jetzt antworten?

(Heiterkeit – Frau Stokar von Neuforn [GRÜNE]: Ich gebe Ihnen eine Chance!)

Um den Umfang darzulegen: Es sind 150 Aktenordner, aus denen das alles herausgesucht wird. – Frau Kollegin, nach der Art der Besprechungen, die ich dazu geführt habe, nach den Antworten, die mir dort gegeben worden sind, und nach meiner Überprüfung auf Schlüssigkeit dieser Antworten und des Sachverhalts kann ich sagen: Mein Eindruck ist, daß ich zureichend und richtig informiert worden bin.

Vizepräsident Gansäuer:

Vielen Dank. – Der Kollege Schwarzenholz stellt jetzt seine letzte Zusatzfrage.

Schwarzenholz (GRÜNE):

Herr Minister, führt die Tatsache, daß hier ein Gerichtsverfahren über sieben Jahre lief, in dem rechtsradikale Zeugen aufgrund einer Lichtbildmappe falsche Personen als Täter beschuldigt haben, dazu, daß Sie Überprüfungen und Veränderungen hinsichtlich der Gestaltung solcher Lichtbildmappen vornehmen werden, z. B. nach den üblichen Verfahren, die bei Gegenüberstellungen

beispielsweise mit einer Hineinnahme von Polizeibeamten erfolgen?

Vizepräsident Gansäuer:

Herr Minister!

Glogowski, Innenminister:

Herr Kollege Schwarzenholz, ich will eines deutlich machen: Daß das Verfahren solange gedauert hat, ist Teil der Strategie des Verteidigers gewesen. Er, der Verteidiger, muß den von ihm Verteidigten geraten haben, sich zu dem Verfahren nicht einzulassen. Hätten sie sich im Laufe des Verfahrens eingelassen, dann hätte dieses Verfahren unter Umständen einen anderen Verlauf genommen. Das wollte ich deutlich machen. Dies ist aber von mir aus nicht vorzuwerfen. Der Verteidiger hat das im guten Recht und zum Schutz seiner Mandanten gemacht. Die Prozeßstrategie hat eben dazu geführt.

Natürlich hätte es auch die Polizei gern gehabt - das habe ich vorgetragen -, wenn sie sich auf andere Zeugen hätte stützen können. Ich habe Ihnen auch deutlich gesagt, daß es dort Zweifel gegeben hat. Aber dies alles hat nicht den Schluß zugelassen, daß das Verfahren von ihr eingestellt worden ist. Auch das Kollegialgericht hat ja das Verfahren nach sorgfältiger Prüfung angenommen, nicht zurückgewiesen. Das heißt, alle im Rechtsverfahren Beteiligten waren der Auffassung, daß es in der Hauptverhandlung abgehandelt werden muß, um zu einer Klärung zu kommen. Wie gesagt, das ist der Sachverhalt.

Die Polizei wird in ihren Ermittlungsverfahren auch solche Lichtbildmappen so verwenden, daß sie nach größtmöglicher Wahrscheinlichkeit möglichst viele Täter in Niedersachsen fängt.

Vizepräsident Gansäuer:

Vielen Dank, Herr Minister. – Der Kollege Hagenah möchte eine Zusatzfrage stellen.

Hagenah (GRÜNE):

Herr Minister Glogowski, Sie haben auf eine Frage heute festgestellt, daß Ihre Beschreibung des Tatherganges nicht auf den Aussagen der rechtsradikalen Zeugen beruht. Wie kommt es dann aber, daß im Prozeß nur diese rechtsradikalen Zeugen, die heute wegen Falschaussage verfolgt werden, als Zeugen aufgetreten sind und deswegen der Prozeß

geplatzt ist? Welche anderen Aussagen, auf die Sie sich stützen, sind denn im Prozeß überhaupt nicht zur Geltung gekommen?

Vizepräsident Gansäuer:

Bitte schön, Herr Minister!

Glogowski, Innenminister:

Herr Kollege, es sind alle im Beweisverfahren erhobenen Tatbestände eingeflossen. Von daher stützt sich das nicht nur auf diese Aussagen - ich habe vorhin vorgelesen, wer daran beteiligt gewesen ist -, sondern natürlich auch auf eigene Erkenntnisse der Polizei. Im übrigen waren nicht nur diese Zeugen im Prozeß. Es ist z. B. auch ein Polizeibeamter Zeuge im Prozeß gewesen.

Vizepräsident Gansäuer:

Vielen Dank. Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht mehr. Damit ist auch diese Dringliche Anfrage erledigt, und wir kommen jetzt zu

Tagesordnungspunkt 3:

Übersicht über Beschlußempfehlungen der ständigen Ausschüsse zu Eingaben – Drs 14/16 - Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Drs 14/35

Im Ältestenrat haben die Fraktionen vereinbart - ich sage das für die neuen Kolleginnen und Kollegen etwas ausführlicher -, die Eingaben, zu denen Änderungsanträge vorliegen, erst am Donnerstag, also morgen, zu beraten. Ich halte das Haus für damit einverstanden, daß wir heute demzufolge nur über die Eingaben beraten, zu denen keine Änderungsanträge vorliegen.

Ich rufe zunächst die Eingaben aus der ersten Eingabenübersicht in der Drucksache 16 auf, zu denen keine Änderungsanträge vorliegen. Wortmeldungen sehe ich nicht. Ich schließe die Beratung.

Wir kommen zur Abstimmung. Ich lasse über die Ausschlußempfehlung zu den Eingaben in der Drucksache 16 abstimmen, zu denen, wie ich schon sagte, keine Änderungsanträge vorliegen. Wer insoweit den Ausschlußempfehlungen zustimmen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Dies ist einstimmig so beschlossen.

Meine Damen und Herren, ich möchte noch darauf aufmerksam machen, daß sich die Kolleginnen und Kollegen der SPD-Fraktion jetzt am Portikus treffen, um fotografiert zu werden. Viel Spaß!

Wir sehen uns um 14.30 Uhr wieder. Dann ist die Mittagspause abgelaufen. Ich wünsche Ihnen allen guten Appetit. – Herzlichen Dank. Ich unterbreche die Sitzung.

Unterbrechung: 13 Uhr.

Wiederbeginn: 14.30 Uhr.

Vizepräsidentin Goede:

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir fahren in der Tagesordnung fort.

(Zuruf: Mikrofon aus!)

- Kann einmal jemand die Mikrofonanlage einschalten? – Ich starte einen erneuten Versuch, meine Damen und Herren!

(Zuruf: Mikrofon an!)

- Notfalls müssen wir das ohne Mikrofon vollbringen.

Ich rufe auf

Tagesordnungspunkt 4:

Erste Beratung:

Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Haushaltsgesetzes 1997/1998 (Zweites Nachtragshaushaltsgesetz 1998) - Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs 14/20

(Lindhorst [CDU]: Der Minister kann die Rede zu Protokoll geben!)

Der Gesetzentwurf wird von Herrn Minister Aller eingebracht. Ich erteile Ihnen das Wort.

(Lindhorst [CDU]: Das ist eine schlechte Rede! Das kann ich Ihnen sagen! Ich habe sie gelesen!)

Aller, Finanzminister:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Am 1. März haben die niedersächsischen Wählerinnen und Wähler die Regierung Schröder mit absoluter Mehrheit im Amt bestätigt.

(Beifall bei der SPD)

Das war gut so. Sie haben der SPD für weitere fünf Jahre die Regierungsverantwortung übertragen. Dieses Wahlergebnis war – nicht nur, aber sicherlich auch – ein eindeutiges Votum für den Konsolidierungskurs der Regierung Schröder und der SPD-Fraktion.

(Lachen bei der CDU)

Es war richtig so, daß die Wählerinnen und Wähler so entschieden haben. Dieser konsequente Konsolidierungskurs wird in Niedersachsen fortgesetzt. Der zweite Nachtrag liegt ganz auf dieser Linie. Mein Amtsvorgänger Willi Waike hat ihm sein Gütesiegel aufgedrückt. Mein Kurs, den ich mit „Sparen ja – Kaputtsparen nein“ bezeichne, knüpft nahtlos an diese Politik an. Darauf können Sie sich verlassen.

(Möllring [CDU]: Das glaubt eh kein Mensch!)

Diese ehrliche und klare Ansage gehört an den Beginn dieser Legislaturperiode. Ich gehe nämlich nicht davon aus, daß die vor der Bundestagswahl von der Bundesregierung und der Bonner Koalition zu erwartende Schönrederei der Wirtschaftsdaten in Deutschland nachhaltige positive Auswirkungen auf die Konjunktur oder die Arbeitslosenzahl haben wird. Ich sage das auch in Kenntnis der Ergebnisse der letzten Woche. 200.000 Arbeitslose in diesem Land weniger – das ist zu begrüßen. Die schlechte Nachricht, die damit verkoppelt ist, ist die Tatsache, daß immer noch 4,4 Millionen Menschen ohne Arbeit sind. Das sind 75.000 Menschen ohne Beschäftigung mehr als im letzten Jahr. Das ist der Trend, den es zu brechen gilt.

Ebenfalls nicht ermutigend ist die beängstigende Zahl aus dem Bundeshaushalt, die kürzlich veröffentlicht wurde. Das Haushaltsdefizit der Bonner Regierung liegt inzwischen – nach dem ersten Quartal – bei 37 Milliarden DM. Insgesamt sind für das Haushaltsjahr nur knapp 57 Milliarden DM Schulden eingeplant worden.

Meine Damen und Herren, solange wir die Arbeitslosigkeit nicht drastisch reduzieren und gleichzeitig die Steuereinnahmen durch ein verstetigtes Wachstum verlässlich steigern, gibt es keine Alternative zu strikter Haushaltsführung, und es gibt keine Alternative zu der Politik der Schuldenbegrenzung. Mittelfristig muß das Ziel für Bund, Länder und Gemeinden bleiben, den Schuldenstand abzubauen. Wie schwierig das sein wird, haben wir

in den Kommunen, im Bund, aber auch hier in Niedersachsen immer wieder diskutiert.

Meine Damen und Herren, sechs Wochen nach der Konstituierung des neuen Landtages und der Bildung der neuen Landesregierung lege ich diesem Hohen Haus bereits den zweiten Nachtragshaushalt vor. Er ist in der zweiten Plenarwoche eingebracht worden. Das macht deutlich, wie zügig wir uns bemühen, die Haushaltseckdaten für die neue Wahlperiode auf eine sichere Basis zu stellen. Dies war nur möglich – dies sage ich ganz deutlich –, weil sich Ministerpräsident Schröder und der Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion in der Debatte über die Regierungserklärung eindeutig auf Kontinuität und Solidität in der Haushaltspolitik verständigt haben. So soll es bleiben, meine Damen und Herren!

An der Wende in das neue Jahrhundert will ich meinen Beitrag dazu leisten, daß Steuergerechtigkeit in diesem Staat nicht zu einer leeren Floskel verkommt. Meine Damen und Herren, Steuergerechtigkeit ist eines der zentralen Themen für die nächsten Jahre in diesem Land.

(Zustimmung von Lindhorst [CDU])

Wir als Landesregierung, als Landespolitiker können einen ganz entscheidenden Beitrag dazu leisten. An uns wird die Frage gestellt, wie wir die Finanzverwaltung ausstatten, um Steuerhinterziehung zu verhindern oder Steuervermeidung durch vernünftige Gesetzgebung in den Griff bekommen. Der Staat läuft sonst Gefahr, meine Damen und Herren, daß die ehrlichen Steuerzahler in diesem Land langfristig zu den Steuerdummen werden und diejenigen, die intelligent Steuern vermeiden oder sogar das Risiko eingehen, Steuern zu hinterziehen, die sogenannten schlaunen Steuerzahler werden. Eine solche Entwicklung will ich nicht. Wir werden gegenhalten! Unser Programm, im Jahre 2000 2.000 Betriebsprüfer und Steuerfahnder im Dienst zu haben, bleibt trotz knapper Kassen bestehen.

(Beifall bei der SPD)

Sie wissen, daß ich unmittelbar nach meinem Amtsantritt das Thema „Verjährung“ im Zusammenhang mit der Zinsabschlagsteuer angepackt habe. Ich bedanke mich ausdrücklich bei Herrn Möllring, der dieses Thema ebenfalls angesprochen hat. Sie wissen, daß meine Idee von der Task Force zum schneller Zupacken in Steuerfragen inzwischen umgesetzt wird. Ich bin sicher, daß die präventiven Aktivitäten, die wir entwickeln, dafür

sorgen, daß mancher, der immer noch glaubte, er könne seine Steuern vermeiden, in Zukunft den Versuch unternehmen wird, über Selbstanzeige oder ähnliche Wege dem Staat das zu geben, was ihm zusteht.

Meine Damen und Herren, niemand zahlt gerne Steuern. Davon können wir ausgehen. Aber eines ist klar: Wenn es uns – auch aus niedersächsischen Initiativen heraus – nicht gelingt, einige Steuergrundsätze in Deutschland durchzusetzen, dann werden wir Probleme mit der Einnahmeseite unserer Haushalte haben. Ich setze mich dafür ein, daß die Steuergesetzgebung fair, einfach und transparent gestaltet wird.

(Zuruf von der CDU)

Ich bin dafür, daß die Steuerlast gerecht auf alle Bevölkerungsschichten in diesem Lande verteilt wird.

(Beifall bei der SPD)

Der wichtige Gesichtspunkt der Steuergerechtigkeit muß dadurch erreicht werden, daß wir die Steuerpflicht auch gegenüber jedem und jeder in diesem Lande durchsetzen.

(Zustimmung von Lindhorst [CDU])

Trotzdem wird das nicht reichen. Wir müssen parallel dazu das Vertrauen der Bevölkerung wiedergewinnen, daß die Steuern, die bezahlt werden, daß die Abgaben und Gebühren, die gezahlt werden, im Sinne solider Haushaltspolitik und effizient eingesetzt werden. Deshalb ist die Verbindung zwischen dem, was wir „steuerpolitische Ziele“ und „Verwaltungsreform“ nennen, erkennbar. Diese Ziele müssen mit der Debatte um die große Steuerreform verknüpft werden. Wenn es nach uns, den Sozialdemokraten in diesem Lande, geht, werden wir diese Steuerreform unmittelbar nach der gewonnenen Bundestagswahl in Angriff nehmen

(Beifall bei der SPD)

und so umsetzen, daß sie aufkommensneutral gestaltet wird. Der Bund, die Länder und die Kommunen können sich eine Steuerreform nicht leisten, die 50 Milliarden DM nicht auf der Einnahmeseite verbucht und damit die Lasten in die Kommunen und über die Kommunen wieder an die Bürgerinnen und Bürger heranbringt.

Der Stillstand in der Debatte um die Steuerreform hat viel zu lange angehalten und hat Wirtschaft,

öffentliche Hände, aber auch die privaten Haushalte zögernd und zurückhaltend werden lassen, wenn es darum geht, zu investieren.

Meine Damen und Herren, die Regierung Schröder und die SPD sind für ein Politikkonzept gewählt worden,

(Busemann [CDU]: Was?)

nicht nur für einzelne Punkte der Politik der letzten Wahlperiode, sondern für ein Politikkonzept, das sich an den Prioritäten Arbeit, Innovation und Gerechtigkeit ausrichtet.

(Beifall bei der SPD)

Diese drei Prioritäten gilt es, durch die Haushaltspolitik zu unterfüttern.

Wenn ich in diesem Zusammenhang einen Wunsch äußern darf, meine Damen und Herren, dann den, daß wir – vielleicht mit anderen Bezeichnungen, aber im Ziel einig – in diesem Landtag versuchen sollten, durch gute Zusammenarbeit die Basis dafür zu schaffen, daß die Haushaltspolitik des Landes ihren Beitrag zur soliden Finanzpolitik leistet, daß es uns aber auch gelingt, durch faire Zusammenarbeit in diesem Hause die niedersächsischen Interessen zu vertreten, wenn es um den Wettstreit zwischen den reichen und den armen Ländern bei den Verteilungskämpfen zwischen Bundes- und Landesebene geht, aber auch wenn es darum geht, das Verhältnis zwischen Land und Kommunen zu gestalten.

(Zuruf von Möllring [CDU])

So gesehen ist meine Hoffnung, daß die CDU aus den acht Jahren Oppositionspolitik etwas gelernt hat, in denen sie in dem Sinne, wie ich es eben geschildert habe, eigentlich wenig dazu beigetragen hat, daß man, sowohl was die Konsolidierung des Landeshaushaltes angeht, etwas hätte erkennen können, als auch, daß deutlich geworden wäre, daß die CDU Niedersachsen, die ja in Bonn – so wird erzählt – nicht ohne Einfluß ist, dort die Interessen des Landes nachhaltig vertreten hat.

Meine Damen und Herren, das soll es dann auch sein, was die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit angeht. Mein Angebot an alle Fraktionen in diesem Hause ist, daß wir auf der Basis der Fakten, die man ja nachprüfen kann, die Zahlen und auch die Haushaltsentwürfe als Schwerpunktthemen an alle Fraktionen liefern, damit wenigstens die Ausgangsbasis für die Diskussion dieselbe ist. Wie sie

dann politisch gewichtet und bewertet werden, ist Sache der Fraktionen; aber an der Darstellung der Fakten soll es nicht scheitern. Dieses Angebot habe ich bereits im Haushaltsausschuß gemacht, und dazu stehe ich.

Es gibt drei Punkte, die mir wichtig erscheinen.

Erstens. Bei den Zahlen ist es nun einmal so: Die Regeln der Mathematik bei Addition, Subtraktion oder Prozentrechnung werden auch durch Beschlüsse des Landtags nicht außer Kraft gesetzt, auch wenn man manchmal den Eindruck gewinnt, es gebe unterschiedliche Regeln zwischen Regierungsfraktion und Opposition.

Zweitens. Ich bin sehr dafür, daß der Grundsatz, den wir immer beschwören, nämlich daß jede Mark nur einmal ausgegeben werden kann, von allen eingehalten wird – auch von mir. Ich habe etwas gegen fiktive - - - Ja, machen Sie einen Zwischenruf!

(Zuruf von Möllring [CDU])

Fiktive Deckungsvorschläge halte ich für fahrlässig und falsch. Die Erkenntnis, daß wir heute bisweilen trotz aller finanziellen Engpässe investieren müssen, um in der Zukunft zu sparen, sollten wir gemeinsam durchtragen und viel Phantasie aufbringen, um in diesem Sinne neue Politik zu gestalten.

Meine Damen und Herren, als der Haushalt noch in der alten Legislaturperiode vom Kabinett verabschiedet worden ist, konnte nicht vorausgesehen werden, wie der Tarifabschluß schließlich aussehen würde. Wir wissen, daß der Tarifabschluß für die Arbeitnehmer einiges gebracht hat, aber für die meisten Länder, die Kommunen und auch den Bund relativ günstige Zahlen berechnen läßt. Diese Umrechnung des Tarifabschlusses auf Spitz und Pfennig werden wir dem Haushaltsausschuß vorlegen, so daß sie noch in das Zahlenwerk eingearbeitet werden kann.

Das gilt genauso für die Mai-Steuerschätzung, die ja in der nächsten Woche vorgelegt wird. Wenn die regionalisierten Zahlen auf dem Tisch liegen, bekommen Sie sie. Ich sage Ihnen heute schon: Wir haben mit dem Zielkorridor, den wir bei der Aufstellung des Nachtragshaushalts angenommen haben, einen gewaltigen Abschlag von der prognostizierten Steuereinnahme gemacht, und wir sind sicher, daß wir auch in diesem Zielkorridor ankommen werden, wenn in der nächsten Woche die Zahlen der Steuerschätzung auf den Tisch kommen.

Drittens. Ich will es hier gar nicht verschweigen: Das Ergebnis des Bundesverfassungsurteils zur Abfallabgabe macht deutlich, daß punktuelle Beschlüsse wie der Kabinettsbeschluß zum Nachtrag von Entscheidungen überholt werden, die dann letztendlich in das Zahlenwerk des Nachtragshaushalts eingeplant werden müssen. Derzeit stehen für dieses Urteil und zur Kompensation 57 Millionen DM in Rede. Wir werden uns darüber unterhalten müssen, wie sie und ob sie im Nachtragshaushalt veranschlagt werden müssen.

Unabhängig von diesen drei Punkten, die ich eben angesprochen habe, mache ich deutlich, daß in diesem Jahr 1998 bereits – gewissermaßen im Vorgriff – drei zentrale Politikfelder durch den ersten Nachtragshaushalt entschieden worden sind. Ich erinnere daran, daß es die SPD-Fraktion war, die die 710 Stellen zur Verbesserung des Unterrichts durchgetragen hat. Das sind 1.000 Beschäftigungsmöglichkeiten für junge Lehrerinnen und Lehrer auf der Basis von Dreiviertelstellen. Das ist wohl eine Leistung, die auch nicht durch den zweiten Nachtragshaushaltsplan in Frage gestellt werden sollte.

Wir haben – auch das ist klar – den Landesanteil für Preussag Stahl AG bzw. Salzgitter AG im ersten Nachtrag abgesichert. Auch das darf nicht in Frage gestellt werden; denn wir sind inzwischen in der Umsetzung der strategischen Politik, die darauf angelegt war, daß wir unseren Landesanteil mit 25,5 % halten wollen, um den Börsengang, der für den 18. Mai angepeilt ist, zu flankieren. Wir wollen aber, daß die 10 % für den Pensionsfonds auf den Markt gebracht werden und daß dann die Belegschaftsaktien umgesetzt werden können.

Schließlich - das sage ich ohne Wenn und Aber – ist es durch die Mitfinanzierung des Bundes gelungen, das Emssturmflutsperrwerk zu finanzieren. Es ist Gegenstand der Beratungen der Haushaltssituation des Jahres 1998.

Mit diesen inhaltlichen Beschlüssen haben wir Niedersachsen mit Blick auf die Jahrtausendwende günstig positioniert. Das ist auch Gegenstand der Beratungen in dieser Nachtragshaushaltsdebatte.

Meine Damen und Herren, wir haben in der Vergangenheit sehr oft darüber gestritten, ob der Konsolidierungskurs, der über Jahre angelegt worden ist, auch im Haushaltsjahr 1998 durchgetragen werden kann. Im Hinblick auf den zweiten Nachtragshaushalt ist es ganz wichtig, herauszuarbeiten, wo Niedersachsen im Ländervergleich steht. Einige

Indikatoren sind nicht unwichtig, wenn es darum geht, den Nachweis anzutreten, daß Konsolidierung bedeutet, mit Sachverstand, aber auch mit Mut Entscheidungen zu treffen, die die Basis für die weitere Haushaltspolitik bilden.

Das Land hat 1997 - diesen Haushalt haben wir inzwischen abgeschlossen - die dritte Rate bei den Stelleneinsparungen umgesetzt, und wir sichern mit dem Nachtragshaushalt, der jetzt in die Beratungen eingebracht wird, ab, daß Ende des Jahres das Einsparziel von 7.060 Stellen real umgesetzt werden kann. Das hat uns keiner zugetraut. Die Opposition hat uns dafür kritisiert. Die Zahlen liegen jetzt auf dem Tisch, und ich sage: Das ist ein Erfolg unserer Konsolidierungspolitik.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, wir haben die Zahl 8.000 nicht erreicht, weil wir – das sage ich genauso offensiv – 710 Lehrerinnen- und Lehrerstellen wiederbesetzen. Ferner haben wir im Nachtrag zusätzlich 384 Stellen für den Polizeivollzugsdienst ausgewiesen. Diese Entscheidungen waren richtig und werden - davon gehe ich ganz sicher aus - in diesem Haus nicht in Frage gestellt. Auch dies ist eine Leistung der Landesregierung, die sich sehen lassen kann. Unter dem Strich werden wir Ende 1998 weniger Vollzeitbeschäftigte im Landesdienst haben als zu Zeiten Albrechts, obwohl die Aufgabenlast, die auf das Land zugekommen ist, um ein Vielfaches angestiegen ist.

Niedersachsen kann sich bei der Verwaltungsreform sehen lassen. Ich möchte eine Zahl nennen, die das deutlich unterstreicht: Wir haben in den Jahren 1994 bis 1998 1,3 Milliarden DM Personalkosten eingespart. Das geht nur, wenn man konsequent umsetzt, was in den Reformansätzen der Verwaltungsreform angepeilt und in Kombination mit Stellenreduzierungen durchgesetzt wird.

Ein weiteres Indiz dafür, daß Konsolidierungspolitik konsequent umgesetzt wird, sind die sächlichen Verwaltungsausgaben. Wir liegen in diesem Jahr niedriger als im Haushaltsjahr 1991. Wir zahlen in diesem Jahr rund 638 Millionen DM. Im Jahre 1991 waren es 20 Millionen DM mehr. Niedersachsen liegt im Ländervergleich bei der Zuwachsrate bei den Personalausgaben – das korrespondiert natürlich mit den Einsparungen, die ich genannt habe - deutlich besser als die meisten Bundesländer. Wir liegen auf dem zweiten Platz. Ich nenne Ihnen nun die Vergleichszahlen: Bayern liegt bei 32,3 %,

Nordrhein-Westfalen sogar bei 34,2 %, Niedersachsen pendelt sich bei 26,8 % ein.

(Möllring [CDU]: Gucken Sie doch mal auf Seite 4!)

Das macht klar, daß bei den Personalkosten die Zuwachsraten deutlich gesenkt wurden. Das war eines der Ziele unserer Konsolidierungspolitik.

Ein Nachtrag, meine Damen und Herren, ist nicht die Stelle, an der man die neue Regierungspolitik sozusagen in diesen Landtag einführt. Dafür haben wir bei den Beratungen des Doppelhaushaltes Zeit, den wir ab Sommer auf eine solide Basis stellen wollen.

Aber wichtig ist, daß die Steigerungsrate des Nachtragshaushaltes dokumentiert, daß wir mit 21,6 % inzwischen die drittniedrigste Steigerungsrate haben. Damit verhalten wir uns ganz im Sinne des Finanzplanungsrates, der diese Zielvorgaben formuliert hat, und werden weit von Hessen übertroffen, das eine Zuwachsrate von über 40 %, und Bayern, das eine von 39,8 % vorweisen muß. Wir halten also an dieser Politik „Sparen ja - Kaputtsparen nein“ fest und wissen sehr wohl, daß wir auch unpopuläre Entscheidungen zu treffen haben. Dazu, das sage ich hier ganz deutlich, hat diese SPD-Fraktion in der Vergangenheit den Mut gehabt. Wenn ich meinen Fraktionsvorsitzenden in der Stellungnahme zur Regierungserklärung richtig verstanden habe, dann hat sie noch mehr Mut, weitere Schritte zu unternehmen. Ich hoffe auf gute Zusammenarbeit, Herr Fraktionsvorsitzender. Wir brauchen einander, wenn es darum geht, die nächsten Haushaltsberatungen durchzustehen.

(Beifall bei der SPD – Gabriel [SPD]:
Wir bemühen uns!)

Wir haben, das kann man heute sagen, durch die Tatsache, daß wir 1996 und 1997 zwei Haushalte ausgeglichen abschließen konnten und den Haushalt 1998 mit dem klaren Ziel angelegt haben, auch im dritten Jahr plus/minus Null abzuschließen, gezeigt, daß wir in ruhigeres Fahrwasser gekommen sind. Aber wir sind längst nicht in einer Situation, in der wir mit der Konsolidierungspolitik Schluß machen könnten.

Der wichtigste Grund dafür ist, daß die Steuereingänge über Jahre nicht das erbracht haben, was die Steuerschätzungen ursprünglich als Planungsdaten vorgelegt hatten. Die Politik dieser Landesregierung war, den Orientierungsdaten dieser Finanzpla-

nung nicht zu trauen. Wir haben immer sehr konservativ – diesmal positiv gemeint - geschätzt, indem wir von den Möglichkeiten, die uns regional zugerechnet worden sind, Abschlüsse gemacht haben, und sind damit auf der sicheren Seite gewesen. So wird es auch in Zukunft bleiben.

(Zustimmung von Plaue [SPD] – Plaue [SPD]: Konservativ, aber nicht reaktionär!)

- Das war gut, hat nur nicht jeder verstanden. – Wichtig ist, daß wir mit der Anpassung dieses zweiten Nachtragshaushaltes die überschießenden Beträge bei den Asylbewerbern – 92 Millionen DM -, aber auch einige Aktivposten unserer Politik in den Haushalt aufgenommen haben. Ich will nur zwei Punkte ausführlicher ansprechen.

Wir haben die Ausbildungsoffensive Niedersachsen, die die Kultusministerin inzwischen vorgestellt hat, mit 3,2 Millionen DM Barmitteln und 6,1 Millionen DM Verpflichtungsermächtigungen in den Haushaltsplan eingestellt. Diese Ausbildungsoffensive zielt auf die Erfahrungen ab, die wir in den letzten Jahren gemacht haben. Wir wollen das neue Instrument der Verbundausbildung in den Regionen fördern - das Land als Partner von Wirtschaft, Betriebsräten, Personalräten und Organisationen, die Ausbildungsplätze schaffen wollen. Wir haben einen Haushaltsansatz bereitgestellt, der ein Stück Innovation im Bereich IuK, also Informationstechnik, unterstützen soll. Da geht es um das Programm „P 53“, einen der zentralen Bausteine der Innovationspolitik in der eigenen Verwaltung. Unter dem Strich werden 200 Millionen DM bereitgestellt, um deutlich die Ausstattung unserer eigenen Verwaltung zu verbessern. Die Zielzahl von 10.000 Computerarbeitsplätzen bis zum Jahr 2000 macht deutlich, welche Anstrengungen dabei unternommen werden müssen. Ich sage von dieser Stelle aus: Es geht nicht nur um die Installation von Hard- und Software, es geht um Qualifizierung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, um Aus- und Fortbildung, um diese neuen Handwerkszeuge dann auch vernünftig einsetzen zu können.

Der Nachtragshaushaltsentwurf hat ein Volumen von 39,3 Milliarden DM. Das macht deutlich, daß nach meiner Einschätzung viel zuviel über Dinge geredet wird, die wir nicht im Haushalt haben, und viel zuwenig darüber geredet wird, welche Politik wir mit diesen 39 Milliarden DM im Lande machen. 39 Milliarden DM - das bedeutet Investitionen des Landes in Infrastruktur, in Hochschulen.

Das bedeutet aber auch Investitionen in die Zukunft. Das heißt aber auch – das ist deutlich zu unterstreichen, weil wir immer Haushaltsbewirtschaftung gemacht haben - Schonung der Haushaltsansätze, die sich mit der Beschäftigungspolitik, mit Arbeit, befassen. Das wird so bleiben, auch unter schwierigen Haushaltsbedingungen.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben, das sei unterstrichen, unsere Schätzung für die Einnahmeseite des Nachtragshaushaltes wieder sehr konservativ angelegt. Wir befinden uns dabei, darüber freue ich mich, mit Bayern in einem Boot. Bayern liegt in etwa bei unseren 2,4 % an Einnahmewüchsen; Bayern hat 2,5 % veranschlagt. Wie breit inzwischen aber schon die Spannbreite ist, wohl auch mit dem Ziel, Nettokreditaufnahme zu vermeiden, macht deutlich, daß in der Spitze mit Zuwüchsen von 8 % gerechnet wird. Da sieht man dann, wie konservativ, wie vernünftig unsere Schätzung auf der Einnahmeseite ist. Ich sage das insbesondere deshalb, weil wir natürlich die Spielräume, die sich einige erwarten könnten, wenn man die Einnahmen günstiger schätzte, nicht eröffnen werden, wenn wir nicht sicher sein können, daß wir die Finanzierung auch solide gegenstellen können.

Diese Situation hat dazu geführt, daß wir die 1,4 Milliarden DM, die wir auf der Einnahmeseite absenken müssen, auch nicht durch zusätzliche Nettokredite kompensiert haben. Die Nettokreditaufnahme für den Nachtrag bleibt wie im Ursprungshaushalt bei 2,65 Milliarden DM festgeschrieben, und das, ich erinnere daran, obwohl wir die Nettokreditaufnahme in den letzten zwei Jahren Schritt für Schritt um jeweils 450 Millionen DM abgesenkt haben. Das ist das eigentliche Indiz dafür, daß Konsolidierung auch konsequent an diesen Zahlen nachgewiesen werden kann.

Meine Damen und Herren, wie sich andere Länder in dieser schwierigen Situation verhalten, sollen drei Zahlen verdeutlichen. Wir haben die Nettokreditaufnahme eingefroren; ich habe das gesagt. Bayern wird sie um 677 Millionen DM erhöhen, Baden-Württemberg um 600 Millionen DM und Nordrhein-Westfalen um 2 Milliarden DM.

(Frau Körtner [CDU]: Auf welchem Niveau?)

Das heißt, die Kombination dessen, was wir gemacht haben - eine vorsichtige Ansatzschätzung und die Festschreibungen der Nettoaufkreditauf-

nahme -, führt zum Spareffekt, den ich nachgewiesen habe. Andere Länder haben auf der Einnahmeseite sehr großzügig geschätzt und müssen jetzt noch bei der Nettokreditaufnahme nachbessern, was deutlich macht, daß diese Einsparungsanstrengungen, die hier real über das Haushaltsjahr hinweg durchgesetzt worden sind, offensichtlich in diesen Ländern nichts gefruchtet haben. Deshalb bin ich ganz optimistisch, Frau Kollegin: Dieser Haushalt hält wie die Haushalte davor jeden Ländervergleich aus und zeigt, daß wir in Niedersachsen das, was uns möglich ist, auch umgesetzt haben und daß das, was wir wollen, auch in Zukunft umgesetzt werden wird.

(Beifall bei der SPD)

Ich sage das mit einem ausdrücklichen Kompliment an die Kolleginnen und Kollegen in den Fachressorts. Es ist uns als Haushältern gelungen, eine Tradition zu brechen, die früher gang und gäbe war. Zu den Haushaltsberatungen sind von den Fachressorts sehr hohe Anmeldungen eingereicht worden, und es war hinterher ein sehr schwieriges Unterfangen, die einmal in der Öffentlichkeit diskutierten Zahlen wieder zu realistischen Haushaltsansätzen zurückzuführen. Es sah dann immer so aus, daß man Dinge kürzte, aber sie waren noch gar nicht abgesichert und waren auch gar nicht da. Das war eine Phantomdiskussion, die wir beendet haben. Ich sage ein ganz herzliches Dankeschön an die Ressorts, die bei der Aufstellung dieses Nachtragshaushaltes von sich aus Einsparvolumina in der Höhe von 400 Millionen DM angeboten haben und damit dieses Denken „Ich bin zuständig für das Fachressort, ich habe aber auch eine Verantwortung für den gesamten Haushalt“ durchgesetzt haben. Auf dieser Basis, da bin ich ganz sicher, lassen sich Haushaltsberatungen in Zukunft wesentlich zeitnäher, realistischer und besser umsetzen. Also ganz herzlichen Dank an die Fachpolitiker in diesem Bereich.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, es wäre unredlich, wenn ich als Finanzminister unterschlagen würde, daß uns bei dem Haushaltsausgleich die günstige Zinsituation und der günstige Tarifabschluß geholfen haben. Ich habe das beim Tarifabschluß deutlich gemacht, und ich sage das genauso deutlich in Richtung Zinsen. Das gilt aber bundesweit. Das gilt für den Bund, die Länder und die Kommunen. Wenn sich das Zinsniveau kurzfristig dramatisch nach oben entwickeln würde, hätten wir alle Rie-

senprobleme. Das ist so. Das ist ein Risiko in allen öffentlichen Haushalten, die derzeit verabschiedet werden. Das ist kein niedersächsisches Problem. Aber man muß es wissen. Weil die Situation auf absehbare Zeit eher niedrige Zinsen garantiert – das hat etwas mit Maastricht zu tun, aber nicht nur mit Maastricht -,

(Möllring [CDU]: Richtiges Verhalten bei der Bundestagswahl!)

sage ich hier ganz deutlich, Herr Möllring, daß dieses Risiko besteht. Aber es hochzudiskutieren wäre auch falsch. Ich sage ganz deutlich, daß diese Landesregierung Wert darauf legt, daß wir Preisstabilität und Zinsstabilität behalten, um diese Instrumente einsetzen zu können, um öffentliche Haushalte so zu fahren, daß wir Arbeit initiieren und schaffen können und daß wir die Wirtschaft in Gang bringen können.

(Beifall bei der SPD)

Dieses Instrument wollen wir sichern, und deshalb verhalten wir uns in der Haushaltspolitik so, wie ich es gesagt habe.

Wenn man das auf die Instrumente umsetzt, werden Sie sehr schnell feststellen, daß es eine hohe Übereinstimmung zwischen dem Finanzminister und dem Innenminister, aber auch den Fachressorts gibt, wenn es darum geht, Elemente der Verwaltungsreform praktisch umzusetzen.

Wir haben die Personalkostenbudgetierung inzwischen auf über 50.000 Beschäftigte ausgedehnt, und damit wird klar, daß die Vorgabe, Stellen einzusparen, zunehmend von der Frage nach der Stellenanzahl im Verhältnis zum monetären Haushaltsansatz bestimmt werden wird. Die Frage wird zukünftig sein: Wie kriegen wir organisiert, daß der monetäre Ansatz in den budgetierten Teilen des Landeshaushalts nach unten gerichtet ist oder zumindest nicht so schnell steigt, und wie können wir damit auch die Einsparungen realisieren, die immer wieder an Stellenabgängen festgemacht werden? - Ich bin sehr stolz darauf, daß die Landesverwaltung in Teilen deutlich gemacht hat, daß sie diesen Weg mitgehen wird. Das verlagert Verantwortung aus dem Finanzressort und aus dem Innenressort in die Fachbereiche der Landesverwaltung, aber es zeigt, daß das Instrument zu greifen beginnt.

Meine Damen und Herren, wir haben in diesem Haushalt 241 neue Stellen ausgewiesen, aber dem stehen über 1.700 Stellen gegenüber, die in Abgang

gestellt werden. Ich sage an dieser Stelle schon: Wir werden uns in den Haushaltsberatungen damit auseinandersetzen müssen, wie das neue Insolvenzrecht auf Landesebene umgesetzt wird. Das macht einmal mehr deutlich, daß Bundesgesetze verabschiedet werden, die personellen Konsequenzen und damit die Kosten aber auf Landesebene aufgefangen werden müssen. Ich bitte um Verständnis dafür, daß dieser Ansatz, der hier schon angekündigt wird, über Änderungsanträge im Haushaltsausschuß dann auch Realität wird.

Wir haben - das muß hier deutlich gesagt werden - auch in diesem Nachtragshaushalt wieder das Instrument der globalen Minderausgabe angesetzt. Wir haben sie erhöht von knapp 190 Millionen DM auf 340 Millionen DM. Das liegt durchaus im tolerablen Bereich. Wenn man es vergleicht mit anderen Ländern, die das sehr extensiv propagieren, erwähne ich nur Bayern, die die globale Minderausgabe in diesem Haushaltsjahr mit 1,1 Milliarden DM angesetzt haben. Jeder, der unsere globale Minderausgabe kritisiert, muß wissen, daß Bayern die globale Minderausgabe dreimal so hoch angesetzt hat. Dann müßte die Kritik am Kollegen Huber auch dreimal heftiger ausfallen als an mir.

Meine Damen und Herren, dieser Haushalt ist geprägt von dem Willen der Landesregierung, die Kommunen in dem Maße zu unterstützen, wie es uns möglich ist. Ich sage gleich für die, die neugierig sind, ob ein Haushaltsansatz im Sinne „500 Millionen geben wir den Kommunen schon in diesem Jahr“ vorhanden ist: Nein, dieser Haushaltsansatz ist nicht vorhanden. Wir sind durch das Gerichtsurteil von Bückeberg auch nicht verpflichtet worden, rückwirkend für 1996, 1997 und 1998 diesen Haushaltsansatz auszuwerfen und den Kommunen diese Summe zu überweisen.

Ich will die Debatte nicht wiederholen, die wir in den letzten Jahren über die Frage geführt haben, wie die Deckung erfolgen soll. Keiner in diesem Haus hat das realistisch sagen können. Wir haben es nicht tun können, haben das aber auch ehrlich gesagt. Wir werden allerdings die positiven Effekte aus dem Solidarpakt weitergeben - das sind 210 Millionen DM für die Kommunen, über drei Jahre verteilt -, und wir werden früher, als wir es mußten, die Zweckbindung der investiven Mittel bei den Kommunen zurücknehmen und sie auf Null stellen. Ich glaube, das ist der erste wichtige Schritt in die richtige Richtung.

Meine ersten Gespräche mit den kommunalen Spitzenverbänden haben gezeigt, daß die Diskussion um den Begriff „Verteilungssymmetrie“ im Zusammenhang mit dem kommunalen Finanzausgleich von den Vertretern der Spitzenverbände viel unverkrampfter gesehen wird, als das von einigen hier im Landtag manchmal vorgetragen wird. Das Interesse der Kommunen ist, Klarheit zu haben zum 1. Januar 1999. Es ist klar, daß sie mehr Geld vom Land haben wollen. Sie sehen aber auch ein, daß das, was in cash nicht zu zahlen ist, sinnvollerweise durch Aufgabenverlagerung mit finanzieller Begleitmusik, aber auch durch Standardabsenkungen und durch Vereinfachung in der Verwaltung als kompensatorische Maßnahme erreicht werden kann. Wir sind in hervorragenden Gesprächen, und ich halte es für wichtig, daß diese Gespräche, sowohl was die Summen als auch was die Aufgabendefinition angeht, zur Sommerpause beendet sein sollen. Ich möchte, daß das Ergebnis, das wir zur Umsetzung des KFA bekommen, bei den Beratungen über den Doppelhaushalt 1999/2000 an die erste Stelle gesetzt und dann als fester Bestandteil in die weiteren Beratungen aufgenommen wird.

Diese quantitative und qualitative Entscheidung möchte ich, wenn es nach mir geht, auf eine sehr, sehr breite Basis in diesem Hause stellen. Ich sage das ausdrücklich jetzt und hier, weil jede Entscheidung, die wir im KFA treffen, in der Gefahr steht, daß sie wieder beklagt wird. Um so wichtiger ist das Ergebnis, das wir produzieren. Es ist um so wertvoller, wenn es gerichtsfest ist. Darum rufe ich gerade in dieser Frage die Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker aller Fraktionen auf, sich hier konstruktiv mit einzubringen.

(Zustimmung bei der SPD)

Wir haben - das ist ein Problem unseres Haushaltes und der Haushalte der anderen Länder - uns auseinanderzusetzen mit einer Entwicklung, die auf die knappen Kassen überall zurückgeht. Die entscheidende Frage, die sich für mich stellt, ist die Frage, ob wir auf mittlere Sicht in diesem Land ein solidarisches Finanzverteilungsprinzip behalten oder ob wir eine Entwicklung bekommen, in der sich die finanzstarken Regionen dieser Republik durchsetzen gegen die finanzschwachen Regionen.

Ich will das an drei Punkten festmachen, die ich für ausgesprochen wichtig und zwangsläufig miteinander verbunden halte. Das erste ist die Diskussion um Stabilität und Stabilitätskriterien, abgeleitet aus Maastricht. Ich habe mit großer Sorge zur Kenntnis

genommen, daß sich Bayern und Baden-Württemberg inzwischen bemühen, den finanzschwächeren Ländern die Kreditaufnahmemöglichkeiten in einer Weise zu begrenzen, daß sie im Extremfall politisch handlungsunfähig werden. Das darf nicht sein. Diese Diskussion ist gekoppelt mit der Diskussion, eben wieder ausgelöst von den finanzstarken Ländern Bayern und Baden-Württemberg, über einen Angriff auf den Länderfinanzausgleich. Dieser Angriff auf den Länderfinanzausgleich muß kurzfristig ins Leere laufen, weil der Solidarpakt bis 2004 für zehn Jahre verabredet und einstimmig beschlossen worden ist. Es geht also nicht um kurzfristige Veränderungen, um kurzfristige Besserstellung der finanzstarken und kurzfristige Schlechterstellung der finanzschwachen Länder, es geht um die Vorbereitung einer Auseinandersetzung um das solidarische Prinzip des Länderfinanzausgleichs im Jahre 2004.

(Zustimmung bei der SPD)

An dieser Stelle sage ich im niedersächsischen Interesse: Wir müssen Bündnispartner suchen bei der Verhinderung einer Strategie, die Deutschland nach der Vereinigung wieder zweiteilt.

(Zustimmung bei der SPD)

Ich will nicht, daß Deutschland geteilt wird in die reichen Regionen und die schwachen Regionen. Ich will, daß der Verfassungsauftrag der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in der ganzen Republik weiterhin durchgesetzt wird, und dazu rufe ich alle Fraktionen auf.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, in diese Diskussion muß die Frage eingebunden werden: Wie gehen wir auf lange Sicht mit den Kommunen um, nicht nur in Niedersachsen, sondern in dieser Republik? Die Gemeindefinanzreform ist von den Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitikern aller Parteien immer wieder angemahnt und eingeklagt worden, aber es ist eigenartigerweise nie richtig vorangegangen in dieser Frage. Mein Petition ist, auch weil es ja in Niedersachsen um die Frage der Verteilungssymmetrie und um die Frage geht, wie stark der Landeshaushalt belastet werden darf, damit die Kommunen mit ihren Aufgaben und Ausgaben hinkommen: Wir müssen den Zusammenhang herstellen zu einer Finanzverfassungsreform, die die Gemeindefinanzreform als das wichtigste Element beinhaltet. Wir brauchen bei der Gemeindefinanzreform das Konnexitätsprinzip, genauso wie wir es

brauchen im Verhältnis des Bundes zu den Ländern und im Verhältnis der Länder zu den Kommunen.

(Zustimmung bei der SPD)

Meine Damen und Herren, die Steuerreform, die kurzfristig unmittelbar nach der Bundestagswahl auf die Tagesordnung kommen wird - ob wir das in Niedersachsen wollen oder nicht -, ist für mich einer der zentralen Prüfsteine dafür, wie wir es denn mit dem öffentlichen Sektor in Deutschland halten. Wir werden uns darüber unterhalten müssen, ob es Sinn macht zu suggerieren, wir könnten in dieser Situation, in der alle politischen Ebenen unterfinanziert sind, zusätzlich bis zu 50 Milliarden DM auf der Verzichtseite verbuchen. Täten wir das, dann müßten alle, die eine solche Politik einfordern, bei den Haushaltsberatungen auf der Einnahmeseite einen weiteren Abschlag von mindestens 1,5 Milliarden DM machen, und zwar sofort und ohne Abstriche. Ich sage Ihnen: Sie werden diese Deckung nicht beibringen können.

(Zustimmung bei der SPD)

Deshalb gibt es keine Alternative zu einer aufkommensneutralen Steuerreform. Erst wird gesagt, was ich einsparen kann, und dann wird gesagt, welche Entlastung ich finanziere. Wer das andersherum diskutiert, der treibt die öffentlichen Haushalte weiter in die Verschuldung, und das wollen wir nicht.

(Zustimmung bei der SPD)

Meine Damen und Herren, ich möchte die Rede mit wenigen in die Zukunft gerichteten Hinweisen beenden. Ich habe darauf hingewiesen, daß die Diskussionen um die Umsetzung der Regierungserklärung des Ministerpräsidenten und dessen, was die SPD-Fraktion in dieser Debatte deutlich gemacht hat, mit der Ausführung des Doppelhaushaltes 1999/2000 erfolgen wird, aber nicht nur über ihn, sondern auch über die drei nachfolgenden Haushalte.

Wir haben uns entschieden, einen Doppelhaushalt für 1999/2000 vorzulegen und den folgenden Haushalt als Einjahreshaushalt zu fahren, weil wir die Umstellung auf den Euro auch im Landeshaushalt organisieren müssen. Es ist völlig unmöglich, dieses riesige Aufgabenwerk, das damit verbunden ist, in der komplizierten Gefechtslage eines Doppelhaushaltes zu organisieren. Nach meinen Vorstellungen schließt sich dann wieder ein Doppelhaushalt an.

Die Situation, in der wir uns dann befinden werden, wird geprägt werden durch Ergebnisse, die sich in den letzten Jahren auch für das Land als Kostenträger für viele Millionen DM neu ergeben haben. Durch die Liberalisierung des Energiemarktes und durch die Liberalisierung des Telefonsektors ergibt sich ein Bild, in dem auch das Land als Großkunde bei unterschiedlichen Anbietern von Energieversorgung oder Telekommunikationsleistungen auftreten muß. Täte es das nicht, verzichtete es großzügig auf Millionenbeträge, die es an Rabatten oder in anderer Form auf dem Vertragswege erwirtschaften könnte. Ich habe von meinen Fachleuten Initiativen in diese Richtung vorbereiten lassen. Wir werden durch intelligentes Sparen und Ausnutzung der Sparmöglichkeiten, die wir haben, zweistellige Millionensummen lockermachen können. Das ist logisch, weil wir allein im Energie- und Wasserbereich 165 Millionen DM im Haushalt veranschlagt haben. Ähnlich verhält es sich mit der Telekommunikation.

Ich möchte ein Weiteres herausheben. Wir werden uns zunehmend darüber unterhalten müssen, inwieweit wir strategische Allianzen knüpfen können, wenn es in diesen Zeiten knapper Kassen darum geht, Landesaufgaben ohne Qualitätsverlust zu realisieren, und wie es uns gelingen kann, den öffentlichen Sektor mit dem privaten Sektor stärker zu verknüpfen. Ich mache das deutlich an dem Programm „Investitionen zur Energieeinsparung in landeseigenen Gebäuden“, das derzeit vorbereitet wird. Ich möchte, daß wir die Amortisation, die dahintersteckt, nutzen, um Investitionen zu schaffen, und daß wir durch die Bündelung von Zielen Arbeit schaffen, Energie einsparen, umweltpolitisch vernünftig handeln und durch Gebäudesanierung und Technologieeinführung, beispielsweise durch flankierende Maßnahmen im Solarbereich, ein Programm entwickeln, das sich ganz oder teilweise durch mittelfristige Einsparungen finanziert. Diese Überlegungen sind naturgemäß im Nachtragshaushalt noch nicht umgesetzt. Ich kündige aber an, daß das wichtige Elemente einer Konsolidierungspolitik sein werden, die den Anspruch erhebt, intelligentes Sparen umzusetzen in politische Aktivitäten.

Dieser Nachtragshaushalt wird – so ist er angelegt – die Startposition, die Plattform für den Doppelhaushalt 1999/2000 sein. Er geht aus von einem Gesamtvolumen von 39 Milliarden DM. Wir werden ihn in den Haushaltsberatungen des Haushaltsausschusses noch um die Punkte verändern, die ich bereits angekündigt habe. Ich bin sicher, daß wir damit den Fahrplan, den ich im Hinblick auf die

Aufstellung der Mipla und die nachfolgenden Haushalte angekündigt habe, einhalten können.

Ich habe die herzliche Bitte an alle Fraktionen, an der alten Praxis festzuhalten und den Nachtrags Haushaltsplan, der zwar über 1.000 Seiten umfaßt und über 2.000 Haushaltsstellen berührt, zügig und ausschließlich im Haushaltsausschuß zu beraten und noch vor der Sommerpause zu verabschieden; denn er setzt die Eckdaten für die Haushaltsplanungen 1999/2000. Ich bitte Sie, im Haushaltsausschuß wohlwollend zu diskutieren und zu beschließen, das Volumen nicht auszuweiten und die Kreditaufnahme nicht zu erhöhen. – Ich bedanke mich für Ihr Interesse.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Goede:

Schönen Dank für die Einbringung, Herr Minister. – Der nächste Redner ist der Kollege Möllring.

Möllring (CDU):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Minister Aller, „wohlwollend“ kann man so oder so auslegen. Manchmal ist es sehr zum Wohle eines Kindes, es zum Zahnarzt und nicht in den Eissalon zu schicken. Die Entscheidung hängt zumeist von der jeweiligen Situation ab. Deshalb werden wir im Haushaltsausschuß nicht nur wohlwollend, wie Sie es verstanden haben, sondern sicherlich auch weiterhin kritisch nachschauen, wo Löcher, wo Karies, wo Parodontose zu sehen sind, und Ihnen das aufzeigen. Wir werden auch versuchen, Ihnen zu helfen, wenn Sie unsere Hilfe denn annehmen, die Löcher zu stopfen und nicht weitere aufzureißen. Wenn Sie Ihre Ankündigung, unsere Angebote anders als in den vergangenen acht Jahren anzunehmen, ernst meinen, dann werden wir sicherlich zu einer fairen Zusammenarbeit im Sinne des Landes Niedersachsen kommen. Wir werden darauf zurückkommen.

Sie haben am Schluß Ihrer Rede gesagt, daß Sie mit dem Doppelhaushalt 1999/2000 die neuen Initiativen umsetzen wollen, die Ministerpräsident Schröder in seiner Regierungserklärung und Herr Gabriel vorgetragen haben. Nur gut, daß Sie den Namen Ihres Fraktionsvorsitzenden hinterhergeschoben haben. Sonst hätte man daraus auch schließen können, daß die SPD gar nichts erklärt hat. Denn schließlich hat der Ministerpräsident seit einem halben Jahr die Marotte, zwar schön zu reden, aber

inhaltlich nichts mehr zu sagen. Vor einem Jahr konnte man von ihm wenigstens noch die eine oder andere Meinung hören, manchmal am selben Tag in zwei verschiedenen Zeitungen ein Ja und ein Nein zur Ökosteuerreform. Inzwischen ist er völlig abgetaucht. Heute ist er ja entschuldigt, weil ein Bild mit Bill Clinton für den Wahlkampf natürlich viel besser ist, als sich um die Finanzen des Landes Niedersachsen zu kümmern.

(Zuruf von Plaue [SPD])

Er hat sicherlich gute Berater, und mit Rücksicht auf ihn als Präsidenten des Bundesrates hätten wir die Haushaltsdebatte sicherlich auch auf morgen oder morgen nachmittag verschieben können. Herr Plaue, wenn wir von drei vorgesehenen Sitzungstagen sowieso nur anderthalb Tage benötigen, dann hätten wir darauf noch Rücksicht nehmen können. Dann hätte er hier seine Darstellung zum Landeshaushalt, auch zum Doppelhaushalt 1999/2000, geben können.

(Beifall bei der CDU)

Auch dann wird er ja noch die Verantwortung für diesen Landeshaushalt tragen müssen, so leid ihm das selbst auch tun wird. Warten wir es ab!

Wir haben durch diesen Zweijahreshaushalt keine Kontinuität, sondern wir erleiden einen Zeitverlust, weil Sie jedesmal zwar einen 1.000 Positionen umfassenden Nachtragshaushaltsplan vornehmen, der sehr dick ist, jedoch lapidar feststellen, daß es sich dabei nur um einen Nachtragshaushaltsplan handele und der eigentliche Haushaltsplan erst in den Jahren 1999 und 2000 verabschiedet werde. Früher war die Regierung verpflichtet, in jedem Jahr einen neuen Haushalt vorzulegen. Jetzt sagt sie: Laßt doch die Karre noch ein weiteres Jahr den Abhang runterfahren! Dann sehen wir zu, wie wir sie reparieren! – Das ist das Problem, das mit Doppelhaushalten verbunden ist. Sie bieten keine Kontinuität, sondern führen dazu, daß Maßnahmen verzögert werden, die Probleme größer werden und das Land darunter leidet. Wir verzeichnen den höchsten Anstieg der Neuverschuldung - darüber brauchen wir nicht zu diskutieren -, wir haben die höchste prozentuale Personalkostenquote, wir haben die geringste Investitionsquote, und wir betreiben Bildungsabbau und anderes. Dazu kommt weiterhin ein Griff in die kommunalen Kassen. Wir müssen weiterhin erkennen, daß der Haushaltsplan keine echten Einsparungen beinhaltet.

Ich gebe zu, daß das Haushaltsvolumen sinkt. Es muß auch sinken, weil die Steuereinnahmeschätzung um gut 1,6 Milliarden DM reduziert ist. Das sind keine Steuermindereinnahmen, sondern sind weniger Einnahmen. Das ist auch systemimmanent. Wenn man auf der Mai-Steuerschätzung 1996 aufbaut, dann darf man sich nicht darüber wundern, wenn die Annahmen im Jahre 1998 nicht mehr zutreffen. Es müßten Propheten bester Qualität und Güte sein, die die Steuereinnahmen exakt voraussagen könnten. Es ist doch ganz klar, daß das auch damit zusammenhängt, daß in Bonn keine inflationäre Politik betrieben worden ist, so daß die Steuereinnahmen nicht parallel zur Inflation explodierten. Die gute Zinsquote und die gute Inflationsrate in Höhe von weniger als 1 % bedeuten natürlich auch weniger Steuereinnahmen, denn bei 10 % Inflation hat man auch eine entsprechend höhere Steuereinnahme.

Lassen Sie uns genau betrachten, wie Sie diese Mindereinnahmen bzw. diese Reduzierung erwirtschaften. Sie haben in Ihrer Übersicht schlichtweg andere Einnahmen erhöht: 572 Millionen DM. Sie haben die Investitionen reduziert: 456 Millionen DM. Sie haben in Ihrer Rede an irgendeiner Stelle gesagt: Mit dem Sparen kann man erst beginnen, wenn man vorher intelligent investiert. – Wer aber nicht investiert, sondern die Mittel für Investitionen – ob sie nun intelligent sind oder nicht – kürzt, der schadet der Arbeitsplatzsituation in diesem Land.

(Möhrmann [SPD]: Sagen Sie einmal, welche!)

- Das steht in Ihrem Haushaltsplan. Die Investitionen werden - wie aus der Übersicht ersichtlich ist – um 456 Millionen DM gekürzt. Darüber werden wir mit Ihnen im Haushaltsausschuß sicherlich wohlwollend beraten.

Sie haben darüber hinaus die Mittel für Personalausgaben um 226 Millionen DM und die Verwaltungskosten um 187 Millionen DM heruntergerechnet. Sie haben - Sie haben es hier eben dargestellt - außerdem die Zinsausgaben um 236 Millionen DM reduziert. Das scheint mir ein Griff in die Trickkiste zu sein; denn Sie erhöhen die Gesamtverschuldung - anders kann man Nettokreditaufnahme ja nicht verstehen - um 2,6 Milliarden DM, so daß sich für mich wirklich die Frage stellt, ob bei den Zinsausgaben an der falschen Stelle gespart wird. Ich kann verstehen, daß man solche Ansätze nimmt. Das wird ja bei den Kosten für Asylbewerber und anderen Rechtsverpflichtungen auch so gemacht. Hin-

terher müssen sie in der Haushaltsrechnung wieder ausgewiesen werden. Aber am Anfang hat man einen schönen ausgeglichenen Haushalt. Später muß man das jedoch wieder bezahlen.

Ich möchte nicht verschweigen, daß wir aus dem Länderfinanzausgleich - deshalb vertreten Sie ihn hier ja auch so - aufgrund der geringeren Steuerschätzungen 186 Millionen DM bekommen. Das heißt, wir haben hier eine Umkehrsituation und deshalb entsprechende Mehreinnahmen. Damit ist jedoch die Grundlage für erhebliche Fehlbeträge in den Jahren 1999 und 2000 geschaffen. Es ist ja nicht in nur einem einzigen Punkt der Politik ein Kurswechsel angezeigt. Statt dessen wird hier mal ein bißchen geknappst, da mal ein bißchen geknappst, oder es wird auf die globale Minderausgabe verwiesen. Aber dort, wo jetzt wirklich umgesteuert werden müßte - das Umsteuern dauert sowohl im öffentlichen Bereich als auch in der Wirtschaft seine Zeit; je eher damit begonnen würde, um so eher würden sich die Ausgaben reduzieren -, ist ein Kurswechsel nicht gefragt. Kommen Sie doch endlich einmal - Herr Ebisch oder Herr Waigel hat es gesagt - von einer ausgabenorientierten Politik zu einer einnahmeorientierten Politik.

(Beifall bei der CDU)

Sie müssen erst sehen, was wirklich in die Kasse kommt. Erst dann sollten Sie sagen: Das kann ich auch ausgeben. – Aber nicht umgekehrt, also erst zu fragen „Was möchte ich ausgeben?“ und hinterher zu fragen: „Wie finanziere ich das?“ Sie haben hier sehr schön gesagt, daß jede Mark nur einmal ausgegeben werden kann. Auch Ihr Ministerpräsident hat es schon einmal gesagt.

(Zuruf von Möhrmann [SPD])

- Ja, auch Herr Waigel kann jede Mark nur einmal ausgeben. – Ich möchte Ihnen eines sagen: Sie sind doch von Beruf Lehrer. Wenn meine Kinder gute Zensuren schreiben, erkenne ich das an, ohne daß ich danach frage, wie viele andere Kinder denn noch gute Zensuren geschrieben haben. Dadurch wird die Leistung meines Kindes ja nicht geschmälert. Wenn meine Kinder schlechte Zensuren schreiben, dann interessiert mich überhaupt nicht, ob der Banknachbar vielleicht auch eine schlechte Zensur geschrieben hat; denn das wäre keine Entschuldigung für die eigene schlechte Zensur.

(Zuruf von der SPD: Falsches Beispiel!)

- Dann bringe ich eben das Beispiel von dem ehemaligen Polizisten Aller.

(Zuruf von der SPD: Lehrer!)

Wenn der früher jemanden bei einer Straftat erwischt hat, hat er doch nicht sagen können, daß es auch noch andere Menschen gibt, die Straftaten begehen, und hat ihn laufen gelassen. Statt dessen mußte er sich um den Einzelfall kümmern. Hier diskutieren wir jetzt über Niedersachsen. Deshalb ist das Beispiel gar nicht so falsch, auch wenn Sie es nicht verstehen. In den nächsten Jahren werden Sie aber sicherlich noch hinzulernen.

Sie haben sehr richtig gesagt, daß Steuern eine Bringschuld sind. Da stimme ich Ihnen zu. Steuern müssen aber auch richtig erhoben werden. Ich sage zu beidem ein uneingeschränktes Ja. Wer aber hat die Steuerreform, die einen Eingangsteuersatz von 15 % zum Ziel hatte - einer der größten sozialen Vorschläge dieser Bundesregierung und des Bundestages; zweimal ist es beschlossen worden -, aus wahltaktischen Gründen verhindert?

(Beifall bei der CDU)

Wer hat sich denn hingestellt und jede Subventionskürzung im bisherigen Steuerrecht verteidigt, weil er die betreffende Klientel für seinen nächsten Wahlkampf benötigte, anstatt zu gucken, daß Steuersätze vermindert werden, aber auch Vergünstigungen im Steuerrecht wegstrichen werden müssen? Wer hat das denn getan? Wer beschwert sich denn darüber, daß es auch Steuerzahler gibt, die sich als schlaue Steuerzahler hinstellen und ihre Steuern im Rahmen der Gesetze, die auch mit den Stimmen der SPD-Vertreter im Bundesrat beschlossen worden und zum Teil aus dem Ruder gelaufen sind, gestalten können?

(Beifall bei der CDU)

Wenn man nun aber gemeinsam feststellt, daß die Kiste aus dem Ruder gelaufen ist, dann muß man sie auch gemeinsam wieder auf die Spur bringen. Mit Herrn Waike waren wir uns einig. Herr Schröder aber wollte gemeinsam mit Herrn Lafontaine - egal, wie es die öffentlichen Hände, die Arbeitsplätze oder die Unternehmen belastet - blockieren, um der Blockade willen. Das ist ihm zum Teil gelungen. Ich finde es schon sehr komisch, daß Sie, Herr Aller, sagen, daß Sie mit Blick auf Luxemburg bis zum Jahr 2001 2.000 zusätzliche Steuerfahnder in die Betriebe schicken wollen.

(Möhrmann [SPD]: „Insgesamt“ hat er gesagt!)

- Ja, ja. „Mehr“ hat er gesagt. 2000. - Vor diesem Hintergrund muß man sehen, daß mehr als 300 Stellen in den Finanzämtern, die für diese hoheitliche Aufgabe überhaupt in Frage kommen, gestrichen werden sollen. Ich habe nichts gegen Personalreduzierungen. Man kann aber nicht erst das Personal reduzieren, dann jedoch sagen: Im Jahr 2000 will ich in der Steuerfahndung zusätzliches Personal haben.

Ich kann in vollem Umfang unterstreichen, daß die Steuergesetzgebung fair, einfach und transparent sein muß. Das haben wir gefordert. Die Steuerlast muß gerecht verteilt werden. Die Steuerpflicht muß allen gegenüber de facto durchgesetzt werden. Ich bin aber auch der Meinung, daß sich die Steuerbürger darauf verlassen können müssen, daß ihre Beiträge zu den öffentlichen Haushalten solide, effizient und verantwortungsbewußt verwaltet und verwendet werden. Wenn Sie das alles wollen, dürfen Sie Ihrem eigenen Haushalt nicht zustimmen, Herr Aller. Das sage ich, so leid es mir tut.

(Beifall bei der CDU)

Es ist schon eine Frechheit, daß Sie eine Steuerreform fordern, nachdem Sie sie erst unlängst blockiert haben.

Ich möchte nun noch etwas zum Länderfinanzausgleich sagen. Natürlich ist der Länderfinanzausgleich in der Form, in der er jetzt gestaltet ist, schlichtweg leistungsfeindlich.

(Plaue [SPD]: Ach!)

- Ich möchte es Ihnen erklären, Herr Plaue. - Die Länder, die über hohe Steuereinnahmen verfügen, verdienen an jeder zusätzlichen Mark praktisch nichts, sondern sie müssen sie in den Länderfinanzausgleich einstellen, während Nehmerländer wie Niedersachsen, wenn sie zusätzliches Geld einnehmen, kaum etwas davon bekommen, weil es ihnen beim Länderfinanzausgleich abgezogen wird. Das heißt, wir haben keine Angleichung der Lebensverhältnisse, sondern eine Nivellierung, wie dies in allen Bereichen der Fall ist, in denen subventioniert wird. Das heißt, derjenige, der etwas bekommt, legt sich auf die faule Haut, und derjenige, der viel einnimmt, sieht irgendwann ein, daß es keinen Zweck hat, noch mehr einzunehmen, weil er es für andere weggeben muß.

(Zuruf von der SPD: Das ist wirklich eine sehr dumme Betrachtung! Warum haben Sie das nicht gesagt, als die Bremer einbezahlt haben? – Plau [SPD]: Das ist meilenweit an der Wahrheit vorbei! – Zuruf von der SPD: Das ist gegen die Interessen Niedersachsens!)

- Nein, das stellt sich sehr differenziert dar. Ich muß Ihnen dazu folgendes sagen: Es ist doch überraschend, daß der Länderfinanzausgleich von allen fünf demokratischen Parteien, die es im Bundesparlament und den Länderparlamenten gibt, bekämpft wird. So hat die CSU in Bayern beim Verfassungsgericht einen Antrag gestellt. Auch die CDU/FDP-Koalition in Baden-Württemberg hat so einen Antrag gestellt. Außerdem hat die rot/grüne Koalition in Hessen solch einen Antrag gestellt. Es können doch nicht alle fünf Parteien die falsche Meinung vertreten. Wenn man sagt, daß das bis zum Jahr 2004 festgeschrieben sei, kann ich nur sagen: 2004 ist unwahrscheinlich nah. Auch wenn wir vom 20. ins 21. Jahrhundert wechseln, so sind es trotzdem nur sechs Jahre. Die Steuerreform hat zehn bis 20 Jahre gebraucht und ist noch nicht auf der Schiene. Meinen Sie etwa, daß der Länderfinanzausgleich von einem Jahr aufs andere gemacht werden kann? Da würde ich als Finanzminister eines armen Landes zusehen, daß ich in Gespräche eintrete und nicht vom Verfassungsgericht irgendein Urteil bekomme, das ich nicht steuern kann. Ich hätte mit Blick sowohl auf die Steuerreform als auch auf den Länderfinanzausgleich darauf bestanden, daß ich wie Ihr Vorgänger Herr Waike im Vermittlungsausschuß sitze, und ich hätte nicht dem Innenminister mit der Begründung, daß ich noch nicht genügend bundesrepublikanische Erfahrung habe, den Vortritt gelassen. Da würde ich doch schon einmal „bitte schön“ sagen.

(Beifall bei der CDU)

Ich möchte jetzt noch einiges zum kommunalen Finanzausgleich sagen, weil der Minister dieses Thema ebenfalls angesprochen hat. Sie von der SPD haben das Papier, das unter der Federführung Ihres Fraktionsvorsitzenden - - - Wer es ihm erarbeitet hat, sei einmal dahingestellt; aber so läuft es nun einmal hier im Parlament. Er hat es auch in der Öffentlichkeit vertreten. Ihr habt beschlossen, daß 200 Fachförderprogramme unter ständiger Reduzierung in den kommunalen Finanzausgleich eingebracht werden sollen. So haben wir natürlich nicht gewettet. Man muß als Land schon sagen: Das will

ich haben. – Dann muß ich es auch bezahlen. Wenn ich aber sage, daß ich es nicht bezahlen kann, dann muß ich sagen, daß es wegfällt. Oder ich drücke es den Kommunen auf. Dann muß ich den Kommunen, um die nächste Verfassungsklage vor dem Staatsgerichtshof zu vermeiden, aber auch sagen, wo sie das Geld dafür herkriegern können. Das ist sicherlich nicht die Art und Weise, in der wir uns einen fairen Umgang mit den Kommunen vorstellen.

(Plau [SPD]: Wie stellen Sie ihn sich denn vor?)

- Zum kommunalen Finanzausgleich haben wir Ihnen sehr viele Vorschläge unterbreitet. Diese haben Sie aber alle in den Wind geschlagen. Herr Plau, es gibt keine Regierung, der im Finanzbereich von dem Staatsgerichtshof oder dem jeweiligen Verfassungsgericht so häufig Unrecht bzw. verfassungswidriges Handeln bescheinigt worden ist. Sie lachen noch darüber. Ich an Ihrer Stelle würde darüber eher weinen.

Die 500 Millionen DM sind schlicht verfassungswidrig. Wenn man sich in seine Rede hineinschreiben läßt, diese 500 Millionen DM hätten sich in der Diskussion leider ein bißchen verselbständigt, so kann ich nur sagen: Sie fehlen den Kommunen, und der Staatsgerichtshof hat festgestellt, daß das verfassungswidrig ist. Diese 500 Millionen DM müssen spätestens 1999 - meines Erachtens schon 1998, spätestens aber 1999 - wieder zur Verfügung gestellt werden.

Ich darf Sie, Herr Allert, an eine Aussage erinnern, die Sie in der „Leine-Zeitung“ vom 19. Juni 1997 getroffen haben. Da haben Sie ausgeführt, daß das Land seine Finanzen nicht zu Lasten der Kommunen sanieren dürfe. Heute aber greifen Sie mit rund 500 Millionen DM ungeniert weiter in die Kassen der Kommunen. Auch damals haben wir das Verfahren bezüglich der 500 Millionen DM als Raubzug durch die Kassen der Kommunen gegeißelt. Sie haben nicht auf uns gehört, und statt dessen wurde Ihnen vom Verfassungsgericht bestätigt, daß es so nicht geht. Heute ist Ihre Rede als Fraktionsvorsitzender nichts mehr wert. Jetzt sind Sie Minister und sagen: Die Diskussion hat sich leider verselbständigt. – Das kann es doch wohl nicht sein!

Das Fehlen dieser 500 Millionen DM führt dazu, daß die Kommunen insgesamt bereits 1,5 Milliarden DM an Kassenkrediten haben. Kassenkredite heißt, daß die Kommunen vom Überziehen

des Girokontos leben. Etwas anderes ist das nicht. Das sind teure Kredite. Es ist so, als wenn jemand ständig sein Girokonto überzogen hat. Das kann ja mal passieren. Aber wir dürfen es noch nicht einmal in langfristige Kredite umwandeln.

Neulich habe ich gelesen, Herr Aller, Sie hätten darauf hingewiesen, das sei zwar richtig, aber man müsse auch sehen, daß es Kommunen gebe, deren Verwaltungshaushalt noch im Plus sei. Wenn Sie so rechnen, dann habe ich einen Einsparungsvorschlag für Sie: Schaffen Sie sämtliche Schuldnerberatungsstellen ab. Wenn jemand kommt und sagt: „Mensch, ich habe 50.000 DM Schulden. Wie komme ich da wieder heraus?“, dann können Sie ihn damit beruhigen, daß Sie sagen, Sie kennen jemanden, der 100.000 DM plus auf dem Konto hat. Dann haben Sie im Durchschnitt 25.000 DM Guthaben, und die Sache ist bereinigt. Wenn man so argumentiert wie Sie, braucht man doch keine Schuldnerberatungsstellen mehr.

(Beifall bei der CDU – Möhrmann [SPD]: Ihre Beispiele sind nicht die besten!)

Nun loben Sie sich wie sonst was dafür, daß der Investitionsansatz aufgehoben worden ist. Es gehen schon die ersten Briefe der Bezirksregierungen an die Kreise, die großen selbständigen Städte und die Gemeinden heraus, in denen steht: Wir wollen den Haushalt jetzt auch genehmigen, wenn beim Zwangsinvestitionsansatz nicht so verfahren wird, wie es noch im Gesetz steht. – Auch dieses Gesetz ist verfassungswidrig. Da handeln Sie doch nur so, wie Sie ein halbes Jahr später sowieso handeln müßten. Deshalb ist es, meine ich, keine große Leistung.

Ich möchte nun auf die Abfallabgabe zu sprechen kommen. Das Thema ist im Haushalt überhaupt noch nicht vorgesehen.

(Minister Aller: Das war auch schlecht möglich!)

Wir haben von Anfang an gesagt: Laßt die Finger davon. – Ich weiß nicht, warum wir Ihnen immer wieder sagen: „Macht keine falsche Politik.“ Ihr sagt immer: „Wir sind ganz toll“, und wenn das Verfassungsgericht - sei es der Staatsgerichtshof, oder sei es das Bundesverfassungsgericht - sagt, daß das verfassungswidrig ist, was ihr da macht, dann sagt ihr: Ach Gott, das konnten wir vorher nicht wissen. – Wir haben es Ihnen aber gesagt.

(Möhrmann [SPD]: Haben Sie einmal nachgelesen, was Herr Grill dazu gesagt hat?)

Genau mit dieser Begründung, nämlich daß es eben keine Länderkompetenz ist, ist die Abfallabgabe angegriffen worden. Mit dieser Begründung hat das Bundesverfassungsgericht die Abfallabgabe aufgehoben. Da kann man sich nicht, wie Herr Jüttner es tut, hinstellen und fragen: Warum hat der Bund denn nicht nachträglich ein Gesetz gemacht, das uns ermächtigt, diese überflüssige Abgabe zu erheben?

Dadurch haben Sie jetzt ein Problem. Sie haben bei Ihrer Nettokreditaufnahme von 2,6 Milliarden DM einen verfassungsrechtlichen Rahmen von 21 Millionen DM. Damit liegen Sie unter der Investitionsquote. Was die 57 Millionen DM angeht, so hat ein Abteilungsleiter Ihres Kollegen Jüttner gesagt: Da muß sich der Aller etwas einfallen lassen, wie er die in den Haushalt einstellt. – Das ist zitiert worden. Wenn Sie der Pressebericht interessiert, dann lasse ich ihn gerne aus dem Papierkorb wieder herausholen.

Jetzt muß man einmal sehen, um was es geht. Diese Abfallabgabe hat Einnahmen in Höhe von insgesamt knapp 80 Millionen DM erbracht. Ein Viertel davon brauchte man als Verwaltungsausgaben - Personalausgaben und anderes -, um sie überhaupt zu erheben. Jetzt bedarf es wieder des gleichen Verwaltungsaufwandes, um sie zurückzuzahlen.

Nun haben, wie Herr Jüttner gesagt hat, 8.000 ohne Beanstandung gezahlt, nur 2.000 haben Widerspruch eingelegt; ich finde, auch das ist eine große Zahl. Wenn man so handelt, dann ist es im Lande Niedersachsen doch besser, einem Straßenräuber in die Hände zu fallen als einer Behörde des Landes.

(Beifall bei der CDU)

Wenn ein Straßenräuber erwischt wird und die Beute noch da ist, dann kriegt man sein Eigentum zurück, egal, ob man Anzeige erstattet hat oder nicht. Bei der Abfallabgabe aber hat man vorher Widerspruch einlegen müssen, damit man hinterher verfassungskonform behandelt wird. Das kann es doch wohl nicht gewesen sein.

(Beifall bei der CDU)

Es hat hier also einen doppelten und dreifachen Schaden für das Land gegeben. Wir haben Ihnen gesagt, Sie vernichten Arbeitsplätze, wenn es das in

Niedersachsen gibt, in anderen Ländern dagegen nicht. Die Leute, die es sich leisten konnten, sind in die anderen Bundesländer gegangen, in denen es keine Abfallabgabe gibt. Sie haben hohe Verwaltungskosten produziert; denn das Personal, das dies bisher eingezogen hat, muß es noch auszahlen. Danach können Sie zwar kw-Stellen ausbringen, aber die Leute schlecht erschießen, wie Herr Gabriel es einmal richtig vorgetragen hat. Das kann ich nur unterstreichen.

(Zuruf von Plaeue [SPD])

Das heißt, Sie haben mit Ihrer fehlerhaften umweltpolitischen Beurteilung Schaden für das Land angerichtet. Sie sollten sich überlegen, ob die Aussage von Herrn Jüttner so hingenommen werden kann. Denn dann müßte doch jeder niedersächsische Bürger bescheuert sein, wenn er nicht gegen jeden Abgabenbescheid, der ihn trifft, Widerspruch einlegt, weil er die Hoffnung haben kann, daß die entsprechende Bestimmung bei irgendeinem Verfassungsgericht aufgehoben wird und er sein Geld dann wiederbekommt. Wenn er das nicht tut, ist er ein schlechter Hausvater und sorgt sich nicht um die Finanzen seiner Familie.

Das haben wir im Steuerrecht, weil Sie die Steuerreform verweigert haben, das haben wir im Abgabenrecht, und das haben wir an anderen Stellen. Gleichzeitig beschwerten wir uns dann darüber, daß die Behörden zuviel arbeiten. Umgekehrt muß es sein: Wir müssen vernünftige Politik machen, so daß die Bürger es noch nachvollziehen können. Dann kommen auch keine Widersprüche. Bei einer solch verfassungswidrigen Abgabe darf man sich darüber nicht wundern.

80 Millionen DM sind eingenommen worden, und 57 Millionen DM müssen ausgekehrt werden. Die Großen haben Einspruch eingelegt. Sie haben Verfassungsbeschwerde geführt und haben gewonnen. Der kleine Bürger, der kleine Handwerker, der mit Zähneknirschen gezahlt und keinen Widerspruch eingelegt hat, ist nach Ansicht von Herrn Jüttner jetzt noch der Dumme.

(Beifall bei der CDU)

Da muß es doch möglich sein, daß die Kleinen wenigstens so behandelt werden wie die Großen auch. Ich weiß, daß der Ministerpräsident das etwas anders sieht, weil die Großen auch etwas mehr Glitzer verbreiten und man mit denen bessere Empfänge machen kann als mit einem kleinen Krauter. Aber es ist so.

(Plaeue [SPD]: Sie sind meilenweit von der Realität entfernt!)

Ich komme zum Thema Euro. Es ist sicherlich nicht sinnvoll, den Euro nur unter einem Gesichtspunkt zu sehen, nämlich: Wie kriege ich es haushaltstechnisch hin, daß ich vor der Landtagswahl im Jahre 2003 keine Haushaltsdiskussion führen muß? – Jetzt ist das auch schon so; denn jetzt machen wir einen kleinen Nachtrag, 1.000 Posten, 10 cm dick. Der richtige Haushalt 1999/2000 aber wird im Dezember eingebracht, also zwei Monate abgesetzt von der Bundestagswahl. Da kann also nichts passieren; es können vorher keine Beamtenpapiere herauskommen. Das ist einfach Stillstand der Haushaltspolitik.

Wenn wir in zwei Jahren einen Haushalt und dann wieder einen in zwei Jahren machen, dann hätten wir den Doppelhaushalt unmittelbar vor der Landtagswahl im Jahre 2003 in der Diskussion. Jetzt kommt der Euro zu Hilfe, und man sagt: Wegen des Euro machen wir zur Übung erst einmal einen Einjahreshaushalt und dann wieder einen Zweijahreshaushalt. – Das ist dann besser an die Fünfjahresperiode angepaßt, wenn man es so macht, also erst auf zwei Jahre, dann auf ein Jahr und danach wieder auf zwei Jahre bezogen. Das ist gar nicht so ungeschickt. Aber daran sieht man, wie wenig Kontinuität Sie in die Haushaltsdiskussion bringen wollen. Es gibt überhaupt keinen Ansatz für die Umstellung auf den Euro. Ab dem 1. Januar 1999 werden alle großen Firmen und die anderen europäischen Länder mit dem Euro rechnen. Wollen Sie dann genauso wie der kleine Handwerker, der es übersehen hat oder dem es die Industrie- und Handelskammer oder die Handwerkskammer noch nicht erklärt hat, warten, bis das Klimpergeld vom Euro kommt? Nein, beim Buchgeld müssen wir schon dabeisein.

(Beifall bei der CDU)

Ich weiß gar nicht, wie der Wirtschaftsminister ab dem 1. Januar 1999 ohne Euro arbeiten will. Will er den Betrieben, die schon im Euro fakturieren, sagen: „Das müßt ihr umrechnen“? Wo sind die Ansätze für die Umstellung auf den Euro in bezug auf die europäischen Förderprogramme im Bereich MF, MS und ML? Wo ist denn hier auch ein bißchen Aufbruchstimmung für den Euro?

Man kann es natürlich auch so machen wie der Ministerpräsident, der sich bis zur Entscheidung hier hinstellt und sagt: „Das ist eine mißglückte

Frühgeburt“ – oder wie er das genannt hat -, der aber hinterher natürlich der Meinung ist, daß er dem zustimmen muß. Demnächst wird er wahrscheinlich noch der große Protagonist des Euro sein und sich hier hinstellen und sagen, das sei seine Erfindung, nicht nur das Wort, sondern das gesamte System. Das kriegt er auch noch fertig. Wenn Herr Hombach ihm das vorschlägt, dann macht er auch das noch. Nein, aber hier im Land ist für den Euro nichts vorgesorgt, und deshalb, so meine ich, sollten wir darüber noch reden.

Interessant finde ich es allerdings, daß Sie dem Waigel in Bonn vorgeworfen haben, daß er zur Einhaltung des 3 %-Kriteriums für den Euro – mit 2,7 % - den Schuldendienst für den Fonds „Deutsche Einheit“ gestreckt hat. Sie haben in Ihrer Rede ganz stolz gesagt:

„Die mit dem Bund vereinbarte Streckung des Schuldendienstes beim Fonds ‚Deutsche Einheit‘ gilt für drei Jahre.“

- Aber mit dem Euro hat das ja nichts zu tun, wie ich hier gelernt habe.-

„Insgesamt werden die Kommunen um rund 210 Millionen DM entlastet. Das hatte die Landesregierung zugesagt, und das wird sie auch realisieren.“

Es war der kommunale Finanzausgleich, was Sie da gemacht haben, das hat mit dem Euro gar nichts zu tun; das haben Sie jedenfalls in Ihrer Rede gesagt. Also, eines kann nur stimmen: Entweder hing es mit dem Euro zusammen, oder Sie wollten die Kommunen ein bißchen entlasten. Aber eines ist doch wohl selbstverständlich: Wenn die Kommunen bisher Zinsen gezahlt haben und diese Zinsen nicht mehr anfallen, dann kann doch der Finanzminister mit seinen klebrigen Finger nicht sagen, „Dann behalte ich den Aufwand“, sondern dann muß die Einsparung doch da ankommen, wo die Aufwendungen bisher aufgebracht werden mußten.

Natürlich hat es Tradition beim Innenminister, daß er die Kosten für die Asylbewerber falsch angibt. Das haben Sie von Anfang an so gemacht, obwohl Sie besser hätten rechnen können. Dann ist der Haushaltsplan ausgeglichen.

(Zuruf von Möhrmann [SPD])

- Das will ich Ihnen genau erklären, Herr Möhrmann. Aufgabenabbau heißt auch, Einsparungen zu

realisieren. Wir haben gesagt, laßt uns das Asylbewerberleistungsgesetz ändern, laßt uns den entsprechenden Grundgesetzartikel ändern. Sie haben blockiert, und zwar so lange, bis die absoluten Mehrheiten in den Großstädten Nordrhein-Westfalens zugunsten rechter Politik zu kippen drohten. Damit haben Sie sehr viel Kosten verursacht. Sie sind nicht darauf eingegangen. Wir konnten es nicht allein, aber wir haben gesagt, mit unseren Vorschlägen könnten wir einsparen. Sie haben im Gegenzug anders gearbeitet und entsprechende Mehrkosten verursacht.

Es ist eben in der Tradition des Innenministeriums, daß die Kosten zu gering angesetzt werden. Es mußte eine überplanmäßige Ausgabe im Jahre 1997 geleistet werden. 1998 geht das natürlich nicht noch einmal, sondern man muß es dann im Nachtragshaushalt bewirken.

Sie haben auch ganz andere Mehrkosten noch nicht im Ansatz berücksichtigt. Herr Oppermann hat z. B. vor der Wahl gesagt, es müßten neue Haftplätze her. Damit sich das nicht so billig anhört, hat er gleich von ein paar Hundert gesprochen. Insgesamt braucht das Land Niedersachsen im Moment 1.000 neue Haftplätze. Wenn man die alle bauen würde - ich bin Realist und weiß, daß das nicht geht -, wäre das Volumen des gesamten Einzelplans 20 von rund 300 Millionen DM in einem Rutsch für Haftflächen verbaut. Aber vielleicht kommen Sie ja einen Schritt weiter, Herr Minister. Denn das hat es ja noch nie gegeben, daß nicht nur die Sozialministerin aus alter Tradition für Haftplätze ist - und jetzt auch der neue Justizminister -, sondern daß auch ein Wissenschaftsminister für neue Haftplätze ist. Vielleicht bekommen wir noch etwas, aber dann muß es natürlich in die Haushaltsplanung eingestellt werden.

Sie haben Ihre sagenhaften Erfolge bei den Telefonkosten angesprochen, Sie haben erzählt, was Sie alles vorhaben, also daß Sie jetzt plötzlich Großkunde sind und daß man sich die Gesellschaft aussuchen kann. Ja, ich bitte Sie: Wer hat denn die Privatisierung der Post und der Bahn in Bonn lobbyeischend ständig blockiert? Es hat doch Jahre und Jahrzehnte gedauert, bis Sie auf diesen Zug aufgesprungen sind. Zum Schluß haben Sie zustimmen müssen, weil die Vorteile nicht mehr zu übersehen waren. Aber Sie wollten doch beibehalten, daß man sich nur entscheiden kann, ob man ein graues, ein rotes oder ein grünes Telefon und entsprechend seinen Gebührenbescheid bekommt. Heute können Sie als Großabnehmer Land Nieder-

sachsen -zig Millionen DM sparen, weil Sie die neuen Angebote nutzen und die Konkurrenz gegeneinander in Argumentation bringen können. Sie sollten der Bundesregierung und der CDU/CSU und der FDP dankbar sein und nicht so tun, als wenn das eine Leistung wäre, die von Ihnen erbracht worden ist.

(Beifall bei der CDU)

Sie ernten nur, was andere gesät haben. Aber wenn Sie es dann auch tun, will ich damit sehr zufrieden sein.

Gleiches gilt natürlich für die Liberalisierungsbestrebungen, die in Bonn bei Energie, Wasser und ähnlichem unternommen werden. Das alles kann man diskutieren. Aber, Herr Minister, Sie müssen dann auch Ihre Regierung dazu bringen, im Bundesrat die jeweiligen Sachen zu unterstützen. Dazu werden Sie noch ausreichend Zeit haben.

Sie haben uns vorgeworfen, wir hätten in den letzten acht Jahren kein Konzept dafür vorgelegt, wie man die Haushaltspolitik anders gestalten könnte. Ich will Ihnen recht geben, Herr Möhrmann, daß wir es uns in dem einen oder anderen Punkt versagt haben, zu sagen, bei Kapitel soundso möchten wir gern noch einmal 50.000 DM mehr haben, wofür wir in Kapitel soundso 45.000 DM streichen.

(Möhrmann [SPD]: Das ist aber rechtlich geboten, Herr Kollege!)

Dabei gebe ich meinem Fraktionsvorsitzenden völlig recht, obwohl ich es umgekehrt sage. Er sagt immer, man kann aus einer Spiegellei kein Rührei machen. Ich finde, mit diesem Haushalt ist es noch viel schlimmer: Erst recht können Sie aus einem Rührei kein Spiegellei machen, und deshalb ist es auch nicht sinnvoll, diese 5.000 DM einzusammeln.

Wir haben Ihnen aber einen Katalog für die Verwaltungsreform, für Einsparungen vorgelegt.

(Zurufe)

- Können Sie Ihre Kochrezepte nicht nachher mit mir diskutieren statt jetzt untereinander? - Wir haben - das MF hat das ermittelt - 120 Einzelvorschläge zum Doppelhaushalt eingebracht. Wir haben gesagt: Aufgabenabbau beim Land durch mehr kommunale Selbständigkeit. Das wird jetzt aufgegriffen, wenn auch wieder mit dem Trick, daß der kommunale Finanzausgleich her muß. - Wir haben die Befristung der Förderprogramme vorgeschlagen. Das steht jetzt plötzlich auch in dem Papier der

SPD. Damals war es kein konkreter Vorschlag, heute kommt die SPD mit dem gleichen. - Wir haben eine stärkere Privatisierung gefordert, und das fordern wir auch heute noch. Wir haben Standardabbau gefordert. Auch das kommt jetzt hin und wieder in Ihren Reden vor, es fehlen allein noch die Taten. Wir haben ferner die Verschlingung der Bezirksregierungen und den Abbau von Landesbehörden gefordert. Ich will Ihnen sagen, was in der „Hessisch-Niedersächsischen Allgemeinen“, in der „HNA“ vom 29. April, aufgrund der Pressekonferenz Ihres Fraktionsvorsitzenden Gabriel steht. Da sagt er, es müsse doch die Frage gestellt werden, ob die Bezirksregierungen und eine Reihe von Landesämtern und Landesinstituten in der derzeitigen Form noch notwendig sind. - Ja, das haben wir vier Jahre lang gefordert. Jetzt plötzlich weiß es auch Herr Gabriel. Dazu kann man ihm nur gratulieren. Der Mensch hört nie auf zu lernen, und wenn er sich danach richtet, ist es ja auch gut. Es hat es jetzt erkannt.

(Beifall bei der CDU)

Wir werden das die nächsten fünf Jahre beobachten. Da hat er ja Zeit, es zusammen mit seinem Ministerpräsidenten Schröder durchzusetzen.

Wir haben die Einführung betriebswirtschaftlicher Methoden in der Landesverwaltung gefordert. Wir haben auch gesagt, wir müssen verstärkt Liegenschaften, die nicht notwendig sind, verkaufen. Es ist der Kollege Dinkla gewesen, der immer wieder im Haushaltsausschuß gefragt hat, welche Liegenschaften das Land überhaupt hat. Da hat man festgestellt, das Land Niedersachsen weiß überhaupt nicht, was ihm gehört.

(Rabe [SPD]: Wußte Albrecht das denn? - Mühe [SPD]: Wir haben das doch erst angefangen!)

- Herr Rabe, Sie sind doch ein relativ vernünftiger Jurist. Es passiert uns doch immer wieder, auch bei Gesetzen, daß man erst nach ein paar Jahren den wirklichen Inhalt erkennt. Dann muß man das ändern.

(Rabe [SPD]: Heute vor fünf Jahren haben wir die Verfassung beschlossen!)

- Ja, heute vor fünf Jahren haben wir die Niedersächsische Verfassung beschlossen, und die erste, die dagegen in massiver Form verstoßen hat, war leider Ihre Regierung.

(Beifall bei der CDU)

Wir haben Parlamentsrechte hineingesetzt. Ich mußte das Auskunftsrecht gerichtlich gegen Frau Griefahn durchsetzen. Heute hat mir der amtierende Landtagspräsident erläutert, gegen die Sozialministerin könnte ich ja wieder klagen, er könne sie nicht zwingen. – Das ist eine tolle Parlamentsreform, wenn ich jedesmal zum Staatsgerichtshof laufen muß, wenn ich eine billige Frage habe.

(Beifall bei der CDU)

Wir brauchen also endlich ein Konzept dafür - das hätten wir schon 1998 gebraucht und nicht erst 1999/2000 -, wie wir aus dieser finanziellen Situation, in der wir nun einmal sind, herauskommen. Wir brauchen eine Verkleinerung dieses Landtags, damit die Leute sehen: Die Politiker fangen bei sich selber an. - Auch dies werden Sie sicherlich ablehnen; wir werden es weiter fordern. Wir brauchen eine Verwaltungsreform, die auch wirklich eine Verwaltungsreform ist und die nicht nur ein Landesamt auflöst, dann werden fünf neue Schilder gekauft, und plötzlich haben wir fünf neue Landesämter, die dann nicht mehr so auffällig sind. Wir brauchen die Verschlankung der Bezirksregierungen. Dabei stimmen wir Ihnen hundertprozentig zu. Sie haben die Möglichkeit, es zu machen. Ferner brauchen wir den Aufgabenabbau.

Statt dessen vertröstet uns dieser Finanzminister auf das Jahr 1999, denn vorher werden wir den Doppelhaushalt ja nicht beraten können. Er will ihn, so hat er im Haushaltsausschuß gesagt, am 21. Dezember dieses Jahres einbringen, so daß wir ihn uns über Weihnachten zu Gemüte führen können. Die Diskussion soll im Januar 1999 beginnen. Wahrscheinlich werden wir ihn im Sommer beschließen, und bis er veröffentlicht ist usw., ist schon die Europawahl vorbei.

Schon jetzt haben Sie für diese beiden Haushaltsjahre eine Deckungslücke von 5,7 Milliarden DM. Die liegt offen auf dem Tisch.

(Zuruf von Plaue [SPD])

- Für Sie nicht, Herr Plaue, aber für die anderen, die einmal hineingucken können, liegt die offen auf dem Tisch.

(Beifall bei der CDU)

Ohne eine Verbesserung der Steuereinnahmen fehlen wegen der falschen Schätzung weitere 1,5 Milliarden DM.

(Möhrmann [SPD]: Wer schätzt denn da?)

- Mal schätzt man in Berlin. Mal schätzt man in - - -

(Wulff (Osnabrück) [CDU]: Auf jeden Fall sind die SPD-regierten Länder immer dabei!)

- Wer schätzt denn da? Da schätzen die Fachleute der Länder und der Bundesregierung gemeinsam. Die SPD hat ja nun mal - Gott sei es geklagt; das ist ja schlimm genug für diese Republik - in den meisten Ländern eine Mehrheit. Dann werdet ihr ja wohl auch bei der Schätzung angemessen beteiligt werden.

(Zustimmung bei der CDU)

Darüber hinaus weist die mittelfristige Finanzplanung 1999 exakt die Schnapszahl 777 Millionen DM Handlungsbedarf aus. „Handlungsbedarf“ können auch nur wieder Haushälter sagen. An sich müßte das „Nichthandlungsbedarf“ heißen. Denn ein Handlungsbedarf ist die Lücke, die zwischen den geplanten Ausgaben und den erwarteten Einnahmen besteht.

(Eveslage [CDU]: Handlungsunfähigkeit ist das!)

- Das ist sozusagen die Handlungsunfähigkeit.

In bezug auf das Jahr 2000 weiß man bereits, daß man 944 Millionen DM, also fast 1 Milliarde DM, nicht finanzieren kann. Zusätzlich kommen die 500 Millionen DM für den kommunalen Finanzausgleich, die ja nun mal nach dem Urteil des Staatsgerichtshofes ausgezahlt werden müssen. Man kann es ja nicht dem einen wegnehmen und hinterher sagen: Du hast Pech gehabt, daß ich nichts mehr habe; du hast zwar recht, aber ich habe kein Geld. - So kann es ja wohl nicht gehen. Sie haben vorhin auch gesagt, wir sollten Sie im Kampf gegen den Bund unterstützen. Wir werden aber auch die Gemeinden im Kampf gegen das Land unterstützen, wenn ungerechtfertigte Forderungen kommen.

(Beifall bei der CDU)

Wenn Sie das alles zusammenziehen, dann haben Sie eine Deckungslücke von 5,7 Milliarden DM.

Ich möchte mit einem Zitat enden, meine lieben Damen und Herren.

(Bartling [SPD]: „Enden“ hat er gesagt! Das ist gut!)

- Ich kann auch „zum Schluß kommen“ sagen, wenn Ihnen das Spaß macht, Herr Bartling.

(Zustimmung von Bartling [SPD])

„Die Finanzpolitik ist jahrelang Allers Domäne in der Fraktion gewesen.“

- Das ist wohl wahr. –

„Nachhaltig in Erinnerung ist jedoch vor allem seine Ausgabenfreudigkeit zu Zeiten der rot-grünen Koalition. Gegen alle Warnungen der CDU verteidigte er die Aufblähung des Personalhaushalts und das Ausweichen in die Neuverschuldung, wenn das Reformprogramm mit Einnahmen nicht zu decken war.“

Wenn Sie unsere Unterstützung brauchen, sich zu wandeln, dann wollen wir sie gerne geben. Wandeln Sie sich im Interesse des Landes Niedersachsen, damit der Nachtragshaushaltsplan 1998 nicht die Basis für 1999/2000, sondern der letzte Haushalt dieser Art und Güte wird, und damit man in den neuen Haushalten, die Sie zu verantworten haben, endlich die Kehrtwende in der Finanzpolitik zieht, daß die Einnahmen die Ausgaben bestimmen und nicht umgekehrt. – Vielen Dank.

(Starker Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Goede:

Als nächster hat Herr Kollege Golibrzuch um das Wort gebeten.

Golibrzuch (GRÜNE):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Aller, ich möchte eingangs Ihr Kooperationsangebot an die Fraktionen im Hause ausdrücklich begrüßen. Sie wissen, daß sich meine Fraktion vor dem Landtagswahltermin sehr intensiv auf Regierungspolitik vorbereitet hat.

(Lachen bei der SPD und bei der CDU
– Plaue [SPD]: Dumm gelaufen!)

- Das kann passieren. Herr Kollege Plaue, ich wünsche Ihnen da mehr Erfolg. Aber beim Wähler weiß man ja nie.

Gut gefallen hat mir auch Ihr Appell zur Zusammenarbeit an den eigenen Fraktionschef Gabriel. Es beruhigt uns ungemein, daß Sie zwei wenigstens im Plenum miteinander reden.

(Zustimmung bei den GRÜNEN und bei der CDU)

Zur Kooperation gehören aber gewisse Spielregeln. Punkt 1 für eine solche Kooperation wäre für uns, daß wir den Nachtragshaushalt abweichend von der Beschlußempfehlung des Ältestenrats nicht nur im Haushaltsausschuß beraten, sondern – das beantrage ich hiermit, Frau Präsidentin – an alle Fachausschüsse überweisen,

(Zustimmung bei den GRÜNEN und bei der CDU)

eben weil wir einen Doppelhaushalt haben, im letzten Jahr keinen Nachtrag hatten und der Nachtrag diesmal so umfänglich ausgefallen ist, wie er ausgefallen ist.

Wir wollen – das ist Punkt 2 unserer Kooperationsregeln – gerne einen früheren Zeitpunkt der Einbringung des Doppelhaushalts, als er von Ihnen in Aussicht gestellt worden ist. Ich glaube, ein guter Vergleich ist vielleicht das Haushaltsjahr 1994. Zwar hatten wir auch damals die Landtagswahl im März und die Einbringung des Doppelhaushalts 1995/96 erst im Dezember. Allerdings haben wir zwischenzeitlich eine neue Landesverfassung verabschiedet. Diese neue Landesverfassung bietet Ihnen drei Monate zusätzlichen Spielraum. Das sollte, finde ich, allemal reichen, um uns hier zeitgerecht mit diesem neuen Doppelhaushalt zu befassen.

Ihre Argumente, die für Ihren Zeitplan sprechen, können in der Sache nicht überzeugen. Zum einen haben Sie im Ausschuß bereits darauf hingewiesen, daß eine Neuregelung des kommunalen Finanzausgleichs vorliegen müsse; andernfalls könne man diesen Doppelhaushalt nicht sinnvollerweise beraten. Erfreut haben wir aufgrund Ihrer Ausführungen vor den kommunalen Spitzenverbänden zur Kenntnis genommen, daß das offensichtlich bis Herbst unter Dach und Fach sein sollte, wenigstens bis zum Ende des Jahres, so daß dieses Argument jedenfalls entfällt.

Es bleibt das alljährliche Argument der noch nicht vorliegenden Steuerschätzung. Es gibt ja den Arbeitskreis „Steuerschätzungen“. Ich finde – das ist ein ausdrückliches Lob an die Adresse des Finanz-

ministers -, daß Sie in der Vergangenheit gut beraten gewesen sind, daß Sie mit Ihren Plandaten von den Schätzungen des Arbeitskreises nach unten abgewichen sind. Unser Vorschlag jedenfalls ist, daß Sie das auch beim Entwurf des Doppelhaushalts für die Jahre 1999/2000 so machen sollten. Das ist, meine ich, eine vernünftige Grundlage und versetzt uns in die Möglichkeit zu einer soliden Beratung dieses Haushalts. Es wäre ja in der Tat ein burleskes Verfahren, mit der Beratung dieses Haushalts im Januar 1999 zu beginnen und ihn dann Mitte des Jahres zu verabschieden, also ein halbes Jahr nach seinem eigentlichen Inkrafttreten.

(Zustimmung bei den GRÜNEN)

Ich möchte gerne einen dritten Punkt benennen, Herr Allers, der für uns eine wichtige, ja notwendige Voraussetzung für eine Kooperation ist. Zur Kooperation gehört nach meiner Auffassung auch, einen Nachtrag vorzulegen, der nicht mit fiktiven globalen Minderausgaben arbeitet,

(Zustimmung bei den GRÜNEN und bei der CDU)

sondern der nachvollziehbar benennt, wo diese Landesregierung Einsparungen vornehmen möchte. Ich habe allenfalls noch Verständnis dafür, wenn Sie das der CDU-Fraktion nicht sagen wollen. Aber wenigstens uns könnten Sie es ja verraten. Immerhin haben Sie von uns einen grünen Abteilungsleiter geschenkt bekommen.

Zur Zeit gilt ja noch eine eingeschränkte Haushaltssperre. Wir wollen nicht – das wäre aber auch unsere Befürchtung -, daß gleich nach Verabschiedung des Nachtragsetats mit Haushaltssperren weitergearbeitet wird. Wir möchten gerne darüber diskutieren, vielleicht sogar mit Ihnen gemeinsam beschließen – wer weiß; das ist nicht ausgeschlossen -, wo die notwendigen Einsparungen vorgenommen werden sollen.

Sie haben die globale Minderausgabe – das erwähnten Sie – von 189 Millionen DM auf 340 Millionen DM heraufgesetzt und bewegen sich damit hart an der Grenze des haushaltsrechtlich möglichen Volumens, das ja mit maximal 1 % des Haushaltsumfangs beziffert ist. Das heißt, für die Rückzahlungen aus der Abfallabgabe, die in den Entwurf für diesen Nachtrag noch nicht eingerechnet sind, werden Sie also echte Deckungsvorschläge machen müssen oder aber für höhere Steuereinnahmen mit der Mai-Steuerschätzung beten müssen.

Ich sage Ihnen deutlich, daß ich Ihren Haushaltsentwurf in puncto globaler Minderausgabe nicht für glaubwürdig halte. Sie können Einsparungen – Herr Allers, da möchte ich Ihnen wirklich widersprechen; darüber können wir uns lange streiten -, die im letzten Jahr allein durch Haushaltssperren möglich geworden sind und dann natürlich auch zu einem verringerten Ansatz geführt haben, nicht im gleichen Volumen im Folgejahr wieder erwirtschaften und damit unterstellen, es ließen sich quasi Jahr für Jahr, ausgehend von immer niedrigeren Haushaltsansätzen, solche globalen Minderausgaben erwirtschaften. Das ist schlicht unmöglich.

(Vizepräsidentin Litfin übernimmt den Vorsitz)

Schon gegenwärtig entziehen sich einzelne Ressorts ihren Einsparauflagen. Ein Beispiel ist das Wirtschaftsministerium. Aus dem Entwurf des Nachtragshaushalts ist ersichtlich, daß das Wirtschaftsministerium in weiten Bereichen, statt Einsparungen vorzunehmen, 20 Millionen DM aus dem Vermögen des Wirtschaftsförderfonds herausnimmt, das dortige Vermögen also verringert und das sozusagen als Einsparauflage bei Ihnen im Finanzministerium abliefern. Wäre das ein einmaliger Mißgriff, dann könnte man vielleicht noch darüber hinwegsehen. Tatsächlich ist das seit Jahren gängige Praxis. Ich möchte Ihnen gerne die Zahlen dazu nennen. 1991, zum Zeitpunkt der Verabschiedung des Fondsgesetzes, also als der Landtag beschlossen hat, das Vermögen der drei Landestreuhandstellen für Wirtschaftsförderung, für Wohnungsbau und für Agrarstruktur in das haftende Eigenkapital der NORD/LB zu überführen, lag dieses Landesvermögen dieser drei Fonds kumuliert bei knapp 2 Milliarden DM.

Durch fortgesetzte Vermögensentnahme haben Sie es geschafft, dieses Vermögen jetzt auf ein Niveau abzuschmelzen, bei dem es sich gerade noch knapp oberhalb der gesetzlich zulässigen Obergrenze von 1,5 Milliarden DM bewegt. Das ist speziell der sogenannten Einsparpolitik des Wirtschaftsministeriums geschuldet. Schauen Sie sich die Entwicklung des Wirtschaftsförderfonds an! Sie werden feststellen, daß im Jahr 1991 im Wirtschaftsförderfonds 724 Millionen DM Vermögen, verwaltet von der Landestreuhandstelle, vorzufinden waren, und Sie werden feststellen, daß davon im Haushaltsjahr 1996 – das ist der letzte vorliegende Jahresabschluß – im Wirtschaftsförderfonds gerade noch 452 Millionen DM übriggeblieben sind.

Mit anderen Worten: Zusätzlich zum Verkauf von Landesbeteiligungen haben Sie fortgesetzt und über Jahre das Fondsvermögen abgeschmolzen. Das läßt sich so nicht weiterführen, und es läßt sich erst recht nicht dadurch kompensieren, daß Sie globale Minderausgaben ausweisen, die – da hat Herr Möllring völlig recht – in Wirklichkeit bereits Teil des zu erwartenden Jahresfehlbetrages 1997 sind.

Herr Aller, ich habe mich an mancher Stelle auch ein bißchen über Ihre Rede gewundert. Ich habe mich gewundert über die fehlenden Aussagen etwa zu dem anstehenden Zusammenschluß von NORD/LB und Bankgesellschaft Berlin. Sie wird in diesem Jahr stattfinden und wird dann selbstverständlich über mehrere Haushaltsjahre etatisiert werden. Gleichwohl, mich interessiert dabei nicht allein die Verwendung der zu erwartenden Einnahmen. Nein, mich interessiert an dieser Stelle auch die Zukunft der Fondsvermögen, bei denen Sie sich in den vergangenen Jahren so reichhaltig bedient haben. Die Frage also an Ihre Adresse, ob nach dem erfolgten Zusammenschluß von NORD/LB und Bankgesellschaft Berlin noch die Zugriffsmöglichkeit des Landes besteht. Frage: Müssen wir statt über einen neuen Zukunftsfonds – dieses Thema taucht ja nun überhaupt nicht mehr auf – mit Ihnen künftig über die Zukunft der bestehenden Fondsmodelle diskutieren? Da wären wir für Aufklärung ebenso dankbar wie die Fondsverwalter und die Haushaltsreferenten im Wirtschafts-, im Landwirtschafts- und im Sozialministerium, die davon zur Zeit nämlich auch keinen blassen Schimmer haben.

Sie, Herr Aller, haben große Teile Ihrer Rede den Finanzbeziehungen zwischen Land und Kommunen gewidmet. Ich finde, darüber sollten wir diskutieren. Ich glaube, daß den wortreichen Zugeständnissen an die Kommunen in der Vergangenheit zu wenig praktische Politik gefolgt ist. Ich will auch an die Adresse der eigenen Partei durchaus selbstkritisch anmelden, daß wir uns in der Diskussion über Standardabbau und Verzicht auf landespolitische Vorgaben zu lange von Fachpolitikerinnen und Fachpolitikern haben bremsen lassen.

Nach meinem Eindruck sind die Menschen, die Wählerinnen und Wähler vor Ort, in den Initiativen, dort, wo ehrenamtliches Engagement betrieben wird, zum Teil viel weiter als die Politik. Ich war sehr erfreut, als ich dieser Tage ein Zitat des Vorsitzenden der Bundestagsfraktion der Grünen nachgelesen habe, der – wie ich finde, zutreffend – darauf hingewiesen hat, daß die eigentliche demokrati-

sche Basis einer Partei ihre Wählerinnen und Wähler sind. Ich meine, das sollte Maßstab für politisches Handeln auch im Landtag sein.

Es kann nicht sein, daß ehrenamtliches Engagement durch Landeserlasse, durch Genehmigungsvorbehalte oder durch Auflagen der Gemeinde-Unfallversicherungsverbände erschwert oder sogar unmöglich gemacht wird. Ich bin deshalb übrigens auch sehr froh über den Antrag, den unsere Fraktion morgen zur Debatte stellen wird, nämlich unseren Vorschlag eines Modells, wie man künftig die Ausweitung Voller Halbtagschulen in Niedersachsen möglichst flächendeckend finanzieren kann, und ich bin sehr gespannt auf diese Debatte.

Ich habe mit Interesse den Vorstoß der SPD-Fraktion zur Kenntnis genommen, Herr Bartling – das Ergebnis Ihrer Klausurtagung –, daß man künftig die Vielzahl kommunaler Fachförderprogramme – genannt waren insbesondere der kulturelle und der soziale Ausgabenbereich – mit dem Instrument des kommunalen Finanzausgleichs zusammenführen möchte. Das ist grundsätzlich eine Idee, über die Sie mit uns reden können.

Ich mache mir allerdings Sorgen zumindest um die freie Kulturförderung im Land, die, seitdem dieser Vorschlag auf dem Tisch liegt, immer das einzige konkrete Beispiel ist, über das geredet wird. Wenn ich mir alle Programme im Bereich dieser freien Kulturförderung anschau und diese addiere, dann komme ich in der Summe auf 25 Millionen DM. Wenn ich dem das Volumen des kommunalen Finanzausgleichs von deutlich über 5 Milliarden DM entgegenhalte, dann reden wir da wahrlich nur über homöopathische Dosen. Meine Befürchtung ist, daß ein solches Modell der Zusammenführung von Fachprogrammen und kommunalem Finanzausgleich dort umgesetzt werden wird, und zwar nur dort umgesetzt werden wird, wo der Widerstand, wo die Lobby zum Erhalt der entsprechenden Aufgaben klein ist und wo man den Kommunen, die ohnehin in einer defizitären Situation sind, dann zwar in geringem Umfang zusätzliche Mittel überträgt, wo aber mit großer Wahrscheinlichkeit die Aufgaben, die bisher aus dem Landeshaushalt auf diese Weise abgesichert worden sind, sehr wahrscheinlich nicht fortfinanziert werden können. Das ist unsere Sorge, und deshalb bei grundsätzlicher Übereinstimmung - - -

(Möhrmann [SPD]: Sie trauen also den Kommunen nicht!)

- Nein, wir müssen über die Programme und über die Volumina reden. Ich versuche deutlich zu machen, daß es da eine Übereinstimmung gibt. Ich sage aber auch, wo wir skeptisch sind, und deshalb fahren wir nicht zusammen im Bus nach Hause.

Es wäre doch viel sinnvoller – Herr Möhrmann, jetzt wollen wir einmal sehen, wer hier den Kommunen mißtraut –, den Kommunen dort, wo es richtig lohnt, etwa in der Krankenhausfinanzierung, wo jährlich ein dreistelliger Millionenbetrag verausgabt wird, zu helfen. Warum muß eigentlich von den Kommunen immer das Geld eingesammelt werden,

(Möhrmann [SPD]: Machen wir doch das, was wir im Land tun können!)

damit dann ein Planungsausschuß mit riesigem Verwaltungsaufwand darüber entscheidet, ob irgendwo die Naßzellen im Kreiskrankenhaus Osterode – jetzt ja nicht mehr, das hat man gerade verkauft – saniert werden?

(Gabriel [SPD]: Genau! Lassen Sie uns mal anfangen!)

Warum kann das nicht die Kommune selbst entscheiden?

(Beifall bei der CDU)

Warum reduziert man nicht die Umlage und entscheidet seitens des Landes aus tatsächlich nur noch über die Anlage von Einrichtungen oberzentraler Bedeutung, hier mal eine Fachabteilung für Gynäkologie, da mal etwas für Psychiatrie? Das wäre doch ein vernünftiger Weg, und das sind ganz andere Volumina, als wir sie in der freien Kulturförderung haben. Deshalb sollte man nicht immer nur dieses Beispiel diskutieren.

(Gabriel [SPD]: Machen wir das doch!)

- Ich nehme Sie beim Wort. Das ist dann Teil unseres Kooperationsangebotes.

Ich bin dafür, daß wir da einen wirklichen Wettbewerb der Ideen durchführen und daß wir da nicht nur – das war Ihr Vorschlag – über die Privatisierung des Landesinstituts für Bienenkunde reden, sondern daß wir eben auch solche Posten angehen.

(Gabriel [SPD]: Sie können da Imker werden!)

Ein weiterer Punkt in Sachen Kommunen ist hier klarzustellen: Ich meine, Herr Allert – da hätte ich mir ein bißchen mehr Selbstkritik von Ihnen gewünscht –, daß es wirklich wahr ist, daß Sie nur dadurch, daß Sie 1998, und zwar nach Bückeburg, den Kommunen noch einmal 500 Millionen DM pauschal aus dem kommunalen Finanzausgleich streichen, Ihren Haushalt – auf dem Papier jedenfalls – ausgleichen können. Das ist aber nicht alles. Dadurch, daß Sie, jedenfalls haushaltstechnisch, scheinbar in den vergangenen abgelaufenen Haushaltsjahren eine Rücklage in Höhe von 150 Millionen DM gebildet haben und auch diese Rücklage von 150 Millionen DM nun zur Deckung des anstehenden Defizits verwendet wird, ist doch festzuhalten, daß Sie über Jahre eine fortgesetzt verfassungswidrige Kürzung der kommunalen Finanzzuweisungen vorgenommen haben

(Eveslage [CDU]: Das ist der Punkt! Genau richtig!)

und daß jetzt Sie – mit 500 Millionen plus 150 Millionen DM allein 1998 – die Kommunen ungleich stärker an der Finanzierung des Defizits beteiligen wollen, als Sie selbst in der Lage sind, im Landeshaushalt Einsparungen vorzunehmen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der CDU)

An dieser Stelle muß ich Ihnen wegen dieses Kooperationsangebots, das ja auch den Kommunen und nicht nur den Fraktionen gilt, wirklich sagen: Nach diesen kommunalen Erfahrungen, Herr Allert, so sehr ich mich über ein solches Kooperationsangebot freue, so sehr habe ich auch ein bißchen Angst davor.

Ihre Rede war ja eine Art finanzpolitischer Grundsatzzrede.

(Eveslage [CDU]: Ohne Beifall bei der SPD!)

Zum Nachtragsetat selbst ist ja sehr wenig gesagt worden; es ging um Gott und die Welt, um Euro, Finanzausgleich, Länder und UNO. Sie haben allerdings viele Dinge nicht angesprochen, mit denen Sie, mit denen Kabinettskollegen oder Herr Gabriel in den letzten Wochen auch zum Teil öffentlich zitiert worden sind. Dazu gehören die gesamten Fragen der Mischfinanzierung der Gemeinschaftsaufgaben. Dazu gehört die Verwendung von Verkaufserlösen oder die Einbindung von Privatinvestitionen.

storen in Finanzierungsmodelle für die öffentliche Infrastruktur.

(Gabriel [SPD]: Das war erst der Nachtragshaushalt!)

– Ja, aber er hat ja auch sonst bei weitem den Horizont des Nachtragsaushaltes überschritten. Weil er nichts zum Nachtragshaushalt gesagt hat, hat er an anderer Stelle - - -

(Gabriel [SPD]: Ich will zugeben, daß er über den Horizont des einen oder anderen hinweggeredet hat!)

- Ich will jetzt nicht über den Horizont von Heiner Aller diskutieren. Aber vielleicht wäre es doch sinnvoll gewesen, nach den letzten drei Tagen zumindest auf das Thema „Abfallabgabe“ einzugehen. Er hat es am Rande gestreift; Herr Möllring ist an der Stelle ausführlicher geworden, obwohl ich wirklich auch in puncto Abfallabgabe seine Auffassung nicht teile.

Herrn Möllring sind zu dem Punkt „Abfallabgabe“ einige besorgniserregende Sätze aus dem Kopf gefallen, und da habe ich genau zugehört. Er hat nicht nur darüber geredet, daß man aus Rührei kein Eis machen kann, daß das Kind aber trotzdem zum Zahnarzt muß. Er weiß, daß ich ihn im übrigen sehr schätze.

(Oh! bei der SPD)

- Das müssen Sie ertragen, Herr Bartling.

(Gabriel [SPD]: Daß dir das nicht peinlich ist!)

Was die Abfallabgabe angeht, Herr Möllring, so besteht an dieser Stelle wirklich kein Grund, die Landesregierung sozusagen mit Häme zu bedenken. Ich sage das deshalb, weil das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes jedenfalls uns an einem Punkt überrascht hat. Dabei geht es nicht um die Frage, daß man meistens formal eine Verfassungswidrigkeit feststellt. Was mich wirklich überrascht hat, ist die Urteilsbegründung. Sie liegt schon vor. Wenn das so richtig ist, ist das ein Urteil von sehr weitreichender Bedeutung. Dann heißt das nämlich, daß wir uns über viele Dinge, über die wir in der Vergangenheit hier im Landtag gestritten haben, künftig nicht mehr kontrovers zu unterhalten brauchen. Dann bedeutet das, daß der Bund sozusagen überall dort, wo bislang einschlägige Bundesgesetze Öffnungsklauseln enthielten, wo den Ländern Regelkompetenzen nicht nur im Sinne einer Abschwä-

chung, sondern auch einer Verschärfung bundesgesetzlicher Regelungen eröffnet worden waren, dies künftig nicht mehr machen kann. Das ist ein erheblicher Rückschritt für alle, die irgend etwas mit Föderalismus am Hut haben. Das ist auch eine erhebliche Einschränkung tatsächlicher landespolitischer Handlungsmöglichkeiten. Deshalb kann ich über das Urteil nicht glücklich sein. Deshalb würde ich mich auch an Ihrer Stelle mit Kritik an der Landesregierung, jedenfalls in puncto Abfallabgabe, zurückhalten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich möchte mir nun noch einen anderen Punkt aus Ihrer Rede herauspicken Herr Aller. Wenn Sie schon über so viele Themen reden, hätte ich mir auch gewünscht, etwas über private Finanzierungsmodelle zu hören. Wahrscheinlich sind Sie etwas zurückhaltend, weil Sie gerade auch von uns, von der Fraktion der Grünen, ablehnende Reaktionen befürchten. Ich kann Sie allerdings beruhigen. Wegen uns können Sie ruhig etwas konkreter werden. Wenn Privatkapital angeworben werden kann – etwa zum Hochschul- oder Krankenhausbau, bei dem man nicht nur über eine andere Form der Umlage, sondern auch über andere Finanzierungsformen nachdenken kann -, dann sollte dieses Geld eingesetzt werden, um zeitnah Modernisierung zu ermöglichen. Jedenfalls steht unsere Fraktion solchen Finanzierungsmodellen nicht grundsätzlich ablehnend gegenüber. Wichtig sind für uns zwei Bedingungen. Das eine ist klar: Die Konditionen müssen stimmen. Das darf nicht zu atemberaubenden Preissteigerungen führen, wie wir das in der Vergangenheit bei Modellvorhaben des Bundes im Bereich des privaten Straßenbaus erlebt haben, was zu Recht von vielen Landesrechnungshöfen und vom Bundesrechnungshof kritisiert worden ist. Der zweite Punkt – da sind Sie als Landesfinanzminister direkt angesprochen – ist folgender: Wenn man so etwas macht, muß man, was die Zinslasten und die Tilgungslasten angeht, direkt über den Haushalt finanzieren. Was wir nicht mitmachen werden, ist die Bildung weiterer Schattenhaushalte nach dem Vorbild der HanBG oder nach dem Vorbild der NFG.

Meine Damen und Herren! Herr Aller, ich glaube, ich habe deutlich machen können, daß sich meine Fraktion den finanzpolitischen Rahmenbedingungen in Niedersachsen stellt, daß wir uns der Begrenzungen, der Beschränktheiten sehr wohl bewußt sind. Das Angebot zu einer Kooperation und zu einer Zusammenarbeit auch mit der Opposition

nehmen wir sehr gerne an. Abschließend möchte ich Ihnen aber einen guten Rat mit auf den Weg geben: Bei so vielen Kooperationsangeboten an Kommunen, Fraktionen, Kirchen und Gewerkschaften sollten Sie auch den künftigen Bundeskanzler nicht vergessen. Bei der Neuregelung des Länderfinanzausgleichs wird es im wesentlichen auf ihn ankommen. Dann wäre es sehr schön, wenn er sich seiner alten Heimat Niedersachsen erinnern würde. Darin sind wir uns dann wieder einig, und es heißt: Am Schluß wird wieder alles gut.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Litfin:

Herr Kollege Wegner!

Wegner (SPD):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Am 24. März 1998 hat noch das alte Kabinett auf Vorschlag von Herrn Finanzminister Waike als Vorgänger von Finanzminister Aller den Entwurf eines zweiten Nachtragshaushalts für 1998 beschlossen. Die Regierung hat damit ihre Zusage eingehalten, die sie im Zusammenhang mit der Verabschiedung des ersten Nachtrags im Januar 1998 gegeben hatte, nämlich so schnell wie möglich innerhalb eines geordneten Verfahrens einen vollständigen Nachtragshaushalt vorzulegen, der die Finanzdaten für das Jahr 1998 an die aktuellen und tatsächlichen rechtlichen Verhältnisse anpaßt. Von den gewaltigen Vorwürfen und unsachlichen Unterstellungen des Abgeordneten Möllring im Zusammenhang mit dem ersten Nachtrag ist nichts übriggeblieben. Aber derartige Fehlleistungen scheinen für eine CDU-Karriere Voraussetzung zu sein.

(Beifall bei der SPD – Möllring
[CDU]: Bloß kein Neid!)

Ich möchte noch einmal kurz die Erforderlichkeit dieses ersten Vorschaltnachtrages begründen, der zwar etwas Neues war, aber deshalb nicht weniger sinnvoll. Mit diesem Nachtrag wurden die erforderlichen Mittel für das Emssperrwerk, für 710 neue Lehrerstellen und für den Erwerb des Aktienpakets der Preussag Stahl AG bereitgestellt.

(Zuruf von Möllring [CDU])

Alle Entscheidungen waren Zukunftsinvestitionen für das Land Niedersachsen und duldeten keinen Aufschub. Dies schien auch die CDU so zu sehen,

denn nach einer Rede, in der von Lügenwerk und Sünde die Rede war, kündigte Herr Möllring überraschenderweise an, die CDU werde dem gerade noch gezeigten Nachtrag zustimmen, weil sie jedenfalls auch das Emssperrwerk und mehr Lehrer haben wolle. Leider meldete sich Herr Möllring danach noch zweimal zu Wort, sprach von Sauerei und absolutem Schrott und verunsicherte seine Mannschaft so sehr, daß sie während der Abstimmung völlig konfus und desorientiert im wesentlichen nicht mitstimmte. Das war schon ein dolles Schauspiel.

(Zuruf von der CDU: Das lag daran, daß Frau Goede falsch hat abstimmen lassen!)

- Sie haben versucht, das so darzustellen, Herr Möllring. Das ist Ihnen aber nicht geglückt. Es war allein Ihre Fehlleistung. Aber es war auch Wahlkampf. Heute kann man feststellen, daß diese Leistung das staunende Wahlvolk nachhaltig beeindruckt hat, Herr Möllring. Das Ergebnis kennen Sie. Wir freuen uns darüber.

Inzwischen hat aber wohl auch die Opposition eingesehen, daß eine schnellere Vorlage eines umfassenden Nachtragshaushaltsplans nicht möglich war. Dies ergibt sich nicht nur aus dem schon optisch erheblichen Umfang des Entwurfs, sondern auch aus dem für heute angemeldeten längeren Beratungsbedarf im Plenum und im Ausschuß für Haushalt und Finanzen. Wir werden mit unserer Fraktion im Gegensatz zu diesem Vorgehen dazu beitragen, daß durch eine zügige Verabschiedung des zweiten Nachtragshaushaltes eine solide Grundlage für das laufende Haushaltsjahr und die Entwicklung des Doppelhaushalts 1999/2000 gelegt wird.

Dies ist aus unserer Sicht auch möglich, weil eine Vielzahl von Änderungen haushaltstechnischer Art sind. Sie beruhen auf der Umsetzung organisatorischer Änderungen in der Landesverwaltung wie z. B. bei der Umweltverwaltung, bei dem Landesamt für Besoldung und Versorgung oder dem Landesrechnungshof. Hinzu kommen die Umsetzung der Personaleinsparungen in die Stellenpläne und die gesonderte Ausweisung des von der 58er Regelung betroffenen Personals. Daneben haben aber auch eine titelscharfe Überprüfung der Erfolge der Haushaltsbewirtschaftungsmaßnahmen und eine entsprechende Anpassung der Haushaltstitel stattgefunden. Dadurch konnten auch globale Minderungen aufgelöst werden.

Der Nachtragshaushalt trägt dem Anspruch auf Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit damit in einem erfreulichen Maße Rechnung. Der Entwurf des Nachtragshaushalts entspricht aber auch den Zielen der niedersächsischen Finanzplanung unter Sozialdemokraten, nämlich Fortsetzung der in der mittelfristigen Finanzplanung angelegten Haushaltskonsolidierung bei gleichzeitiger Innovation des Staates und der gesellschaftlichen Verhältnisse.

Lassen Sie mich zunächst den Negativpunkt der Entwicklung ansprechen. Wieder einmal sind die Prognosen des Finanzplanungsrates bezüglich der Steuereinnahmen unzutreffend gewesen. Die Steuerschätzung vom November 1997 führt für das Land zum wiederholten Male zu Steuermindereinnahmen, dieses Mal in Höhe von 1,43 Milliarden DM.

Ich bin nur froh, daß sich die Regierung und die SPD-Fraktion bereits sehr frühzeitig nicht mehr auf diese Schätzungen verlassen haben, sondern aufgrund der eigenen Zahlungseingänge die Einnahmen niedriger veranschlagt haben. Nur so konnte es gelingen, die Haushaltsabschlüsse für 1996 und 1997 im Rahmen der veranschlagten Kreditaufnahme zu fahren und die Zusatzbelastungen für die nächsten Haushaltsjahre zu beseitigen. Auch die angenommene Steigerungsrate für 1998 von 2,4 % bei Steuern, Länderfinanzausgleich und Bundesergänzungszuweisungen gegenüber dem Ist von 1997 ist im Vergleich zum Durchschnitt der westdeutschen Flächenländer von 5,2 % die vorsichtigste Prognose.

Die damit verbundene Reduzierung des Einnahmen- und Ausgabe volumens ist Ausdruck der Finanzverantwortung von Landesregierung und SPD-Fraktion. Die Nettokreditaufnahme wird dadurch planmäßig wie in den Vorjahren um weitere 450 Millionen DM auf 2,65 Milliarden DM gesenkt, wie es im Grundhaushalt vorgesehen ist. Bei den massiv wegbrechenden Einnahmen bedeutet dies einen ungeheuren finanziellen Kraftakt, der nur durch Verbesserungen auf der Einnahmenseite und weitere Kürzungen auf der Ausgabeseite erreicht werden kann. Finanzminister Aller hat die notwendigen Operationen bereits angesprochen. Wir haben im Haushaltsausschuß noch genügend Gelegenheit, sie im einzelnen zu besprechen.

Ausdrücklich begrüße ich für die SPD-Fraktion, daß bei der Erhöhung der Veräußerungserlöse von 50 Millionen auf 271 Millionen DM bisher keine eventuellen Einnahmen im Zusammenhang mit der

Fusion der Norddeutschen Landesbank und der Bankgesellschaft Berlin ausgewiesen sind. Dies ist Ausdruck der absoluten Entscheidungsfreiheit ohne Zeitdruck bei den laufenden Verhandlungen. Die SPD-Fraktion wird ihrerseits aus ihrer Verantwortung angesichts der sehr angespannten Finanzsituation keine eigenen Anträge stellen, die den Finanzierungsbedarf erhöhen.

Auch die Kommunen werden unter diesen Umständen Verständnis dafür haben müssen, daß eine Aufstockung der Mittel des kommunalen Finanzausgleichs im Hinblick auf die 500 Millionen DM an Kürzungen zur Zeit nicht möglich ist. Eine Neuregelung wird erst, wie vom Staatsgerichtshof gefordert, zum Haushaltsjahr 1999 erfolgen können. Der Staatsgerichtshof hat mit dieser Entscheidung dem Rechnung getragen, daß es bei dem kommunalen Finanzausgleich völlig neue Wege geben wird, die auch in keinem anderen Bundesland bisher so gefahren werden. Es muß im einzelnen genau bewertet werden, wie die einzelnen Ausgabenblöcke bei Land und Kommunen zu gewichten sind. Dies wird, wie bereits vom Innenminister und vom Finanzminister praktiziert, in enger Abstimmung mit den Kommunalverbänden erfolgen.

Trotz der erheblichen Sparbemühungen haben die Landesregierung und die Landtagsfraktion mit dem Vorschaltnachtrag und dem Entwurf des zweiten Nachtrags bewiesen, daß sie nicht politikunfähig sind. Verbesserungen und besondere Akzente hat es bei der Bildung mit den 710 zusätzlichen Lehrerstellen, bei der inneren Sicherheit mit der Rücknahme der Stelleneinsparauflage bei der Polizei und mit der Absicherung der Ausbildungsoffensive gegeben. Neben der Beschäftigungssicherung durch das Emssperrwerk, der Beteiligung bei Preussag Stahl und der Teilnahme an der Kapitalerhöhung bei VW sind dies konkrete Maßnahmen einer sozialdemokratischen Politik, die dem Aufkommen von radikalen politischen Parteien entgegenwirken. Das Wahlergebnis in Niedersachsen macht dies deutlich. Auch die Modernisierung der Landesverwaltung mit der entsprechenden technischen Aufrüstung - ich spreche hier das Programm P 53 an - wird durch diesen Nachtrag gewährleistet.

Mit einer verstärkten Aufgabenkritik werden wir in vertrauensvoller Zusammenarbeit mit den Bediensteten, aber auch mit der Bevölkerung untersuchen, von welchen Aufgaben sich das Land trennen kann. Denn mit einer Verbesserung der Landesfinanzen ist - gerade auch im Hinblick auf die schlechte Ar-

beitsmarktlage - in absehbarer Zeit nicht zu rechnen.

Wir sehen natürlich auch die Probleme des Nachtrags, die insbesondere in der Erhöhung der globalen Minderausgabe von 189 Millionen auf 340 Millionen DM zum Ausdruck kommen. Auch vor überraschenden negativen Gerichtsurteilen ist man natürlich nie gefeit. Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Abfallabgabe ist nur das jüngste Beispiel. Die Mai-Steuerschätzungen stehen uns noch bevor. Die daraus folgenden Veränderungen werden bei den Ausschlußberatungen berücksichtigt werden müssen.

Herrn Möllring möchte ich in diesem Zusammenhang daran erinnern, daß bei den Beratungen über die Abfallabgabe auch die CDU-Fraktion diese Abgabe für ein sinnvolles Instrument gehalten hat und lediglich zeitlich abwarten wollte, ob nicht eine Bundesregelung kommen würde.

(Möllring [CDU]: Nein! Euer Wahrnehmungshorizont verschiebt sich! Wir waren immer gegen eine Sonderbelastung der Wirtschaft!)

Das möchte ich hier noch einmal ausdrücklich darstellen. Ich muß einmal sagen, daß wir auch den umweltpolitischen Erfolg, der dahintersteht, nicht zu klein schreiben sollten.

Ich bin mit dem Finanzminister der Meinung, daß wir bei der globalen Minderausgabe eine Erwirtschaftung wie in den vergangenen Jahren erreichen können. Mit einer solchen Veranschlagung befinden wir uns mit den anderen westdeutschen Flächenländern in guter Gesellschaft. Anders als Niedersachsen mußten jedoch einige dieser Länder ihre Nettokreditaufnahme von 1998 gegenüber ihrer Ursprungsplanung erhöhen, z. B. Bayern um 677 Millionen DM und Nordrhein-Westfalen um 2 Milliarden DM. Eventuelle Einnahmeverbesserungen sollten angesichts der bestehenden Finanz- und Strukturschwäche deshalb vorrangig und vorsorglich zu weiteren Schuldenreduzierungen eingesetzt werden. Langfristig könnte dies zu einer Verbesserung der Handlungsfähigkeit führen.

Vor diesem Hintergrund kann man feststellen, daß sich Niedersachsen auch finanzpolitisch auf dem richtigen Weg befindet. Die Oppositionsfraktionen möchte ich auffordern, sich positiv und konstruktiv in diesen Prozeß einzugliedern. Herr Schneider hat ja schon ein solches Angebot gemacht. Von Herrn Möllring und Herrn Golibrzuch haben wir heute

wieder andere Töne gehört. Ich empfehle Ihnen: Lassen Sie das doch. Das haben Sie vor der Wahl gemacht. Das sollten Sie nach der Wahl nicht weitermachen. Denn sonst kommen Sie irgendwann in die Situation, daß in Niedersachsen niemand mehr auf Sie hört. Sie sollten auch damit aufhören, ständig Land und Leute schlecht zu machen, sondern unterstützen Sie die niedersächsischen Positionen im Bund und in Europa. Gelegenheit dazu wird es in Zukunft ja reichlich geben. Finanzminister Aller hat darauf hingewiesen.

Im übrigen würde ich mich auf eine sachliche Ausschlußberatung freuen. Wir sind für alle Vorschläge, die die Situation verbessern, offen, auch wenn sie von der Opposition kommen. Aber bleiben Sie uns bitte mit Zusatzausgaben und Luftbuchungen vom Hals. - Vielen Dank.

(Lebhafter Beifall bei der SPD – Frau Hansen [CDU]: Das machen Sie doch!)

Vizepräsidentin Litfin:

Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Wir kommen zur Ausschlußüberweisung.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat den weitergehenden Antrag gestellt, entgegen der Empfehlung des Ältestenrates auch die anderen Fachausschüsse an der Beratung des Nachtragshaushaltsgesetzes zu beteiligen. Wir müssen für diesen Beschluß, wenn er positiv gefaßt werden soll, eine einfache Mehrheit haben, also diese berühmten 30 Stimmen bei Ausschlußüberweisungen gelten nach § 27 Abs. 2 Satz 2 an dieser Stelle nicht. Wenn Sie dem Antrag von Bündnis 90/Die Grünen, auch die anderen Fachausschüsse an den Beratungen zu beteiligen, zustimmen wollen, dann bitte ich um Ihr Handzeichen. – Die Gegenstimmen! – Das zweite war die Mehrheit. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Ich lasse jetzt über die Ausschlußüberweisung abstimmen. Der Ältestenrat schlägt Ihnen vor, den Ausschuß für Haushalt und Finanzen mit der Haushaltsgesetzberatung zu beauftragen. Wenn Sie dem folgen möchten, bitte ich um Ihr Handzeichen. – Die Gegenstimmen! – Das erste waren weit mehr als 30 Stimmen. Damit ist so beschlossen.

Wir verlassen diesen Tagesordnungspunkt und kommen zum

Tagesordnungspunkt 5:

Zweite Beratung:

Niedersächsisches Forstamt Winnefeld: hier: **Verkauf des Forstortes Kahlberg** - Antrag der Landesregierung - Drs 14/8 - Beschlußempfehlung des Ausschusses für Haushalt und Finanzen - Drs 14/26

Der Antrag der Landesregierung wurde am 15. April 1998 an den Ausschuß für Haushalt und Finanzen zur Beratung und Berichterstattung überwiesen. Der Ausschuß empfiehlt Ihnen einstimmig, dem Antrag zuzustimmen. Eine Berichterstattung ist zu diesem Punkt nicht vorgesehen. Die Fraktionen waren sich im Ältestenrat darüber einig, daß über diesen Punkt ohne Besprechung abgestimmt wird. - Ich höre keinen Widerspruch,

(Unruhe)

obwohl ich sonst eine ganze Menge Gemurmel höre. Wir kommen zur Abstimmung.

Wer der Beschlußempfehlung des Ausschusses für Haushalt und Finanzen in der Drucksache 26 und damit dem Antrag der Landesregierung in der Drucksache 8 zustimmen will, den bitte ich um ein Handzeichen. - Gegenstimmen! - Stimmenthaltungen? - Der Antrag wurde bei zwei Stimmenthaltungen angenommen.

Wir kommen zu

Tagesordnungspunkt 6:

Zweite Beratung:

Veräußerung domänenfiskalischer Flächen in den Gemarkungen Groß Hutbergen und Döhlbergen, Landkreis Verden, an die Niedersächsische Landgesellschaft mbH (NLG) - Antrag der Landesregierung - Drs 14/9 - Beschlußempfehlung des Ausschusses für Haushalt und Finanzen - Drs 14/27

Der Antrag der Landesregierung wurde am 15. April 1998 an den Ausschuß für Haushalt und Finanzen zur Beratung und Berichterstattung überwiesen. Eine Berichterstattung ist nicht vorgesehen. Die Fraktionen waren sich im Ältestenrat darüber einig, über diesen Punkt ohne Besprechung abzustimmen. - Widerspruch dazu höre ich nicht. Ich lasse also gleich abstimmen.

Wenn Sie der Beschlußempfehlung des Ausschusses für Haushalt und Finanzen in der Drucksache 27 und damit dem Antrag der Landesregierung in der Drucksache 9 zustimmen wollen, dann bitte ich um Ihr Handzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Das ist nicht der Fall. - Stimmenthaltungen? - Auch das ist nicht der Fall. Dann haben Sie einstimmig so beschlossen.

Wir kommen zu

Tagesordnungspunkt 7:

Zweite Beratung:

Veräußerung domänenfiskalischen Streubesitzes in der Stadt Hardegsen, Landkreis Northeim; hier: Verkauf des sogenannten Baugebietes „Vogelfleck“ an die Niedersächsische Landgesellschaft mbH (NLG) - Antrag der Landesregierung - Drs 14/11 - Beschlußempfehlung des Ausschusses für Haushalt und Finanzen - Drs 14/28

Der Antrag der Landesregierung wurde am 20. April 1998 an den Ausschuß für Haushalt und Finanzen zur Beratung und Berichterstattung überwiesen. Auch hierzu ist eine Berichterstattung nicht vorgesehen. Die Fraktionen waren sich im Ältestenrat darüber einig, über diesen Punkt ohne Besprechung abzustimmen. - Widerspruch dazu höre ich nicht, also verfahren wir so.

Wenn Sie der Beschlußempfehlung des Ausschusses für Haushalt und Finanzen in der Drucksache 28 und damit dem Antrag der Landesregierung in der Drucksache 11 zustimmen wollen, dann bitte ich um Ihr Handzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Das ist nicht der Fall. - Stimmenthaltungen? - Auch das ist nicht der Fall. Dann haben Sie auch hier einstimmig so beschlossen.

Wir kommen zu

Tagesordnungspunkt 8:

Wahl von 7 Vertrauensleuten und 7 Vertretern für den Ausschuß zur Wahl der ehrenamtlichen Richter bei dem Niedersächsischen Finanzgericht Hannover - Wahlvorschlag - Drs 14/21

Auch hier ist eine Berichterstattung nicht vorgesehen. Die Fraktionen waren sich darüber einig, auch

über diesen Punkt ohne Besprechung abzustimmen.
- Dazu höre ich keinen Widerspruch. Wir verfahren also so.

Wenn Sie dem Wahlvorschlag in der Drucksache 21 zustimmen wollen, bitte ich um Ihr Handzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Keine. Gibt es Stimmenthaltungen? – Auch keine. Das ist einstimmig so beschlossen.

Wir kommen zu

Tagesordnungspunkt 9:

Erste Beratung:

Förderung des Sportstättenbaus in Niedersachsen - Antrag der Fraktion der CDU - Drs 14/17

Eingebracht wird der Antrag für die CDU-Fraktion durch den Kollegen Pörtner.

Pörtner (CDU):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Mit dem heutigen Entschließungsantrag greifen wir eine inhaltsgleiche sportpolitische Initiative aus der letzten Wahlperiode auf, die damals aber leider fachlich und politisch bei der Mehrheit dieses Hohen Hauses nicht die Anerkennung gefunden hat, daß wir von einer Umsetzung unserer damaligen sportpolitischen Forderungen sprechen könnten.

Wir wiederholen das hiermit heute, weil wir erstens von der Notwendigkeit unserer Forderungen absolut überzeugt sind,

(Zustimmung von Eveslage [CDU])

und weil wir zweitens, meine Damen und Herren, im Rahmen der Einbringung unseres ersten Entschließungsantrages so viel Lob und auch Anerkennung aus den Reihen des niedersächsischen Sports bekommen haben, insbesondere auch vom Dachverband des niedersächsischen Sports, dem Landessportbund. Ich darf in dem Zusammenhang mit Genehmigung der Frau Präsidentin einmal zitieren, was der Vertreter des LSB bei der öffentlichen Anhörung im Ausschuß für Jugend und Sport damals zu unserem Antrag gesagt hat:

„Deshalb ist es aus der Sicht des LSB notwendig, eine politische Diskussion über Sportstättenfragen zu führen, um

ein zeitgemäßes und konsensfähiges Konzept für den Sportstättenbau in Niedersachsen im nächsten Jahrtausend entwickeln zu können. Der vorliegende Entschließungsantrag“

- also unser Antrag -

„weist in diese Richtung und zeigt die Bereitschaft der Politik, sich gemeinsam mit der Sportorganisation im Lande den anstehenden Fragen zur Entwicklung des Sportstättenbaus und damit der Sportentwicklung in Niedersachsen insgesamt zu stellen.“

Der Objektivität halber soll aber auch nicht verschwiegen werden, daß es Kritik von Seiten des Vertreters der kommunalen Spitzenverbände Niedersachsens gegeben hat, die aber insbesondere dadurch zu erklären war, daß er davon ausging – durchaus zu Recht –, daß die Finanzsituation der kreisfreien Städte, der Landkreise und der Kommunen in Niedersachsen alles andere als rosig ist

(Eveslage [CDU]: So ist es!)

und daß man dann, wenn man diese Forderung umsetzen würde, Kollege Eveslage, in eine noch größere Schieflage geraten würde.

(Zustimmung von Eveslage [CDU])

Aber jetzt bitte ich den Kollegen Eveslage, genau zuzuhören: Wer diese Befürchtung hegt, der hat unseren Antrag entweder nicht richtig gelesen oder nicht richtig verstanden,

(Beifall bei der CDU)

oder der schiebt dieses Zweckargument der unzureichenden Finanzausstattung der Kommunen, das ja stimmt, vor, um dadurch bequem von der Notwendigkeit, sich mit der mißlichen Situation der Sportstätten vor Ort auseinanderzusetzen, abzulenken. Meine Damen und Herren, dies ist sowohl vom Verfahren her als auch sachlich-politisch nicht in Ordnung, und deshalb meinen wir, daß es keine entsprechende und gerechte Grundeinstellung ist, die hier zum Ausdruck gekommen ist.

Politischer Aufhänger unseres heutigen Entschließungsantrages ist eine Arbeitstagung des „Internationalen Arbeitskreises Sportstättenbau“ gewesen, die Anfang November letzten Jahres im Rahmen der Sportmesse in Köln stattgefunden hat und auf der schwerpunktmäßig über die notwendigerweise

eintretenden Folgen für die Sportstätten diskutiert wurde, die, aus welchen Gründen auch immer, längere Zeit nicht in dem Maße restauriert und saniert werden konnten, wie es angebracht gewesen wäre.

Vor diesen Schwierigkeiten und Problemen stehen zweifelsfrei auch wir in Niedersachsen, weil die Finanzsituation der öffentlichen Hände und die Finanzausstattung der Vereine und Verbände nicht so ist, wie sie eigentlich sein sollte, und somit die nicht wegzudiskutierende Gefahr eintreten könnte, daß wir in Niedersachsen in absehbarer Zeit - vielleicht in fünf, sechs, sieben Jahren - eine Sportstätten-situation vorfinden, die mit der heutigen Situation der Sportstätten in der ehemaligen DDR vergleichbar ist, die vor der Wiedervereinigung schon existierten. Dort gibt es - Insider werden dies mit Sicherheit bestätigen können - einige sehr traurige Beispiele, die sich naturgemäß negativ auf das gesamte Sportgeschehen in den neuen Bundesländern auswirken und die u. a. dazu geführt haben, daß sich immer mehr Spitzenathleten aus den Vereinen der neuen Bundesländer abgemeldet haben und Vereinen in den alten Bundesländern beigetreten sind und auch der Breitensport heute nicht mehr in dem Maße gefördert werden kann, wie es früher einmal möglich war.

Diese Probleme und diese Situationsbeschreibung stellen, wenn Sie so wollen, das bestimmende sportpolitische Motiv unseres Antrages dar, weil wir durch unseren Antrag erstens auf diesen besorgniserregenden Zustand aufmerksam machen wollen und zweitens die Verantwortlichen, nicht zuletzt die Politiker, dafür sensibilisieren wollen, das Notwendige in Angriff zu nehmen, um diesen absehbaren Konsequenzen für den Sportstättenbau in unserem Bundesland wirksam und erfolgversprechend entgegenzutreten zu können.

(Zustimmung von Frau Vockert
[CDU])

Es geht für uns von der Union beileibe nicht darum - das sage ich auch gerade den vielen, vielen Kommunalpolitikern im Parlament -, große, kosten-trächtige Investitionsprogramme aufzulegen. Uns geht es vor dem Hintergrund der realistischen Einschätzung dessen, was finanz- und haushaltspolitisch zur Zeit machbar ist, vor allem darum, eine Bestandssicherung der derzeit existierenden Sportstätten zu erreichen und deshalb eine Erarbeitung von Empfehlungen und Hinweisen zur kostengünstigen Planung und Durchführung von Sanierungs- und Modernisierungsmaßnahmen anzuregen. Diese

Empfehlungen und Hinweise sollten zusammen mit dem Landessportbund Niedersachsen und den kommunalen Spitzenverbänden erarbeitet werden.

Diese Forderung ist für uns von fundamentaler Bedeutung, weil dadurch auf der Grundlage der von der Sportministerkonferenz herausgegebenen Empfehlung zur Bestandssicherung und zur Kosteneinsparung bei der Unterhaltung und beim Bau von Sportstätten der Rahmen dessen abgesteckt wird, was an Beratung und Instruktion den Vereinen, Verbänden und Kommunen an die Hand gegeben werden muß. Die alten, derzeit noch gültigen Grundlagen für die Sportstättenentwicklungsplanung sind nach unseren Vorstellungen nicht mehr zeitgemäß. Man arbeitet nach unseren Informationen schon seit zehn Jahren an deren Fortschreibung, ohne daß bis heute irgend etwas Konkretes oder Praktikables auf den Tisch gelegt worden wäre. Hier setzt unter anderem unsere sportpolitische Kritik an der Landesregierung an; denn ein Abschluß und eine möglichst zügige Umsetzung dieses Fortschreibungsprojektes ist aus unserer Sicht zwingend erforderlich, weil erst dadurch die notwendigen Daten zur diesbezüglichen Bedarfsermittlung zur Verfügung gestellt werden, damit man anschließend auf der Grundlage rationaler Kriterien die Sanierungs- und Modernisierungsmaßnahmen bei den Sportstätten in Angriff nehmen könnte.

In diesem Zusammenhang muß selbstverständlich auch das Bundesinstitut für Sportwissenschaft erwähnt werden, das für diese Fortschreibung federführend zuständig ist, in dem sowohl Bundes- als auch Landesvertreter - das soll und muß gesagt werden - sachlich zusammenarbeiten.

Besonders wichtig für meine Fraktion ist der fünfte Aspekt unseres Forderungskataloges, der sich expressis verbis dafür ausspricht, die vorhandenen Sportfördermittel auf die Sanierung und Modernisierung von Vereinssportstätten zu konzentrieren. Nach meinem Kenntnisstand hat der LSB dafür bisher ca. 5 Millionen DM pro Jahr zur Verfügung gestellt und der Innenminister in seiner Funktion als Sportminister ca. 3 Millionen DM für den überregionalen Sportstättenbau unseres Landes. In diesem Zusammenhang müssen nach unseren Vorstellungen sportpolitische Prioritäten gesetzt werden; denn gerade die Vereinssportstätten bedürfen der gezielten Förderung und Unterstützung, da sie heute schon vielfach den bautechnischen und sportfachlichen Anforderungen nicht oder nur noch unvollkommen genügen.

Wir wollen aber auch die kommunalen Sportstätten aus unserem Forderungskatalog nicht ausklammern. Infolgedessen machen wir uns mit der sechsten Forderung politisch für eine Prüfung stark, ob und unter welchen Voraussetzungen auch kommunale Modellprojekte zur Sanierung und Modernisierung von Sportanlagen gefördert werden könnten. Bei dieser Forderung gehen wir von der Möglichkeit und dem Ziel aus, daß die Nutzungs- und Betriebskosten minimiert und gleichzeitig Entscheidungshilfen für ein eventuelles Förderprogramm zur Sanierung und Modernisierung kommunaler Sportstätten gewonnen werden könnten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Es ist sachlich und politisch nicht zu bestreiten, daß unser Bundesland einen hohen Bestand an Kernsportstätten und Anlagen für spezielle Sportarten aufweist, die insbesondere in der Zeit des „Goldenen Planes“ unter großen kommunalen und staatlichen Anstrengungen geschaffen werden konnten. Inzwischen ist jedoch eine Vielzahl öffentlicher oder in der Trägerschaft von Vereinen befindlicher Anlagen in einem Zustand, der zukünftigen Herausforderungen nicht mehr gerecht wird. Deshalb ist es im Interesse der Sache bzw. im Interesse der größten Bürgerinitiative unseres Landes, des Sports, aus unserer Sicht wünschenswert, ja absolut notwendig, im Rahmen der derzeit bestehenden Möglichkeiten das zu tun, was den nicht zu leugnenden Verfallsprozeß bei den Sportstätten aufhält. Es wäre deshalb sehr zu begrüßen, wenn wir uns durch einen möglichst breit angelegten Akt sportpolitischer Vernunft in diesem Hohen Hause über alle Fraktions- und Parteigrenzen hinweg dazu entschließen könnten, diesen Antrag zu genehmigen. Wir würden damit gerade der großen Zahl der Breiten- und Freizeitsportler in Niedersachsen einen großen Gefallen tun.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Litfin:

Für die Fraktion der SPD hat sich die Kollegin Lau zu Wort gemeldet.

Frau Lau (SPD):

Sehr verehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Diesen Antrag genehmigen hieße, sich noch einmal mit einem Antrag zu beschäftigen, der schon in der letzten Legislaturperiode intensiv behandelt worden ist. Wir haben unter anderem den Landessportbund und auch die Städte und Gemein-

den, die kommunalen Vertreter, angehört. Es hieße, einen Antrag zu verabschieden, der nichts Konkretes will, mit dem wir nur das Gefühl vermitteln, uns hier einmischen zu wollen, wo wir uns gar nicht einzumischen brauchen.

(Pörtner [CDU]: Was?)

- Herr Pörtner, ich will es ganz kurz erst einmal in Schlagwörtern deutlich machen.

(Pörtner [CDU]: Das enttäuscht mich aber! - Zuruf von der SPD: Vor der Wahl sollte damit ja nur Stimmung gemacht werden!)

- Herr Pörtner, das macht nichts; Hauptsache, ich enttäusche die Bürgerinnen und Bürger vor Ort nicht. - Es ist völlig klar, daß die Förderung des Sportstättenbaus in Niedersachsen auch für die SPD ein außerordentlich wichtiger Faktor ist, den wir hier auch immer mitgetragen und immer unterstützt haben.

Nun zu Ihrem Antrag konkret, da einige Kolleginnen und Kollegen in der letzten Legislaturperiode nicht dabei waren und auch die Anhörung nicht mitgehört haben: Sie wollen etwas beschließen, das ich zum Beispiel aus folgenden Gründen nicht mittragen kann: Die Sportministerkonferenz hat im Dezember letzten Jahres beschlossen, die ländervergleichende Sportstättenstatistik bis zum Jahre 2000 fortzuschreiben. Was wollen wir uns da einmischen? Der Landessportbund in Niedersachsen ist derzeit dabei, für seinen Zuständigkeitsbereich eine Statistik zu erarbeiten, um Aufschluß über die Höhe des Sanierungs- bzw. Modernisierungsbedarfs zu bekommen. Warum wollen wir uns da einmischen?

(Zurufe von der CDU)

Ich zitiere jetzt einmal genau. Sie haben ja etwas gemacht, was eigentlich gefährlich ist. Sie zitieren etwas und stellen es so dar, als gäbe es nur positive Resonanz. Sie suchen sich die Dinge heraus, die Sie für Ihre Argumentation brauchen. Ich zitiere jetzt den Landessportbund. Bezogen auf das, was Sie gefordert haben und was ich eben auch vorgelesen habe, kann ich nur sagen: Die Forderung in Nummer 1 des Entschließungsantrages können wir mittragen. Die Arbeit wird letztendlich aber bei der Sportorganisation liegen. Die Kommunen können uns an dieser Stelle nicht sehr intensiv unterstützen, das muß der Sport in irgendeiner Form selbst leisten. Sie können sich doch nicht als Landespolitiker

hier hinstellen und sagen, in den Kommunen habe das so und so zu laufen. Ich sage Ihnen das als ehemalige Sportstättenausschußvorsitzende in der Kommune und auch als Mitglied eines kleinen Sportvereins, der mit Eigenmitteln einen neuen Platz und eine neue Halle organisiert hat. Sie dürfen nicht immer nur von der Stadt Hannover ausgehen. In der Fläche wird die Eigeninitiative bei den Sportvereinen groß geschrieben.

(Pörtner [CDU]: Wir haben doch nichts dagegen!)

Die Vereine wissen, daß sie mit wenig Mitteln vor Ort vieles leisten müssen. Die Kommunen wissen sehr wohl - insofern muß man Herrn Eveslage in Schutz nehmen -, daß sie das unterstützen müssen, weil nämlich die Vereine mit ihrer Arbeit ihnen Kosten ersparen. Ich denke dabei nur an die vorbeugenden Maßnahmen im Jugendbereich. Sport ist eine Möglichkeit von Jugendarbeit, und deshalb kann ich nur sagen: Gängeln Sie sie nicht, lassen Sie sie laufen, sie arbeiten hervorragend. Es hat sich im Lande Niedersachsen bisher bewährt.

(Frau Pruin [CDU]: Wer macht die Rahmenbedingungen? – Frau Vockert [CDU]: Die Kommunen laßt ihr allein!)

Wir müssen sehen, wie wir das auf der kommunalen Ebene lösen. Wir suchen nach eigenen Möglichkeiten. Das, was das Land tun kann - werte Frau Vockert, das wissen Sie auch -, haben wir geleistet.

(Frau Vockert [CDU]: Nein! Falsch!)

Die Mittel haben wir dem Landessportbund zur Verfügung gestellt, und er weiß mit seinem Fachverstand, was er zu leisten hat.

(Frau Vockert [CDU]: 5 Millionen, Frau Lau!)

- Frau Vockert, hören Sie auf dazwischenzureden, werden Sie sachlich!

(Beifall bei der SPD)

Wir haben nichts gegen den Fachverstand des Landessportbundes vorzubringen. Wir vertrauen auf seine Arbeit; sie war hervorragend in letzter Zeit, sie ist es immer gewesen und wird es auch in Zukunft sein.

(Frau Pruin [CDU]: Das erzählen Sie mal draußen!)

Wir vertrauen auch auf die Zusammenarbeit zwischen den kommunalen Spitzenverbänden und dem Landessportbund.

(Ontijd [CDU]: Die können Ihnen etwas erzählen! - Pörtner [CDU]: Ich habe doch nichts anderes gesagt!)

Vizepräsidentin Litfin:

Gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Frau Lau (SPD):

Nein, ich möchte zum Ende kommen.

(Frau Vockert [CDU]: Lassen Sie sie doch mal zum Ende kommen!)

Ich habe die Protokolle noch einmal durchgelesen. Wir haben uns bemüht, uns Punkt für Punkt sachlich und objektiv über alles mit Ihnen auseinanderzusetzen.

(Frau Vockert [CDU]: Glaube ich nicht!)

Sie, Herr Pörtner, stellen sich hier hin und werfen allen Anwesenden Unfähigkeit im Lesen und Erfassen des Antrages vor. Sie haben nichts begriffen, Sie haben nicht zugehört und noch nicht einmal das, was in der Anhörung vorgetragen wurde, aufgegriffen. Wenn ich - meine sehr verehrten Damen und Herren, das muß jeder Schüler in der Schule lernen - einen Antrag erneut auf den Tisch lege und vorher eine Anhörung stattgefunden hat, dann muß sich das doch in dem Antrag niederschlagen. Ich muß das, was gesagt worden ist, aufgreifen und den Antrag entsprechend umformulieren.

(Frau Vockert [CDU]: Alle Punkte sind bestätigt worden! Das bestätigt, daß Sie es noch nicht einmal gelesen haben! – Beifall bei der CDU)

Nichts ist geschehen. Sie haben nichts anderes gemacht, als ein altes Brötchen neu aufbacken.

(Zurufe von der SPD: Sehr richtig! – Beifall bei der SPD)

Ich möchte noch einmal deutlich machen, daß sich nicht nur das Expertengutachten intensiv mit dem Sportstättenbau auseinandersetzt. Der Vertreter der Landesregierung hat in der Anhörung unter anderem gesagt, daß ein weiteres Gutachten zur Entwicklung des Sportstättenbaus in Auftrag gegeben

worden ist. Auch dieses Ergebnis liegt Ihnen vor. Sie hätten sich dieses Gutachten geben lassen und in Ihrem Antrag aufarbeiten können. Dann wären Sie konkret geworden. Dann hätten Sie nämlich sagen müssen, welche Gängelungsmaßnahmen Sie dem Landessportbund und den kommunalen Verbänden auferlegen wollen. Nur, das trauen Sie sich nicht. Herr Eveslage nimmt das natürlich locker zur Kenntnis. Die Kommunen haben recht mit ihrem Einwand.

(Klare [CDU]: Herr Eveslage hat nichts gesagt!)

- Das weiß ich! Da leisten wir ja auch Hervorragendes! Deshalb weiß ich ja, was in den Kommunen getan wird! Herr Klare, ich meine, daß der Landkreis Gifhorn nicht einmalig ist, sondern daß es überall Kommunen gibt, die sich im Bereich des Sportes engagieren. In meinem Wahlkreis achten wir sehr genau darauf, daß wir keine Gebühren erheben.

(Pörtner [CDU]: Haben Sie eben von Gängelung gesprochen?)

Ich fechte vor Ort mit meinen Fraktionskollegen und mit den Kollegen aus Ihrer Fraktion dafür, keine Gebühren für die Benutzung von Sporthallen zu erheben. Wir vertreten nämlich die Auffassung, daß das, was der Sport ehrenamtlich leistet, hervorragend ist und es lohnt, weiterhin unterstützt zu werden.

(Pörtner [CDU]: Haben wir schon jemals etwas anderes gesagt?)

- Ich widme mich weiterhin Ihrem Antrag! Schreien Sie doch nicht so herum! Ich bin doch nicht schwerhörig!

(Lachen und Beifall bei der SPD)

Hinzu kommt, verehrter Herr Pörtner, daß eine Arbeitsgruppe der Sportministerkonferenz Empfehlungen zum kostengünstigen Betrieb und zur Nutzung von Sportstätten herausgegeben hat. Alles das fordern Sie in Ihrem Antrag. Das sind alles Dinge, die vorhanden sind. Diese Forderungen müssen nicht mehr erhoben werden; es reicht aus, sie weiterhin zu unterstützen. Wenn man den Antrag aber dahin gehend benutzen möchte, noch einmal auf die Wichtigkeit des Sportes hinzuweisen, dann ist das in Ordnung, dann können wir noch einmal und, wenn es denn sein muß, auch noch ein drittes Mal darauf hinweisen, wenn es Ihnen denn

hilft. Dem Sport hilft es auf alle Fälle, und deshalb sind wir auch dabei!

(Beifall bei der SPD - Frau Pruin
[CDU]: Sie ist dabei! – Oestmann
[CDU]: Sie hat sich selbst mitgerissen!)

Vizepräsidentin Litfin:

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht die Abgeordnete Frau Janßen-Kucz.

(Unruhe)

- Meine Damen und Herren, ich darf um Ihre Aufmerksamkeit bitten!

Frau Janßen-Kucz (GRÜNE):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich mußte gerade lächeln: Jetzt kann ich wie in der Aktuellen Stunde diese Stimmung mitnehmen. Ich muß mich Ihren Ausführungen in Teilen anschließen. Nach Durchsicht der Protokolle habe ich festgestellt, daß alles dasselbe ist: The same procedure as every year!

(Zurufe von der SPD: Oh!)

- Auch die Plattdeutschen können Englisch sprechen! Kein Problem!

(Mühe [SPD]: Dazu gehört aber auch noch: I do my very best! – Heiterkeit bei der SPD)

Das Fazit der Beratungen war doch: Es gibt einen erheblichen Bedarf an Instandsetzung und Sanierung der Anlagen für Breitensport. Das war Fazit und Konsens. Konsens war auch, daß die zur Verfügung stehenden Mittel im nächsten Jahr weiterhin auf die Sanierung und Modernisierung von Sportanlagen konzentriert werden. Dies hat oberste Priorität. Der Konsens reicht noch weiter: Es gibt einen deutlichen Bedarf, die Sportanlagen im Hinblick auf die sich verändernden Bedürfnisse der Menschen weiter zu entwickeln und neu zu gestalten. Das weiß ich, das kenne ich auch aus der Praxis.

Aber uns allen ist bewußt – auch diesen Konsens habe ich im Protokoll feststellen können –, daß weder das Land noch die Kommunen das Geld haben, die Instandsetzung und die Weiterentwicklung der Sportanlagen ausreichend zu finanzieren. Diese

Aussage unterstreiche ich ausdrücklich als Kommunalpolitikerin.

Die Sportministerkonferenz hat beschlossen, die ländervergleichende Sportstättenstatistik fortzuschreiben und die neue Statistik im Juli 2000 zu erstellen. Dann können wir im Ausschuß gerne noch einmal in die Diskussion einsteigen.

(Pörtner [CDU]: Warum erst dann?)

In meinen Augen ist es wirklich bedauerlich, daß ein Antrag, der schon einmal mit den Verbandsvertretern intensivst diskutiert wurde, in unveränderter Form sozusagen aus der Mottenkiste herausgegriffen wird.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD – Widerspruch bei der CDU – Pörtner [CDU]: Eine bessere Sportpolitik betreiben! Neue Köpfe und neue Ideen!)

- Zu den neuen Ideen komme ich gleich! Im Moment werte ich diese Wiedervorlage als reine Beschäftigungstherapie für den Ausschuß.

(Beifall bei der SPD)

Schaulaufen ist hier eigentlich nicht gefragt. Ich habe den Eindruck, daß dieser Antrag nach dem Motto verfährt, wer die größten Illusionen weckt, um so zu tun, als ob man etwas täte. Statt dessen kommt es nach meiner Auffassung und der Auffassung meiner Fraktion darauf an, möglichst kreative Überlegungen anzustellen, was auf kommunalpolitischer Ebene andauernd geschieht, denn wir alle kennen die finanziellen Gegebenheiten bei den Kommunen.

(Ontijd [CDU]: Ohne Geld keine Kreativität!)

- Genau! Sie haben recht!

Die Bemühungen hinsichtlich Sponsoring müssen wir intensivieren. Uns allen und auch mir ist klar, daß wir damit nicht alle Wünsche befriedigen können. Gleichwohl benötigen wir neue Ideen zur Finanzierung des Sportstättenbaus und der Sportstättenunterhaltung. Ich meine, daß wir konkret über Finanzausgleichsmodelle reden müssen. Ich habe erwartet, daß Sie in Ihrem Antrag dazu Stellung nehmen.

Meines Erachtens wäre ein Denkmodell wünschenswert, das die Antwort auf die Frage liefern

würde, welchen Beitrag die immensen Einnahmen des Profisports zur Förderung des von den Vereinen getragenen Breitensportes leisten könnten, denn hier steht ja die Wiege der Profisportlerinnen und Profisportler. Da müssen wir noch einmal ran.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Mir ist deutlich geworden, daß auch der Sportbund Gebühren für die Nutzung von kommunalen Sportstätten nicht völlig ablehnt,

(Eveslage [CDU]: Das habe ich aber anders gehört!)

- jetzt kommt das Wenn - wenn die Einnahmen für die Förderung der Instandsetzung von vereinseigenen Sportanlagen verwendet werden. Darüber sollten wir uns mit den Verbandsvertretern noch einmal Gedanken machen. Wir sollten nicht noch mehr Illusionen wecken, die wir nicht erfüllen können. Meine Fraktion und ich halten es für vordringlich, diesem Bereich neue Impulse zu geben und neue Finanzausgleichsmodelle auf den Weg zu bringen.

(Pörtner [CDU]: Werden Sie doch konkret! Nicht nur rummosern!)

- Ich mosere nicht nur rum! Ich kann meine Überlegungen demnächst auch in einen Entschließungsantrag kleiden, was Ihnen jedenfalls nicht gelungen ist! – Neue Gedanken, Kreativität, das nenne ich zeitgemäße sportpolitische Vernunft, so wie ich sie mir vorstelle. – Danke schön.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Litfin:

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Beratung. Wir kommen zur Ausschußüberweisung. Der Ältestenrat empfiehlt Ihnen, federführend den Ausschuß für Jugend und Sport und mitberatend die Ausschüsse für innere Verwaltung und für Haushalt und Finanzen zu beauftragen. Wenn Sie dem folgen möchten, dann bitte ich um Ihr Handzeichen. – Das reicht.

Wir kommen zu

Tagesordnungspunkt 10:

Erste Beratung:

„Bildungspolitisches Leitbild“ der Landesregierung - Antrag der Fraktion der CDU – Drs 14/18

Eingebracht wird der Antrag durch den Kollegen Busemann, dem ich das Wort erteile.

Busemann (CDU):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Auch wenn die sogenannten hundert Tage noch nicht vorüber sind, haben wir es für richtig gehalten, nach etwa der Hälfte dieser Strecke in vielleicht etwas süffisanter Art und Weise in die bildungspolitische Diskussion einzusteigen, denn Nachdenken ist auf beiden Seiten in der Bildungspolitik wohl angesagt. Möglicherweise ergeben sich auch Gemeinsamkeiten, und vielleicht kommen wir in einen sehr fruchtbaren Dialog.

Ich möchte meinen Überlegungen allerdings voranstellen, daß wir uns auf seiten der CDU-Fraktion schon gefragt haben, wer jetzt in der Landesregierung eigentlich das bildungspolitische Sagen hat: die neue Kultusministerin oder der Innenminister. Ich entnehme aber der Wahl des Sitzplatzes, Herr Innenminister Glogowski, daß Sie sich aus der Bildungspolitik wieder zurückziehen wollen. Das ist ein sehr guter Entschluß.

(Beifall bei der CDU – Minister Glogowski: Nein, nein! Ich werde dabei bleiben!)

Da Sie schon länger als hundert Tage auf Ihrem Ministersessel sitzen, erlauben Sie mir bitte den folgenden Seitenhieb: Ich habe manchmal schon den Eindruck, daß Sie zum Niveaurisiko Ihrer Fraktion werden.

(Minister Glogowski: Herr Busemann, haben Sie das nötig?)

Ich erinnere daran, wie Sie vor Jahresfrist in das Thema Richterdienst eingestiegen sind. Ich meine, daß das Land diesen verbalen Einstieg nicht gebraucht hat. Auch erinnere ich an das Thema DVU und Radikalismus, will das Thema aber nicht wieder aufwärmen. Dabei ging es um den Geruchssinn. Geruchssinn mag ich nicht so sehr.

(Zuruf von der SPD: Ein bißchen mehr Niveau!)

Meiner Meinung nach liegen Sie auch mit Ihren Bildungsattacken in der Sache nicht richtig. Damit haben Sie auch der neuen Ministerin keinen guten Dienst erwiesen. Darüber können wir später vielleicht noch reden.

(Beifall bei der CDU)

Einsicht ist nun aber der beste Weg zur Besserung. Mich wundert schon, daß es jemandem, der seit acht Jahren einer Landesregierung angehört und in den Wahlkämpfen zuvor noch etwas ganz anderes erzählt hat, jetzt plötzlich wie Schuppen von den Augen fällt und er sagt: Unser Bildungsniveau in Niedersachsen ist drastisch abgesunken. Jeder Schüler, der von Bayern nach Niedersachsen kommt, kann hier derbe Defizite feststellen. Dieser Sache muß einmal nachgegangen werden.

(Minister Glogowski: Das habe ich nicht gesagt!)

- Das können Sie von mir aus gleich richtigstellen. Wir wollen uns aber lieber mit unserer neuen Bildungsministerin unterhalten.

Wir haben uns auch bezüglich der Unterrichtsversorgung, der Leistungsbegriffe und anderem sehr gewundert. Wir hätten gern gesehen, wenn Sie sich vor der Wahl auch einmal die CDU-Programme durchgelesen hätten. Dann müßten wir jetzt nach der Wahl nicht diese Debatte führen.

(Bartling [SPD]: Oh Gott! Oh Gott! Das hätte uns völlig verwirrt!)

- Regen Sie sich doch nicht auf, Herr Bartling. Wir wollen nur einmal wissen, wo Sie stehen.

(Bartling [SPD]: Aufregen? – Was meinen Sie, wie es aussieht, wenn ich mich aufrege!)

Es mag ja sein, daß Sie mit Attacken gegen Lehrer, Schulen - manchmal auch in etwas derber Sprache - von den eigenen Fehlleistungen ablenken und die Schuld nach unten verschieben wollen. Ich halte das aber nicht für sonderlich klug. Meiner Meinung nach sollte man einer neuen Ministerin im Kabinett Chancen lassen. Eine Regierung, die dadurch belastet ist, daß sie das Faule-Säcke-Zitat bis heute nicht ausgeräumt hat, tut sicherlich gut daran, sich anders zu artikulieren und den Dialog auch mit der Lehrerschaft, mit Lehrerverbänden, mit Eltern usw. auf einem anderen Niveau wieder aufzugreifen. Das sage ich einmal in Ihre Richtung.

(Beifall bei der CDU)

Nun zum bildungspolitischen Leitbild: Wir haben in den letzten Wochen mit Genugtuung gehört, gelesen oder wie auch immer, daß nun offenbar auch bei der Ministerin Ideen herangereift sind, die wir in der Vergangenheit schon immer hatten. Wir sind ja immer zufrieden, wenn wir bestätigt werden. Die Frage ist nur: Waren das alles Zeitungsenten? Haben die Journalisten das nicht richtig verstanden? Haben wir es nicht richtig gelesen? Oder ist an diesen neuen Überlegungen etwas dran? Wenn ja, dann würden wir hier im Parlament gern hören, was nun Sache ist.

Die allgemeine Lage der Bildungspolitik im Lande ist wohl nicht zum allerbesten bestellt. Es gibt nachhaltige Defizite bei der Unterrichtsversorgung. Das Rechnerische lassen wir zunächst einmal beiseite; darauf komme ich später zurück. Wir müssen aber auch derbe qualitative Nachteile bei der Ausbildung unserer Schülerinnen und Schüler feststellen. Wir sollten gemeinsam überlegen, wie wir wieder ein anderes Niveau herstellen können.

Wir täten gut daran, wenn wir Bildung wieder höher gewichteten. Hier zu sagen, Bildung sei die Vermittlung eines bestimmten Wissens von soundso vielen Lehrern in soundso vielen Stunden, ist eine Sache. Wir müssen aber auch sehen, wie die gesellschaftspolitische Situation aussieht, wie das Ganze mit dem Arbeitsmarkt zusammenhängt und wie wir plötzlich über den Standort Deutschland, den Standort Niedersachsen sowie Wettbewerbchancen und dergleichen mehr nachdenken. Plötzlich hat das eine ganze Menge mit Bildungspolitik zu tun. Vielleicht müssen wir hier miteinander zu anderen Überlegungen und auch zu neuen Maßnahmen kommen. Wir hören sehr häufig aus dem Handwerksbereich, daß dort Ausbildungsplätze oder Arbeitsplätze vorhanden sind. Die würden den einen oder anderen gern nehmen. Bei Bewerbern gibt es aber Defizite bei der Rechtschreibung, beim Lesen und beim Rechnen. Deshalb können sie den Arbeitsplatz nicht besetzen. Der eine oder andere Ausbildungs- oder Arbeitsplatz in Niedersachsen bleibt also unbesetzt, weil der entsprechende Kandidat, der Schüler, das notwendige Grundwissen nicht mitbringt. Daran muß gearbeitet werden.

Die Prioritätensetzung der Bildungspolitik ist mit die entscheidendste Sache, die wir für uns und miteinander einmal vorab klären müssen. Daß wir dabei zu dem Ergebnis kommen, daß das dreigegliederte Schulsystem den Wettkampf gegen die Ge-

samtschule schon längst gewonnen hat, sollten wir uns inzwischen eingestehen.

(Beifall bei der CDU)

Wir würden von der Ministerin gern einmal hören, wie sie zu den Gesamtschulen steht. Für uns jedenfalls steht fest, daß in diesem Land nicht noch mehr Gesamtschulen eingerichtet werden sollten. Vielleicht müßte man in diesem Bereich generell zu anderen Überlegungen kommen. Dann könnte sicherlich auch ein Konsens dahin gehend erzielt werden - die Finanznot im Lande haben Sie verursacht, nicht wir -, daß man von Reformmodellen abkehrt, wenn sie ideologisch begründet sind. Damit bin ich wieder bei der Gesamtschule angelangt. Ideologie wollen wir nicht mehr. Statt dessen wollen wir Reformen dort, wo sie notwendig und kostenneutral - ich nenne gleich ein Beispiel - machbar sind oder wo es gesellschaftspolitische Notwendigkeiten gibt und wir sagen: Wir können nicht x Jahre warten, bis wir wieder ein paar Mark mehr haben. Wir müssen etwas entwickeln, was der gesellschaftlichen Situation gerecht wird. Wir können doch übereinkommen und sagen: Im Bereich der Halbtagsschule und der Ganztagschule besteht Handlungsbedarf. Es geht um die ganze Palette der Betreuung. Ich bin dankbar dafür, daß unsere Überlegungen zum Teil auch schon bei den Grünen angelangt sind. Mit dem Antrag, über den wir morgen diskutiert werden, werden wir sicherlich weitestgehend Übereinstimmung finden.

Ich würde einmal sagen: Wenn wir uns den Betreuungsmodellen zuwenden wollen, gleichzeitig aber wissen, daß die Finanzen nicht zum besten bestellt sind, dann frage ich mich - ich bringe nur ein Beispiel; vielleicht hat die Ministerin ja ein besseres -, ob es nicht zweckmäßig wäre, an die Schulleitung, an den Schulträger einen pauschalierten Betrag zu geben und zu sagen, daß sie das vor Ort regeln mögen: Guckt mal, wie ihr als Schule oder als Schulträger mit caritativen Verbänden oder mit anderen Beteiligten wie z. B. den Kommunen etwas hinbekommen und regeln könnt. Das Land hält sich aus der Sache heraus, gibt aber eine finanzielle Starthilfe. Darüber sollte meiner Meinung nach einmal diskutiert werden können.

(Beifall bei der CDU)

Sie täten im übrigen gut daran - wenn ich das dreigegliederte Schulsystem hier so deutlich beschreibe -, wenn Sie Ihre Überlegungen in Richtung Einheitslehrer unterließen. Eine Vereinheitlichung

auch bei der Lehrerausbildung - ganz gleich, wo sie stattfindet - hat immer auch ein Stück Qualitätsverlust in sich. Wenn wir mehr Leistung und Qualität wollen, müssen wir auch auf diesem Sektor irgendwo wieder umkehren.

Darüber hinaus sollten Sie sich auch einmal den Sonderschulbereich etwas genauer ansehen. Wir haben in der Hinsicht gewisse Befürchtungen. Wir sind immer zu Gesprächen bereit - natürlich. Wir sind für die Beibehaltung der Sonderschulen. Das Thema Integration würden wir lieber in einer moderaten Weise, aber ohne Zwang gewährleistet sehen. Darüber muß in der nächsten Zeit ein Dialog geführt werden.

Ich möchte auch das Thema Abschlußprüfungen nicht aussparen. Auch dazu haben wir Neues gehört. Wir können nur sagen: Von der Schule haben wir immer ein anderes Leistungsbild gehabt. Wir meinen: Wo keine Leistungskontrolle stattfindet, kann man auch keine ansprechende Leistung vorfinden. Also sind wir für Abschlußprüfungen. Darüber, wie das im Detail aussehen soll, kann man offen miteinander reden.

Sie kennen unsere Vorstellungen. Sie kennen wahrscheinlich auch unser Regierungsprogramm. Wir sind nach wie vor für die Schaffung der Möglichkeit, das Abitur nach dem zwölften Schuljahr zu machen. Wenn Sie sich damit schwertun, Frau Ministerin, sollten Sie sich einmal Ergebnisse aus anderen Bundesländern besorgen. Vielleicht könnten auch wir in Niedersachsen einen Schulversuch durchführen und sehen, wie sich die niedersächsische Spielart auswirkt. Wir sind guter Dinge, daß dabei ein gutes Ergebnis herauskommt.

Nun ein Wort zum Thema O-Stufe: Wer in zunehmendem Maße einräumen muß, daß das dreigegliederte Schulsystem das bessere ist, wer am Ende gleichzeitig dahin kommt, das Abitur schon nach dem zwölften Schuljahr zu ermöglichen, der muß in diesem Bereich auch einmal anerkennen, daß die O-Stufe die in sie gesetzten Erwartungen nicht erfüllt hat. Also müssen wir uns diesem Thema zuwenden. Wir haben für uns entschieden, daß wir von der O-Stufe abkehren wollen.

(Beifall bei der CDU)

Sie haben dieses Thema als langfristig konsensfähige Frage in den Raum gestellt. Wir möchten wissen, wo Sie hier konkret stehen.

(Vizepräsident Jahn übernimmt den Vorsitz)

Schließlich noch ein Wort zur Unterrichtsversorgung: Meiner Meinung nach ist die Unterrichtsversorgung unter den Gegebenheiten derzeit das wichtigste Thema im gesamten Kulturbereich im Lande Niedersachsen. Ich habe immer große Mühe, Ihnen die Zahl 97,1 % abzunehmen. Diese Zahl ziehe ich ganz gewaltig in Zweifel und halte sie angesichts der Erlaßlage, die Sie in den letzten acht Jahren einige Male verändert haben, im Grunde genommen für fast schon manipuliert. Wenn wir uns die Verhältnisse an den Schulen ansehen - das gilt vor allem für den berufsbildenden Bereich -, dann sehen wir, daß sich dort eine schwere Katastrophe andeutet. Dort liegt die Unterrichtsversorgung bei 80 % und manchmal sogar darunter. Es fehlen an allen Ecken und Enden Lehrer. Dort kommt eine Katastrophe auf uns zu. Ich sehe noch nicht, wie wir aus dieser Problematik wieder herauskommen sollen. Jedenfalls sind die Vorstellungen, die wir dazu von seiten der Landesregierung hören, nicht geeignet.

Nach unserem derzeitigen Kenntnisstand wird sich die Zahl der Schüler in den nächsten fünf Jahren um 85.000 erhöhen: 15.000 im berufsbildenden Bereich und 70.000 im allgemeinbildenden Bereich. Wir sehen bislang kein Konzept der Landesregierung, das hinreichend geeignet ist, die Unterrichtsversorgung entsprechend den Ansprüchen zu gewährleisten, die wir haben, nicht aber die, die Sie mit den von Ihnen erarbeiteten Erlassen geschaffen haben. Ich sehe weder hinreichende dienstrechtliche Maßnahmen noch eine Finanzierungsbasis. Wir möchten gern wissen, welche Vorstellungen Sie auf diesem Gebiet haben. Neben all den anderen Dingen, die noch geregelt werden müssen, werden Sie sich in den nächsten Jahren in erster Linie daran messen lassen müssen, ob Sie in der Lage sind, bei Anhebung des qualitativen Standards in Niedersachsen eine angemessene Unterrichtsversorgung herzustellen. Das wird die wichtigste Frage sein müssen.

Ich komme zum Abschluß. - Eine bedeutende Rolle wird auch die Durchsetzung spielen. Wenn wir Bildungspolitik betreiben und eine angemessene Unterrichtsversorgung gewährleisten wollen, hat das am Ende auch mit Geld zu tun. Dann wird es darauf ankommen, Frau Ministerin, daß Sie sich bei Ihrem Finanzminister - er ist im Augenblick nicht hier - mit Ihren dann hoffentlich richtigen Forderungen und Vorstellungen durchsetzen. Daran wer-

den Sie dann gemessen. Vielleicht, Herr Glogowski, können Sie sich dann profilieren, wenn Sie die Kultusministerin unterstützen, wenn es darum geht, bei Herrn Aller etwas loszueisen. Das gleiche gilt für Herrn Gabriel, an den ich, wenn er denn hier wäre - Herr Bartling, vielleicht können Sie es ihm übermitteln -, die Frage richten möchte - wenn es denn um ideologische Fragen geht; wir hören aus Ihren Kreisen zum Teil etwas Neues -, wo die Fraktion steht: bei den neuen Überlegungen der Ministerin und bei den alten Positionen. Das wird dann eine ganz spannende Geschichte.

Vizepräsident Jahn:

Herr Kollege Busemann, Herr Kollege Fasold möchte Ihnen eine Zwischenfrage stellen.

Busemann (CDU):

Nein, Herr Fasold, ich möchte jetzt einfach zum Ende kommen; sonst machen Sie mir die Redezeit kaputt.

Ich will hier keine Personalpolitik machen. Aber, Frau Ministerin, nicht nur wegen der Meldungen, die sich seit gestern langsam verbreiten, würde mich, ohne daß ich mich mit Personen befasse, schon interessieren, ob die Rochade, die Sie in den Abteilungsspitzen Ihres Hauses veranlaßt haben, irgend etwas mit inhaltlichen Botschaften zu tun hat oder was möglicherweise die tragenden Gründe dafür gewesen sind. Im übrigen würde ich Ihnen vielleicht - mit Verlaub - folgenden Rat erteilen: Erkundigen Sie sich bei Frau Griefahn, zu was es führt, wenn man qualifizierte Leute an die Seite schiebt und Günstlingswirtschaft betreibt. Das führt am Ende zu einem falschen Ergebnis. Aber dazu können Sie sich gleich äußern. - Danke schön.

(Beifall bei der CDU - Bartling [SPD]: Was sollen denn diese Verdächtigungen?)

Vizepräsident Jahn:

Das Wort hat Frau Ministerin Jürgens-Pieper. Bitte schön!

Jürgens-Pieper, Kultusministerin:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Busemann, ich muß sagen: Nach dieser Rede bin ich etwas ratlos - ratlos deshalb, weil ich überlege, ob das, was Sie uns eben gerade dargeboten haben, Ihr Leitbild war. Sollte dies so sein, dann war es, so

finde ich, etwas konfus, so einmal quer durch das Gemüsebeet.

(Zuruf von der CDU: Dann haben Sie nicht zugehört!)

Sie wollten eigentlich das Leitbild der Landesregierung erfragen. Aber auch in diesem Antrag finde ich eigentlich nur Merkwürdiges. Sie haben sich im bildungspolitischen Bereich wohl doch etwas schwergetan.

(Busemann [CDU]: Wir bauen ganz auf Sie!)

- Herr Busemann, Sie sind in diesem Bereich doch noch nicht ganz trittsicher. Wir haben noch genügend Zeit, das miteinander zu üben.

(Zuruf von der CDU: Manchmal reicht der normale Menschenverstand aus, wenn er da ist!)

- Manchmal schon, aber nicht immer.

(Zuruf von der CDU: Wenn er da ist!)

Ich habe aber auch etwas von Konsens gehört. Deshalb nehme ich das als einen Anfang, der allerdings mit diesem Antrag schiefgegangen ist. Auch das muß ich sagen.

(Beifall bei der SPD)

Sie wollten wohl nicht wirklich etwas über das bildungspolitische Leitbild der Landesregierung erfahren und haben damit einen gewissen spannenden Auftakt verpaßt. Wir sollten das im Ausschuß nachholen. Vielleicht erfahren wir bei der Gelegenheit etwas von Ihrem Leitbild.

(Busemann [CDU]: Wir wollen erst einmal Ihres wissen!)

Ich kenne Ihre Vorstellungen nicht. Sie haben eben behauptet, wir würden Ihre Vorstellung kennen. Wir warten schon seit geraumer Zeit darauf, daß Sie einmal die Ressourcenfrage mit uns wirklich ernsthaft debattieren.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben Ihnen vor geraumer Zeit ein Konzept vorgelegt. Aber wir haben Ihre Gegenvorstellung nicht kennengelernt. Darauf sind wir ganz gespannt.

(Möhrmann [SPD]: Vor allem keine durchfinanzierte! – Oestmann [CDU]: Das hängt mit Ihrer Wahrnehmung zusammen!)

Als ich diesen Entschließungsantrag gelesen habe, hatte ich den Eindruck, hier geht der Wahlkampf mit anderen Mitteln weiter. Ich kann verstehen, daß es schwerfällt, mit unseren Vorstellungen umzugehen; denn wir haben sie, sowohl was die Ressourcenfrage als auch was die inhaltliche Frage angeht, inzwischen relativ klar gezeichnet. Sie haben statt dessen Äußerungen einiger Mitglieder der Landesregierung - der alten und der neuen - zusammengepackt, aus dem Zusammenhang gerissen und sozusagen für sich selber einen Popanz aufgebaut, auf dem Sie dann herumschlagen wollen.

(Beifall bei der SPD)

Ich will mich nur kurz zu diesem Entschließungsantrag äußern, da ich in der Tat das Gefühl habe, daß er nicht völlig ernstgemeint war.

Niedersachsen hat ein leistungsfähiges Schulsystem, das den Vergleich mit anderen Bundesländern nicht scheuen muß. Das haben sowohl die Diskussionen in der Kultusministerkonferenz als auch die Einigung der Kultusminister über die Standards, die wir zum Erreichen der Schulabschlüsse gesetzt haben, gezeigt.

(Zuruf von der CDU: Was sagt das Handwerk dazu? – Gegenruf von Wernstedt [SPD]: Das Handwerk redet auch in Bayern so!)

Das beweisen wir seit einigen Jahren auch dadurch, daß wir z. B. Abiturarbeiten austauschen.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

- Ich habe noch Erinnerungen an die Zeit, als ich noch vor einer Schulklasse gesessen habe. Da habe ich immer verlangt, daß alle zuhören, wenn ich rede.

(Lachen bei der CDU – Wulff (Osnabrück) [CDU]: Das läßt wirklich einiges befürchten!)

Vizepräsident Jahn:

Frau Ministerin, davon kann man in diesem Hause nicht unbedingt ausgehen.

Jürgens-Pieper, Kultusministerin:

Ich habe Sorgen, daß das, was Sie in bezug auf das Regelneinhalten hier oft propagieren, nicht für Sie gilt.

Ich kann Ihnen jedenfalls sagen, daß ein Vergleich zwischen den Ländern zeigt, daß sich Niedersachsen sehen lassen kann. Wir haben die Abiture verglichen, und wir haben Abiturarbeiten verglichen. Wir - das hat noch mein Vorgänger gemacht - haben in der Kultusministerkonferenz den Einstieg in nationale und internationale Schulleistungsvergleiche beschlossen. Das heißt, wir haben vor diesen Vergleichen keine Angst. Bauen Sie hier nicht so etwas auf, daß wir uns mit unseren Leistungen und unserem Schulsystem nicht sehen lassen könnten.

(Beifall bei der SPD)

Daß wir in der letzten Zeit - das habe auch ich in Interviews getan - Diskussionen um eine Qualitätssicherung und Qualitätsentwicklung führen, ist meines Erachtens völlig folgerichtig, und zwar deshalb, weil wir mehr über die Qualität der Schulleistungen wissen müssen, insbesondere der der Abgänger, und weil wir vor allem der Debatte um die Ausbildungsfähigkeit, die es augenblicklich gibt und die Sie, Herr Busemann, auch erwähnt haben, begegnen müssen. Wir alle haben im Bildungsbereich der Bundesrepublik bisher keine Instrumentarien entwickelt, um hierüber etwas aussagen zu können.

Es ist auch erklärtes Ziel der Landesregierung, die Selbständigkeit der Schulen zu erhöhen und die Kompetenzen ihrer Lehrerinnen und Lehrer bei den Entscheidungen zu nutzen. Wir wollen auch wissen, wie, wann und was im Schulleben gelernt und gestaltet wird.

Wegen der Selbständigkeit und der Freiheit der Schulen benötigen wir gleichzeitig natürlich auch eine Rechenschaftslegung der Schulen, eine Evaluation der Leistungen. Deshalb muß eine Qualitätsdebatte geführt werden.

Ich habe vorhin schon gesagt: Die Entschließung ist meines Erachtens polemisch gemeint. Es ist keine ernsthafte Auseinandersetzung gefordert worden. Deshalb bitte ich die SPD-Fraktion, diesen Entschließungsantrag abzulehnen.

(Beifall bei der SPD – Zuruf von der CDU: Das war schwach! Das muß noch besser werden!)

Vizepräsident Jahn:

Das Wort hat Frau Kollegin Seeler.

Frau Seeler (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Busemann, die Rede, die Sie hier eben gehalten haben, hat mit dem eigentlichen Antrag, den Sie gestellt haben, relativ wenig zu tun gehabt.

(Beifall bei der SPD – Zuruf von der SPD: Das ist häufig so!)

In Ihrem Antrag haben Sie, meine Damen und Herren von der CDU, nämlich versucht, mit aus dem Zusammenhang gerissenen Zitaten Politik zu machen. Wenn man den Antrag liest, dann ist klar: Es ging Ihnen nicht um die Klärung von Sachfragen und um die fachliche Lösung von politischen Problemen. Es ging in Ihrem Antrag nicht um eine Auseinandersetzung in der Sache, sondern eigentlich nur um billigste Polemik gegen Personen und um die Diskreditierung des politischen Gegners. Sie haben in Ihrem Entschließungsantrag nur scheinbar und vorgetäuscht nach dem bildungspolitischen Leitbild der Landesregierung gefragt. Sie haben den Entschließungsantrag vielmehr dazu mißbraucht, eine Reihe konkreter schul- und bildungspolitischer Maßnahmen zu fordern, die nur vor dem Hintergrund abgründiger Vorurteile gegen die Leistungsfähigkeit und Leistungsbereitschaft der niedersächsischen Schulen und der darin arbeitenden Schülerinnen und Schüler sowie Lehrerinnen und Lehrer verstanden werden kann.

(Oestmann [CDU]: Wer beschimpft denn immer so pauschal?)

Auch die Schulpolitiker Ihrer Fraktion wissen ganz genau, daß es gar keine Vergleichsuntersuchungen über die Leistungsfähigkeit der Schulsysteme in den verschiedenen Bundesländern gibt. Es gibt keinerlei Untersuchungen und auch keine konkreten Hinweise oder aber auch nur Erfahrungswerte darüber, daß in niedersächsischen Schulen weniger gelernt und weniger qualifiziert wird als in bayerischen Schulen. Schon diese Tatsache zeigt, daß Ihre Forderung, konkrete Maßnahmen zu ergreifen, um das angeblich niedrige niedersächsische Niveau auf das bayerischer Schulen anzuheben, nur eine parteitaktische Forderung ist und keine, die aus Interesse an unseren Kindern und Schulen formuliert wurde.

(Zuruf von der CDU: Frau Seeler, Ihr Innenminister sagt das!)

Übrigens gibt es auch keine Untersuchung darüber, daß das dreigliedrige Schulsystem leistungsfähiger wäre als die Gesamtschule. Solche Behauptungen hier aufzustellen ist deswegen nur Polemik.

Gleiches gilt übrigens für die Forderung, künftig eine Schule zu schaffen, in der Kinder Leistungen erbringen müßten und in der eine Kultur der Anstrengung etabliert werden müsse. Sind Sie denn tatsächlich der Auffassung, daß unsere Kinder in der heutigen Schule und zur Zeit keine Leistung erbringen? Meinen Sie wirklich, daß Anstrengungsbereitschaft bei Schülerinnen und Schülern erst etabliert werden muß und bisher nicht vorhanden ist?

Anstatt Schulen und Kindern solche absurden Vorwürfe zu machen, sollten Sie in Ihrer Fraktion erst einmal eine Kultur der Anstrengung und Leistung etablieren, damit wir hier im Landtag qualifizierter und differenzierter über schulpolitische Fragestellungen diskutieren können.

(Beifall bei der SPD – Frau Vockert [CDU]: Wenn der Innenminister nicht ständig solche Äußerungen machen würde!)

Vor allem: Wir warten seit acht Jahren darauf, daß wir Ihre Vorstellungen zu einem bildungspolitischen Leitbild hören.

(Busemann [CDU] - auf die Regierungsbank deutend -: Wir wollen uns da gern hinsetzen!)

- Ach, meinen Sie, daß die Opposition keine Alternativen entwickeln kann? – Na gut, dann nehmen wir das zur Kenntnis.

Wir von der SPD werden weiterhin im Dialog mit allen an Bildung und Erziehung Interessierten an der weiteren Qualitätsverbesserung unserer Erziehungs- und Bildungseinrichtungen arbeiten. Denn eines ist doch klar: In einer sich verändernden Gesellschaft muß sich auch Schule verändern und muß ständig kritisch betrachtet werden, ob sie sich neuen Anforderungen entsprechend verändert, neue Anforderungen aufnimmt und neue Konzepte entwickelt.

In der Diskussion um die Regierungserklärung sind Perspektiven und Ziele sowohl der Landesregierung als auch unserer Fraktion deutlich gemacht worden.

Deswegen will ich hier nur ganz kurz einige Beispiele nennen.

Unserer Auffassung nach muß Schule auf die verminderte Fähigkeit der Familie, die gesamte Erziehungsarbeit zu leisten, reagieren und zusätzlich helfen. Neue Technologien: Die junge Generation muß befähigt werden, verantwortlich und souverän mit den neuen Medien umzugehen. Unserer Auffassung nach muß gemeinsames Leben und Lernen auch für Kinder mit Beeinträchtigungen und Behinderungen verstärkt möglich werden. Das Problem der Kriminalität und des Drogenmißbrauchs: Welche Vorsorge kann in diesem Bereich unser Schulsystem leisten? Wie müssen wir mit Straftätern umgehen? Und dann: Unsere Schule darf eben nicht nur Lernort sein, sondern muß auch Lebensraum werden für Jugendliche. Alle Einrichtungen und Organisationen, die mit jungen Menschen zu tun haben, müssen miteinander kooperieren und zusammenarbeiten. Schließlich: Unsere Lehrerinnen und Lehrer müssen schon in der Ausbildung auf die veränderten Bedingungen des Lehrens und des Lernens besser als in der Vergangenheit vorbereitet werden.

Dies sind nur einige Problemstellungen, die in den kommenden Monaten und Jahren diskutiert und für die Lösungen erarbeitet werden müssen. Wie lächerlich klein wirkt vor diesem Hintergrund der Antrag der CDU! Wir werden ihn deswegen ablehnen.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Jahn:

Das Wort hat Frau Kollegin Litfin.

Frau Litfin (GRÜNE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Busemann, wir hätten den ersten zwei Punkten Ihres Antrags gerne zugestimmt.

(Eveslage [CDU]: Dann machen Sie es doch!)

Denn auch wir sind der Meinung - und wir bleiben auch bei dieser Meinung -, daß der zukünftige Ministerpräsident, der jetzige Innenminister dieses Landes, Herr Glogowski, allen Grund hat, sich bei den Lehrern und Lehrerinnen für die unqualifizierten Äußerungen zu entschuldigen, mit denen er leider wieder einmal eine ganze Berufsgruppe in eine bestimmte Ecke gestellt hat.

(Beifall bei der CDU – Minister Glogowski: Das ist doch unsinnig!)

Sie nennen das, in Ihrer deutlichen, klaren Sprache etwas ausgedrückt zu haben. Ich meine: Das war die Fortsetzung von dem, was Lehrer und Lehrerinnen vorher schon in diesem Land von Regierungsseite zu hören bekommen haben.

(Minister Glogowski: Aber was ist denn daran beleidigend? Daß sie zu viel Geld verdienen, was ist denn daran beleidigend?)

- Sie haben auch niedersächsische Schüler und Schülerinnen beleidigt.

(Minister Glogowski: Nein!)

- Sie haben Lehrern unterstellt, daß sie schlecht arbeiten und daß sie nicht in der Lage sind, das Niveau, das bayerische Lehrer und Lehrerinnen vermitteln können, den niedersächsischen Schülern und Schülerinnen zu vermitteln.

(Minister Glogowski: Habe ich auch nicht gesagt! Das ist Ihre Erfindung, Frau Litfin!)

- Sie haben unterstellt, daß bayerische Schüler sehr viel weiter sind als niedersächsische Schüler.

(Minister Glogowski: Das ist Ihre Erfindung!)

- So sind Sie zitiert worden, Herr Glogowski, und Sie haben diesen Zitaten nicht widersprochen.

(Minister Glogowski: Doch, ich habe eine Pressekonferenz gegeben und habe dem widersprochen! Aber Sie wollen es nicht zur Kenntnis nehmen, nach dem Motto: Vorurteile muß man pflegen!)

- Ich habe die Berichterstattung und auch die Pressemitteilung Ihres Hauses zu dieser Pressekonferenz gelesen und habe der nicht entnehmen können, daß Sie gesagt haben, das hätten Sie nicht gesagt. Ich habe ihr auch nicht entnehmen können, daß Sie nicht gesagt haben, daß Lehrer und Lehrerinnen nur deshalb soviel Geld verdienen müßten, damit sie ihren Urlaub bezahlen könnten. Worauf das ein Hinweis ist, das wissen wir.

Wie gesagt, wir hätten es gern gesehen, wenn der Herr Innenminister aufgefordert worden wäre, sich

für die zweite diffamierende Äußerung zu entschuldigen, die er gegen eine gesamte Berufsgruppe - nach den Juristen jetzt die Lehrer und Lehrerinnen - gemacht hat.

(Bartling [SPD]: Wenn schon, dann nur die Richter!)

Ihr Antrag, Herr Busemann, kann von mir aber auch nicht humorvoll - das hatten Sie wohl gesagt - aufgefaßt werden. Nein, ich finde, er wird schizophren, wenn er mit Punkt 3 weitergeht, mit dem Sie die Äußerungen, die Sie beim Innenminister kritisieren, als Wahrheit unterstellen und die Landesregierung auffordern, doch nun einmal zu sagen, was sie denn dagegen tun wolle, daß sich bayerische Kinder zwei Jahre hängenlassen müssen, bis sie das niedrige niedersächsische Niveau erreicht haben. Und so geht es weiter.

Es tut mir leid, Frau Kultusministerin, daß Sie - vor allem bei dem Bereich Qualitätsdebatte - so ernsthaft auf diesen Antrag eingegangen sind. Er hat es nicht verdient.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Diese Qualitätsdebatte werden wir ernsthaft führen müssen. Ich bin gerne bereit, und auch meine Fraktion ist gerne bereit, sich an ihr zu beteiligen. Wir sollten damit anfangen, zu definieren, was für uns Leistung ist. Ich meine, das ist eine lohnende und eine spannende Aufgabe; denn auch wir sind der Meinung, daß Kinder etwas leisten können, daß Kinder etwas leisten sollen, daß Kinder, was viel wichtiger ist, etwas leisten wollen und daß sie die angemessenen Rahmenbedingungen bekommen, damit diese ihre Leistung auch möglich wird. Aber ich habe nicht die geringste Lust, das auf Grundlage dieses Antrags zu diskutieren. Dazu erwarte ich etwas Ernsthaftes. Ich möchte nicht an so einem seltsamen Leitbild leiden müssen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Vizepräsident Jahn:

Frau Kollegin Körtner hat das Wort.

Frau Körtner (CDU):

Herr Präsident! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Frau Ministerin, ich habe mich nur gemeldet - in der Kürze der Zeit ist das auch nur zu-

sammenfassend zu übermitteln -, um Ihnen noch einmal klarzumachen, was Sie anscheinend nicht ganz realisiert haben. Wir als CDU-Fraktion wollten Ihnen - der Kollege Busemann hat das in sehr moderater Form übergebracht - einfach die Möglichkeit geben, vor diesem Hohen Hause Ihr neues pädagogisches schulpolitisches Leitbild, das ja in Einzelpositionen durchaus ein CDU-identisches Leitbild ist, vorzustellen.

Wir haben uns über bestimmte Positionen sehr gefreut. Aber Sie müssen doch konzedieren, daß wir in Erstaunen geraten sind; denn Sie, Frau Ministerin, haben in verantwortungsvoller Position über viele Jahre in diesem Ministerium die Dinge, die Sie heute vortragen und die wir per Antrag in dieses Haus eingebracht haben, zum Teil bekämpft und abgelehnt. Ich meine nicht Sie persönlich, wenn ich das Wort „arrogant“ gebrauche, aber es ist von der Mehrheit in diesem Hohen Hause häufig in arroganter Form abgelehnt worden. Und heute kommen diese Positionen, uns durch die Zeitung übermittelt, wieder auf den Tisch!

Frau Ministerin, es gibt auch Klärungsbedarf, und wir werden sicherlich noch einige pikante Konstellationen in diesem Landtag erleben. Denn ich weiß nicht, ob die Schulpolitiker Ihrer SPD-Fraktion, die dort über Jahre für bestimmte Positionen gekämpft haben, diesen klassischen Salto rückwärts, wie Sie ihn zum Teil vollzogen haben, auch noch nachzuvollziehen bereit sind. Wir bieten Ihnen Konsens an. Der Kollege Busemann hat Ihnen Konsens angeboten, und ich tue das auch noch einmal.

Frau Ministerin, Sie haben heute - ich darf das in aller Zurückhaltung sagen - die große Chance verpaßt, uns Ihr neues Leitbild in angemessener Form zu übermitteln. Es wäre ein guter Anfang gewesen.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Jahn:

Meine Damen und Herren, ich schließe die Beratung zu diesem Antrag. Wir kommen zur Ausschußüberweisung. Der Antrag soll im Kultusausschuß federführend und in den Ausschüssen für innere Verwaltung und für Haushalt und Finanzen mitberatend behandelt werden. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist so beschlossen.

Wir kommen zu

Tagesordnungspunkt 11:

Erste Beratung:

Ingenieure braucht das Land – Zukunft durch technischen Fortschritt sichern, Grundlagen in Schulen und Hochschulen legen - Antrag der Fraktion der CDU - Drs 14/19

Dieser Antrag wird von der Kollegin Frau Mundlos eingebracht. Bitte sehr!

Frau Mundlos (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wenn ich es richtig sehe, ist der Wissenschaftsminister nicht anwesend. Ich habe bisher eigentlich den Eindruck gehabt, daß er sein Amt ernster nimmt. Ich glaube, daß der Verband der Ingenieure, die Studenten und Professoren das kritisch bewerten werden.

(Lanclée [SPD]: Der ist schon bei den Ingenieuren!)

Für den Wirtschaftsstandort Deutschland und damit auch für Niedersachsen sind die schnelle Nutzung neuer wissenschaftlicher Erkenntnisse und technologischer Entwicklungen durch die Unternehmen sowie das Umsetzen in innovative Verfahren, in marktfähige Produkte und Dienstleistungen entscheidende Faktoren im sich verschärfenden internationalen Wettbewerb. Die Qualifikation und Leistungsfähigkeit von Ingenieuren bestimmen den Erfolg eines Unternehmens im wesentlichen mit. Qualifizierter Ingenieurwachstum ist also ein entscheidender Standortfaktor zur Zukunftssicherung unseres Landes.

Deutschland als Exportland ist auf entsprechende Ingenieurleistungen existentiell angewiesen. Darauf haben unter anderem der Präsident und der Vizepräsident der Technischen Universität Braunschweig hingewiesen vor dem Hintergrund, daß von dem jährlichen deutschen Exportvolumen in Höhe von 770 Milliarden DM 60 % allein in der Fahrzeugtechnik, im Maschinenbau, in der Elektrotechnik und in der Chemie erwirtschaftet werden. Doch auf dem Arbeitsmarkt zeichnet sich mittlerweile ein spürbarer Ingenieurmangel ab. Auch kompetente Nachwuchswissenschaftler für die Hochschulen fehlen. Niedersächsische Professoren, wie Professor Tönshoff von der Universität Hannover, erklären: Wir schieben eine riesige Lücke vor uns her. - Der Verband der Elektrotechniker schlägt Alarm. Das Institut der deutschen Wirt-

schaft, Köln, belegt gar mit einer umfangreichen Untersuchung, daß Ingenieure nach einer Zeit der Rezession und Umstrukturierungsprozesse in der Industrie gefragter denn je sind und hervorragende Zukunftsaussichten haben. Des Weiteren weist eine Untersuchung der Bundesanstalt für Arbeit aus, daß 1997 39 % mehr Ingenieurstellen angeboten wurden als 1996 - Tendenz weiter steigend.

Die Industrie und die Wirtschaft haben eigene Versäumnisse in der Vergangenheit erkannt, sie eingestanden, daraus gelernt und folgerichtig Konsequenzen gezogen, so daß dort, wo die Regierungen mitziehen, etwa in Bayern, zahlreiche Initiativen greifen, zum Beispiel von Industrie und Land getragene Trainee-Modelle, um einen Einstieg in die Berufstätigkeit für junge Ingenieure ohne Reibungsverluste zu ermöglichen.

Also: Ingenieure braucht das Land. Da müßte es diese Landesregierung vor dem Hintergrund der leider viel zu hohen Arbeitslosigkeit umtreiben, wenn niedersächsische Professoren öffentlich beklagen, daß zu wenig Ingenieure ausgebildet werden. Es müßte diese Landesregierung zu verantwortungsbewußtem Handeln treiben, wenn außerdem die Industrie anläßlich der Hannover-Messe mehr Ingenieure fordert. Ingenieure stellen auch einen Teil unserer internationalen Wettbewerbsfähigkeit dar.

Was unternahm nun die Landesregierung in den letzten Jahren, um sicherzustellen, daß wir genügend qualifizierte Ingenieure haben? - An den niedersächsischen Hochschulen hat sie auf kurzfristigen Nachfragerückgang bei Studienanfängern und konjunkturbedingte Nachfragedellen auf dem Arbeitsmarkt mit einem Abbau von Wissenschaftlerstellen und Studienplätzen im Wert von insgesamt 1.288 Stelleneinheiten reagiert. In Hildesheim verschwanden Informatik und Wirtschaftsmathematik sogar ganz.

Nun mag ja die Politik ebenso wie die Wirtschaft Fehler machen. Dann aber, Herr Minister, muß man diese, genauso wie es die Wirtschaft getan hat, eingestehen und anders reagieren.

Den Insidern macht es Sorge, daß ein Gegensteuern zu dieser zukunftsfeindlichen Entwicklung von seiten der Landesregierung nicht in Sicht ist. Zwar betont der jetzige Wissenschaftsminister die Bedeutung dieses Bereichs. Ansätze zu Veränderungen sind bisher jedoch nicht zu erkennen. Statt dessen versucht er, den Schwarzen Peter der jungen

Generation zuzuschieben. Es fehle an studierwilligen jungen Leuten, hört man ihn sagen. Aber, Herr Minister, das meinen Sie doch nicht wirklich so? - Ich meine deshalb, daß Sie mal ein Gespräch mit Ihrer Kollegin, der Kultusministerin, führen sollten, damit ressortübergreifend geeignete Maßnahmen ergriffen werden können. Sie haben ja angekündigt, daß Sie ressortübergreifend arbeiten wollen. Beim Thema Ingenieurwissenschaften ist das dann auch in die Tat umzusetzen.

Es muß bereits in den Schulen begonnen werden, wenn dem vom VDI und von der Industrie beklagten Verfall der Technikakzeptanz nachhaltig entgegengetreten werden soll. Das Technikverständnis unserer jungen Menschen ist zu fördern. Aufgeschlossenheit und Verantwortungsbewußtsein müssen gleichermaßen eine Pflichtaufgabe für jede Schulform werden.

Leider wird Technik zur Zeit in Schulbüchern fast ausschließlich als Aufhänger für gesellschaftskritische Diskussionen benutzt. Eine Gesellschaft aber, die gezielt oder ungezielt jungen Menschen nur die eine Seite einer Medaille zeigt, handelt verantwortungslos und gefährdet unser aller Zukunft in vielfacher Hinsicht.

(Zustimmung bei der CDU – Möhrmann [SPD]: „Kritisch“ heißt aber auch: beide Seiten der Medaille!)

Deshalb müssen bei Schulbüchern, Rahmenrichtlinien und Lehrerausbildung dringend Veränderungen und Korrekturen vorgenommen werden.

(Wernstedt [SPD]: Ein immerwährender Prozeß!)

Für Frauen und Mädchen sind in Schule und Hochschule geeignete Angebote vorzuhalten, um einen direkteren Zugang zu Mathematik, Naturwissenschaften und Technik zu eröffnen.

Die Studiengänge müssen den veränderten Qualifikationsanforderungen an Ingenieure Rechnung tragen. Denn Ingenieure finden ihr Aufgabenfeld längst nicht mehr nur in Entwicklung und Forschung. Heute und in Zukunft brauchen Betriebe moderne Problemlösungsmanager mit einem breiten Spektrum an mathematischen, naturwissenschaftlichen und technischen Kenntnissen, mit einem kaufmännischen Know-how und Menschenführungsqualifikationen. Methoden, System und soziale Kompetenz gesellen sich zum Fachwissen.

Die Fähigkeit, neue Medien einzusetzen, ist unabdingbar.

Meine Damen und Herren von der SPD-Fraktion, Ihr wissenschaftspolitischer Sprecher hat im Februar 1998 gesagt: Eine wichtige Aufgabe für die Politik ist das Werben für das Ingenieurstudium. – Meine Damen und Herren, das Werben allein reicht aber nicht aus. Deshalb haben wir konsequenterweise diesen Antrag mit einem Maßnahmenkatalog für den schulischen Bereich und für eine Attraktivitätssteigerung bei den Studiengängen eingebracht bis hin zu der Forderung, für herausragende Leistungen einen Niedersachsen-Preis ins Leben zu rufen, um ein nicht zu übersehendes Signal zu setzen.

(Zustimmung von Frau Pawelski [CDU])

Herr Minister Oppermann, das Wissen und die Technik der Ingenieure spielen für unsere Zukunft eine Schlüsselrolle. Fällen Sie morsche Bäume, und pflanzen und pflegen Sie junge Bäume, die reiche Blüte tragen werden!

(Zustimmung bei der CDU)

In Anlehnung an das, was wir vorhin schon einmal hatten, kann ich dann sagen: Wenn in den Medien steht „It's time for engineering“, mögen sie recht haben, Herr Oppermann. Möglicherweise ist es auch time for cooperating.

Sie haben im Ausschuß darauf hingewiesen, daß eine parteiübergreifende Zusammenarbeit zum Wohle Niedersachsens und seiner Bürger möglich sein sollte.

(Zustimmung von Bartling [SPD])

So fordere ich Sie jetzt nicht nur auf, sondern hoffe darauf, daß Sie diesen Antrag mutig und konsequent umsetzen werden, auch wenn er von der CDU kommt. Denn dann wüßten wir und auch Niedersachsens Bürgerinnen und Bürger, daß es Ihnen, daß es dieser Landesregierung mit den bisherigen Äußerungen wie „Konsens“, „Zusammenarbeit“, „Handreichen“ auch wirklich ernst ist. Herr Minister, ich hoffe darauf!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Jahn:

Das Wort hat nun der Kollege Dr. Domröse.

Dr. Domröse (SPD):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist wahr, es fehlen uns zur Zeit Ingenieurinnen und Ingenieure für den Berufseinstieg. Sie wissen auch, meine Damen und Herren, daß der Verband Deutscher Ingenieure seit etwa Ende letzten Jahres mit den Fraktionen dieses Hauses intensive Gespräche führt, um Überlegungen anzustellen, wie man möglicherweise gemeinsam zur Problemlösung beitragen kann, wobei, wie Sie richtigerweise gesagt haben, Frau Mundlos, das Hauptproblem sicherlich bei der Wirtschaft selber liegt. Das hat die Wirtschaft erkannt, und das sollten wir hier auch nicht verschweigen.

Wir haben über eine ganze Reihe von Dingen miteinander geredet. Ich meine, es wäre auch gut gewesen, wenn wir das im Detail weiter fortgesetzt hätten. Ich weiß jedenfalls nicht, ob uns das Hineintragen in die Öffentlichkeit wirklich nützt oder ob das an dieser Stelle nur ein Showgeschäft gewesen ist. Denn eines ist doch klar, Frau Mundlos: Was Sie hier an der einen oder anderen Stelle eingeklagt haben, nämlich mit staatlichen - sprich auch dirigistischen - Maßnahmen etwa dafür Sorge zu tragen, daß sich wirklich mehr junge Menschen für ein Ingenieurstudium entscheiden, das wollen wir in unserer westdeutschen Demokratie, in unserer deutschen Demokratie jedenfalls nicht, sondern wir sind darauf angewiesen, zu werben. Das habe ich auch deutlich gesagt.

(Zuruf von Frau Mundlos [CDU]:
Technikakzeptanz!)

- Ich werde gleich auf das eine oder andere kommen, und vielleicht wird Ihnen dann noch die Sprache vergehen.

Trotzdem bringt Ihr Antrag, meine Damen und Herren, etwas für mich Neues, und das werde ich mir sehr genau merken: Zum ersten Mal bekennen Sie sich dazu, daß die Technologiefolgeabschätzung eine gesellschaftliche Aufgabe ist. Ich erinnere mich nur zu gut daran, wie lange und wie hart wir uns bei der Verabschiedung des Niedersächsischen Hochschulgesetzes darüber gestritten haben, als wir nämlich genau dies zu einer Pflichtaufgabe für Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler machen wollten und Sie mit Vehemenz dagegen gestritten haben, weil Sie meinten, die Freiheit der Wissenschaft würde nun untergehen. Ich begrüße das.

Nun lassen Sie uns ein bißchen über das reden, was man weiß, was man messen kann und wozu man vielleicht aus Zahlen heraus Anhaltspunkte dafür bekommt, wo man ansetzen muß. Wenn ich jetzt Zahlen nenne und statistische Angaben mache, dann stammen diese ausnahmslos vom HIS, vom Hochschulinformationssystem, und ich empfehle Ihnen dringend, einmal die einschlägige Literatur zu lesen.

Wir können vier Dinge feststellen, die dazu führen, daß wir in der Tat im Augenblick zu wenig Berufsanfänger im ingenieurwissenschaftlichen Bereich haben.

Erstens - das haben Sie im wesentlichen gesagt, und das war Ihr Hauptargument -: Die Anzahl der Anfänger für das Studium des Ingenieurwesens - ich denke an die klassischen Fächer Maschinenbau und Elektrotechnik - ist in der letzten Zeit auf die Hälfte des normalen Wertes zurückgegangen. Wenn Sie gern Zahlen hören wollen, können Sie sie bekommen. Normalerweise sind 10 % Maschinenbaustudentinnen und -studenten und 10 % Elektrotechnikstudentinnen und -studenten. Diese Prozentzahlen sind jeweils auf die Hälfte zurückgegangen. Das können wir feststellen, und das ist mit Sicherheit eine Ursache des Problems.

Wir müssen aber auch ein Zweites feststellen: Es ist bei den Ingenieurwissenschaften absolut nichts ungewöhnliches - ich komme ja nun selbst aus diesem Bereich und habe es über 17 Jahre erlebt. Wir haben ewig von diesem sogenannten Schweinezyklus gesprochen, davon, daß es Jahre gegeben hat, in denen wir sehr viele Ingenieurstudentinnen und -studenten und dann wieder Jahre, in denen wir sehr wenige hatten. Das hat Gründe, auf die ich noch zu sprechen kommen werde. Ich will damit überhaupt nicht beschwichtigen und sagen: Wartet einmal ab, die kommen schon von allein wieder. Ich will vielmehr darauf hinweisen, daß wir zu diesem Problem in der Vergangenheit Erfahrungen gewonnen haben, auf denen wir aufbauen können.

Aber es gibt noch ein drittes Problem. Im Bereich der Ingenieurstudien ist die Abbrecherquote extrem hoch. Das HIS hat vor nicht allzu langer Zeit einmal untersucht, woher das kommt. Auch dazu gibt es ganz klare, prägnante Aussagen. Die Studierenden der Ingenieurwissenschaften fühlen sich schon nach kurzer Zeit im Grundstudium überfordert. Sie fühlen sich deshalb überfordert, weil dort Dinge verlangt werden, die sie gar nicht erwartet haben. Es ist ganz einfach: Wer Ingenieur werden will -

ich sage das einmal etwas platt -, der hat ein bestimmtes Gefühl für Technik – Sie haben darauf abgehoben -, der hat möglicherweise handwerkliche Fähigkeiten, jedenfalls hat er den Wunsch, etwas zu schaffen. Dann kommt er in ein Grundstudium und lernt alles mögliche: Technisches Zeichnen, Rechnen, Chemie, Physik – alles, was Sie wollen. Nur handwerklich arbeiten und einmal loslegen und einen Bezug zum Beruf bekommen, das passiert eben noch nicht. Deswegen wird er ungeduldig und geht. Dann stellt er fest, daß er auch ohne Studium möglicherweise die gleichen Berufschancen hat und bricht das Studium ab. Das sind auch Gründe. Die Zahl derjenigen, die vom Ingenieurstudium enttäuscht sind, ist überdurchschnittlich hoch.

Der vierte Punkt ist – Frau Mundlos, diesen Punkt haben Sie zwar auch angerissen, aber den dürfen wir ruhig als einen Hauptpunkt nennen –: Wir haben nach wie vor im Bereich der Ingenieurwissenschaften bzw. der Ingenieure überhaupt eine derart geringe Frauenquote, daß es sich kaum lohnt, darüber zu reden. Die Zahl liegt nahe Null. Das bedeutet, da Sie mit Zukunftssicherung argumentieren, daß wir uns als Gesellschaft die Hälfte unseres Zukunftssicherungspotentials einfach entgehen lassen, weil wir es insgesamt – nicht etwa die niedersächsische Landespolitik – nicht geschafft haben, Frauen auch in diese Berufe zu bringen. Ich hätte mir sehr gewünscht, Frau Mundlos, daß auch zu diesem Punkt die CDU bei der Beratung des Hochschulgesetzes flexibler gewesen wäre.

Nun wende ich mich den Studierenden zu. Die Entscheidung der Studierenden, zu welchem Studienfach sie tendieren, fällt bei Abiturienten in einem sehr engen Zeitraum, vielleicht in einem Jahr vor dem Abitur oder, wenn sie Ersatzdienst leisten oder zur Bundeswehr gehen, danach, also in einem sehr engen Zeitraum. Die jungen Leute nehmen eigentlich nur das Bild vom Berufsfeld wahr, das sie zu dieser Zeit haben. Sie lassen sich nicht überreden, langfristige Strategien zu machen, zum Beispiel, wie das die Industrie immer versucht hat, zu sagen: Aber ihr wißt doch, wenn wir jetzt wenige Leute einstellen, dann werden wir in fünf Jahren einen hohen Bedarf haben. Also fangt doch schon jetzt mit dem Studium an, wir sind dann in fünf Jahren an der Stelle, daß wir euch wieder brauchen. - Das ist für junge Leute überhaupt kein Horizont. Sie nehmen das Bild, das sie im Augenblick vom Beruf haben, und entscheiden sich dann für oder gegen ein ingenieurwissenschaftliches Studium.

Vergessen Sie bitte eines nicht: Wir haben noch einen zweiten Weg zum Ingenieur, den über die Fachhochschulen, über eine Ausbildung, über eine Lehre, über den Meisterweg. Da muß man einfach zur Kenntnis nehmen, daß wiederum zwei Dinge dem entgegenstehen: zum einen die geringe Zahl an Ausbildungsstellen insgesamt und besonders die geringe Zahl an Ausbildungsstellen im Technikbereich, im ingenieurwissenschaftlichen Bereich - so will ich es nennen -, und das schlechte Image, das diese „Schmutzberufe“, diese „Blaukittelberufe“ in der Gesellschaft und bei den jungen Leuten eben haben.

Die Kriterien, nach denen Studierende entscheiden, lassen sich auch über Jahre erfragen, und es sind immer dieselben. Natürlich wollen sie zunächst einmal einen kurzfristigen beruflichen Erfolg nach Ablauf eines Studiums, und sie wollen dann natürlich eine möglichst große Zukunftssicherheit haben. Und dann entscheiden sie.

Nun nenne ich die wichtigsten Ursachen, warum sie sich möglicherweise zur Zeit eben nicht für ein Ingenieurstudium entscheiden. Das ist zum einen – das ist das Wichtigste von allem; das wird immer wieder von allen Rednern und von allen Wissenschaftlern gesagt – die Arbeitsmarktsituation. Was wollen sie denn erwarten, wenn junge Leute tagtäglich in der Zeitung lesen, daß die Arbeitsmarktchancen zur Zeit für Ingenieurinnen und Ingenieure immer noch relativ schlecht sind, und wenn sie überall, zum Teil auch im familiären Umfeld, erleben, daß Ingenieure aus Führungsetagen mit 55 Jahren in Rente gehen? Das kann doch nicht motivierend sein.

Dann gibt es das öffentliche Gerede, an dem auch wir uns auch beteiligen, weil wir nicht anders können, daß im Zuge der Globalisierung die Arbeitsplätze von morgen im Dienstleistungsgewerbe entstehen. Wollen Sie dann von den jungen Menschen erwarten, daß sie sagen: Hosianna, dann werde ich jetzt Ingenieur, wenn alle anderen Dienstleister werden! – Das kann auch nicht funktionieren.

Dann gibt es die Abkehr von der Grundstoffindustrie, die bundesweit gefördert worden ist. Ich weiß, wovon ich rede. Über Jahre ist gesagt worden: Stahlindustrie, Kohleindustrie, das brauchen wir im Deutschland von morgen nicht mehr; wir setzen auf die zukünftigen Technologien. – Wollen Sie dann, daß sich die jungen Menschen begeistert für das Ingenieurstudium entscheiden?

Ich habe mit Interesse den Aufruf von Braunschweig gesehen, in dem sich Professor Geisler, Arbeitsdirektor der Preussag Stahl AG, dafür einsetzt, daß wir mehr Ingenieure brauchen. Herr Geisler, ich kenne Sie nicht persönlich. Verstehen Sie das bitte nicht falsch, aber ich sage Ihnen klipp und klar: Wenn die Preussag Stahl AG den Weg geht, sich von einem Stahl- und Grundstoffunternehmen zu einem Touristikunternehmen zu entwickeln - verdammt noch mal, wen wollen Sie denn dann überreden, ein Ingenieurstudium anzufangen? Das kann doch wohl nicht funktionieren!

Dann kommt noch eines hinzu. Die modernen Technologien, die wir beschreiben, die mit Informationsgesellschaft zusammenhängen, erwecken den Eindruck, daß die jungen Leute Informatiker werden sollten, aber nicht Ingenieure. Das muß alles nicht richtig sein, aber das ist das öffentliche Bild, an dem sich junge Leute orientieren.

Dann gibt es allerdings noch weitere Gründe, die im familiären Umfeld und natürlich auch in der Schule liegen. Frau Mundlos, auch das hat das HIS untersucht. Nun müssen Sie bitte sehr stark sein und dürfen mir nicht zusammenbrechen, wenn ich Ihnen einen Absatz aus einer solchen Untersuchung aus dem Jahre 1997 vorlese:

„Überdurchschnittlich häufig entscheiden sich für Jura und Medizin die Abgänger von Gymnasien. Auffällig ist dabei, daß ehemalige Gesamtschüler sich stärker als ihre Kommilitonen von Gymnasien für einen technischen Studiengang entscheiden.“

(Hört, hört! bei der SPD)

Das ist ganz normal. In Ihrem Antrag habe ich aber etwas völlig anderes gelesen.

(Busemann [CDU]: Das sind die Abbrecher, von denen Sie anfangs gesprochen haben!)

Meine Damen, meine Herren! Wir werden im Ausschuß gründlich darüber beraten, wo wir möglicherweise auch als Land eingreifen können. Eine Frage müssen wir aber klären, die wir noch nicht angesprochen haben: Warum reagieren gerade in der Ingenieurwissenschaft die Studierenden so empfindlich auf die veränderte Arbeitsmarktsituation?

(Zuruf von Frau Körtner [CDU])

Wir haben ja die veränderte Arbeitsmarktsituation in allen Bereichen.

(Glocke des Präsidenten)

- Ich komme gleich zum Schluß. – Aber gerade in den Ingenieurwissenschaften ist das besonders empfindlich. Das hängt zum Beispiel damit zusammen, daß die Entscheidung von jungen Menschen, Ingenieur zu werden, von zwei Kenntnissen geprägt ist, die einander diametral gegenüberstehen. Das eine ist, daß sie wissen, daß das ein schweres Studium ist. Das ist eine trockene Substanz, und sie müssen durch eine harte Zeit. Das andere ist: Wenn sie das bestehen, dann haben sie beruflichen Erfolg so gut wie garantiert und können auf eine sichere Zukunft blicken. Wenn dieser zweite Teil aber fehlt – das ist zur Zeit der Fall -, dann sehen sie nicht ein, warum sie sich einem solchen schweren, knochentrockenen Studium widmen sollen. Daher ist es notwendig, daß auch im Studienablauf Veränderungen vorgenommen werden. Ich bin Frau Mundlos ganz dankbar, daß sie darauf hingewiesen hat.

Zur Zeit gibt es ein völlig neues Ingenieurbild in der Industrie. Das ist aber überhaupt noch nicht transparent geworden. Wir sollten uns vielleicht auch einmal darüber unterhalten, ob wir uns daran beteiligen können, dieses Ingenieurbild transparenter zu machen. Denn der Ingenieur neuen Typs, wie er von vielen Arbeitsdirektoren geschildert wird, ist übrigens einer, der zum Beispiel für Frauen viel, viel besser paßt, als die Frauen selbst das Gefühl haben, daß dies so der Fall sei. Daran sollten wir gemeinsam arbeiten. Ich bin sicher, am Ende, Frau Mundlos, kommt ein völlig anderer Antrag heraus, als Sie ihn hier im Parlament eingebracht haben.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Jahn:

Frau Kollegin Steiner hat das Wort.

Frau Steiner (GRÜNE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die CDU-Fraktion hat zum Thema „mathematisch/naturwissenschaftliche Ausbildung“ einen Antrag eingebracht, dessen Bedeutung sich bereits daran ermessen läßt, daß schon in der zweiten Zeile das Wort „Standort“ auftaucht. Das erhöht jederzeit das Gewicht.

Wenn ich mir das Problem ansehe, das die CDU-Fraktion in Punkt 1 benennt, so ist das ein wunder-

schöner Allgemeinplatz, dem jeder zustimmen kann und wo auch nichts verloren ist, wenn man ihm nicht zustimmt. Er benennt das Problem ganz grob.

Frau Kollegin Mundlos hat in der Begründung das tatsächliche Problem benannt. Dabei handelt es sich um die zurückgehende Anzahl an Ingenieur Nachwuchs, wobei allerdings schon eine gewisse Relativierung angebracht ist. Der Hinweis meines Vordrängers auf den „Schweinezyklus“ auch bei Ingenieuren läßt sich bei den verschiedenen Fachhochschulen nachweisen. Von daher ist eine Panikreaktion wohl eher nicht angebracht.

Man muß aber, wenn man in die Zukunft blickt, schon Sorge haben, denn es geht nicht nur um den Nachwuchs jetzt, sondern es geht um den Nachwuchs in der Zukunft. Von daher ist es begrüßenswert, daß die CDU darauf aufmerksam gemacht hat – das ist aber ein Problem, das auch schon andere Leute gesehen haben -, daß in den Schulen Veränderungen stattfinden, und zwar, daß die Tendenz weggeht von den mathematisch/naturwissenschaftlichen Fächern, von der technischen Ausbildung – auch bezüglich der Berufswahl - und stärker hingehet zu den Geisteswissenschaften in den Gymnasien oder zu den Dienstleistungsberufen in den anderen Bereichen.

Mir ist schleierhaft, wie man es schafft, in solch einen Antrag, in dem man das Problem mehr praxisorientierten und praxisbezogenen Unterrichts und entsprechender Ausbildung zum Thema macht, Lob und Jubel für das dreigliedrige Schulsystem einzubringen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das entbehrt ganz besonders der Logik, wenn ich daran denke, daß sich gerade Ihre Fraktion und Ihre Partei für einen Teil des dreigliedrigen Schulsystems immer dann erwärmt, wenn es darum geht, auch nur einen Hauch Praxisbezug oder berufspraktische Orientierung mit einzubeziehen. Dann wird immer sofort der Untergang des Gymnasiums und des Abendlandes mit beschworen.

(Beifall bei den GRÜNEN – Frau Körtner [CDU]: Wer hat das gesagt?)

Da das Problem eines ist, das wir alle sehen, möchte ich mich nun einmal mit Ihren Vorschlägen auseinandersetzen. Sie gehen zu Recht auf die Grundlagen in den Schulen ein und machen Vorschläge. Ich gucke mir die Vorschläge einmal an. Vier davon sind mehr auf der Papierebene, wo man

Schwerpunkte ändert, Zielsetzungen neu formuliert oder vielleicht auch noch eine Kommission einsetzt, die das alles ganz bedeutend macht. Letzten Endes dient das der Papierproduktion und nicht der Umsetzung.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Das Defizit liegt aber nicht darin – Rahmenrichtlinien haben wir genug, und Schwerpunkte haben wir auch genug -, sondern es liegt in der praktischen Umsetzung an den Schulen. Entweder liegt es daran, daß die Möglichkeiten nicht ausgenutzt werden, die der Rahmen bietet oder die auch in materieller Hinsicht gegeben sind, oder die Möglichkeiten sind nicht vorhanden, weil die Ausstattung zu gering ist.

Frau Mundlos, der größere Anteil von Frauen oder von Mädchen in naturwissenschaftlich/technischen/mathematischen Bereichen wird nicht dadurch erreicht, daß man noch einen Computerkurs für Mädchen macht, sondern indem man die technische Ausbildung und die Werktausrüstung in den Schulen verbessert.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Eine zukünftige Maschinenbauingenieurin braucht keinen PC-Kurs, sondern sie braucht auch einmal einen Umgang mit der Werkbank. Nur so werden Mädchen ein Gefühl und eine Beziehung zur Technik bekommen, die sie sich später für solche Berufe auch entscheiden läßt.

Mithin kann man sagen: Der erste Punkt beschreibt eine gute Absicht, es handelt sich aber mehr um Bekundungen und Zielsetzungen. Praktisch ist nichts vorhanden, was man wirklich in Landespolitik umsetzen könnte.

Der zweite Punkt: Wie verbessern wir die Attraktivität mathematisch/naturwissenschaftlicher Schulfächer und Studiengänge? Was wird geboten? - Ein Preisausschreiben und bessere Beratung.

(Heiterkeit bei den GRÜNEN)

Ich meine, da müssen die Möglichkeiten, die teilweise schon existieren, genutzt werden, und es müssen die Möglichkeiten ausgebaut werden. Nicht mehr Fächer getrennt unterrichten, möglichst bestimmte Fächer überhaupt nicht in den Kanon aufnehmen, sondern fächerübergreifenden Unterricht im wahrsten Sinne des Wortes, und das auch schon ab Klasse 5, und Projektarbeit, die es ermöglicht, selbständig zu arbeiten. Ich kann nicht feststellen,

daß die CDU die Partei ist, die an den Schulen gerade diese Richtung vorangetrieben hat.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Von daher muß ich hier wiederum sagen: Das Problem ist richtig erkannt, mit den Lösungsvorschlägen wird man aber nicht allzu weit kommen.

(Zuruf von der CDU: Oberlehrerhaft!)

Was den Punkt 2.3 anbelangt, mit dem Sie anmahnen, ingenieurwissenschaftliche Studiengänge gezielt zu fördern, so ist es sicherlich richtig zu sagen, daß Kürzungen am Wissenschafts- und Ausbildungspersonal falsch sind. Dieser Meinung sind auch wir. Eine Verbesserung der Ausstattung ist notwendig, und eine Kürzung der Personalstellen in diesem Bereich sollte nicht erfolgen. Was erforderlich ist, ist auch hier, die Studiengänge den neuen Anforderungen anzupassen, sie zu überprüfen und auf jeden Fall den Praxisanteil zu erhöhen. Es ist ja nicht so, daß es keine arbeitslosen Ingenieure gibt. Darauf ist gerade hingewiesen worden. Dort, wo zum Beispiel der Praxisanteil gerade in Modellstudiengängen höher ist – meinetwegen European Business Studies für Maschinenbau –, können sich die Absolventen zwischen zwei oder drei Arbeitsplätzen, die ihnen vor der Prüfung angeboten werden, entscheiden.

(Glocke des Präsidenten)

Dort liegt die Richtung, in die man gehen muß.

Der nächste Punkt ist, daß man Übergänge nicht nur von den Schulen, sondern auch aus dem Beruf zum Studium erleichtert. Wie viele arbeitslose Kfz-Mechaniker hatten wir, und welches Potential für Maschinenbauingenieure beispielsweise würde dort liegen?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ganz zuletzt möchte ich auf folgendes hinweisen: Kollege Domröse hat einen Widerspruch zwischen Dienstleistung und Ingenieurität gesehen. Ich meine, man sollte darauf hinweisen, daß auch Ingenieure Dienstleistungen erbringen und daß darin kein Widerspruch zu sehen ist.

Kurz und gut: Wenn man sich den Antrag ansieht, kann man sagen: Die Absicht ist ehrenwert. Es ist ein gewichtiges Ziel, aber in der Umsetzung und vom Inhalt her muß es als zu leicht befunden werden. Deshalb muß man es in den Beratungen noch erheblich aufbessern.

(Beifall bei den GRÜNEN – Frau Hansen [CDU]: Ach ja!)

Vizepräsident Jahn:

Das Wort hat nun Frau Ministerin Jürgens-Pieper.

Jürgens-Pieper, Kultusministerin:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Mundlos, Sie hatten ja darum gebeten, daß wir einmal vorführen, wie das bei uns mit dem ressortübergreifenden Arbeiten geht. Mein Kollege Oppermann und ich haben uns abgestimmt, daß ich diesmal in Ergänzung zum hochschulpolitischen Sprecher der Fraktion reden werde. Bei der zweiten Beratung des Antrages – wenn er dann tatsächlich substanzreicher geworden ist – machen wir es mit Herrn Kollegen Oppermann.

Es ist schon gesagt worden: Das Problem des Ingenieur-Nachwuchses ist vorhanden. Das Problem ist auch von Ihnen erkannt worden, offensichtlich durch diese große Anzeige, diesen großen Aufruf in der „Braunschweiger Zeitung“, an dem die Technische Universität Braunschweig beteiligt war. Aber das, was Sie dann daraus gemacht haben, erstaunt mich wiederum. Wenn man anfängt zu lesen, wundert man sich schon. Da möchte ich Sie einfach einmal fragen: Ist es Ihnen wirklich ernst, zu behaupten, daß der Mangel an Ingenieurinnen und Ingenieuren in unserem Land darin begründet ist, daß das begabungsgerechte und differenzierte Schulwesen zugunsten von Einheitsschulformen in Niedersachsen vernachlässigt wird, oder glauben Sie wirklich, daß aufgrund eines kurzfristigen Nachfragerückgangs bei den Studienanfängern und konjunkturell bedingten Nachfragedellen auf dem Arbeitsmarkt – Welch eine Sprache, muß ich übrigens sagen, wenn man so über arbeitslose Ingenieure redet - vorschnell Kapazitäten in den Ingenieurstudiengängen abgebaut worden sind?

Diese beiden Punkte zeigen doch, daß Sie offensichtlich hier Effekthascherei betreiben wollen. Die erste Begründung ist so abenteuerlich, daß ich gar nicht weiter darauf eingehen will. Ich will nur darauf hinweisen – wir werden das auch noch bei anderen Anträgen tun -, daß Sie offensichtlich dieses Einheitsschulgespenst als Ursache für alles in der Bildungspolitik verwenden, neuerdings auch für den Mangel an Ingenieuren.

Zum anderen wissen Sie vermutlich, meine Damen und Herren von der Opposition, daß es bei den aus-

gebildeten Ingenieuren nicht konjunkturell bedingte kurzfristige Nachfragedellen auf dem Arbeitsmarkt gibt, sondern daß wir – das haben meine Vorredner auch schon gesagt – seit vielen Jahren eine große Zahl von arbeitslosen Ingenieuren haben, die auch keine Chance auf Eingliederung haben. Ich will die Zahl auch nennen. Nach Angaben der Bundesanstalt für Arbeit waren im Herbst des letzten Jahres über 50.000 Ingenieure arbeitslos gemeldet. Es kann wohl niemanden überraschen, wenn junge Menschen diese seit über einem halben Jahrzehnt anhaltende Entwicklung bei ihren Berufs- und Studienwahlüberlegungen berücksichtigen.

Nach der Umsetzung des Hochschulstrukturkonzepts liegen die verfügbaren Kapazitäten – das bitte ich auch zu bedenken – nach wie vor weit über der aktuellen Nachfrage. Nach ständiger Rechtsprechung wäre eine Stellenkürzung in den stärker nachgefragten Studienbereichen außerhalb der Ingenieurwissenschaften deshalb verfassungswidrig, Frau Mundlos, wenn man damit über viele Jahre nicht ausgeschöpfte Kapazitäten vorhalten würde und wenn dies mit Motiven einer vermeintlich bedarfsbezogenen Absolventenlenkung verbunden wäre. Die Landesregierung wird zu gegebener Zeit in enger Abstimmung mit den Hochschulen im Rahmen des bewährten Überlastprogramms die notwendigen Konsequenzen ziehen, wenn die Studienplatznachfrage die verfügbaren Kapazitäten übersteigen sollte. Zunächst müssen aber die vorhandenen Kapazitäten ausgeschöpft werden.

Bei der laufenden Modernisierung des Studienangebots wird die Landesregierung wie bisher alle Möglichkeiten einer sachgerechten Abstimmung mit der Wirtschaft nutzen. Viele Forderungen, die Sie in Ihrem Entschließungsantrag erheben, haben wir daher seit langem aufgegriffen und durch konkretes Handeln umgesetzt. Das will ich nur kurz darstellen.

Zum einen zur Schule: Seit langem – das wissen Sie – ist das Fach „Arbeit – Wirtschaft – Technik“ Pflichtfach an allen Haupt-, Real- und Gesamtschulen. Am Gymnasium kann es Wahlpflichtfach sein. Am Fachgymnasium kann es sogar berufsbezogenes Prüfungsfach in der Abiturprüfung sein. Für die Fächer Mathematik und Naturwissenschaften sowie Informatik existieren für alle Schulformen Stundenvorgaben, Rahmenrichtlinien, Prüfungsanforderungen; das haben wir eben auch von Frau Steiner gehört. Es ist alles vorhanden. In Niedersachsen kann niemand – das sollten Sie bitte auch zur Kenntnis nehmen – die allgemeine Hoch-

schulreife erwerben, der nicht durchgehend Mathematik und mindestens eine Naturwissenschaft betrieben hat und die Leistungen in Mathematik und in den Naturwissenschaften auch in die Gesamtqualifikation für das Abitur einbringt. Eine Abwahl dieser Fächer, die Sie behaupten, gibt es in Niedersachsen nicht mehr. Darüber hinaus kann in Niedersachsen ab dem Abitur 2000 auch eine besondere Lernleistung, z. B. die Teilnahme am Schülerwettbewerb „Jugend forscht“, eingebracht werden. Ich finde, das ist eine sehr gute Lösung, die als fünfte Möglichkeit in die Gesamtqualifikation zum Abitur eingebracht werden kann. Ich hoffe, daß Ihnen das bekannt ist. Sie haben es nur nicht erwähnt.

Wir haben uns sehr bemüht, den Zugang von Mädchen und jungen Frauen zu mathematischen und naturwissenschaftlichen Fächern in Niedersachsen zu fördern. Es ist nicht so einfach, wie sich das manchmal hier in den Reden anhört. Wir haben mehrere Modellversuche durchgeführt: „Mädchen und neue Technologien“ und „Naturwissenschaft, Physik und Chemie für Mädchen und Jungen“. Ferner haben wir ein Modellprojekt mit dem Thema „Technik zum Begreifen speziell für junge Frauen“ mit der Bund-Länder-Kommission durchgeführt. Dies alles hat uns Erfahrungen und Erkenntnisse gebracht. Dennoch gestaltet es sich ausgesprochen schwierig, Mädchen für diese Fächer zu gewinnen.

Alle allgemeinbildenden Schulen wurden jetzt verpflichtet, mit regionalen Wirtschaftspartnern und Behörden Vereinbarungen zu treffen, um schulische und betriebliche Bedürfnisse noch besser aufeinander abzustimmen. Ich habe gerade die Schirmherrschaft für ein Schülerforum übernommen, das der Verein der deutschen Ingenieure 1998 mit den Gymnasien, Gesamtschulen und berufsbildenden Schulen im Regierungsbezirk Hannover mit dem Ziel durchführt, daß sich Schülerinnen und Schüler des 12. und 13. Jahrgangs für ein technisches Studium an der Universität oder an den Fachhochschulen interessieren. Ich meine, das sollte nicht nur im Bezirk und in der Stadt Hannover möglich sein. Im übrigen werde ich den Gymnasien in der nächsten Zeit empfehlen, stärker auf Kurskopplungen zurückzugreifen - dies ist im System der Oberstufe durchaus möglich – und Profile zu bilden, z. B. im naturwissenschaftlichen, mathematischen oder auch im fremdsprachlichen Bereich.

Nun zur Hochschule: Die niedersächsischen Hochschulen verfügen über ein erstklassiges und hochmodernes Angebot an ingenieurwissenschaftlichen

Studiengängen. Ich will auch hier Zahlen nennen: Von den 264 zwischen 1990 und 1998 erteilten Studiengangsgenehmigungen betreffen allein 116 den ingenieurwissenschaftlichen Bereich. Daraus wird erkennbar, daß die Universitäten und die Fachhochschulen mit Unterstützung der Landesregierung ihr Studienangebot ständig modernisiert und den aktuellen Erfordernissen angepaßt haben.

Kein Zweifel, die Ingenieurausbildung ist in einer Krise, und die Universitäten und Fachhochschulen geraten zunehmend aufgrund der seit vielen Jahren – ich habe es vorhin erwähnt – restriktiven Einstellungspraxis der Wirtschaft unter Druck. Deshalb sage ich noch einmal: Die Ingenieurausbildung läßt sich nicht kurzfristig schneller oder langsamer steuern. Es bedarf in der Anlage der Ausbildung und in der Einstellungspraxis einer Kontinuität und Stetigkeit.

Ich fasse zusammen: Ihr Entschließungsantrag, meine Damen und Herren von der CDU-Landtagsfraktion, ist meines Erachtens unnötig und zum Teil erledigt. Ich gehe aber davon aus, daß in den Ausschußberatungen durch die Regierungsfraktion noch Wesentliches eingebracht werden kann, so daß er vielleicht doch noch mehr Substanz erhält. Ich wünsche dafür gute Beratungen.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Jahn:

Das Wort hat noch einmal Frau Kollegin Mundlos.

Frau Mundlos (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Ministerin, Sie haben vorhin „Jugend forscht“ angeführt. Glauben Sie eigentlich allen Ernstes, daß unsere jungen Menschen so schlecht abschneiden

und unter den Preisträgern nicht auftauchen, weil das, was hier in den Schulen stattfindet, so hervorragend ist? - Das kann es ja wohl nicht sein.

Nun zur Bereitschaft zum konstruktiven Auseinandersetzen. Diese Bereitschaft erkenne ich allenfalls in Ansätzen. Ich bedaure das außerordentlich. Die Hand, die Sie gereicht sehen wollten, Herr Oppermann, ist ein leerer Handschuh, der langsam aber sicher in sich zusammenfällt. Die Wirtschaft und das Handwerk ziehen die Abgänger aus dem gegliederten Schulwesen vor. Soviel dazu. Was glauben Sie eigentlich, woher die Studienabbrecher kommen?

Ihre Rede, Frau Ministerin, war destruktiv und enttäuschend. Vielleicht hätte doch besser – es fällt mir jetzt schwer, das von Frau zu Frau zu sagen – der Minister Oppermann reden sollen.

(Beifall bei der CDU – Unruhe bei der SPD)

Vizepräsident Jahn:

Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen zu diesem Tagesordnungspunkt liegen mir nicht vor. Ich darf Sie noch einmal zum Mittun auffordern. Wir müssen noch die Ausschußüberweisung des Antrages vornehmen. Hiermit sollen sich der Ausschuß für Wissenschaft und Kultur federführend und mitberatend der Kultusausschuß, der Ausschuß für Wirtschaft und Verkehr und der Ausschuß für Haushalt und Finanzen befassen. Wer das so beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke sehr.

Ich bedanke mich für die Mitarbeit, schließe die heutige Sitzung und wünsche Ihnen einen angenehmen Abend.

Schluß der Sitzung: 18.11 Uhr.